Dienstag, 18. Februar 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 41 - 8.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Moskau: Das Zentralkomitee der KPdSU wird heute zu einer Plenarsitzung zusammentreten, um die Vorbereitungen für den bevorstehenden 27. Parteitag abzuschließen. Gravierende personalpolitische Entscheidungen stehen nicht an – Generalsekretär Gorbatschow hat durch Kader-Erneuerungen seine Macht abgesichert. (S. 8)

Untergetaucht: Ein in Athen stationierter Beamter des sowjetischen Handelsministeriums, Victor Goudarow, ist zusammen mit seinem Sohn und einer Lehrerin der sowjetischen Schule verschwunden. Die griechischen Behörden wurden von den Sowjets um Hilfe bei der Suchaktion gebeten.

Südkorea: Die Auseinandersetzungen um eine Verfassungsänderung mit dem Ziel, den Präsidenten künftig direkt vom Volk und nicht mehr von einem Wahlmännergremium wählen zu lassen, spitzen sich zu. Oppositionspolitiker wurden festgenommen oder unter Hausarrest gestellt. (S. 2)

Brasilien: Die jüngste Kabinettsumbildung hat die Position von Präsident Sarney ein Jahr nach der Machtübernahme weiter gefestigt. Seine neue Mannschaft spiegelt die konservative Grundhaltung der Regierung. (S. 5)

Minderheitsvotum: Führende Politiker der Regierungskoalition, aber auch prominente Mitglieder der eigenen Partei haben nach Auffassung der SPD-Mitglieder im Flick-Untersuchungsausschuß durch enge Beziehungen zum Flick-Konzern gegen die politische Moral verstoßen. (S. 8)

Französisch: Den ersten Gipfel von Staats- und Regierungschefs französischsprachiger Länder hat Präsident Mitterrand in Versailles eröffnet. Er bezeichnete die Gemeinschaft der Französischsprachigen als „Vertreter einer Kultur, die den Ehrgeiz der Universalität haben kann".

Indien: Ein Mitglied der in Indien regierenden Kongreß-Partei ist vermutlich von Sikhs erschossen worden. Der Anschlag wurde während einer Demonstration verübt, mit der Hindus gegen das Attentat auf einen ihrer Führer protestierten. (S. 3)

Golfkrieg: Vor dem Hintergrund anhaltender Kämpfe in Südirak bemühen sich beide Seiten verstärkt um politische Unterstützung für ihre Sache. Der irakische Außenminister Tarik Asis konferiert in Moskau, der iranische Außenminister Bescharati reiste zu Gesprächen nach Damaskus, von wo aus er nach Libyen weiterfliegen wollte.

Morgen in der WELT

Neue Wege in der Krebsbekämpfung

Wo stehen wir heute im Kampf gegen den Krebs? Darauf gibt die WELT mit einer Dokumentation Antwort. Die Themen: Zusammenarbeit von Chirurgen, Strahlen- und Chemotherapeuthen. Gezielte Tumorbekämpfung. Rauchen noch immer Gefahr Nr. 1? Wie wichtig ist die psycho-soziale Nachsorge des Patienten? Gibt es eine Veranlagung für Krebs? Führende Wissenschaftler des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg kommen zu Wort.

WIRTSCHAFT

Umweltschutz: Zu einem der wichtigsten internationalen Wachstumsmärkte entwickelt sich der Umweltschutz; er wird den Unternehmen in der Bundesrepublik Milliardenumsätze und auf Jahre hinaus Arbeit für mehrere 100 000 Menschen bringen. Dies unterstrich Bundesinnenminister Zimmermann zur Eröffnung der internationalen Messe für Umweltschutztechnik, „Envitec", in Düsseldorf. (S. 9)

Gehälter: Bei der Vergütung von Managern deutet sich in der deutschen Wirtschaft eine Trendwende an. In zahlreichen Unternehmen gibt es Arbeitsgruppen, die Möglichkeiten einer stärker erfolgsorientierten Bezahlung von Führungskräften ausloten sollen, nachdem die variablen, erfolgsabhängigen Gehaltsbestandteile lange Zeit vernachlässigt worden waren. (S. 10)

Börse: An den Aktienmärkten führte Nervosität inländischer Anleger zu zum Teil erheblichen Kursverlusten. Der Rentenmarkt blieb freundlich. WELT-Aktienindex 267,55 (274,26). BHF-Rentenindex 105,741 (105,648). BHF Performance Index 101,418 (101,303). Dollarmittelkurs 2,3456 (2,3590) Mark. Goldpreis pro Feinunze 333,00 (331,25) Dollar.

KULTUR

Altamerika: Masken aus Peru, die goldenen Vögel aus Costa Rica, die Ketten aus Kolumbien – ein Abglanz großer Kulturen; und doch verbreiten sie Glanz genug. Die Stiftung Altamerikanische Kulturen hat in Zürich ein neues „Wertfach" gefunden. (S. 16)

Architektur: Produktkonsum oder Baukultur? Das war das Motto eines Forums des Bundes Deutscher Architekten auf der Constructa 86 in Hannover. Ein Fazit der Dikussion: Die Suche nach neuen Wegen zur Baukunst hat offenbar begonnen. (S. 16)

SPORT

Fußball: National-Mittelstürmer Rudi Völler (Bremen) wurde gestern in Belgien an der Leiste operiert. Der Bremer muß voraussichtlich noch acht Wochen pausieren. (S. 6)

Tennis: Steffi Graf erreichte beim Turnier in Boca West das Viertelfinale. Sie trifft nun auf Zina Garrison. Boris Becker steht im Herren-Doppel ebenfalls im Viertelfinale. (S. 6)

AUS ALLER WELT

Grubenunglück: Bei einer Schlagwetter-Explosion auf der Steinkohlen-Grube Camphausen bei Saarbrücken sind sieben Bergleute ums Leben gekommen; ein weiterer Bergmann wurde schwer verletzt. Grubengas hatte sich entzündet. (S. 18)

Tragödie: Seine fünf Kinder und die Ehefrau hat ein 36 Jahre alter Schlosser in Geisenfeld (Landkreis Pfaffenhofen) erwürgt; dann schnitt er sich die Pulsadern auf. Die Hintergründe dieser Tragödie sind noch unbekannt, Fremdverschulden scheidet aus. (S. 18)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

FDP deutet Einlenken bei den Sicherheitsgesetzen an

Koalition hält an Fahrplan fest / Kompromiß bei „Schleppnetzfahndung"

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Eine Koalitionsrunde unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern die am vergangenen Wochenende entstandenen Irritationen über die geplanten Sicherheitsgesetze ausgeräumt und den zwischen den Parteivorsitzenden von CDU, CSU und FDP vereinbarten Fahrplan für die Verabschiedung bekräftigt. Regierungssprecher Friedhelm Ost, der an der Koalitionsbesprechung teilnahm, erklärte noch während der laufenden Sitzung vor Journalisten, wie beabsichtigt, würde das Gesetz über den maschinenlesbaren Personalausweis und den fälschungssicheren Paß am Freitag dieser Woche vom Bundestag in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Auf Nachfrage sagte Ost, er gehe davon aus, daß auch der umstrittene Paragraph 163 d der Strafprozeßordnung – bekannt unter dem Stichwort „Schleppnetzfahndung" – in einer eingeschränkten Version beschlossen werde. Gegen diesen Paragraphen hatten die dem linken FDP-Flügel zugerechneten Abgeordneten Baum und Hirsch Bedenken angemeldet. Der frühere Innenminister Baum hatte vorgeschlagen, die Verabschiedung dieses Paragraphen aus der Behandlung der übrigen Sicherheitsgesetze am kommenden Freitag herauszulösen, um so mehr Zeit zu gewinnen und die in Anhörung des Innenausschusses vor allem von Datenschützern vorgebrachten Bedenken noch einbauen zu können.

Der FDP-Vorsitzende, Bundeswirtschaftsminister Bangemann, stellte noch vor der Koalitionsrunde im Anschluß an die Beratung des FDP-Präsidiums klar, daß er „ohne Vorgaben und Vorschläge" in das Gespräch mit dem Koalitionspartner gehe. Seine Bedenken, die er am Wochenende geäußert hatte, hätten auch nicht dem Paß- und Personalausweisgesetz gegolten, sondern dem Gesetz über die Zusammenarbeit der Geheimdienste (ZAG). Bangemann bekräftigte die Vereinbarung der Parteivorsitzenden, „daß angestrebt wird, alle sieben Gesetzentwürfe zur inneren Sicherheit und zum Datenschutz in dieser Legislaturperiode zu verabschieden". Er halte es „nicht für ausgeschlossen", daß man auch beim Zusammenarbeitsgesetz noch in dieser Legislaturperiode zu einem Ergebnis komme. Aber das hänge nicht nur von der FDP und der Koalition ab, sondern auch von den Bundesländern.

An der gestrigen Sitzung nahm der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der der FDP am Wochenende Unzuverlässigkeit vorgeworfen hatte, nicht teil. Er wurde von CSU-Generalsekretär Gerold Tandler vertreten, der zu der Besprechung aus München angereist war.

Gestern nachmittag befaßten sich nach den Sitzungen des FDP-Präsidiums und des CDU-Präsidiums sowie der Koalitionsrunde zunächst die Fraktionsvorstände von CDU/CSU und FDP erneut mit den insgesamt sieben Sicherheitsgesetzen, die in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden sollen. Anschließend trat am frühen Abend noch eine Runde von Experten beider Seiten im Beisein der parlamentarischen Fraktionsgeschäftsführung zur Erörterung darüber zusammen, wie der Streit um den Paragraph 163 d beigelegt werden kann. Die FDP befürwortet hier eine Einengung der Voraussetzungen für die sogenannte Schleppnetzfahndung auf Straftatbestände der Schwerstkriminalität. Heute morgen werden die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen, Alfred Dregger und Wolfgang Mischnick, zu einer Aussprache über dieses Thema zusammenkommen. Am Mittwoch wird sich noch einmal der Innenausschuß mit diesem Thema befassen.

DER KOMMENTAR

Staats-Anzeiger

Von MANFRED SCHELL

Strafanzeigen sind bei uns wohlfeil. Zum Beispiel kann jeder seinen politischen Gegner anzeigen, wenn er meint, dieser habe eine strafbare Handlung begangen, und sei es durch Widersprüche vor parlamentarischen Untersuchungsgremien. Erscheinen solche Anzeigen nicht von vornherein abwegig, eröffnet die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren, um den Betroffenen und eventuelle Zeugen zu hören. 90 Prozent der Ermittlungsverfahren werden eingestellt.

Einer der Betroffenen in diesem Sinne ist seit gestern Bundeskanzler Kohl. Es geht um die weitere Verfolgung einer Anzeige durch den grünen Abgeordneten Schily. Dabei stehen Spenden-Vorgänge zur Diskussion, die zum Teil über zehn Jahre zurückliegen und zu denen sich Kohl vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages von Rheinland-Pfalz geäußert hat. Diese Anzeige Schilys ist gekennzeichnet von Mutmaßungen wie „offenbar" und „wahrscheinlich", und überdies von Schlußfolgerungen, denen Substanz fehlt. Helmut Kohl, unbescholten, wird mit Hypothesen konfrontiert. Er hat erklären lassen, daß er sich selbstverständlich vor der Staatsanwaltschaft dazu äußern wird.

Gleichwohl wird die öffentliche Wirkung dieses Vorgehens der Staatsanwaltschaft Koblenz erheblich sein. Es geht schließlich nicht nur um die Person von Helmut Kohl, sondern um das Ansehen eines Verfassungsorgans, das im Interesse der Glaubwürdigkeit nach innen und nach außen keinen Schaden nehmen darf. Deshalb ist die Justiz aufgefordert, die Klärung unverzüglich anzugehen und dann das Ergebnis ihrer Ermittlungen der Öffentlichkeit mitzuteilen. Die Justiz muß wissen, daß sie sich nicht im politik-freien Raum bewegt und daß ein Wahlkampf ansteht. Sie muß verhindern, daß durch bloße Anschuldigungen ein Kanzler und damit die Republik in Verruf gerät.

Empörung in Bonn über die IG Metall

CDU warnt vor „Schulterschluß" mit Grünen / Auch Bergbau-Gewerkschaft kritisiert Janßen

fac. **Bonn**

Die Gewerkschaftsreaktionen auf den umstrittenen Auftritt des IG-Metall-Vorstandsmitglieds Hans Janßen beim Parteitag der Grünen zeigen, wie im DGB die Meinungen in dieser Frage auseinandergehen. Ein IG-Metall-Sprecher bestätigte der WELT, daß Janßen „mit Wissen und Billigung des Vorsitzenden" (Hans Mayr) zu den Grünen gereist sei, um dort über den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz „und die Folgen" zu sprechen. „Wenn es um den 116 geht, würden wir auch mit des Teufels Großmutter verhandeln, warum dann nicht mit den Grünen", so die lakonische Erklärung.

Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie ging auf äußerste Distanz zum Verhalten der IG Metall. Das Eintreten der Grünen gegen eine Änderung des Paragraphen 116 könne nur „politisch naive Gemüter beeindrucken", schrieb der IG-Bergbau-Sprecher Horst Niggemeier in einem vorab veröffentlichten Kommentar für die Zeitung seiner Gewerkschaft. Niggemeier sieht Parallelen zum gewerkschaftlichen Engagement der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Es sei ein gutes Beispiel für das Verlangen von „Miniparteien und Politsekten" in Ermangelung einer eigenen Massenbasis in Großorganisationen „ideologischen Einfluß und neue Anhänger zu gewinnen". Niggemeier: „Grüne Industriefeindlichkeit und kommunistische Verfassungsfeindlichkeit verbieten für die Gewerkschaften geradezu eine Bündnispartnerschaft."

„Die Grenze meiner Verwunderung ist erreicht", erklärte der IG-Chemie-Vorsitzende, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe. Zwischen Janßen und der Führung der IG Chemie lägen „in dieser Frage Welten".

Der DGB-Bundesvorstand verwies auf einen Vorstandsbeschluß, wonach nur mit Mitgliedern der Bundestagsfraktion der Grünen Kontakte aufgenommen werden sollen. Das Verhalten Janßens sei jedoch ausschließlich eine Angelegenheit der IG Metall.

CDU und FDP forderten den DGB zu einer „Klarstellung" seiner politischen Positionen auf. Bundesaußenminister Genscher meinte, mit seinem Auftreten bei den Grünen solle der Gewerkschafter Janßen offensichtlich im Auftrag des SPD-Kanzlerkandidaten Rau die notwendigen Stimmen für ein rot-grünes Bündnis besorgen. „Würde das gelingen – wofür glücklicherweise nichts spricht – würde Johannes Rau beiseite geschoben werden, es sei denn, er wäre bereit, den Weg Börners zu gehen", erklärte Genscher. Das CDU-Präsidium sprach von einem „Schulterschluß" zwischen IG-Metall-Führung und Grünen. Die Gewerkschaft schließe sich damit einer Partei an, die den Ausstieg aus der „weltwirtschaftlichen Verflechtung" verlange, den politischen Streik zur Durchsetzung politischer Ziele propagiere und den Austritt aus der NATO anstrebe.

Soares siegt mit 2,6 Prozent Vorsprung

DW. **Lissabon**

Der portugiesische Sozialistenführer Mario Soares ist mit 150 622 Stimmen Vorsprung vor seinem konservativen Rivalen Diogo Freitas do Amaral zum neuen Staatspräsidenten Portugals gewählt worden. Auf Soares entfielen 51,28 Prozent der Stimmen, gegenüber 48,72 Prozent für Freitas do Amaral. Soares hatte im ersten Wahlgang vor zwei Wochen 25,4 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Entscheidend für den Sieg Soares' dürfte der – allerdings nur widerwillig zustande gekommene – Aufruf der Kommunisten gewesen sein, ihn zu unterstützen. Seit 60 Jahren ist er das erste zivile Staatsoberhaupt des Landes. Der neue sazialistische Staatspräsident steht einer konservativen Minderheitregierung gegenüber. Ministerpräsident Anibal Cavaco Silva erklärte, sein Kabinett werde alles tun, um institutionelle Konflikte zu vermeiden.

Seiten 2 und 3: Weitere Beiträge

Ermittlungen gegen Kohl angekündigt

DW. **Koblenz**

Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat gestern die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Bundeskanzler Helmut Kohl wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage angekündigt. Der mit den Ermittlungen befaßte Oberstaatsanwalt Hans Seeliger sagte, man werde am Mittwoch oder Donnerstag Bundestagspräsident Jenninger über das Verfahren unterrichten. Erst danach kann die formelle Entscheidung gefällt werden. Der Leitende Oberstaatsanwalt Heribert Braun bestätigte jedoch die „interne" Entscheidung hierzu. Die durch eine Anzeige Otto Schilys ausgelösten Ermittlungen beziehen sich auf eine Aussage Kohls vor einem Untersuchungsausschuß des Mainzer Landtages, wo Kohl wahrheitswidrig bestritten haben soll, die wahre Funktion der „Staatsbürgerlichen Vereinigung" als Spendenwaschanlage gekannt zu haben.

Moskaus neuer Jäger in der „DDR"

Luftverteidigung im westlichen Vorfeld der UdSSR verbessert / NATO überlegt Gegenmaßnahmen

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Mit der Stationierung seines neuesten Jägers in der „DDR" hat Moskau offenbar ein neues Zeitalter der Luftverteidigung im westlichen Vorfeld der Sowjetunion eingeläutet. Wie aus NATO-Kreisen verlautet, sind vor einiger Zeit zwei Staffeln des Jägers MiG-29, der in Brüssel die Bezeichnung „Fulcrum" hat, zum Jagdfliegerregiment Wittstock der sowjetischen 16. Frontluftarmee verlegt worden.

Die Besatzungen wurden in der Sowjetunion umgeschult und konnten schon nach kurzer Zeit eingesetzt werden. Die Experten des Atlantischen Bündnisses gehen allerdings davon aus, daß die zwei Staffeln in Wittstock erst der Anfang sind, und die Jagdfliegerregimenter der Sowjets in der „DDR" nach und nach mit der MiG-29 ausgerüstet werden.

Der „Fulcrum"-Jäger zeichnet sich dadurch aus, daß er von oben auf tiefer fliegende Luftziele schießen kann. Davon wird vor allem die Strategie der NATO für den Einsatz ihrer Luftstreitkräfte berührt: Die NATO würde im Verteidigungsfall wichtige Ziele im Hinterland des Gegners, insbesondere seine Flugplätze, im Tiefflug angreifen. Nichts wird in den NATO-Luftstreitkräften so sehr geübt wie der Tiefflug, um im Ernstfall der gegnerischen Luftverteidigung ausweichen zu können. Mit Hilfe der „Fulcrum" können die Sowjets ihre Luftverteidigung nun in die Höhe verlegen.

Die MiG-29 ist eine Maschine der vierten sowjetischen Generation von Düsenmaschinen. Im Westen wird sie zumeist mit der amerikanischen F-16 verglichen, obwohl sie im Gegensatz zum amerikanischen Modell zwei Triebwerke hat.

Die „Fulcrum" kann wie eine Rakete senkrecht nach oben steigen und erreicht in großer Höhe eine Höchstgeschwindigkeit von 2300 Stundenkilometern. Im Tiefflug ist sie immer noch schneller als der Schall. Sie wird von einem Mann geflogen. Die Bewaffnung besteht aus modernen Luftabwehrraketen des Typs AA-10 und einer Kanone.

Das erste Auftauchen der „Fulcrum" im westlichen Vorfeld stellt nach Ansicht von NATO-Beobachtern einen strategischen Meilenstein in der sich vielfach überlappenden und tief gestaffelten sowjetischen Luftverteidigung dar. Die Beantwortung der sowjetischen Raketenrüstung auf westlicher Seite durch die Stationierung von Pershing-2 und Cruise Missiles hatte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit davon abgelenkt, daß es für Flugzeuge des Westens immer schwieriger geworden ist, die sowjetische Luftverteidigung zu durchdringen.

Die NATO wird jetzt nach Gegenmaßnahmen suchen. Der extreme Tiefflug in Baumhöhe könnte nach Expertenansicht für die Zukunft noch wichtiger werden. Auch eine stärkere Berücksichtigung der Errungenschaften auf dem Feld der Elekronik wäre denkbar. (SAD)

Post erweitert ihre Bankdienste

Go. **Bonn**

Die Bundespost will ihr Leistungsangebot den veränderten Kundenwünschen und den weiterentwickelten Sparformen der Geldinstitute anpassen. Der Verwaltungsrat beschloß gestern die Einführung der neuen Sparformen „Sparen mit wachsendem Zins" und „Ratensparen mit Prämie". Beide Angebote waren bereits seit 1981 in bundesweiten Betriebsversuchen erprobt worden und sind jetzt in die neue Postsparkassenordnung, die am 1. Oktober in Kraft treten soll, aufgenommen worden. Die Post informierte den Verwaltungsrat auch über die probeweise Einführung eines Verbundes des deutschen BTX-Systems mit dem entsprechenden in Frankreich.

Seite 9: Kundenfreundlicher

Libysche Maschine greift Tschad an

DW. **Paris**

Ein Flugzeug vom sowjetischen Typ „Tupolew TU-22" hat gestern den Flughafen der Hauptstadt Tschads, N'Djamena, bombardiert. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Paris wurden Menschen bei dem Angriff nicht verletzt. Der Vertreter der von Weddeye geführten und von Libyen unterstützten Rebellen, Abderrahman Moussa, bestätigte gestern in Paris, daß die „Tupolew" zur libyschen Luftwaffe gehöre. Die Rebellen verfügen nur über kleinere Flugzeuge. Moskau hat Libyen sieben dieser Maschinen geliefert. Frankreichs Verteidigungsminister Quiles hat angekündigt, Paris werde eine „Abschreckungstruppe" nach Tschad entsenden.

Seite 2: Eine Lektion für Khadhafi

Russischer Himmelsspion trudelt im All

WERNER KAHL, **Bonn**

Ein tonnenschwerer sowjetischer Spionage-Satellit der neuesten Bauklasse ist nach dem Start ins Trudeln gekommen und rutscht aus rund 800 Kilometer Höhe Richtung Erde ab. Das Schauspiel wird von zivilen und militärischen Weltraumzentren im Westen beobachtet. Da es den Sowjets bisher nicht gelungen ist, den Himmelsspion von der Größe eines Omnibusses auf Gegenkurs zu bringen, muß nach Angaben von Funkmeßstationen im Frühjahr mit dem Absturz in die Erdatmosphäre gerechnet werden.

Der Aufklärungssatellit war am 20. Dezember vergangenen Jahres gestartet worden. An Bord befinden sich modernste Abhörgeräte. Auf seiner Erdumlaufbahn sollte der künstliche Himmelskörper für mehrere Jahrzehnte wichtige Daten sammeln. Auftraggeber war der militärische Geheimdienst GRU des Sowjet-Generalstabes.

In größerer Höhe sollte ein Triebwerk gezündet werden, das den spionierenden Satelliten auf einer Ellipse zum höchsten Punkt befördert hätte. Dieses Triebwerk hatte jedoch nach Beobachtungen der NASA und Aufzeichnungen anderer Meßstationen nicht gezündet.

Die vorgesehene steile Flugbahn über Nordamerika und Japan hätte es den Sowjets vor allem ermöglicht, Unterseeboote in den Nordmeeren aufzuspüren. Beim Überqueren sowjetischen Territoriums sollte der Satellit die zuvor gespeicherten Daten innerhalb von etwa zehn Minuten an die Bodenstation übermitteln.

„Der Abrutsch des Satelliten spielt sich jetzt nach den Regeln der Physik ab, wobei der Techniker offenbar nicht mehr eingreifen kann", sagte der Berliner Weltraumbeobachter Horst Hewel. Der Funkmeßingenieur, der zu den Pionieren des Fernsehens in Deutschland gehört, sagte gestern der WELT, die Geschwindigkeit des abrutschenden Satelliten habe sich in den vergangenen Tagen erhöht. Ursprünglich seien die Beobachter davon ausgegangen, daß er im Laufe des Sommers in die Erdatmosphäre eintaucht; nach neuen Berechnungen werde dies dagegen schon im Frühjahr der Fall sein.

Ob der zur Erde sinkende Himmelsspion verglühen oder in einem Trümmerabsturz auf die Erde fallen wird, ist bisher noch ungewiß. Suchschiffe und Flugzeuge werden jedenfalls Wartepositionen einnehmen, um die Überreste gegebenenfalls zu bergen.

In den vergangenen Jahren waren bereits mehrere sowjetische Satelliten in Richtung Erde gestürzt. Ende Januar 1978 drohte aus dem Weltall sogar radioaktive Gefahr, als ein russischer Spionage-Flugkörper mitsamt einem Atomreaktor von fast einem Zentner Uran in die Erdatmospähre eingedrungen war, ohne daß die sowjetischen Techniker die Flugbahn verändern oder den Satelliten zuvor hätten „entschärfen" können.

Frau Aquino will sich US-Hilfe für Marcos in den Weg stellen

Reagans Sonderbotschafter sprach mit dem Präsidenten

DW. **Manila**

Gegenüber dem amerikanischen Sonderbeauftragten Philipp Habib hat die philippinische Oppositionsführerin Corazon Aquino ihren Anspruch auf das Präsidentenamt bekräftigt und angekündigt, sie werde jeder amerikanischen Hilfe für Marcos Widerstand entgegensetzen. Nach Angaben eines Oppositionssprechers hatte Frau Aquino dem Sonderbeauftragten Präsident Reagans auch mitgeteilt, daß die Krise im Lande nur überwunden werden könne, wenn die Macht schnell und reibungslos von Marcos an sie übergehe.

Vor seiner Begegnung mit der Oppositionspolitikerin war Habib mit Präsident Marcos zusammgengetroffen, der am Samstag von der Nationalversammlung nach der offiziellen Stimmauszählung für weitere sechs Jahre in seinem Amt bestätigt worden war. Habib wollte über das zweistündige Gespräch nichts mitteilen. In Manila, so Habib, wolle er keine öffentlichen Erklärungen abgeben. Ein Sprecher des philippinischen Präsidenten erklärte jedoch, der amerikanische Abgesandte habe sich zu angeblichen Fällen von Wahlbetrug und Gewalt geäußert, doch sei er in keiner Weise daran interessiert gewesen, den Filipinos zu diktieren, wie sie „ihre Angelegenheiten regeln" sollten.

Nach dem Treffen zwischen Frau Aquino und dem US-Sonderbeauftragten kritisierte die Opposition in einer Mitteilung die Einschätzung der Wahlen durch US-Präsident Reagan. Jedes Wort und jede Erklärung, die darauf abzielten, den Wahlbetrug durch Präsident Marcos zu verschleiern, hülfen nicht dem philippinischen Volk, „sondern tragen dazu bei, es in seinem Kampf um die Demokratie zu betrügen".

Gestern wiederholten auch in Washington drei demokratische Senatoren, die unabhängig von der US-Beobachterdelegation nach Manila gereist waren, die massiven Anschuldigungen gegen Marcos. Senator Carl Lewin sprach sich dafür aus, die für das laufende Haushaltsjahr vorgesehene Hilfe von 245 Millionen Dollar zunächst in einen Fonds einzuzahlen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Flechtschuldigst

Von Peter Gillies

Der pleitebedrohte Gewerkschaftskonzern „Neue Heimat" müsse „entflochten" werden, bemerkte der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat Schröder. Entflechtung – hier begegnet uns eine gute alte Vokabel aus Kampfeszeiten. Die Großkonzerne galt es zu zerschlagen, die Giganten in viele kleine aufzulösen, so als würden aus einem großen Bösen zwangsläufig viele nette Kleine; angelegentlich wollte man auch die Zinsknechtschaft brechen.

Nun hat sich die Neue Heimat auch (aber nicht nur) an ihrer Größe verschluckt; in die Nähe des Konkurses geriet sie vor allem durch Unfähigkeit ihres Managements, durch windige Spekulationen und insbesondere durch notorische Unterkapitalisierung ihrer Eigentümer. Versuche zur polit-verbalen Sanierung spielten sich in mehreren Stufen ab: Der erste Anlauf, den Bund um (Steuer-)Geld anzugehen, wurde einstweilen abschlägig beschieden; alsdann erfand man die „Regionalisierung", um auf den niedrigeren föderalen Ebenen von Ländern und Gemeinden an öffentliche Gelder zu kommen.

Die dritte Tarnvokabel lautet nun Entflechtung. Sie wurde von Schröder gleich mit der Forderung verbunden, die Banken müßten für den Gewerkschaftskonzern bluten. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn dies nur auf ein Kreditinstitut desselben Eigentümers – des DGB – gemünzt wäre. Aber Hunderttausende von Anteilseignern und letztlich auch Sparern und Kunden zur Ader zu lassen, weil die Gewerkschaften sich vor ihrer unternehmerischen Pflicht drücken, ist unannehmbar. Da mögen noch so geschickte Worte geflochten werden.

Ob ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß der Aufklärung und der Sache dienlich sein mag, ist keineswegs sicher. Aber die Gewerkschafts-Unternehmer vom DGB, die ihr einstmals liebstes Kind jetzt so schnöde im Stich lassen und dem Staat auf die Schwelle legen, dürfen nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Je mehr sie den wahren Sachverhalt zu vernebeln trachten, desto dringender stellt sich die Frage nach mehr Öffentlichkeit – beispielsweise in einem Untersuchungsausschuß. Dabei könnte man angelegentlich auch gleich die Spendenpraxis der Neuen Heimat entflechten.

Parallelen in Ostasien

Von Fred de La Trobe

Zwischen Südkorea und den Philippinen gibt es gegenwärtig manche Parallele: hüben und drüben aufbegehrende Oppositionen gegen diktatorische Regimes mit fragwürdiger Legitimation.

Chun Doo Hwan kam vor sechs Jahren durch einen Militärputsch an die Macht. Von einem Wahlkollegium, das größtenteils von seiner Regierung ernannt wurde, ließ er sich später zum Präsidenten küren. Bei den Parlamentswahlen vor einem Jahr erhielt seine Partei nur 42 Prozent der Stimmen. Sie behielt aber mit Hilfe einer Verfassungsklausel, die der größten Partei zuzüglich zu ihren Mandaten noch ein Drittel der Parlamentssitze zuteilt, die Vorherrschaft.

Wie in den Philippinen hatte auch in Südkorea die Opposition keine echte Chance. In beiden Ländern gibt es eine breite Bevölkerungsschicht mit hohem Bildungsgrad und eingehenden Kenntnissen demokratischer Einrichtungen. Korea hat zudem praktisch keine Analphabeten. Wirtschaft und Technik sind gut entwickelt, die Verknüpfung mit dem westlichen Ausland ist eng.

Trotzdem bleibt die demokratische Willensbildung streng beschränkt. Bei der Konfrontation mit dem kommunistischen Nordkorea kann Seoul zwar stolz auf seine wirtschaftlichen Leistungen, höheren Lebensstandard und mehr Freiheiten in unpolitischen Bereichen hinweisen. Südkorea kann sich aber kaum mit einer echten politischen Alternative gegenüber dem Norden, nämlich mit einer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung, profilieren. Dem Diktator im Norden steht einer im Süden gegenüber.

Der innenpolitische Dauerkonflikt wird dem Image Südkoreas schaden und auch den Erfolg der Asiatischen Wettspiele in diesem Jahr und der Olympischen Sommerspiele 1988 gefährden. Die Regierung hat diese beiden Veranstaltungen zu „vorrangigen nationalen Aufgaben" erhoben. Dazu kommt, daß auch die im April in vier westeuropäischen Ländern – einschließlich der Bundesrepublik Deutschland – geplanten Staatsbesuche von Präsident Chun angesichts der innenpolitischen Unruhe unter keinem günstigen Vorzeichen stehen.

Flick und die Kultur

Von Enno v. Loewenstern

Zur ersten Teilung Polens höhnte Friedrich der Große über Maria Theresia: „Sie weint, aber sie nimmt." Nun muß man der großen Kaiserin glauben, und selbst er glaubte ihr, daß ihr das Schicksal des unseligen, unregierbaren Königreichs zu Herzen ging; daß sie aber meinte, aus staatspolitischen Gründen nicht abseits stehen zu können, wenn die anderen Großmächte sich bedienten. Wenn nun, um den Bogen zur Gegenwart zu schlagen, der Abgeordnete Struck geschwiegen hätte, dann wäre er vielleicht nicht gerade ein Philosoph, aber auch keine so unterhaltsame Figur geblieben. Doch schnaubt dieser begnadete Moralist wider die Union ob eines Verstoßes „gegen die politische Kultur" und rechnet ihr vor, daß sie viel mehr als die SPD bekommen habe.

Aber die SPD hat auch genommen, und wie. Und weder Brandt noch Nau sind je die Tränen über die Wangen geronnen. Die Tränen können einem höchstens heute kommen, wenn man Strucks Aussagen hört wie die: Die Union habe die tatsächliche Einflußnahme Flicks auf Politiker und politische Entscheidungen „vernachlässigt und verniedlicht" – aber, was die Spenden an die Friedrich-Ebert-Stiftung betrifft: diese hätten „keinen Einfluß auf die Haltung sozialdemokratischer Minister und Politiker gehabt".

Es war die SPD (plus FDP), die über Flicks Steuerwünsche zu entscheiden hatte, nicht die Union. Die war damals nicht an der Regierung. Struck selbst deutet die Flick-Millionen in SPD-Richtung, sie seien „wohl eher unwillig gewährt worden", nachdem die SPD in die Regierungsverantwortung kam und damit „wichtig wurde". War das nicht gerade für die SPD ein Grund, über Sinn und Ziel solcher Spenden und Fragen der politischen Kultur nachzudenken?

Von der heutigen Regierungsseite wird die SPD nicht verdächtigt, sie habe Flick den Steuernachlaß wegen seiner Spenden gewährt. Auch das gehört zur politischen Kultur. Eine andere Frage ist, ob Auftritte wie die des kämpferischen Abgeordneten Struck in die politische Kultur einer rechtsstaatlichen Demokratie passen, in der man den Gegner jedenfalls nicht mit dem Balken im eigenen Auge erschlagen sollte.



Schulterschluß KLAUS BÖHLE

Sieg eines mutigen Mannes

Von Rolf Görtz

In Portugal siegte das Charisma eines volksnahen Politikers der linken Mitte und nicht die Volksfront, so sehr sich auch die radikale Linke bemühen wird, diesen Wahlsieg zu verfälschen. Noch in der Wahlnacht stellte der Sozialist Mario Soares die Weichen für das Präsidialamt, so wie er es ausfüllen möchte. „Ich werde nicht der Präsident einer Partei noch einer Mehrheit sein, die mich wählte", versprach er in klarer Erkenntnis dessen, was jetzt auf ihn zukommt und was er durchstehen muß, wenn er seinen eigenen gemäßigten Maximen treu bleiben will.

Mario Soares war der erste Politiker der Opposition gegen das Salazar-Regime, der es nach der Revolution der „Roten Nelken" wagte, auf offener Straße den Kommunisten und den mit ihnen zusammenarbeitenden roten Offizieren entgegenzutreten. Die christdemokratische Partei seines knapp geschlagenen Rivalen Freitas do Amaral hatten die Kommunisten damals einschüchtern können, die Sozialisten aber nicht.

Gelang es dem Politiker Soares – vor und hinter den Kulissen –, die Gefahr eines europäischen Kuba abzuwenden, so versagte der Regierungschef Soares in der Verwaltung des Landes. Das war keine Frage des moralischen Mutes; er war durchaus imstande, seinen Anhängern offen ins Gesicht zu sagen, daß sie alle über ihre Verhältnisse lebten und deshalb den Gürtel enger schnallen müßten. An dem Wie des wirtschaftlichen Wiederaufbaus aber scheiterte er.

Der moskautreue KP-Chef Alvaro Cunhal wird jetzt alles daransetzen, um sich selbst in den Vordergrund zu schieben und Soares in seinen Entscheidungen zu beeinflussen, ihn womöglich zu verpflichten. Cunhal braucht dazu die Spaltung der Nation. Nur zu diesem Zweck machte er den studentischen Protest gegen eine versagende, korrupte Führung zu einer „faschistischen Reaktion", die sich hinter der Kandidatur von Freitas do Amaral verberge. Eine plumpe Propaganda, die – wieder einmal mit Hilfe bestimmter in- und ausländischer Medien – den Horizont der Portugiesen neu eintrüben soll.

Die Aufgaben eines portugiesischen Staatspräsidenten unterscheiden sich kaum von denen unseres Bundespräsidenten. Denn die Politik bestimmt der Ministerpräsident als Chef der gewählten Regierung. Aber Kabinettschef Anibal Cavaco Silva regiert mit einer parlamentarischen Minderheit. Mit Sicherheit kann sich seine sozialdemokratische Fraktion nur auf die Christdemokraten stützen, deren Parteigründer Freitas do Amaral er im Wahlkampf lebhaft unterstützt hatte.

Vermutlich werden auch manche Abgeordnete der Erneuerungspartei des jetzt nach zehn Jahren abgetretenen Staatspräsidenten General Ramalho Eanes der Regierung in den meisten Fällen die parlamentarische Zustimmung geben. Eanes, der wie Cavaco Silva aus einfachen Verhältnissen kommt, achtet Männer, die aus eigener Kraft ein hohes Ziel erreichen. Aber die noch junge, in ihrer Zusammensetzung höchst unharmonische Partei des Generals dürfte zwischen Kommunisten und Sozialisten aufgerieben werden und wahrscheinlich schon bei den nächsten Wahlen in die Bedeutungslosigkeit zurücksinken.

Diese unsicheren Verhältnisse im Parlament können dem Staatspräsidenten dann ein größeres Gewicht geben, wenn dieser darüber entscheiden soll, ob die Voraussetzungen für eine Auflösung des Parlamentes und vorzeitige Neuwahlen gegeben sind oder nicht. Bei einer Minderheitsregierung kann eine solche Situation schnell eintreten. Soares erklärte nach seinem Wahlsieg vernünftigerweise, er werde die Regierung Cavaco Silva stützen. Und das, obwohl dieser es war, der die Koalitionsregierung der Sozialisten und Sozialdemokraten unter Soares zu Fall brachte. Offen bleibt die immer wieder aufgeschobene, aber nichtsdestoweniger dringend notwendige Verfassungsänderung sowie die Einführung eines neuen Wahlgesetzes, das der Partei mit den meisten Stimmen auch eine parlamentarische Plattform bietet – ob nun mit oder ohne Koalitionspartner. Und so wie diese Frage dürfte auch für die Reprivatisierung der Wirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung sein, wer Mario Soares in der Parteiführung nachfolgen wird: ein Gemäßigter oder einer vom linken Parteiflügel.



Der Antikommunist, den der KP-Chef vereinnahmen wollte: Soares FOTO: AP

Portugal ist seit dem 1. Januar Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und bedarf deren Hilfe wie kaum ein anderes Land. Gemeint sind aber weniger finanzielle Stützen, sondern vielmehr einschneidende Strukturveränderungen. Es gilt, ein „sozialistisches" System abzubauen, das dem Feudalismus der Vergangenheit bis in die Vergabe von Sinekuren mehr ähnelt als einer sozialen Marktwirtschaft. In diese wahrhaft „reaktionäre Vergangenheit" (Freitas do Amaral) begab sich die Bürokratie der verstaatlichten Industrie. In ihren unermeßlichen Löchern verschwanden die Steuern einer ganzen Dekade, während das Volk selbst immer tiefer ins Elend sank.

Weil die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse nicht genügen, um die grundsätzlichen Hindernisse für eine wirtschaftliche Entfaltung zu beseitigen, dürfte auch die derzeitige Regierungsmannschaft von sich aus vorgezogene Neuwahlen anstreben. Vielleicht schon im Herbst. Leicht wäre es, den notwendigen Mißtrauensantrag zu provozieren. Aber hierbei kommt es auf den psychologisch richtigen Zeitpunkt an. Und den hätte Cavaco Silva mit einem Präsidenten Freitas do Amaral leichter bestimmen können.

Denn auch das ergaben die Wahlen: Das bürgerliche Lager der eigentlich nur dem Namen nach sozialdemokratischen Partei der rechten Mitte und der ebenso zum Zentrum strebenden Christdemokratischen Partei (CDS) war noch nie so stark wie jetzt. Parlamentswahlen hätten an diesen Sonntag den Sieg des bürgerlichen Lagers davongetragen.

IM GESPRÄCH Herbert Lewinsky

Sanierer an der Donau

Von Carl Gustaf Ströhm

Österreichs angeschlagener verstaatlichter Stahlgigant VOEST hat einen neuen Generaldirektor – und zwar keinen Kandidaten aus dem Inland, der, wie bisher üblich, mit dem Parteibuch (der regierenden Sozialisten) abgesichert und abgesegnet ist. Nachdem der anfängliche Versuch, den Chef der gleichfalls verstaatlichten Chemie-Linz-AG zum obersten VOEST-Manager zu bestellen, am Bekanntwerden von Fehlspekulationen scheiterte, die man dem Kandidaten Kirchweger anlastete, wurde jetzt ein völliger Außenseiter hervorgezaubert. Der 58jährige Herbert Lewinsky gilt als „Auslandsösterreicher", er hat seine Karriere hauptsächlich in der Bundesrepublik und den USA gemacht. Er leitete den deutschen Zweig der Mobil Oil in Hamburg.

Wenn man dem vor einigen Monaten kollektiv gefeuerten VOEST-Vorstand noch eine gewisse österreichische Gemütlichkeit nachzusagen pflegte, so geht Lewinsky der Ruf voraus, ein „durchschlagskräftiger" Manager von „diamantener Härte" zu sein. Nachdem jetzt bekannt wurde, daß die VOEST im vergangenen Jahr nicht, wie anfangs angenommen, „nur" fünf, sondern mehr als elf Milliarden Schilling (rund 1,6 Milliarden DM) Verluste erwirtschaftet hat, erscheint Lewinsky als Retter in höchster Not. Ihm geht der Ruf voraus, gegen den Widerstand von Politikern und Pressure-Groups in der deutschen Mobil Oil konsequent das getan zu haben, wogegen sich die österreichischen Sozialisten seit Kreiskys Zeiten sträubten: Nämlich unrentable Produktionsstätten stillzulegen und überschüssige Arbeitskräfte zu entlassen.

Das mag auch der Grund sein, warum der mächtige Betriebsratsvorsitzende der VOEST, Ruhaltinger – der zugleich in der Sozialistischen Partei Österreichs verankert ist und ein Parlamentsmandat besitzt –, sich mit Händen und Füßen gegen den neuen Chef aus Hamburg und einen zweiten Import aus der Bundesrepublik (den bisherigen Hüttenchef der deutschen Klöckner-Werke, Ludwig von Bogdandy) gewehrt hat. Letzterer soll die Stahlerzeugung, vor allem im danieder liegenden steirischen Donawitz, sanieren.



Eine mutige Entscheidung von Sinowatz: Lewinsky FOTO: STECHE/VISUM

In letzter Zeit basierte die österreichische Vollbeschäftigung auf einer zwar mit Hochdruck arbeitenden, aber nur noch Verluste erwirtschaftenden Schwerindustrie, die durch Steuergelder erhalten werden mußte. Jetzt hat SPÖ-Chef Bundeskanzler Sinowatz eine Kehrtwendung vollzogen, die für die Sozialisten nicht unproblematisch ist. Die SPÖ muß als Regierungspartei in der verstaatlichten Industrie gewissermaßen als Arbeitgeber auftreten und Arbeiter entlassen, die zugleich SPÖ-Wähler sind oder sein sollen. Aber in der Partei haben sich offenbar jene Kräfte durchgesetzt, die vor einem noch tieferen Hineinschlittern in eine Produktions- und Absatzkrise warnen.

So holte man Lewinsky. Da man kaum annehmen kann, daß ein solcher Spitzenmann sich ohne entsprechende Vollmachten auf die Sanierung der VOEST einlassen würde, und da auch Lewinsky zum Erfolg verurteilt ist, kann man auf die neue Ära in Linz gespannt sein.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LIBERATION

Die französische Zeitung kommentiert den französischen Bombenangriff auf einen von Libyen gebauten Rebellenflugplatz in Nord-Tschad:

Einen Monat vor den Parlamentswahlen und am Tag vor dem ersten Gipfel frankophoner Staaten zeigt der Präsident, daß die französischen Engagements in Afrika nicht von der Innenpolitik abhängen und daß Frankreich darüber hinaus in der Lage ist, schnell und stark, aber ohne Übermaß oder Fehlverhalten zuzuschlagen ... Eine gute Sache also ... Keine ernsthafte Kritik in Frankreich, international allgemeine Zustimmung ... Wirklich – wer könnte sich noch weigern, zusammen mit einem solchen Präsidenten zu regieren?

WESTFALENPOST

Zu den Verhandlungen SPD–SED über atomwaffenfreie Zonen bemerkt das Hagener Blatt:

Egon Bahr und sein Verhandlungspartner Axen von der DDR haben keine Lösung gefunden. Irgendwann soll wieder verhandelt werden. Die gutgemeinte sozialdemokratische Initiative hat keine Schubkraft mehr. Inzwischen haben die beiden Weltmächte die These auf ihre höchste Ebene gezogen. Außerdem ist die früher so leidenschaftliche „Friedensbewegung", an deren Spitze Willy Brandt marschierte, auseinandergelaufen. Ihre emotionale Stärke drängte auf die atomwaffenfreien Zonen. Die Entscheidung der neuen Bonner Regierung sollte unterlaufen werden. Das ist völlig mißlungen, um so geringer ist jetzt das Interesse der DDR, die Demonstrationswogen noch einmal in Anspruch zu nehmen. Jetzt wird die SPD zu überlegen haben, ob ihre Neben-Außenpolitik noch sinnvoll ist. Auch für den Honecker-Staat ist der Bundesminister Schäuble im Kanzleramt deutlich gewichtiger als Egon Bahr.

NÜRNBERGER ZEITUNG

Zur Spendenaffäre der Neuen Heimat meint sie:

Ist der jetzt aufgedeckte Skandal nur die Spitze eines Eisbergs, wie Insider vermuten? Da wird daran erinnert, daß die Neue Heimat, wo immer sie auftrat, ihre Konkurrenten spielend übertrumpfte. Da denkt man an die enge Verflechtung von Neuer Heimat mit den Kommunen. Und schließlich wird da gefragt, was die Neue Heimat für ein Interesse daran haben könnte, eine SPD-Stiftung zu subventionieren ... Gustav Fehrenbach, der so viel von sich reden machte, sollte jetzt klar und deutlich Stellung nehmen. Schweigen wäre mehr als fatal.

CORRIERE DELLA SERA

Die Mailänder Zeitung begeistert sich für die Soares-Wahl:

Bei dem Wahlsieg des Sozialisten Mario Soares über den konservativen Freitas do Amaral liegt der gesunde Menschenverstand darin, daß die Bürger nicht die ganze Macht nur einer politischen Seite haben geben wollen: Die Sozialdemokraten sind bereits mit den Christdemokraten in der Regierung. Ihnen auch die Präsidentschaft der Republik zu überlassen wäre zuviel gewesen.

Die Sprache Frankreichs in Wadi Dum

Eine Lektion für Khadhafi stellt die Machtverhältnisse klar / Von Jürgen Liminski

Dem Luftangriff auf den von Libyern kontrollierten Wüstenflugplatz Wadi Dum im Nordtschad folgte ein Angriff auf den Zivilflughafen bei der tschadischen Hauptstadt N'Djamena. Aber Gleichheit gab es nur im Äther, nicht am Boden. Die zwölf Jaguar-Maschinen der Franzosen hatten die Radaranlagen und das Luftabwehrsystem der sowjetischen Sam-6-Raketen bei Wadi Dum in die Irre geleitet und hundertzwanzig Spezialbomben auf die 3800 Meter lange Piste geworfen. Zurück blieb ein zerfetzter Streifen in der Wüste. Das Rollfeld ist für lange Zeit nicht mehr zu gebrauchen. In N'Djamena dagegen fielen ein halbes Dutzend Bomben und schlugen ein paar Löcher in den Boden. Sie werden bald wieder zugeschüttet und das Feld planiert sein.

Außerdem: Wadi Dum diente den prolibyschen Rebellen als Drehscheibe für Nachschub und zur Deckung aus der Luft. Die französischen Maschinen aber starteten nicht in N'Djamena, sondern im 1600 Kilometer entfernten Zentralafrika. Sie können jederzeit solche Aktionen wiederholen.

Die militärisch erfolgreiche Operation ist für Frankreichs Präsident Mitterrand innenpolitisch verwertbar. Die Zustimmung im Land ist nahezu einhellig. Kritik wird nur am Zeitpunkt geübt: Die Aktion hätte schon früher erfolgen sollen. Niemand kann der Opposition in Frankreich diesen Kritik-Tribut an die Wahlkampfzeit verdenken. Aber auch außenpolitisch hat Mitterrand Punkte gesammelt. Mehrere Dutzend Staats- und Regierungschefs sind seit gestern in Paris zum ersten Kongreß über die Bedeutung der französischen Sprache in der Welt versammelt. Die afrikanischen Potentaten halten die Sprache ihrer Schutzmacht Frankreich, wie sie sich jetzt demonstrierte, gewiß für lobenswert.

Freudig überrascht, wenn sie es nicht schon vorher gewußt haben, dürften auch die Amerikaner sein. Unversehens ist Khadhafi nun zwischen zwei Fronten geraten. Vor der Großen Syrte hat Washingtons 6. Flotte eine bedrohliche Kulisse aufgefahren. Im Süden sind die Schnüre der prolibyschen Marionetten gekappt. Für einen Vormarsch der Rebellen fehlt nun die Deckung. Khadhafi sitzt in der Klemme.

Angesichts solch unerfreulicher Umstände kommt selbst ein Revolutionsführer zur Besinnung. Die Sprache der Diplomatie solle den Konflikt lösen helfen, meinte der regierende Terrorist kleinlaut in Tripolis. Möglich machte es die Demonstration der Stärke, vor der Küste und im Nachbarland. Es ist wohl die einzige Sprache, die Terroristen verstehen. Allgemeingehaltene Erklärungen zum Kampf gegen den Terrorismus, die wie das jüngste EG-Papier weder Roß noch Reiter nennen, obwohl alle Welt Bescheid weiß, demonstrieren dagegen bestenfalls taktische Ratlosigkeit.

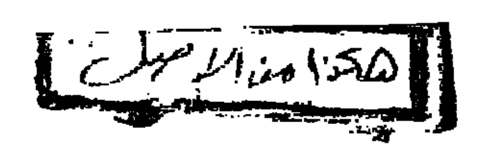
Wie lange wird die Eindämmung des Terroristen andauern? Die 6. Flotte kann nicht unbegrenzt vor der libyschen Küste Manöver abhalten. Ein Manta-2, nach dem Vorbild des Einsatzes französischer Elite-Einheiten im Tschad unter dem Namen Operation Manta, ist teuer. Manta kostete Frankreich pro Tag eine Million Franc (330 000 Mark). Das verschlang ein Drittel des für Operationen im Ausland veranschlagten Budgetpostens. Das kann sich Frankreich auf Dauer nicht leisten.

Es ist allerdings auch nicht notwendig. Paris hat aus Manta gelernt. Nur noch kleinere Einheiten mit erhöhter Feuerkraft sollen notfalls im Tschad eingesetzt werden. Um so mehr werden Waffen geliefert.

Entscheidend jedoch ist die Luftüberlegenheit. Sie ist mit der Zerstörung von Wadi Dum vorerst gesichert. Die Nordhälfte des Tschad – nur sie, nicht der Süden, ist umkämpft – besteht aus Wüste und ist nur dünn bevölkert. Hier kommt es darauf an, die wenigen Straßen entweder halten oder unterbrechen zu können. Das läuft darauf hinaus, wer die an den Oasen gelegenen Ortschaften mit ihren wenigen tausend Einwohnern in der Hand hat. Dazwischen ist nichts außer Sand und Geröll. Hier gibt es wenig zu kontrollieren. Räuberbanden, politisch motiviert oder nicht, hat es hier immer gegeben.

Die Frage ist, ob die Zentralgewalt in N'Djamena in diesem Vorfeld von Zeit zu Zeit präsent ist und dabei die Oberhand behält oder ob es den prolibyschen Rebellen des Gukuni Weddei gelingt, die Verbindungen nach N'Djamena zu besetzen und somit das Land scheibchenweise unter Kontrolle zu bringen. Wer bei solchen Verhältnissen die Luftüberlegenheit besitzt, braucht den Gegner nicht zu fürchten.

Auf diplomatische Stille wird sich Mitterrand deshalb fürs nächste kaum einlassen. Er ist übrigens von Khadhafi schon einmal auf diplomatischem Parkett zu Fall gebracht worden – Griechenlands Papandreou half damals in Kreta als Gastgeber kräftig mit. Auch das hat Mitterrand aus Manta gelernt: Abkommen mit Terroristen sind wahrscheinlich genausoviel wert wie EG-Erklärungen gegen den Terrorismus.



Dissonanzen in den Star-Orchestern

Bonn, Berlin und München – drei Städte, dreimal die gleichen Probleme: Es gibt Krach zwischen Orchestern und ihrer Führung.

Von REINHARD BEUTH

Was eigentlich sitzt quer bei den deutschen Orchestern? Kaum ist in Sicht, daß die Berliner Philharmoniker mit der offiziellen Installierung ihres neuen Intendanten Hans-Georg Schäfer zum 1. März ihre jahrelange Intendantenkrise beenden, geraten zwei andere Städte wegen Unstimmigkeiten mit ihren Orchestern in die Schlagzeilen.

Die Stadt Bonn muß eine Klage ihres eigenen Orchesters fürchten, nachdem man mit Dennis Russell Davies einen neuen Chefdirigenten verpflichtet hat, den das Orchester rundheraus ablehnt. In München hat sich die Stadt auf eine geradezu peinliche Art und mit einer für den Steuerzahler teuren Abfindung ihres Orchesterdirektors Hubertus Franzen entledigt. Jeder weiß, daß er den Kopf für andere hinhalten mußte.

Direkt vergleichbar mögen die verschiedenen Fälle nicht sein, aber gemeinsam ist ihnen, daß hier Kulturpolitik mit den Schriftsätzen der Anwaltskanzleien gemacht wird. Wo solche Zustände herrschen, kann das System nicht mehr in Ordnung sein.

Die Orchester haben rein rechtlich eine schwache Position. Selbst bei den ganz stark gestellten Berliner Philharmonikern können die Musiker zwar ihre eigenen Mitglieder wählen, den Intendanten hingegen und den Chefdirigenten kann ihnen der Senat vor die Nase setzen.

So dumm wird zwar kein Kultursenator sein, aber Mitspracherechte und Anhörungspflichten sind im Extremfall wenig wert. Auch wer die Bedenken eines Orchesters angehört hat, auch wo das Orchester seine Vorstellungen artikuliert hat, kann ja der Rechtsträger nach Abwägung der verschiedenen Interessen gegen die Musiker entscheiden. Justitiabel ist eben nur, daß das Orchester angehört werden muß, nirgends steht geschrieben, daß man sich seinem Votum beugen muß.

Wenn das Bonner Orchester der Beethovenhalle tatsächlich seine Drohung wahrmacht, gegen die Stadt zu klagen, steht hier eine ganz wichtige Präzedenzentscheidung ins Haus. Würde diese Klage erfolgreich sein, dann könnte man in Zukunft den Orchestern gleich die Wahl ihres Chefdirigenten überlassen. Der Kulturdezernent würde zum Botenjungen, der dem Wunschkandidaten die Vertragsentwürfe vorlegt.

So sehr man eine solche Situation in Bonn auch begrüßen würde, wo eine kulturpolitisch seit Jahren absolut inkompetente CDU-Mehrheit den neuen Generalmusikdirektor gegen die anderen Fraktionen, gegen das Orchester und gegen alle Ratschläge von außen durchgepeitscht hat, ihn dazu mit einem Vertrag ausstatten will, der flagrant im Widerspruch zum Vertrag mit dem Opernintendanten steht, kurzum, wo die lokalen Kulturpolitiker mit solchem Schaden in ein Orchester hineinregieren, da muß man fürwahr sich selbst verwaltenden, autarken Einheiten das Wort reden.

Solche Orchesterverfassungen einzuleiten, mag man andererseits kaum befürworten. Zu häufig sind die Fälle, daß Orchestermusiker *nicht* nach Künstlerschaft und damit den kulturpolitischen Zielen einer Stadt streben, sondern auf dem Weg des geringsten Widerstandes eine beamtengleiche Dienstauffassung pflegen möchten.

Opfer sind meist die jungen Dirigenten

Da sind jüngere Dirigenten, die einfach noch nicht die Erfahrung hatten, eine solche Hundertschaft zu zähmen, fertiggemacht worden. Da werden noch immer zeitgenössische Komponisten gnadenlos von der Meute sekkiert, weil der die Musik nicht paßt und damit auch deren Schöpfer nicht. Das Philharmonische Staatsorchester Hamburg, nach Meinung vieler der in dieser Hinsicht „übelste Haufen" in Deutschland, hat mit solchen Methoden nicht nur einen Chef wie Christoph von Dohnanyi und Gäste wie Hans Werner Henze von seinem Pult gejagt, sondern auch die Stirn besessen, einem Mann wie Christoph Eschenbach vorzuwerfen, er könne keinen 5/8-Takt schlagen.

Vielleicht ist ein solcher Sadismus aber auch bloß der natürliche Ausgleich für Duldersituationen, die durchaus nicht nur im Kuschen vor der Selbstherrlichkeit manchen Pultstars bestehen. Der Fall der Münchner Philharmoniker, die immerhin Deutschlands zweitbestes Orchester sein möchten, stellt sich da geradezu als Lehrstück dar. Da äußert – das ist aktenkundig – der Münchner Kulturreferent Kolbe, „daß unter Aufbietung aller aktiven Kräfte alles getan werden müßte, Maestro Celibidache zu halten, ihn zufriedenzustellen und ihn zu bewahren. Maestro Celibidache sei für den künstlerischen Weg der Münchner Philharmoniker so wichtig wie die Luft zum Atmen."

Der Grund für diesen verbalen Kotau Jürgen Kolbes: „Celi" war verschnupft und drohte mit Liebesentzug, weil während seiner längeren, *nicht absehbaren* Erkrankungen *Orchestertourneen*, an denen Millionenbeträge hingen, Gastdirigenten anvertraut worden waren.

Der Orchesterdirektor Hubertus Franzen hatte dabei nur auf Anweisung Kolbes gehandelt. Da heißt es nicht nur in einem Brief Kolbes an den Münchner OB Kronawitter: „Herr Franzen ist beauftragt, die Kontakte und Möglicheiten, Ersatzdirigenten zu beschaffen, nunmehr mit dem Ziel definitiver Terminabsprachen wahrzunehmen ... Ich bitte um Ihr Einverständnis, daß Herrn Franzen in dieser Notlage jede städtische Unterstützung bei seinen Akquisitionsbemühungen gewährt wird", da bestätigte auch Kolbe einmal „Im übrigen hat der Orchesterdirektor in den letzten Monaten immer nur auf Weisungen und Auftrag des Kulturreferates gehandelt. Dies in enger Rückkopplung mit dem Oberbürgermeister."

Nun kann man ja gut verstehen, daß auch ob solch erdrückender Faktenlage Münchens SPD-Stadtregierung lieber einen der CSU nahestehenden Orchesterdirektor abfindet, als den eigenen Parteigänger im Kulturreferat in die Wüste zu schicken, aber man sollte die Belange des Orchesters doch nicht ganz außer acht lassen.

Franzen war es, der dem Orchester durch das Engagement einer Vielzahl prominenter Dirigenten einen beispiellosen Abonnentenzulauf bescherte. Nur so ist der neue Konzertsaal am Gasteig zu füllen. Wehe dem Orchester, wenn sich seine Attraktivität nurmehr auf seinen grandiosen, aber kränklichen Chef gründet. Dann fliehen erst diejenigen, die neben Celi auch andere große Dirigenten zu hören erwarten, und irgendwann bleibt auch die andere Hälfte unbefriedigt.

Sturz mit pikantem Hintergrund

Daß Franzen zwischen die Mühlsteine Celibidaches und der ihn vergötternden Musikerfraktion gelangen mußte, war klar. Daß auch die Stadt ihn schließlich fallenließ, hat aber vermutlich noch einen viel pikanteren Hintergrund.

Franzen erreichte es, dem Automobilproduzenten Audi einen Sponsorenvertrag für die Philharmoniker abzuhandeln, der nicht zuletzt deren hochfliegende Auslandstourneepläne erst ermöglichte. Das Audi-Engagement bei den Philharmonikern beläuft sich auf Millionenbeträge. Dieser Vertrag, der praktisch keine Gegenleistungen des Orchesters an das Industrieunternehmen verlangt, ist im Münchner Stadtrat seinerzeit schon nur durch eine seltsame Koalition aus SPD-OB Kronawitter, SPD-Kulturbürgermeister und CSU gegen die SPD-Fraktion und die Grünen zustande gekommen. Noch immer bangen die Linken darum, ob nicht der Münchner Autoriese BMW das Eindringen von den Ingolstädtern zum Anlaß nehmen könnte, seinerseits so progressive Kulturspielzeuge wie die Alabamahalle weniger großzügig zu fördern.

Wenn es um solche Sorgen geht, dann sucht man doch lieber eine Lösung, die langfristig zum Schaden der Philharmoniker auswachsen muß. Der wird nur abgewendet, wenn man einen vollwertigen Ersatz für Franzen findet. Das dürfte schwer sein. Die Berliner wissen das zu gut. Aber hier schauen die Münchner ausnahmsweise nicht nach Berlin.

Im Goldenen Tempel droht ein Blutbad

Krisenstimmung im Punjab: Zwischen extremistischen und gemäßigten Sikhs droht eine gewaltsame Konfrontation. Die Extremisten sollen aus dem Goldenen Tempel in Amritsar vertrieben werden, den sie seit drei Wochen besetzt halten.

Von PETER DIENEMANN

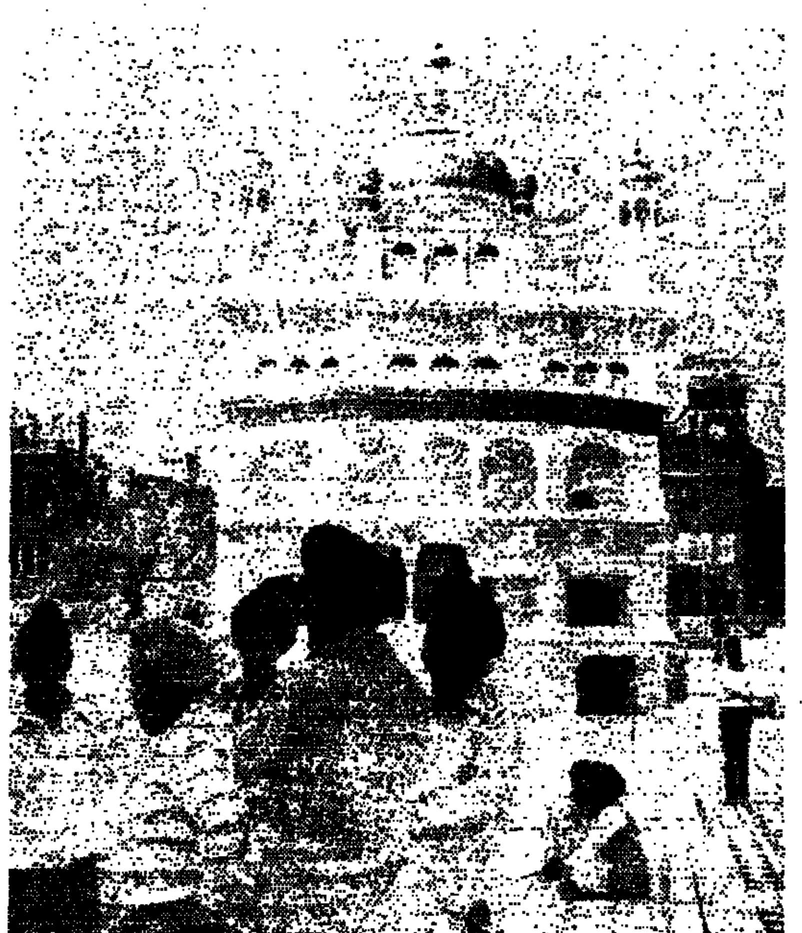
Im goldenen Tempel von Amritsar weht die Khalistan-Flagge. Orangefarbene Turbane – die Farbe der Extremisten – schillern in der Morgensonne, Sikhs, Schwerter umgegürtet, bereiten sich auf das von Sünden reinigende Morgenbad im künstlichen Teich des größten Sikh-Heiligtums vor. Auf Dächern, Balkons und in Gebäude-Eingängen stehen mit Schrotflinten bewaffnete Wächter, die das Treiben argwöhnisch beobachten.

Eineinhalb Jahre nach der „Operation Bluestar", dem Sturm der Armee auf den goldenen Tempel, erinnert die Szene an das Regiment des militanten Sikh-Führers Sant Jarnail Singh Bhindranwale und seine Khalistan-Extremisten. Die fünf Monate alte Sikh-Regierung in Pandschab und die Kirchenführer der Sikhs scheinen die erste Runde der Auseinandersetzung mit jenen ihrer Glaubensbrüder verloren zu haben, die Bhindranwale als Märtyrer verehren und von Khalistan träumen.

Der 17jährige mit dem orangefarbenen Turban, Angehöriger der militanten Sikh-Organisation „Damdami Taksal", dessen Bart noch Flaum ist, wiederholt vor einem der Sarais (Wohnungen) innerhalb des weitläufigen Tempel-Komplexes, martialisch dreinschauend, was sein bei „Operation Bluestar" erschossener „hochverehrter" Führer Bhindranwale (an dessen Tod die Damdami-Taksal-Anhänger nicht glauben) Tausenden seiner jungen Anhänger gepredigt hatte: Die Sikhs brauchen ihr eigenes Land, brauchen Khalistan. Dann fordert er Rache für das, was ihm und seinen Glaubensbrüdern die indische Regierung angetan hat, lehnt die politischen Führer Pandschabs als „Schwachköpfe" und „Verräter" ab, weil sie sich mit der indischen Regierung in der Pandschab-Frage geeinigt haben.

Wie die übrigen seiner Altersgenossen ist Harminder Singh arbeitslos, viele haben ihr Studium vor Monaten abgebrochen, viele haben erst vor kurzer Zeit im Rahmen einer Generalamnestie der Pandschab-Regierung die Gefängnisse verlassen, wo sie mehr als ein Jahr unter Extremismus-Verdacht einsaßen. Aus jenen enttäuschten, unbelehrbaren und willigen Werkzeugen in den Händen ihrer militanten und nur wenig älteren Führer rekrutieren sich die Mitglieder der beiden militanten Sikh-Organisationen. Es sind die Studentenvereinigung „All India Sikh Students Federation" und die „Damdami Taksal", die seit zehn Tagen die Macht im goldenen Tempel haben. Sie vertrieben die „Akali Dal"-Partei von Chefminister Surjit Singh Barnala und die Tempelverwaltung der Sikhs unter ihrem (am Sonntag zurückgetretenen) Chef Gurcharan Singh Thora sowie den Oberpriester mit Waffengewalt aus dem Sikh-Heiligtum.

Die Besetzung des goldenen Tempels durch Extremisten ist der bisherige Höhepunkt einer wieder gespannten Situation in Pandschab. Ihre Mordanschläge – täglich werden Menschen getötet – richten sich jetzt gegen eigene Glaubensbrüder, moderate Sikh-Führer und Priester, die zum Ausgleich statt zur Konfrontation mit der Regierung aufrufen. Zahlreiche der Mordschützen, so kritisieren indische Sicherheitsbeamte, waren erst Ende vergangenen Jahres aus der Haft entlassen worden, weil Chefminister Barnala ihnen mit einer „Geste der Versöhnung" entgegenkommen wollte. Doch die Entlassenen sagen: Wir saßen unschuldig hinter Gittern, wurden von Militär und Polizei mißhandelt, unsere Führer wurden getötet, die Macht im Staat haben aber jetzt die, die früher feige waren. Dafür gilt es Rache zu nehmen.



Umkämpftes Heiligtum: Der Goldene Tempel der Sikhs in Amritsar FOTO: AP

Die verworrene politische Entwicklung in Pandschab gab dem Extremismus Auftrieb. Entgegen dem Versprechen der Regierung Rajiv Gandhis wurde am 26. Januar, dem Nationalfeiertag Indiens, die im Bundesstaat Haryana gelegene Hauptstadt Pandschabs, Chandigarh, nicht in Pandschab eingegliedert. Aus formalen Gründen und offensichtlich wegen einiger „Rechenfehler" der Mathew-Kommission, konnte der damit verknüpfte Übergang von einigen hundert Pandschab-Dörfern mit mehrheitlich Hindi-sprechender Bevölkerung in den Staat Haryana nicht durchgeführt werden. Neue Prüfungen und Erhebungen können viele Monate dauern. Jene Sikhs in Pandschab, die die Vereinbarung mit der Zentralregierung kritisiert hatten, fühlen sich bestätigt.

Streit zwischen Gemäßigten und Extremisten entbrannte auch in der für Sikhs wichtigsten Frage, des „Kar Seva" im goldenen Tempel. Eine religiös motivierte Reinigungs- und Wiederaufbauzeremonie für den obersten Sitz der Sikhs, den Akal Takht, der während der „Operation Bluestar" zerstört, dann mit Hilfe der Regierung durch den Nirankari-Führer Baba Singh wiederaufgebaut worden war – und jetzt wieder abgerissen wurde.

Die „Damdami Taksal", jene ehemalige Prediger-Organisation, die seit 1978 unter Sant Jarnail Singh Bhindranwale zum Sammelbecken der militanten Sikhs wurde, beanspruchte gegen den Willen der „Akali Dal" und der Sikh-Tempelverwaltung das Recht für sich, den Ort neu aufzubauen, wo vor 19 Monaten Bhindranwale im Kugelhagel der Armee starb. Termin: 26. Januar, einen Tag vor dem Zeitpunkt, den die Tempelverwaltung für das „Kar Seva" festgelegt hatte.

Im Handstreich stürmten Hunderte von „Damdami Taksal"-Mitgliedern und Aktivisten der sympathisierenden Studenten-Vereinigung am indischen Nationalfeiertag den Tempel-Komplex, ohne auf Widerstand zu stoßen. Umgehend begannen die Besetzer mit dem Abbruch des Gebäudes. Versuche eines „Akali Dal"-Kommandotrupps, den Tempel für die rechtmäßigen Amtsinhaber zurückzuerobern, wurden von den Extremisten zurückgeschlagen. Akali Dal und SGPC haben vorerst die Schlacht um das Sikh-Heiligtum verloren.

Der unentschlossene und politisch schwache Pandschab-Chefminister Barnala wurde von der indischen Zentralregierung zu harten Maßnahmen gegen die Extremisten aufgefordert, weigerte sich aber bisher, den goldenen Tempel durch Polizeikräfte räumen zu lassen, mit dem Argument, der heilige Platz erlaube kein Blutvergießen. Nun hat am Sonntag die „Generalversammlung" der Sikhs in Anandpur Sahib die Regierung aufgefordert, die Extremisten aus dem Tempel zu vertreiben.

Bhindranwale-Poster finden reißenden Absatz im goldenen Tempel, „Damdami Taksal"-Boß Kartar Singh ist entschlossen, weitere Gurdwaras, Sikh-Tempel, in Pandschab zu übernehmen, und die Sikh-Studenten rufen wieder lauthals nach Khalistan. Am Sonntag versuchte Chefminister Barnala zu retten, was zu retten ist. Von einer Sikh-Generalversammlung, der „Sarbat Khalsa", holte er sich die moralische Unterstützung seiner Glaubensbrüder. Eine Woche lang waren „Akali Dal"-Mitarbeiter in Pandschab unterwegs, um möglichst viele Sikhs in Anandpur zusammenzutrommeln. Doch es kamen nur 30 000. Viele blieben aus Angst vor Terroranschlägen der Extremisten daheim.



Siegesstimmung in den Straßen Lissabons: Soares-Anhänger bejubeln das Wahlergebnis FOTO: EPA

Ein glückloser Regierungschef kehrt wieder als Präsident

Er regierte glücklos, doch er zeichnete sich aus als Demokrat – gegen die Rechtsdiktatur ebenso wie gegen das Regime der linken Offiziere: Mario Soares, der Sozialist und neue Präsident Portugals.

Von ROLF GÖRTZ

Völlig erschöpft, heiser von über hundert Wahlreden, aber überglücklich rief Mario Soares immer wieder die nur mit Mühe verständlichen Wortfetzen in die jubelnde Menge seiner Anhänger: „Ich werde der Präsident aller Portugiesen sein" – „Toleranz" und noch einmal „Toleranz", zum Schluß: „Viva Portugal, viva la Republica".

Portugals neuer Staatspräsident Mario Alberto Nobre Lopes Soares, 61 Jahre alt, ist Sozialist und einer jener Portugiesen, die unter mehreren Restaurants das mit der besseren Küche vorziehen, egal, ob es teurer ist oder nicht. In den ersten Monaten nach der Revolution der Roten Nelken im Jahre 1974, als selbst Generale für die politische Bühne den Rollkragenpullover anzogen, zeigte sich der Bürger Mario Soares unbeeindruckt mit Schlips und Kragen auch vor den roten Fahnen seiner Partei: „Ich habe mich nie geschämt, nicht der Sohn eines Arbeiters zu sein."

Am 7. Dezember 1924 als Sohn eines ehemaligen Priesters und Kolonialministers der Republik aus der Vor-Salazar-Zeit geboren, wuchs Mario Soares in einer Umgebung nie endender politischer Gespräche und Debatten auf. Vater João leitete eine ihm gehörende Schule, in der nicht nur die meisten Lehrer zum Salazar-Regime in Opposition standen, sondern auch viele der Schüler. Einer der Lehrer – er unterrichtete Geographie – hieß Alvaro Cunhal. Der Mann, der nach der Revolution der Roten Nelken als KP-Chef der schärfste Gegner des Sozialisten Mario Soares werden sollte.

Noch als Schüler wandte sich Mario Soares der kommunistischen Jugend zu – ein lehrreicher Fehltritt vieler oppositioneller Rebellen. „Bis wir merkten, daß Kommunismus eben nicht Freiheit oder Dialog, sondern Befehl und Unterordnung bedeutet." So begründete Marios Frau, die spätere Schauspielerin Maria Barosa, im Gespräch mit dem Autor ihre gemeinsamen politischen Erfahrungen.

Der „Kronprinz" und Erbe der Schule seines Vaters studierte Jura, betrachtete sein Anwaltsbüro aber immer auch als politische Praxis. Unterstützte er früher den oppositionellen General Humberto Delgado bei den Präsidentschaftswahlen gegen den von Salazar aufgestellten Admiral Thomás, so wurde er später der Anwalt der Familie des von der portugiesischen Geheimpolizei ermordeten Generals.

Wie sein Vater machte auch Mario Soares sehr bald mit Gefängnis und Verbannung bittere Bekanntschaft. Auch seine Partei, die Sozialistische Partei Portugals, gründete der trotz seiner paternalistischen, jovialen Ausstrahlung ehrgeizige Politiker im Exil: in Düsseldorf.

Er war gerade in Bonn, als in der Nacht zum 25. April 1974 der längst erwartete Aufstand der Hauptleute dem Regime Caetano das Ende bereitete. Schon auf der ersten Mai-Kundgebung eines freien Portugal sah sich der Heimkehrer Soares wenige Tage später von seinem stärksten Rivalen, Alvaro Cunhal, in die Schranken gewiesen. Cunhal spielte seine heute noch führende Gewerkschaft CGTP gegen den „bourgeoisen Sozialisten" aus, der es versäumt hatte, mit seiner Partei auch eine sozialistische Gewerkschaft zu gründen.

Monate später, als Außenminister der Regierung unter dem damaligen Staatspräsidenten General Spinola, spürte Soares ohnmächtig, wer in Portugal die Fäden zog. Spinola und Soares wollten zusammen mit den ehemaligen, in die Freiheit entlassenen Kolonien und Brasilien einen losen Verband lusitanischer Staaten ins Leben rufen. Aber Moskau hatte über Alvaro Cunhal und die vom KGB instruierten Militärs wie den roten Admiral Rosa Coutinho schon längst vorgeplant. Angola, Moçambique und Guinea-Bissau tauschten den Status der Kolonie gegen den eines sowjetischen Satelliten.

Portugal selbst drohte ein ähnliches Schicksal durch den jetzt im Gefängnis sitzenden Obersten Otelo Carvalho. „Wir sind nicht die Stiefelputzer der Offiziere", verteidigte Soares im Sommer 1975 nun in der einzig noch wirksamen Oppositionspartei die eben errungene demokratische Freiheit gegen das Diktat des roten Militärregimes.

Die ersten freien Wahlen gewann dann auch der hart kämpfende Soares. Doch seine eigene Regierung war dem Druck der Verhältnisse, so wie sie die Revolution hinterließ, ebensowenig gewachsen wie später seine Koalitionen, zunächst mit der Christdemokratischen Partei Freitas do Amarals und dann mit den Sozialdemokraten. Auch seine dritte Regierung mußte scheitern.

Der Jurist Soares unterwarf sich stets den Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds (IWF); er genoß als Ministerpräsident das Ansehen weiter Wirtschaftskreise auch im Ausland. Aber es gelang ihm nicht, die schweren Probleme der portugiesischen Wirtschaft zu lösen.

Als Regierungschef hatte der von seiner Schule nicht gerade aufwendig lebende Politiker nie den ihm zustehenden São-Bento-Palast bezogen. Er blieb in seiner Etagenwohnung an der großen Verkehrsachse Lissabons, nicht weit von der Universität. Auch der Staatspräsident Soares will seine Wohnung nicht mit dem schönen Belem-Palast am Tejo-Ufer tauschen.

WIE WAR DAS?

Als Ehlers Matern empfing

Von GEORG SCHRÖDER

Wenn Philipp Jenninger morgen dem Volkskammerpräsidenten der „DDR", Horst Sindermann, die Hand in Bonn drückt, sind 33 Jahre vergangen, daß ein Bundestagspräsident eine offizielle Delegation der Volkskammer empfangen hat. Am 19. September 1952 war es ein aufwühlendes Ereignis, jetzt dagegen braucht man nicht damit zu rechnen, daß die Massen auf die Straßen gehen.

Vor 33 Jahren schlugen die Wogen dagegen hoch. Nicht nur Bundeskanzler Adenauer, auch die SPD protestierte – im Gegensatz zu heute – gegen den Empfang der vom Vizepräsidenten der Volkskammer, Hermann Matern, geführten Delegation. Die Stadt Bonn erteilte diesen Abgesandten der „DDR" nur eine Aufenthaltsgenehmigung für zwei Tage. Mit Tomaten und Steinen wurde ihre Wagenkolonne beworfen, aus einem Lautsprecherwagen, der sich der Kolonne angeschlossen hatte, erschollen Beschimpfungen.

Oberkirchenrat Hermann Ehlers (CDU), der Bundestagspräsident, konnte die Abgesandten aus Pankow nur ohne seine Vizepräsidenten empfangen, da ja die SPD nicht mitspielte. Nach 18 Minuten war dieser erste Kontakt zwischen den Repräsentanten der beiden Parlamente beendet. Im Bundeshaus ließ man die Schranken herunter. In den darauffolgenden Jahren blieben alle Versuche der Volkskammer, brieflich oder mündlich in direkten Kontakt mit dem Deutschen Bundestag zu kommen, ergebnislos.



Besuch aus Ost-Berlin 1952: Karl Hamann, Ernst Goldenbaum, Otto Nuschke und Hermann Matern (v. l.) FOTO: AP

Um was ging es 1952? Da sind einmal die Ereignisse der großen Politik. 1952 ist das Jahr, in dem die Bundesregierung den Deutschlandvertrag unterzeichnet und damit das Besatzungsstatut beseitigt. Es ist das Jahr, wo dann der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Paris unterzeichnet wird. Zwei Monate zuvor, am 10. März 1952, hatte Stalin einen letzten Versuch gemacht, diese Entwicklung zu bremsen oder auch zu torpedieren. War seine Note an die westlichen Alliierten, in der er einen Friedensvertrag mit einem neutralisierten Deutschland vorschlug, ernst gemeint, oder war es nur ein taktisches Manöver, um Zeit zu gewinnen? Die Antwort auf diese Frage war damals heftig umstritten. Viele, auch im Regierungslager, waren der Meinung, dies müßte in Verhandlungen wenigstens genauer geprüft werden. Adenauer war ganz anderer Meinung und setzte sich mit ihr auch in der CDU durch.

Bundestagspräsident Ehlers dagegen erklärte in einer Rundfunkansprache: „Was mich bei der ganzen Sache bewegt hat, ... war die Erkenntnis, daß es im Blick auf die Situation unseres Volkes falsch sein möchte, von vornherein und immer zu jedem Schritt, der von der anderen Seite kommt, einfach nein zu sagen."

Benda weist Vorwurf der Illoyalität zurück

dpa, Stuttgart

Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda (CDU), hat den gegen ihn vom CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Link erhobenen Vorwurf der politischen Illoyalität zurückgewiesen. In einem Schreiben an Link verwies Benda darauf, daß er „bei dem Vorgang" des Streikgeldparagraphen 116 (Arbeitsförderungsgesetz) keine Möglichkeit gehabt habe, an der internen Diskussion innerhalb der CDU „in irgendeiner Weise" mitzuwirken. Er vermöge daher keine Bindung an eine ohne seine Mitwirkung zustande gekommene Meinungsbildung anzuerkennen. Link hatte Benda vorgeworfen, den Entwurf der Bundesregierung zur Neufassung des umstrittenen Paragraphen abzulehen aber gleichzeitig ein Gutachten für die nordrhein-westfälische Landesregierung zu verfassen.

Bayernhymne bei Bundeswehr nicht tabu

dpa, München/Kempten

Gegen das Abspielen der Bayernhymne bei militärischen Feiern der Bundeswehr bestehen seitens des Bundesverteidigungsministeriums keine Bedenken. Dies hat der Parlamentarische Staatssekretär Peter Kurt Würzbach (CDU) nach Angaben der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag dem Kemptener CSU-Abgeordneten Paul Diethei mitgeteilt. Dieser hatte kürzlich bei einem feierlichen Gelöbnis der Bundeswehr mit Erstaunen registriert, daß nach dem Abspielen des Deutschlandliedes nicht auch die Bayernhymne intoniert wurde. In einem entsprechenden Fernschreiben an alle Einheiten wurde inzwischen – so Würzbach – darauf hingewiesen, daß die Hymnen und Lieder der Bundesländer bei einem militärischen Zeremoniell gespielt werden dürfen, wenn damit die Verbundenheit von Truppe und Bevölkerung zum Ausdruck gebracht und ein regionaler Bezug hergestellt werden soll.

Metall orientiert sich an ÖTV-Tarif

dpa/vwd, Mannheim

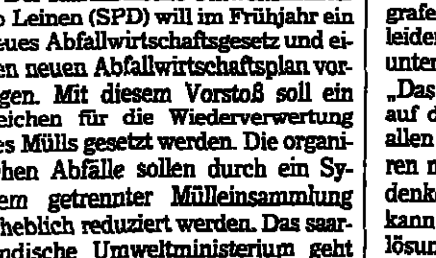
Der Tarifabschluß in der am 17. März beginnenden Lohnrunde 1986 in der baden-württembergischen Metallindustrie wird nach Auffassung der Arbeitgeber vom Abschluß im Öffentlichen Dienst nicht weit entfernt liegen können. Der Vorsitzende des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg, Peter Stihl, sagte vor einer Informationsrunde bei den elf Bezirksgruppen des Verbandes, mit dem ÖTV-Abschluß stehe eine Orientierungsmarke im Raum. Die Metallarbeitgeber gingen dabei von der linearen Erhöhung um 3,5 Prozent im ÖTV-Abschluß aus.

Die Forderung der IG-Metall nach einer Lohnerhöhung um monatlich 150 Mark, mindestens aber sieben Prozent werde nicht ohne weiteres hingenommen. Stihl schloß Zugeständnisse aus, in den unteren Lohngruppen überproportional zuzulegen.

Leinen setzt auf Recycling

UR. Bonn

Der saarländische Umweltminister Jo Leinen (SPD) will im Frühjahr ein neues Abfallwirtschaftsgesetz und einen neuen Abfallwirtschaftsplan vorlegen. Mit diesem Vorstoß soll ein Zeichen für die Wiederverwertung des Mülls gesetzt werden. Die organischen Abfälle sollen durch ein System getrennter Mülleinsammlung erheblich reduziert werden. Das saarländische Umweltministerium geht davon aus, daß auf diese Weise rund 40 Prozent der Abfälle wiederverwertet werden können. Die theoretische Recyclingquote betrage sogar 78 Prozent.



Eine neue Kraft für Bayern?

Strauß-Herausforderer Hiersemann umwirbt die Bauern / Wahlkampfthema Wackersdorf

PETER SCHMALZ, München

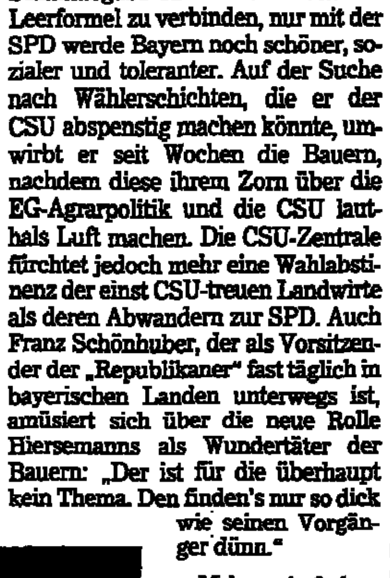
Die Zeitungslektüre war für den früheren bayerischen SPD-Vorsitzenden und mehrfachen Ministerpräsidentenkandidaten Helmut Rothemund selten eine reine Freude. Er würde zum Lachen in den Keller gehen, wurde ihm da unterstellt, er sei farblos und als Redner so aufregend wie ein Schlafmittel. „Biedere Hausmannskost" habe er beim Aschermittwoch in Vilshofen im letzten Jahr serviert.

Sein Nachfolger als Spitzenkandidat und Strauß-Herausforderer darf als Zeitungsleser weit mehr Vergnügen empfinden. „Hiersemann stehend gefeiert", schreibt das eine Blatt, „Anhänger feiern den SPD-Spitzenkandidaten Hiersemann bei seiner Vilshofener Premiere", berichtet das andere. Von schallendem Gelächter der Zuhörer und vom Wunsch nach Zugabe ist zu lesen, und Karl-Heinz Hiersemann darf als Erfolg für sich verbuchen, daß schon lange keinem anderen Genossen in Vilshofen ähnliches widerfahren ist.

„Man spricht wieder über die bayerische SPD", sagt der schwergewichtige Rechtsanwalt aus dem mittelfränkischen Erlangen. Er nennt sich die „neue Kraft für Bayern" und demonstrierte in den fünf Monaten seit seiner Nominierung in einem Veranstaltungs-Marathon, daß ihm neben seiner unübersehbaren Leibesfülle auch verbale Stärke und eine flinke Zunge gegeben sind. Es gefällt den Zuhörern, wenn er die Bundesregierung einen „Bonner Flaschenzug" nennt, die CSU nach Strauß als Teebeutel-Partei – „alles Aufguß" – abqualifiziert und Tandler, Streibl und Stoiber als zweite Garde der bayerischen Regierungspartei zu „grauen Mäusen" degradiert. Da stört es kaum noch, wenn ihm ein Kommentator vorhält, „Männer vom Format dieser drei ‚Mäuse' wären in der SPD Bayerns die absoluten Champions".

Hiersemann jedenfalls sieht seine Partei im Aufwind und kann sogar ein Mitgliederplus melden, das mit 600 angesichts der 112 000 bayerischen Genossen recht bescheiden wirkt, das aber deshalb an Bedeutung gewinnt, weil damit erstmals seit 14 Jahren ein Zuwachs zu verzeichnen ist. Optimistisch legt er seine Zielvorgabe für die Landtagswahl auf mindestens 35 Prozent und damit um 3,1 Prozent höher als vor vier Jahren. Es wäre für Bayerns SPD das beste Ergebnis seit 20 Jahren.

Noch aber ist der Wahltag sieben Monate entfernt, in denen sich zeigen wird, ob Hiersemann als Person und sein Wahlkampfkonzept als Programm neue Wähler zu mobilisieren vermag. Werbefachleute sehen in ihm eine berufliche Herausforderung, bei der es gilt, zweieinhalb Zentner Politikermasse einer auf Schlankheitskur justierten Gesellschaft menschlich anzudienen.



Karl-Heinz Hiersemann ist bayerischer SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 12. Oktober FOTO: WERNER SCHÜRING

Ähnlich wichtig für den Wahlausgang wird neben der Persönlichkeit des Kandidaten die Beschaffenheit seiner wichtigsten Wahlkampfthemen sein. Auch hier kämpft Hiersemann mit einem unbezwingbaren Handicap: Bayerns Landschaft wird als schöner empfunden als die der anderen Bundesländer, keine andere Landesregierung räumte in der Vergangenheit dem Umweltschutz eine höhere Priorität ein als die bayerische, und selbst in der Wirtschaft mauserte sich das einstige Agrarland zu einem Musterstaat, dessen Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um 4,3 Prozent gestiegen ist, während das der übrigen Bundesländer im Schnitt nur halb soviel zulegte.

Auch Hiersemann muß die Schönheiten Bayerns eingestehen und sieht sich gezwungen, seinen Aufruf zur Stimmabgabe für die SPD mit der Leerformel zu verbinden, nur mit der SPD werde Bayern noch schöner, sozialer und toleranter. Auf der Suche nach Wählerschichten, die er der CSU abspenstig machen könnte, umwirbt er seit Wochen die Bauern, nachdem diese ihrem Zorn über die EG-Agrarpolitik und die CSU lauthals Luft machen. Die CSU-Zentrale fürchtet jedoch mehr eine Wahlabstinenz der einst CSU-treuen Landwirte als deren Abwandern zur SPD. Auch Franz Schönhuber, der als Vorsitzender der „Republikaner" fast täglich in bayerischen Landen unterwegs ist, amüsiert sich über die neue Rolle Hiersemanns als Wundertäter der Bauern: „Der ist für die überhaupt kein Thema. Den finden's nur so dick wie seinen Vorgänger dünn."

Mehr Aufsehen erregte Hiersemann mit seinem zweiten Wahlkampfthema, der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage. Obwohl von Grünen und Chaoten im vergangenen Herbst bei einer Münchner Anti-WAA-Demonstration am Reden gehindert, ausgepfiffen und mit Unrat beworfen, hat er sich wieder integriert in die buntgemixte Phalanx der Atomgegner.

Doch wenn überhaupt, wird dieser Einsatz höchstens zu regionaler Stimmenmehrung führen. Selbst sozialdemokratische Wahlkämpfer müssen zugeben, daß dieses Thema in Schwaben oder Unterfranken so wichtig wie der Schnee von gestern ist. Unübersehbar ist dagegen die Gefahr, daß die SPD durch ihre Wackersdorfer Zusammenarbeit mit radikalen Kräften bei ihren zur Mitte und zur Staatsbejahung tendierenden Wählerschichten Vertrauen und Ansehen nur deshalb riskiert, um aus dem grünen Lager einige Stimmen zurückzuholen. Die Wortgewalt, die Hiersemann gegen den Bau der Anlage mobilisiert, scheint ihm abhanden gekommen zu sein, wenn kriminelle Übergriffe der Demonstranten zu rügen sind. Wohl distanziert er sich hier und da, jedoch nie ohne den Zusatz, daß auch die Übergriffe der Polizei zu bedauern seien.

FDP fordert: Amt und Mandat strikt trennen

Zentrales 'Landes-Spendenkonto' für Berlin im Gespräch

H.-R. KARUTZ, Berlin

Nach seiner Genesung und kurz vor seiner einwöchigen Reise in die USA will der Regierende Bürgermeister Diepgen heute eine Reihe von Vorschlägen für eine künftige schärfere Kontrolle in mehreren Skandal-Bereichen vorlegen. Haupt-Ideenlieferant ist dabei Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig. Inzwischen forderte jedoch die FDP bereits die bislang radikalsten Konsequenzen aus dem größten Korruptionsfall der Berliner Nachkriegsgeschichte.

Die FDP-Unterlage trägt die Handschrift des Vize-Landesvorsitzenden und Finanzsenators Günter Rexrodt, des linken Ex-Bürgermeisters Wolfgang Lüder, des Abgeordnetenhausdirektors Bernd Löhning und des FDP-Abgeordneten Jürgen Biederbick. Er vertritt die kleinste Berliner Fraktion auch im siebenköpfigen Skandal-Untersuchungsausschuß. Das liberale Quartett schlägt vor:

- Einrichtung eines zentralen „Landes-Spendenkontos". Nur noch Zuwendungen bis zu 200 Mark sollen auf unterer Ebene aber gegen Quittung entgegengenommen werden dürfen.
- Strengste Trennung von Amt und Mandat und die Entfernung sämtlicher, bisher noch ins Abgeordnetenhaus wählbarer Beamter, wie Lehrer, Verwaltungschefs von Bezirksratshäusern, Geschäftsführungs-Mitglieder von der Stadt kontrollierter Gesellschaften oder Körperschaften auch des öffentlichen Rechts. Auf diese Weise müßten CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky (Berliner Pfandbriefbank/Wohnungsbaukreditanstalt bis 31. Juli 1987) sowie sein Fraktionskollege Heinz-Viktor Simon (Direktor einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft) zwischen Beruf oder Mandat wählen. Eine entsprechende Entscheidung hat – bisher ohne Nachvollzug durch Landowsky – das Vorstandsmitglied der Wohnungsbaukreditanstalt, Klaus Riebschläger (Ex-Finanzsenator, SPD) getroffen und sein Mandat per 1. März zurückgegeben.
- Berufung einer Enquête-Kommission, die Berlins Abgeordnetenhaus reformieren soll.
- Offenlegung sämtlicher Entscheidungsgänge, die bei Bauten zu Ausnahmegenehmigungen führen; eine durchsichtigere öffentliche Förderung von Bauprojekten.
- Die Möglichkeit, „politische" Bezirksämter (Mini-Regierungen) in den zwölf Westberliner Bezirken durch Partei-Koalitionen zu bilden, damit es auch eine scharf kontrollierende Opposition gibt. Sie fehlt bisher. Das Papier liegt heute abend dem FDP-Landesausschuß vor.

Diepgen nahm gestern nach seiner schweren Grippeerkrankung die Arbeit wieder auf. In einer CDU-internen Runde zeigte er sich „gemäßigt optimistisch", die Stadt wieder aus den Schlagzeilen zu führen. Gleichwohl verhehlt niemand in der CDU-Spitze, daß die eigentliche Bewährungsprobe für Diepgen noch bevorsteht.

Mehr Praxis für Mediziner

dpa, Köln

Die Bundesärztekammer hält eine grobe Strukturierung der von 1987 an für Mediziner vorgesehenen 18monatigen Zeit als „Arzt im Praktikum" für unverzichtbar. Zum Ausgleich der im Studium fehlenden Möglichkeiten, praktische ärztliche Fähigkeiten zu erlernen, sollte für die praktische Phase eine Tätigkeit von zwölf Monaten in konservativer und sechs Monaten in operativer Medizin vorgeschrieben werden. Der Präsident der Bundesärztekammer, Vilmar, habe Bundesgesundheitsministerin Süssmuth (CDU) deshalb gebeten, die in dem Änderungsentwurf zur Approbationsordnung vorgenommene Streichung der Grobstrukturierung „wieder rückgängig" zu machen.

SPD stellt OB in Böblingen

dpa, Böblingen

Zum neuen Oberbürgermeister der schwäbischen Industriestadt Böblingen ist der SPD-Kandidat, Alexander Vogelsang (41), gewählt worden. Vogelsang wird damit Nachfolger von Wolfgang Brumme (CDU), der seit 1948 im Amt und damit dienstältester OB in Baden-Württemberg war. Im zweiten Wahlgang waren 51,8 Prozent der Stimmen auf Vogelsang entfallen. Der von CDU und Freien Wählern unterstützte parteilose Bürgermeister von Plochingen, Eugen Beck, erreichte 46,6 Prozent. Im ersten Wahlgang hatte Beck vor zwei Wochen noch knapp vor Vogelsang gelegen, der im Wahlkampf vom früheren Altbundeskanzler Schmidt (SPD) unterstützt wurde.

Grüner verklagt Zimmermann auf Daten-Auskunft

rtr. Bonn

Mit einer Klage gegen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will der grüne Bundestagsabgeordnete Joachim Müller erreichen, daß ihm alle beim Verfassungsschutz über seine Person gespeicherten Daten mitgeteilt werden. Müller sagte in Bonn, Ziel der Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln sei es nachzuweisen, daß ihm zu unrecht Auskunft über beim Verfassungsschutz gespeicherte Daten verwehrt worden sei und daß sein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gewahrt werden müsse. Müller rechnet mit einem Verfahren noch vor der Bundestagswahl 1987. Der Klage liegt zugrunde, daß ihm vom Bundesinnenministerium mit Schreiben vom 1. August 1985 unter Hinweis auf das Geheimhaltungsinteresse keine Auskunft über die beim Bundesamt für Verfassungsschutz über ihn (Müller) gespeicherten Daten erteilt worden war, obgleich andere Angeordnete – wie Jochen Todenhöfer – diese Daten erhalten hätten. Müller wirft dem Innenministerium vor, durch Datenanforderungen das Bundesamt für Verfassungsschutz für parteipolitisch motivierte Zwecke mißbraucht zu haben.

SED läßt sechs Bezirkschefs wählen

AP, Berlin

Die SED hat am Wochenende die Leitungen ihrer Parteiorganisation in sechs „DDR"-Bezirken gewählt. Nach Angaben ihres Zentralorgans „Neues Deutschland" wurden auch die Delegierten des Innenministeriums und des Ministeriums für Staatssicherheit für den 11. Parteitag im April dieses Jahres gewählt. Neue SED-Bezirkschefs wurden: Hans Modrow (Dresden), Jochen Hertwig (Frankfurt/Oder), Siegfried Lorenz (Karl-Marx-Stadt), Horst Schumann (Leipzig), Günther Jahn (Potsdam), Heinz Albrecht (Suhl), Alfred Rohde (Gebietsorganisation Wismut), Generalmajor Erwin Primpke (Innenministerium), Horst Felber (Ministerium für Staatssicherheit).

Zu wenig Gebühren an FU abgeführt

dpa, Berlin

Der Berliner Landesrechnungshof hat in einem internen Bericht fehlende Abgaben von leitenden Ärzten des Klinikums Charlottenburg der Freien Universität Berlin (FU) an die Hochschule gerügt. In der Zeit zwischen Oktober 1982 und Dezember 1984 sollen Entgelte für private Nutzung öffentlicher Klinikumseinrichtungen in Höhe von mehreren 100 000 Mark nicht an die FU-Verwaltung abgeführt worden sein. Der für medizinische Angelegenheiten zuständige FU-Kanzler, Wolf-Dieter von Detmering, bestätigte entsprechende Zeitungsberichte, wollte sich aber nicht zur Höhe der entgangenen Einnahmen äußern. Die Abgaben für Personal- und Laborleistungen sowie die Benutzung von Betten und Operationssälen der FU werde durch eine Nebentätigkeitsverordnung geregelt, die nach Meinung des Kanzlers einen „großen Auslegungsspielraum" habe. Eine neue Verordnung, die die alte aus dem Jahre 1982 ablösen soll, liege seit Anfang 1985 vor, doch sei sie vom Wissenschaftssenator noch nicht erlassen worden.

Fotografieren auf dem Bahnhof ist verboten

DIETER DOSE, Berlin

Schalmeienklänge, Kampf- und Arbeiterlieder natürlich, gab es zum Auftakt. Die SED-Delegiertenkonferenz im Ministerium für Staatssicherheit ist für die meisten „DDR"-Zeitungen ein Pflichtthema. „Unter der Losung ‚Höchste tschekistische Leistungen für das Wohl des Volkes und den Frieden. Vorwärts zum XI. Parteitag der SED'! berieten die Kommunisten des MfS über die Ergebnisse ihrer Arbeit und die künftigen Aufgaben", berichtet das FDJ-Zentralorgan „Junge Welt". (Tscheka war die frühere sowjetische Geheimpolizei, d. Red.)

Stasi-Minister und Armeegeneral Erich Mielke, Chef von über 20 000 hauptamtlichen Mitarbeitern und des ihm unterstellten Wachregiments „Felix Dzierzynski" (4000 bis 6000 Mann), kam in Zivil. Sein besonderes Loblied galt den außerhalb der „DDR" spionierenden Agenten.

Aus der Presse von drüben

„Mit eindrucksvollen Worten des Dankes und der Anerkennung würdigte der Minister für Staatssicherheit die selbstlose und kluge Arbeit der Kundschafter und Patrioten an der unsichtbaren Front", heißt es im „Neuen Deutschland" (SED). „Ihr aufopferungsvoller und mutiger Einsatz in den Zentren des Gegners trägt maßgeblich dazu bei, daß die Feinde des Sozialismus keine Chance haben, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung anzutasten".

„Kein Abschiedsbild auf dem Bahnhof", erinnert die „Neue Zeit" (CDU) ihre Leser daran, daß in der „DDR" vieles nicht fotografiert werden darf, z. B. auch Talsperren, Tunnel und Drahtseilbahnen, die bei Fotoamateuren begehrte Motive sind. „Auf Bahngeländen gibt es für Fotografen viele interessante Motive, aber leider ist auch hier das Fotografieren untersagt", mahnt die CDU-Zeitung. „Das gilt auch für das Abschiedsfoto auf dem Bahnsteig." Zum tabu („in allen europäischen Ländern") gehören militärische Anlagen. „Ohne Bedenken in Aktion gesetzt werden kann die Kamera jedoch bei Wachablösungen an Mahnmalen oder bei öffentlichen Paraden", tröstet die „Neue Zeit" die Fotoamateure ... Von 1986 bis 1990 sollen in Ost-Berlin 166 000 neue Wohnungen gebaut werden. 117 000 Neubauten, der Rest durch Rekonstruktion. „Das bedeutet bessere Wohnbedingungen für weitere 440 000 Berliner", jubelt die „Neue Berliner Illustrierte". „Immer mehr verlagert sich das Baugeschehen in das Herz der Stadt."

Im satirischen „Eulenspiegel" wird allerdings der lange Instanzenweg beklagt, den die von Rekonstruktionen ihrer Häuser bzw. Wohnungen Betroffenen mitmachen müssen, bevor sie Gewißheit erhalten, was nun eigentlich gemacht wird: „Es begann mit einer Versammlung im Wohngebiet, auf der die internationale Lage erklärt wurde und sonst gar nichts." Darüber wollten die Mieter aus der Prenzlauer Promenade (Stadtbezirk Pankow) eigentlich nichts wissen. Denn erst nach wochenlangem Hin- und Her und mehrfach geänderter Bauplanung erfuhren die Mieter, daß sie ihr Haus vorübergehend räumen müssen. „Vielleicht sollten sich die Verantwortlichen für so ein Objekt nach dem vielen Hin und Her das zweite der Wörter 'Sozialistisches Programm' einmal ganz langsam auf der Zunge zergehen lassen", kritisiert der „Eulenspiegel" die Auswüchse der Bürokratie.

In der „Trommel" („Zeitung für Thälmannpioniere und Schüler") beklagt sich eine Klasse aus Torgau darüber, daß ein Mitglied der Pioniergruppe nicht zu den Pioniernachmittagen kommt – er besucht die Musikschule und meint, daß das für ihn vorgeht. Auch für die „Trommel" ein „schwieriger Fall". Die Zeitschrift stellt fest: „Ein Egoist ist er nicht, faul ist er nicht, aber ein immer bereiter Pionier ist er auch nicht ... Wer zur Musikschule geht, hat natürlich viele zusätzliche Übungsstunden. Das geht auch Mitgliedern von Sportklubs und Arbeitsgemeinschaften so. Aber Gründe, die Schule oder die Pioniergruppe zu vernachlässigen, sind das nicht."

Die Flut der „Ehrentitel" von „Verdienter Lehrer des Volkes" bis „Held der Arbeit" hat in der „DDR" nun noch eine Bereicherung erfahren. Zum „Tag des Handels" wurden, wie die „Berliner Zeitung" (SED) berichtet, erstmals die Titel „Meisterkoch der Internationalen Klasse" und „Servierobermeister der Internationalen Klasse" verliehen. Eine Stufe darunter rangieren der „Meisterkoch" und der „Servierobermeister". Damit, so die „Berliner Zeitung", „ist eine neue Form der Anerkennung für jene geschaffen, die sich um das Niveau der DDR-Gastronomie besondere Verdienste erworben haben".

Kirche verliert Einfluß auf Führungskräfte

KNA, München

Führungskräfte in Wirtschaft und Verwaltung sind überwiegend der Auffassung, auch ohne Kirche und Glauben moralisch handeln zu können. Eine kirchliche Autorität in Fragen der Moral lehnen sie ab oder sehen sie zumindest mit Vorbehalten. Dies geht aus einer vom Münchner „Arbeitskreis für Führungskräfte in der Wirtschaft" in Auftrag gegebenen Studie über „Ethos und Religion bei Führungskräften" hervor, für die 530 Personen – darunter zehn Prozent Frauen – in den Großräumen München und Nürnberg–Erlangen befragt wurden. Die Autoren der Untersuchung sind die Professoren Franz-Xaver Kaufmann (Bielefeld), Walter Kerber SJ (München) und Paul Zulehner (Wien).

Kerber wertet das Ergebnis so: Das Ethos von Führungskräften ist in einem Zustand des Übergangs, in dem der Einfluß einer christlichen Erziehung zwar noch nachwirkt, aber für die heutigen Entscheidungen nicht mehr ernst genommen wird. Nach seiner Ansicht ist es aber falsch, aus der Ablehnung kirchlicher Autorität auf eine generell kirchenfeindliche Haltung bei Führungskräften zu schließen. Vielmehr gebe es zahlreiche Hinweise für eine positive Einstellung zu Religion und Kirche. Allerdings sei auffallend, daß die Wertschätzung vornehmlich der Bedeutung von Religion und Kirche für andere gelte, während die Befragten selbst meinten, auf solche religiösen Hilfen nicht angewiesen zu sein.

Als bedenklich wertet der Soziologe Kaufmann Anzeichen einer opportunistischen Orientierung, die zwar insgesamt nicht gravierend seien, aber in den jüngsten Altersgruppen deutlich zunähmen. Mit wachsendem Opportunismus schwinde nämlich die Bereitschaft, sich für soziale Aufgaben zu engagieren.

Nach den Ergebnissen der Studie ist bei Führungskräften der Wirtschaft der Anteil der Konfessionslosen mit 23 Prozent überdurchschnittlich hoch. Bei 17 Prozent gehört einer der Ehepartner keiner Religion an. 40 Prozent der katholischen und 30 Prozent der evangelischen Führungskräfte haben ein enges Verhältnis zu ihren Kirchen; in der Altersgruppe der 50- bis 60jährigen gehen allerdings Kirchenbindung und religiöse Ansprechbarkeit kontinuierlich zurück.

Senator Meyer-Abich und die Welt der Pflanzen

UWE BAHNSEN, Hamburg

In den mit strengen Sparauflagen überzogenen Hochschulen der Hansestadt Hamburg kursiert derzeit ein Zitat ihres Dienstherrn, des parteilosen Wissenschaftssenators Professor Klaus Michael Meyer-Abich, das vor allem den Mitgliedern des jeweiligen Lehrkörpers vielerlei Anlaß zu mehr oder weniger boshaften Bemerkungen bietet. Der 49jährige Physiker und Naturphilosoph auf dem Senatorensessel, der eigenem Bekunden zufolge den von Platon überlieferten Rat beherzigt hat, man solle sich bis zur Mitte des dritten Lebensjahrzehnts der Naturwissenschaft und Philosophie und danach den öffentlichen Angelegenheiten widmen, ist der Verfasser eines Buches über die „Wege zum Frieden mit der Natur".

Aus diesem Werk haben einige Hamburger Professoren die folgenden Sätze entnommen und in Umlauf gebracht (es geht um die Pflanzen): „Die sensibelste Erfahrung mit dem Empfindungsvermögen der Pflanzen ist ihre Ansprechbarkeit. Pflanzen gedeihen besser, wenn ihnen von Zeit zu Zeit gut zugeredet wird, wobei – viel mehr als bei Menschen – nichts auf die Worte und alles auf das Gesagte ankommt. Dazu gehört auch, daß man Pflanzen grüßen soll, die man kennt oder kennenlernt ..."

Nun ist es nicht so, daß die akademischen Lehrer der Hansestadt diese Erkenntnisse des Naturphilosophen Meyer-Abich in der Absicht kolportieren, ihn der Lächerlichkeit preiszugeben. Nur sind sie offenkundig mit großer Mehrheit der Meinung, der Senator Meyer-Abich lasse jedenfalls im Hinblick auf die ihm anvertrauten Hochschulen völlig jene Einfühlsamkeit vermissen, die er für den Umgang mit den Pflanzen verlangt.

Mangelnde Fürsorge?

Vor allem die Präsidenten der hamburgischen Hochschulen haben mit Meyer-Abich einen Politiker kennengelernt, dem sie mangelnde Bereitschaft zum Sachgespräch, ein schlimmes Defizit an Durchsetzungsfähigkeit in der Landesregierung und an Fürsorge für die Wissenschaft vorwerfen. Es geht dabei nicht nur um den Hochschuletat und dessen Prioritäten, sondern auch um Stilfragen.

Das Sündenregister, das dem einstigen Berater des früheren SPD-Kanzlerkandidaten Hans Jochen Vogel vorgehalten wird, ist lang. Ganz besonderen Zorn hat zum Beispiel in der Universität der Beschluß der Landesregierung ausgelöst, nach dem Auslaufen des Reformmodells zur Juristenausbildung den herkömmlichen, in die Zweistufigkeit einmündenden juristischen Fachbereich mit dem einstufigen Bereich kurzerhand zu verschmelzen – eine Entscheidung, auf deren chaotische Folgen beide Fachbereiche unter Hinweis auf ihre völlig unterschiedlichen Grundpositionen in Lehre und Forschung ebenso hingewiesen hatten wie der Akademische Senat der Universität und die Deputation der Wissenschaftsbehörde. „Eine eklatante Verletzung der Hochschulautonomie" – das ist noch die mildeste Reaktion der Betroffenen.

Welkender Lorbeer

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hatte den Senatsneuling Meyer-Abich mit beträchtlichen Vorschußlorbeeren ausgestattet, als er ihm am 13. Juni 1984 zur Wahl gratulierte. Die gut eineinhalb Jahre an der Spitze der Hochschulbehörde haben diese Mitgift verwelken lassen. Die Ursache sind nicht nur die rigorosen Sparzwänge, sondern auch die Art und Weise, in der Meyer-Abich sie umsetzt.

Das Universitäts-Präsidium warnte öffentlich vor dem „partiellen Zusammenbruch des Lehrbetriebs", der Präsident und der Personalrat der Hochschule für Wirtschaft und Politik protestierten gegen Einschränkungen der Lehrkapazität, an der Fachhochschule trat ein kompletter Fachbereichsrat aus Protest gegen Folgen der „Rotstiftpolitik" zurück. Das Verhältnis des Senators zur Universität ist ohnehin gespannt, seit er noch nicht einmal ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt die größte Hochschule Hamburgs öffentlich gegenüber der Neugründung TU Harburg abqualifizierte.

Die neueste Nachricht aus der Universität wird diese Beziehungen nicht gerade verbessern: Es werden im Laufe der nächsten 18 Monate 44 Zeit-Professoren entlassen. Auch im Umgang mit dem Parlament läßt Pflanzenfreund Meyer-Abich es an Feingefühl fehlen: Den bürgerschaftlichen Haushaltsausschuß verprellte er nicht nur durch eine miserable Vorlage, sondern auch durch Nichterscheinen als Folge von „Terminnot". Das wirkt auf die Parlamentarier besonders überzeugend angesichts der umfangreichen Vortragstätigkeit des Senators, etwa zum Thema „Selbsterkenntnis, Freiheit und Ironie – die Sprache der Natur bei Goethe".

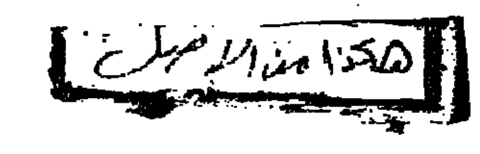
Frau zur Vorsitzenden des Zentrums gewählt

idea, Leverkusen

Die 45jährige Erziehungswissenschaftlerin Professor Adelgunde Mertensacker ist zur Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei als Nachfolgerin von Gerhard Woitzik gewählt worden. Wie auf dem Bundesparteitag in Leverkusen erklärt wurde, wird das Zentrum bei der kommenden Bundestagswahl in allen Wahlkreisen kandidieren.

Das Zentrum tritt – wie Adelgunde Mertensacker äußerte – als Partei katholischer und evangelischer Christen für eine Politik auf der „Grundlage der zehn Gebote Gottes" ein. Den Bundestagsparteien wirft sie vor, auf ethischem Gebiet völlig versagt zu haben, besonders im Blick auf die Abtreibungsproblematik. „Ein Berg an Leid kommt auf unser Volk zu, weil SPD, FDP und große Teile der CDU/CSU Gesetze zugelassen haben, deren Leidtragende nicht nur die ungeborenen Kinder sind, sondern zugleich deren Mütter. Ihr Lebensweg wurde in eine vermeintlich bessere, in Wirklichkeit aber grausame Richtung abgedrängt", sagte Frau Mertensacker. Der Wissenschaftlerin war ihr Lehrauftrag an der Musikhochschule Dortmund nicht verlängert worden, weil sie vor Studenten Abtreibung als Tötung eines Menschen bezeichnet hatte.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Eine neue Partei erobert vor allem Irlands Jugend

Die Progressiven Demokraten sprengen die Traditionen

REINER GATERMANN, London

Als jetzt Irlands Ministerpräsident Garrett FitzGerald sein Kabinett umbildete, mußte zwar kein Minister gehen, aber überraschend viele – neun – wechselten ihre Ressorts. Dies ist ein Versuch, der in den Meinungsumfragen weit gegenüber der Opposition abgefallenen Fine Gael/Labour-Koalition etwas von der verlorenen Wählersympathie zurückzugewinnen. Gleichzeitig muß sich insbesondere die Fine Gael, die Partei des Regierungschefs, auf eine neue Herausforderung einstellen.

Seit acht Wochen machen die Progressiven Demokraten (PD) Furore. Zwar kommen ihre Gründer aus der größten Oppositionspartei, Fianna Fail, aber mit ihrer Politik „rechts der Mitte" sind sie bereits in das Fine-Gael-Potential eingebrochen. Vor allem sprechen sie die jüngeren Wähler an. Mehr als die Hälfte der irischen Bevölkerung ist unter 25 Jahre alt.

Die Progressiven Demokraten ziehen derzeit wie ein Wirbelwind durch die irische Republik. An ihrer Spitze stehen die Dail-(Parlaments-)Abgeordneten Desmond O'Malley und Mary Harney, beide für die Fianna Fail gewählt, aber im vergangenen Jahr wegen Unterstützung der Regierungsvorlage zur Liberalisierung der Familienplanungs-Gesetze (O'Malley) oder wegen der Ja-Stimme zum anglo-irischen Ulster-Abkommen (Harney) aus der Partei ausgeschlossen. Inzwischen gesellten sich zwei weitere Fianna-Fail-Abgeordnete zu den Progressisten, die somit die viertgrößte Fraktion im Dail (166 Abgeordnete) stellen.

Ein liberales Programm

Bei den jüngsten Meinungsumfragen erhielten sie zwischen 20 und 25 Prozent der Stimmen, die sie sowohl der Fianna Fail abgenommen haben, die damit die seit längerer Zeit gehaltene absolute Mehrheit verlor, als auch der Fine Gael, dagegen weniger der Labour Party. O'Malley, der 1970 mit 31 Jahren Justizminister wurde, lockt die Wähler mit einem konservativen Wirtschaftsprogramm, das das freie Unternehmertum und die Privatinitiative stützt, einer liberalen Sozialpolitik mit Steuererleichterungen und Beschneidung der öffentlichen Ausgaben sowie mit einer deutlichen Trennung von Kirche und Staat.

Darüber hinaus wollen die Progressiven Demokraten einige der altmodischen Familiengesetze, darunter das Scheidungsrecht, reformieren. Schließlich befürworten sie das anglo-irische Abkommen, in dem sie eine Möglichkeit sehen, Frieden nach Ulster zu bringen.

Kaum ein Saal ist bei den PD-Versammlungen groß genug, um allen Interessenten Platz zu bieten. In den nur acht Wochen seit der Gründung sollen sich 14 000 Iren als Mitglieder eingeschrieben haben, darunter politische Lokal- und Regionalprominenz sowie der 22 Mann zählende Parteiapparat der Fianna Fail in Doneraile.

Wahlen im nächsten Jahr

Während O'Malley-Kritiker seine Parteigründung als Revancheakt gegen den Fianna-Fail-Führer Charles Haughey sehen, dem er dreimal in Kampfabstimmungen um die Parteispitze unterlag, betrachten PD-Anhänger die „neue Bewegung" ganz einfach als den Ausbruch aus der bisherigen, während der Bürgerkriegsjahre 1921–24 gebildeten Parteistruktur und den traditionsgebundenen Sozialnormen.

„Die Zeit ist reif", erklärte Mary Harney, insbesondere die jüngeren Wähler jubeln ihr zu. „Seit Jahrzehnten ist nichts bewegt worden", klagt ein Student bei einer überfüllten Uni-Veranstaltung der PD.

Spätestens im November 1987 muß in Irland gewählt werden. Hält der Zulauf zu den Progressiven Demokraten an, dürfte ohne sie eine Regierungsbildung nicht möglich sein. Die „alten" Parteien können nicht damit rechnen, daß die PD wie fast alle bisherigen Neugründungen (einzige Ausnahme ist die linksradikale Working Party, die zwei Abgeordnete stellt) wieder verschwinden. Sie haben schon zu viele und zu tiefe Veränderungen verursacht.

Von ihrem Programm ausgehend wäre aus heutiger Sicht weder eine Koalition mit FitzGeralds Fine Gael noch mit Fianna Fail, allerdings nicht unter Haugheys Führung, auszuschließen. Obwohl sie kaum Wähler an die PD zu verlieren scheint, dürfte die Labour Party in einer solchen Situation der große Verlierer sein, weil sie als Partner nicht mehr gefragt ist.

FitzGerald wäre wahrscheinlich nicht abgeneigt, die Progressiven Demokraten in seinem Kabinett gegen die Labour Party auszutauschen, zumal sie zu einem immer schwierigeren Koalitionspartner wird.

Im Wahljahr festigt Sarney seine Position

Mit einer Sparpolitik ist in Brasilien nicht zu rechnen

WERNER THOMAS, Miami

Nicht ganz ein Jahr nach seiner überraschenden Machtübernahme sitzt Brasiliens Präsident José Sarney fester denn je im Sattel. Eine Kabinettsumbildung mit zehn Veränderungen stärkte seine politische Position. „Wir können jetzt von einer Sarney-Regierung sprechen", kommentierte Clovis Cavalcanti, Kolumnist der Zeitung „Folha de São Paulo".

Die neue Mannschaft reflektiert die konservative Gesinnung des Präsidenten. Roberto de Abreu Sodre, ein ehemaliger Gouverneur von São Paulo während der Militärherrschaft, rückte in die Schlüsselstellung des Außenministers. Er ersetzte Olavio Setubal, der sich bei den Wahlen Ende des Jahres um São Paulos Gouverneursposten bewerben will.

Der Urnengang im November machte dieses radikale Revirement erforderlich; denn die zurückgetretenen Minister streben Wahlmandate an. Es stehen auch noch Wahlen für den Kongreß an.

José Sarney (56) führt seit dem 15. März vergangenen Jahres die größte lateinamerikanische Nation. Der Vertreter der „Partei der Liberalen Front" (FPL) avancierte zum Staats- und Regierungschef, als der gewählte Präsident Tancredo Neves erkrankte, sein Amt nicht antreten konnte und fünf Wochen später starb.

Sarney regierte bis zum August mit der von Neves zusammengestellten Equipe, dann nahm er die ersten einschneidenden Veränderungen vor: Finanzminister Francisco Dornelles, ein Neves-Neffe, und Zentralbankpräsident Antonio Carlos Lemgruber mußten gehen. Der Spielwarenfabrikant Dilson Funaro, ein Freund Sarneys, und Fernao Bracher wurden ihre Nachfolger. Es begann eine wirtschaftliche Kurskorrektur von der Austeritätspolitik zur Wachstumspolitik.

Galoppierende Inflation

Brasilien verzeichnete im vergangenen Jahr eine der höchsten Wachstumsraten der Welt: 7,4 Prozent. „Die Realitäten übertrafen die Träume", schwärmte das Wochenmagazin „Senhor". Die Sarney-Regierung beschloß, die Schuldenprobleme (104 Milliarden Dollar, die höchsten Verbindlichkeiten der Dritten Welt) ohne den Internationalen Währungsfonds (IWF) zu lösen. Durch den Boom konnten 1,5 Millionen neue Arbeitsstellen geschaffen werden. Auf der anderen Seite galoppierte jedoch die Inflation, die das abgesetzte Team Dornelles/Lemgruber kontrollieren wollte.

Fast jeder Brasilianer bezeichnet die hohen Lebenshaltungskosten als größtes Problem. 1985 erreichte die Inflation die Rekordziffer von 233,7 Prozent. Schon kostet der „Cafezinho", das Nationalgetränk, 3000 Cruzeiros, etwa 60 Pfennig. Die Ärmsten können ihn sich nicht mehr leisten. Allerdings hat die katastrophale Trockenheitsperiode in den wichtigsten Anbaugebieten die Weltmarktpreise in astronomische Höhen getrieben.

Gegner formieren sich

In diesem Jahr, das bereits mit einer düsteren Inflationsziffer (16,2 Prozent im Januar) begann, kann sich die Lage noch verschlimmern. Die pessimistischsten Ökonomen prophezeien gar 300 bis 500 Prozent. Das Wirtschaftsmagazin „Visao" erinnerte: „Solange diese Regierung ihre Ausgaben nicht drastisch zurückschraubt, ist keine Lösung in Sicht."

Die meisten politischen Beobachter glauben nicht an Sparmaßnahmen in einem Wahljahr. Sie rechnen mit einer Fortsetzung des populistischen Wirtschaftskurses, der den inflationären Druck verstärken kann.

Für José Sarney sind die November-Wahlen besonders wichtig, weil der nächste Kongreß auch eine Verfassungsgebende Versammlung sein wird. Er entscheidet deshalb über die Amtszeit des Präsidenten.

Sarney möchte vier Jahre regieren. Andere Politiker mit Präsidentschaftsambitionen wie Rios sozialistischer Gouverneur Leonel Brizola dringen auf einen früheren Wahltermin. Brizola und der Bürgermeister von São Paulo, Ex-Präsident Janio Quadros, gelten als einflußreichste Persönlichkeiten der Opposition. Quadros vertritt das rechte Lager.

Die Kabinettsumbildung schwächte dagegen die Position von Ulysses Guimaraes, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses und Führer der „Demokratischen Bewegung Brasiliens" (PMDB), der größten Regierungspartei. Der Stratege des Neves-Triumphes hatte vergeblich versucht, mehr Leute seiner Wahl auf die vakanten Minister-Ämter zu hieven. Sarney sträubte sich.

Enttäuschung zeichnete das markante Gesicht des alten Kämpen, als der Präsident seine neue Mannschaft vereidigte. „Der Kampf geht weiter", sagte Guimaraes später der Presse.

Mit Artukovic verbindet sich der Terror der Ustascha

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Auslieferung des 87jährigen Andria Artukovic durch die amerikanische Regierung an Jugoslawien stellt einen politischen und auch propagandistischen Erfolg für die kommunistische Führung in Belgrad und in der kroatischen Landeshauptstadt Zagreb dar.

Obwohl sich Artukovic in einem physischen und psychischen Zustand befindet, der es fraglich erscheinen läßt, ob er im eigentlichen Sinne überhaupt noch verhandlungs- und vernehmungsfähig ist, wird ihm als einem der führenden Funktionäre des einstigen „unabhängigen Staates Kroatien" sicher der Prozeß gemacht werden.

Über den Ausgang des Verfahrens dürfte nicht der geringste Zweifel bestehen: Der Mann, der als „kroatischer Himmler" apostrophiert wird, hat sein Todesurteil bereits in der Tasche.

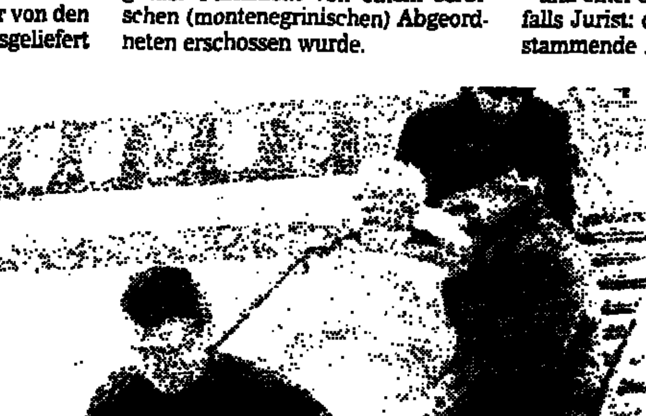
Artukovic wird beschuldigt, als Justiz- und Innenminister des „unabhängigen Staates Kroatien" während des Zweiten Weltkrieges an der massenhaften Verfolgung und Ermordung von Juden und Serben direkt beteiligt gewesen zu sein. Während des Auslieferungsverfahrens traten jüdische Überlebende des berüchtigten Ustascha-Konzentrationslagers Jasenovac als Zeugen auf. Ihre Aussagen brachten Artukovic, der 1948 nach geglückter Flucht über Österreich und Irland in die USA gelangt war und dort anfangs unter falschem Namen lebte, nach vier Jahrzehnten wieder dahin zurück, wo er keineswegs mehr hin wollte: nach Zagreb.

Hier sind nach Kriegsende fast alle seine Ministerkollegen als Gesinnungsgenossen, die 1945 den Partisanen in die Hände fielen oder von den Westalliierten an Tito ausgeliefert wurden, zum Tode verurteilt und gehängt worden.

So endete der „unabhängige Staat Kroatien", der am 10. April 1941 nach dem Blitzangriff Hitlers auf Jugoslawien proklamiert worden war. Der Zerfall Jugoslawiens wurde damals von einem Großteil der Kroaten begrüßt.

Der Kommandeur der deutschen Truppen, die damals Zagreb (Agram) besetzten, meldete, seine Soldaten hätten nur einmal eine so begeisterte Bevölkerung erlebt: beim Einzug in Linz während des „Anschlusses" 1938.

Die Kroaten als katholisches, damals überwiegend bäuerlich geprägtes Volk, hatten bis 1918 zur Donaumonarchie gehört. Vom neuen Jugoslawien, in welchem die orthodoxen Serben den Ton angaben, waren sie schwer enttäuscht. Der serbisch-kroatische Konflikt kulminierte 1928, als der populäre Führer der kroatischen Bauernpartei, Stjepan Radic, mit mehreren seiner Getreuen im Belgrader Parlament von einem serbischen (montenegrinischen) Abgeordneten erschossen wurde.



Von den USA an Jugoslawien ausgeliefert: Bei seiner Ankunft in Zagreb mußte Andria Artukovic getragen werden FOTO: DPA

Das war vielleicht nicht die Geburtsstunde, wohl aber das Startsignal für den radikalen kroatischen Separatismus und Nationalismus, der sich zunächst am italienischen Faschismus, dann aber auch an den Geheimbünden des Balkans orientierte. Die „Ustascha" (Aufständische) wollten den jugoslawischen Staat gewaltsam zerstören, um auf seinen Trümmern endlich die seit Jahrhunderten vergeblich ersehnte Unabhängigkeit Kroatiens zu errichten.

Führer der Ustascha-Bewegung wurde der Rechtsanwalt Ante Pavelic – und einer der Aktivisten war gleichfalls Jurist: der aus der Herzegowina stammende Advokat Andria Artukovic. Nicht die gemäßigt-nationalistische, demokratische Bauernpartei, sondern die Ustascha-Gruppe übernahm die Macht, als das Dritte Reich und Italien den jugoslawischen Staat zerschlugen. Da aber das Territorium des neuen kroatischen Staates nicht rein kroatisch war – es lebten dort annähernd zwei Millionen orthodoxe Serben –, begann ein furchtbarer Aussiedlungs- und Ausrottungsfeldzug gegen diese serbische Bevölkerung und dann auch – hauptsächlich auf Druck der deutschen Nationalsozialisten – gegen die Juden.

Das unabhängige Kroatien übernahm die Nürnberger Rassengesetze. Da aber die Ustascha – im Gegensatz zur Hitler-Bewegug in Deutschland – stark katholisch geprägt waren, wurde die zwangsweise Bekehrung der orthodoxen Serben zum Katholizismus teilweise mit militärischen Mitteln durchgeführt. Von Pavelic, dem „Poglavnik" (Führer), stammte das makabre Wort: Ein Drittel der Serben sei nach Serbien auszusiedeln, ein Drittel sei zum katholischen Glauben zu bekehren – und das letzte Drittel sei umzubringen.

Mit ihrer Schreckensherrschaft verschafften die „Ustascha" den kommunistischen Partisanen Auftrieb und lösten auf dem Territorium des zerschlagenen jugoslawischen Staates einen beispiellosen Nationalitäten- und Bürgerkrieg aus, dessen Grausamkeit sogar hartgesottene deutsche Militärs erschauern ließ. Der deutsche bevollmächtigte General in Zagreb, Edmund Glaise-Horstenau, warnte davor, das Regime der „Ustascha" stehe auf „sehr schwachen Füßen" und provoziere nur Haß und Ablehnung. Die Kroaten könnten keinen einheitlichen Nationalstaat bilden – denn zwei Millionen Serben könne man nicht einfach umbringen.

Das Verhängnis war aber nicht mehr aufzuhalten. Das Schicksal des Andria Artukovic ist nur ein Kapitel – und wahrscheinlich nicht das letzte – in der bewegten und oft gewalttätigen Geschichte serbisch-kroatischer Beziehungen. Der kroatische Nationalismus hat den Zweiten Weltkrieg überlebt und stellt auch für das kommunistische Jugoslawien innerhalb wie außerhalb der Landesgrenzen nach wie vor ein Problem dar.

NACHRICHTEN

Völlers Chancen steigen

Leuwen (DW.) – Rudi Völler vom Fußball-Bundesligaklub Werder Bremen wurde gestern eine Stunde an der Leiste von dem belgischen Spezialisten Professor Martens in der Klinik in Leuwen operiert. Völler muß voraussichtlich noch acht Wochen pausieren. Damit sind seine Chancen auf eine Teilnahme an der Weltmeisterschaft gestiegen.

Heute: Fußball-Bundesliga

Bochum (DW.) – Der VfL Bochum und der 1. FC Köln bestreiten heute (20.00 Uhr) im Ruhrstadion das Nachholspiel vom 17. Spieltag der Fußball-Bundesliga. Die Kölner werden zum zweiten Mal von ihrem neuen Trainer Georg Kessler betreut.

Italiener schoß fünf Tore

Rom (sid) – Zum ersten Mal nach über 25 Jahren ist es einem Italiener gelungen, fünf Tore in einem Meisterschaftsspiel zu erzielen. Beim 5:1 des Tabellenzweiten AS Rom gegen US Avellino schoß Roberto Pruzzo alle fünf Treffer für die Römer.

Real nicht zu stoppen

Madrid (sid) – Real Madrid gewann das Spitzenspiel der spanischen Fußball-Liga beim Dritten Atletico Bilbao mit 2:1. Derweil unterlag der Verfolger FC Barcelona (seit sieben Spielen ohne Bernd Schuster) bei Union Las Palmas mit 0:3 und hat bei sechs Punkten Rückstand kaum noch Chancen, den Titel zu verteidigen.

Hoffmeister in Form

Barcelona (sid) – Mit der Weltjahresbestleistung über 200 m Rücken in 2:00,33 Minuten sorgte Frank Hoffmeister (Bochum-Wattenscheid) beim Internationalen Schwimm-Meeting in Barcelona für die herausragende Leistung. Der aus der „DDR" stammende Hoffmeister verbesserte den von ihm selbst gehaltenen deutschen Rekord von 2:02,19 deutlich.

Schweizer Niederlagen

Budapest (dpa) – Knapp eine Woche vor dem Start der 11. Handball-Weltmeisterschaft in der Schweiz verlor das Gastgeberland zwei Testspiele gegen Ungarn mit 20:27 und 18:23. Die Schweiz ist am 28. Februar im dritten Vorrundenspiel der Gruppe B in Basel Gegner der Auswahl des Deutschen Handball-Bundes (DHB).

MOTORSPORT / BMW und die Grenzen eines Konzerns in der Formel 1

Christian Danner – eine Option bei Osella, bis sich etwas Besseres findet

KLAUS BLUME, Bonn

Pokern, Bluffen, Abwarten – nichts geht mehr: Die Formel 1 hat die Schotten dichtgemacht. Wer bis zum letzten Samstag nicht gemeldet war, wird es in diesem Jahr wohl auch nicht mehr. So sehen es jedenfalls die internationalen Verbands-Statuten vor. Also: Der Baseler Marc Surer raus? Der Münchner Christian Danner rein ins große Grand-Prix-Geschäft? Und am Ende gibt es dann doch noch einen deutschen Fahrer in der höchsten internationalen Motorsportklasse, die am 23. März in Rio de Janeiro mit dem Grand Prix von Brasilien in die neue Saison startet?

Christian Danner, Münchner, Jahrgang 1958 und im vorigen Jahr Europameister der Aufsteigerklasse Formel 3000, könnte nun auf alle Fälle im drittklassigen italienischen Team Osella tätig werden. Nachdem der Holländer Huub Rothengatter auf seine Osella-Option verzichtet hat („Ich habe weiß Gott Besseres vor") und BMW-Motorsportchef Wolfgang-Peter Flohr („Wir wollen Danner grundsätzlich nicht fallenlassen und ihm helfen, wo wir können") bei den Italienern intervenierte, hat der Münchner eine Chance erhalten, seine Arbeitslosigkeit zu beenden.

Christian Danner hat allerdings bei Osella noch keinen Vertrag unterschrieben, sondern lediglich per Telex seine Bereitschaft erklärt, in einen Kontrakt einzusteigen, falls nichts anderes klappen sollte. Denn Möglichkeiten sind noch immer vorhanden, wenngleich die Meldefrist eigentlich schon abgelaufen ist: sowohl bei Arrows-BMW als auch bei Tyrrell-Renault, dem Team des im vorigen Jahr tödlich verunglückten deutschen Rennfahrers Stefan Bellof.

Bob Tyrrell zum Beispiel hat neben dem englischen Fahrer Martin Brundle den Amerikaner Eddie Cheever als die Nummer zwei seines Teams beim internationalen Verband genannt. Wobei anzumerken ist, daß Cheever lediglich nominiert wurde, aber noch keinen Vertrag besitzt. Denn dafür fehlt der Geldgeber. Bob Tyrrell zur WELT: „Und ob wir einen finden, der unbedingt sein Geld für Eddie ausgeben will, kann man nicht wissen." Es muß also nicht unbedingt Eddie Cheever sein, es kann auch jemand anders künftig neben Brundle bei Tyrrell fahren …

Das wären dann zum Beispiel solche Möglichkeiten, wie sie sich Christian Danner bieten könnten – auch dann, wenn Tyrrell mit Renault-Motoren ausgerüstet und Danner im Grunde vom Konkurrenten BMW unterstützt wird.

Der Münchner hat seine Chance bei Osella erhalten, jenem drittklassigen italienischen Team, obwohl dieses ohne jegliche BMW-Geschäftsverbindungen tätig ist. Das erscheint absurd, zeigt aber auf, was in der Formel 1 möglich sein kann.



Christian Danner – doch ein deutscher Fahrer in der Formel 1? FOTO: SVEN SIMON

Also: BMW rüstet in der Saison 1986 drei Teams mit Turbo-Motoren aus: Brabham, Arrows und Benetton (ehedem Toleman). Brabham als Top-Team ist Vertragspartner, für den extra ein Motor entwickelt wurde, Arrows und Benetton hingegen sind Kunden, die man eher serienmäßig beliefert.

Für Brabham fahren in diesem Jahr die beiden Italiener Riccardo Patrese und Elio de Angelis. Geschäftspartner BMW hätte laut Kontrakt nur dann einen deutschen Fahrer anstelle eines der beiden Italiener berufen dürfen, wenn dessen Fahrkünste entschieden besser wären. Doch einen solchen Fahrer gibt es nach dem Tod von Stefan Bellof in Deutschland nicht.

Bei den Kunden-Teams Arrows und Benetton wiederum hat BMW ein Einspruchsrecht, wenn es um die Besetzung geht. Wie massiv davon Gebrauch gemacht werden muß, zeigt der Fall des österreichischen Grand-Prix-Fahrers Gerhard Berger. Die italienischen Manager des italienischen Benetton-Teams wollten auf alle Fälle italienische Rennfahrer verpflichten: Andrea de Cesaris und Piercarlo Ghinzani, und falls alle Stricke reißen sollten, sollte es wenigstens der seit frühester Kindheit in Italien lebenden Amerikaner Eddie Cheever sein. BMW offerierte nun den Tiroler Gerhard Berger, und die Italiener stellten sich stur. Daraufhin stellte BMW ein Ultimatum: Entweder ihr nehmt den Gerhard Berger, oder ihr bekommt keine Motoren geliefert.

Das Ergebnis: Berger, der hochtalentierte, fährt bei Benetton neben dem erfahrenen Italiener Teo Fabi, und BMW liefert 20 Turbo-Motoren zum Stückpreis von 200 000 Mark.

Im Falle Christian Danner ging es BMW darum, den Deutschen zwar in der Formel 1 zu halten, ihn aber nicht unbedingt bei einem der beiden Kundenteams *Benetton* oder Arrows unterzubringen. Nachdem sich BMW schon mit Macht für Gerhard Berger bei Benetton eingesetzt hatte, stand man im Falle Danner bei Arrows vor einer echten Konfliktsituation. Denn das beste Erfahrungspotential für dieses Team brachte nicht der Grand-Prix-Neuling Danner mit, sondern der erfahrene Schweizer Marc Surer und der Brüsseler Thierry Boutsen, der obendrein daheim in Belgien noch von dem Zigarettenhersteller Barclay mit Vehemenz favorisiert wird, denn dieser wirbt schließlich intensiv mit ihm.

Weil die Situation also nun einmal so ist, versuchte man sich bei BMW in weiß-blauer Geheimdiplomatie, um Danner ohne Druck nun völlig anderweitig unterzubringen. Bei Osella war so etwas möglich. Aber vielleicht hat sich das morgen auch schon wieder geändert …

TENNIS / Boris Becker hält sich jetzt in der Doppel-Konkurrenz schadlos

● Die 17 Jahre alte Heidelbergerin Steffi Graf erreichte beim Millionen-Turnier in Boca West (Florida) das Viertelfinale. Sie ist die einzige deutsche Spielerin, die noch in der Einzel-Konkurrenz verblieben ist. Nach drei schwachen Spielen zu Beginn ist bei Steffi Graf eine Formsteigerung unverkennbar. Ihre nächste Gegnerin ist heute nacht die Amerikanerin Zina Garrison.

● Wimbledon-Sieger Boris Becker aus Leimen muß sich nach seinem Scheitern im Einzel nun in der Doppel-Konkurrenz schadlos halten. Mit seinem jugoslawischen Partner Slobodan Zivojinovic erreichte er ebenfalls die Runde der letzten acht. So hatte Boris Becker 48 Stunden nach der Blamage gegen den CSSR-Spieler Milan Srejber wieder ein Erfolgserlebnis.

● Gesprächsthema Nummer eins in Boca West aber bleibt die Siegesserie von Milan Srejber. Jener unbekannte Spieler, den auch Boris Becker nicht besiegen konnte. Auch der Amerikaner David Pate konnte den 2,05 m großen Tschechoslowaken nicht bremsen. Srejber begreift seine Erfolge selbst kaum. Er meint, er käme auf den Hartplätzen besser zurecht als erwartet.

Graf: „Bisher, das war nichts. Jetzt habe ich den Rhythmus gefunden"

DETLEF KONZACK, Boca West

Nach einwöchigem Frust über schwache Leistungen ist Steffi Graf, die letzte deutsche Vertreterin in den Einzel-Wettbewerben beim 4,5-Millionen-Mark-Turnier von Boca West, endlich mit sich zufrieden. Mit einem überzeugenden 6:1, 6:4-Erfolg über die 40. der Weltrangliste, Alycia Moulton (USA), zog die 17 Jahre alte Heidelbergerin ins Viertelfinale ein und meinte: „Gegen Zina Garrison wird's jetzt schwer." Boris Becker fand im Doppel Entschädigung für sein Scheitern im Einzel. Mit Slobodan Zivojinovic erreichte er ebenfalls die Runde der letzten acht. Tagesgespräch in Boca West bleibt jedoch Becker-Bezwinger Milan Srejber. Der CSSR-Riese bezwang im bisher besten Turnier-Spiel David Pate (USA) und steht ebenfalls im Viertelfinale.

In nur 53 Minuten hatte Steffi Graf gegen ihre Angstgegnerin gewonnen. Erst letzte Woche konnte sie nämlich beim 250 000-Dollar-Turnier von Key Biscayne (Florida) erst im dritten Satz denkbar knapp 6:4 gegen Alycia Moulton gewinnen. Steffi Graf: „Aber diesmal habe ich wesentlich besser gespielt. Jetzt habe ich mein Ziel, mindestens ins Viertelfinale zu kommen, erreicht und kann jetzt eigentlich nur noch gewinnen."

In einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) meinte Steffi Graf, daß sie ihre Formschwäche überwunden habe.

Frage: Dreimal schlecht gespielt, aber gewonnen. Ist jetzt im vierten Spiel der Knoten geplatzt?

Graf: Ich glaube schon. Ich habe erstmals wieder annähernd die Form gehabt, die ich mir vorstelle. Bisher, das war wirklich nichts. Aber ich glaube, jetzt habe ich meinen Spielrhythmus gefunden.

Frage: Ihre nächste Gegnerin, Zina Garrison, gilt als sehr unbequem. Kennen Sie sie überhaupt?

Graf: Und ob. Ich habe nämlich letztes Jahr in Amelia Island gegen sie auf Sand verloren. Und jetzt geht sie noch öfters vor ans Netz. Das mag ich eigentlich nicht so gern. Außerdem spielt sie mit einem extrem weich bespannten Schläger und macht so viel Druck. Das wird ein verdammt schweres Spiel.

Frage: Sie spielen auch erstmals Mixed. Wird das neben Einzel und Doppel sowie dem täglichen Training nicht zuviel?

Graf: Nein. Von mir aus könnte ich jeden Tag spielen. Mixed mache ich eigentlich nur mit, weil ich die Schwester meines Partners Emilio Sanchez gut kenne. Sie war mal spanische Meisterin. Außerdem macht das Mixed doch Spaß, da geht es nicht ganz so ernst zu.

Steffi Graf trifft heute in der Nacht zum Mittwoch auf Zina Garrison. Die Siebte der Weltrangliste schlug die Jugoslawin Sabrina Goles 6:1, 7:6. Von den 16 gesetzten Spielerinnen sind jetzt nur noch Chris Evert-Lloyd (7:5, 6:2 gegen Cathy Jordan), die an Nummer zwei gesetzte Steffi Graf, Zina Garrison (sechs), Helena Sukova (6:1, 6:3 gegen Catharina Lindquist) sowie Carling Bassett (12), und Barbara Potter (6:3, 2:6, 7:6 gegen die an Nummer vier gesetzte Manuela Maleewa) im Turnier. Die Viertelfinal-Paarungen lauten: Evert-Lloyd gegen Siegerin aus Phelps (USA) und Balestrat (Australien), Bassett (USA) gegen Rinaldi (USA), Sukova (CSSR) gegen Potter (USA), Garrison (USA) gegen Graf (Heidelberg).

Bei den Männern redet in Florida derzeit alles nur noch von Milan Srejber. Der Hüne aus der CSSR erwies sich auch am Sonntag nicht als Eintagsfliege und schlug die Nummer 23 der Weltrangliste, David Pate (USA), in einem begeisternden Match 3:6, 7:6, 6:4 – und wunderte sich über sich selbst: „Ich weiß auch nicht, was los ist. Aber diese Hartplätze scheinen mir wirklich zu liegen." Am Sonntag wurde von dem 2,05-m-Mann erstmals ein Foto für das offizielle Profi-Buch geschossen. Bisher kannte ihn nämlich selbst im Tennis-Zirkus kaum jemand. Boris Becker, der nach seiner Niederlage schon wieder gut gelaunt war: „Ich kenne ihn jedenfalls jetzt sehr gut." David Pate lobte: „Srejber ist voller Überraschungen. Nie weiß man, was bei ihm kommt. Deshalb ist es auch ganz schwer, seinen Rhythmus gegen ihn zu finden."

Becker gewann sein drittes Doppel zusammen mit dem Jugoslawen Zivojinovic denkbar knapp 6:4, 6:7, 7:6 gegen die beiden Amerikaner Steve Meister/Craig Wittus. Obwohl Becker und der Aufschlagkünstler Zivojinovic das Match jederzeit im Griff hatten und auch klar besser waren, leisteten sie sich immer wieder unnötige Fehler – und überflüssige Diskussionen mit dem Schiedsrichter. Becker nach einer Fehlentscheidung: „Ist die Sonne eigentlich für Sie zu stark?" Glück für den Wimbledon-Sieger, daß der Mann auf dem Stuhl Humor hatte: „Nein, deswegen habe ich ja die Schirmmütze auf."

Als Letzter quälte sich Ivan Lendl in das Achtelfinale. Beim 6:4, 7:6 über den 34. der Weltrangliste, Greg Holmes (USA), vermochte der zur Zeit beste Tennisspieler erneut nicht zu überzeugen. „Ich bin gegenwärtig mit meinem Spiel alles andere als zufrieden", meinte ein unzufriedener Ivan Lendl. (dpa)

GOLF

Langer doch noch Dritter

GAB, Hawaii

Einen weiteren Beweis seiner großen kämpferischen Qualitäten gab Bernhard Langer (Anhausen) bei der „Hawaiian Open" in Honolulu. Der weltbeste Golfer von 1985 arbeitete sich von einem fast schon hoffnungslosen 29. Rang und trotz einer Schulterverletzung in den beiden letzten Runden noch auf den 3. Platz vor, gemeinsam mit dem berühmten Amerikaner Tom Watson (68+69+66+73). Die 67+74+67+68=276 Schläge bei Par 72 des 28jährigen Anhauseners wurden mit 29 000 Dollar honoriert. Es siegte der frühere Offene Deutsche Meister Corey Pavin mit 67+67+72+66=272 vor seinem amerikanischen Kollegen Paul Azinger 70+65+69+70=274, die 90 000 bzw. 54 000 Dollar kassierten.

Als bisher beständigster Spieler der ersten sechs Turniere der US-Tour (4., 11., 7., 13., 2. nach Stechen, 3. Platz) rangiert Bernhard Langer klar an erster Stelle in der neuen Punktewertung und mit bisher gewonnenen 142 000 Dollar in der Preisgeldliste an dritter Stelle. Ab Donnerstag spielt er auf einem Turnier in Melbourne.

LEICHTATHLETIK

Olsen wich Bubka aus

dpa, Rosemont

Am Freitag in New York hatte Freiluft-Weltrekordler Sergej Bubka noch wie ein Rohrspatz auf das „kapitalistische System der Amerikaner" geschimpft. Der Sowjetrusse hatte das erste Stabhochsprung-Duell mit Hallen-Weltrekordler Billy Olson (USA) ohne gültigen Versuch verloren. Am Sonntag in Rosemont bei Chicago lobte er nach seinem Sieg: „Ich mag dieses Publikum sehr."

Bubka, erster Sechs-Meter-Springer der Welt, gewann den Stabhochsprung-Wettbewerb mit 5,81 m vor seinem Bruder Wassili (5,61) und dem Amerikaner Dave Volz (5,61). Zum zweiten Duell mit Olson kam es nicht. Der war in New York geblieben und hatte verkündet: „Ich bin zu müde." Olson hatte in diesem Jahr den Hallen-Weltrekord bereits viermal bis auf 5,93 m verbessert.

Sergej Bubka ließ nach dem Siegessprung noch die Weltrekordhöhe von 5,94 m auflegen, scheiterte jedoch dreimal. „Das lag am ungewohnten Holzboden. Auf einer Tartan-Anlaufpiste hätte ich mir den Weltrekord hier zurückgeholt", sagte er.

SKI NORDISCH

Noch Silber für Rummel

sid, Lake Placid

Christian Rummel gewann bei den Junioren-Weltmeisterschaften in den nordischen Ski-Disziplinen in Lake Placid die Silbermedaille von der 70-m-Schanze. Der Buchenberger, der zuvor bereits mit der Mannschaft Gold geholt hatte, lag nach einem 90,5-m-Flug im ersten Durchgang gar in Führung, verpaßte den Sieg jedoch durch mäßige 86 m im zweiten Versuch. Bei 225,7 Punkten lag Rummel sechs Zähler hinter dem italienischen Sieger Viginio Lunardi (231,3 Punkte), der im zweiten Durchgang mit 94,5 m Tagesbestweite erzielte. Im ersten Durchgang hatte Lunardi nur 85,5 m geschafft. Dritter wurde der Norweger Clas Braathen (225,4 Punkte).

Das gute Abschneiden der bundesdeutschen Springer komplettierte Dieter Thoma aus Hinterzarten. Der Neffe des Olympiasiegers von 1960 in der nordischen Kombination, Georg Thoma, belegte mit 208 Punkten und Weiten von 85 und 86,5 m den sechsten Rang. Thoma gehört, ebenso wie Rummel, dem deutschen Goldquartett an.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Boca West, Herren, dritte Runde: Lendl (CSSR) – Holmes (USA) 6:4, 7:6. – Achtelfinale: Srejber (CSSR) – Pate (USA) 3:6, 7:6, 6:4, Wilander (Schweden) – Gomez (Ecuador) 7:5, 6:4. – Doppel: Becker/Zivojinovic (Deutschland/ Jugoslawien) – Meister/Wittus (USA) 6:4, 6:7, 7:6. – **Damen:** Achtelfinale: Graf (Deutschland) – Moulton (USA) 6:1, 6:4, Garrison (USA) – Goles (Jugoslawien) 6:1, 7:5, Evert-Lloyd – Jordan (beide USA) 7:5, 6:2, Sukova (CSSR) – Lindquist (Schweden) 6:1, 6:3, Potter (USA) – Maleeva (Bulgarien) 6:3, 2:6, 7:5. – **ATP-Turnier in Lippstadt:** Herren-Finale: Jelen (Neuss) – Steeb (Stuttgart) 7:6, 6:3.

LEICHTATHLETIK

„DDR"-Hallenmeisterschaften in Senftenberg. Männer: 100 Yards: 1. Bringmann 9,50 Sek. (Hallen-Weltbestzeit eingestellt). – Frauen: 100 Yards: 1. Drechsler 10,24 (Hallen-Weltbestzeit), 200 m: 1. Koch 22,33 (Hallen-Weltrekord).

FUSSBALL

Weltmeisterschafts-Testspiele: In Montevideo: Uruguay – Polen 2:2 (0:1). In Irapuato (Mexiko): Auswahl Irapuato – Kanada 0:1 (0:1). – **„U18"-Turnier in Doha (Qatar).** Gruppe 1: Deutschland – Algerien 3:0 (1:0), Brasilien – Ägypten 1:0 (1:0). – Tabelle: 1. Brasilien (8:0 Tore/4:0 Punkte), 2. Deutschland (3:1/2:2), 3. Ägypten (1:1/2:2), 4. Algerien (0:10/0:4).

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 2, 32, 33, 41, 43, 44, Zusatzspiel: 17. (Ohne Gewähr)

STAND●PUNKT / *Inzell*

Geir Karlstadt, der junge Mann aus Lilleström in der Nähe Oslos, staunte nicht schlecht, als ihm der Stuttgarter Architekt Werner Deyle auf einmal einen Scheck über 10 000 Mark überreichte – sozusagen als ganz persönliche Prämie für den ersten Weltrekord auf der von ihm konstruierten neuen Inzeller Eisschnellaufbahn.

Nach 14:12,14 Minuten war Karlstadt im Ziel des 10 000-m-Laufes gewesen, und damit hatte er die alte Bestmarke von 14:21,51 Minuten des Sowjetrussen Igor Malkow aus dem Jahre 1983 ganz beträchtlich übertroffen. Der unerwartete Rekordlauf des Weltmeisterschafts-Neunten Geir Karlstadt war das eigentlich Verblüffende der Eisschnellauf-Weltmeisterschaften von Inzell. Denn damit wurde die bisher unumstößliche Expertenmeinung, man könne Weltrekorde nur noch auf mindestens 1500 Meter hoch gelegenen Pisten erzielen, ad absurdum geführt.

Medeo, die sogenannte Wunderbahn bei Alma-Ata in der Sowjetrepublik Kasachstan, galt bisher als regelrechte Weltrekord-Fabrik. 1700 m hoch gelegen und in einem Talkessel eingeschlossen, wurde sie zum Mekka des Eisschnellaufs. Und Inzell, nur 700 m hoch gelegen, war auf einmal nur noch eine Bahn unter vielen.

Jedenfalls bis zum Sonntagabend. Da wurde Bilanz gezogen, und die Weltmeisterschaft von Inzell erwies sich auf einmal als ein Rekordfestival ohnegleichen: Ein Weltrekord, fünf Rekorde für Vierkampf-Weltmeisterschaften, 26 nationale Rekorde, vier Bahnrekorde und 60 persönliche Bestzeiten wurden an den zwei Wettkampftagen aufgestellt.

Inzell wird also die internationale Eisschnellauf-Szene in Zukunft entscheidend verändern. Auf der neuen Piste des Werner Deyle – mit einer ganz modernen Wasserenthärtungsanlage und einem besseren Kurven-Radius versehen – sind nämlich Rekorde möglich, von denen man in Medeo bisher nur geträumt hat. Geir Karlstadt machte es bereits möglich, und das obendrein völlig unerwartet. Holländer und Norweger werden diese Chance deshalb weiterhin nutzen. Es ist zugleich eine Chance, mit der Inzell seinen Ruf als Rekord-Zentrum des Eisschnellaufs zurückgewinnen kann.

K. Bl.

Wenn Vögel als „Sündenböcke" herhalten müssen

Die notwendigen Schutzbestimmungen für Graureiher und Kormorane werden grundlos den wirtschaftlichen Interessen von Teichwirten geopfert

Von M. GLAUBRECHT

Für Besitzer von Fischteichen und für Angler sind sie seit jeher ein rotes Tuch – die Graureiher. Denn diese Vögel ernähren sich in der Hauptsache von Fischen, daneben auch von Amphibien und Insekten. Seit Graureiher 1972 in der Bundesrepublik ganzjährig unter Schutz gestellt wurden und dadurch die Bestände auch wieder deutlich zunahmen, mehrten sich die Klagen von Fischzuchtverbänden und Angelvereinen über die unzumutbaren Reiherschäden. In Bayern und einigen anderen Bundesländern führte dies immerhin schon zur Wiedereinführung einer – allerdings begrenzten – Jagdzeit.

Dr. Hans Utschick ließ dies keine Ruhe: Er versuchte, im Rahmen eines Forschungsauftrages des Bayrischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen den tatsächlichen Einfluß des Graureihers auf die Fischpopulationen in Forellen-Aufzuchtteichen und Angelbächen abzuschätzen. Unterstützt auch von den Fischereiverbänden, die an der Klärung der Frage das größte Interesse haben, kam er nun zu dem Ergebnis, daß die Graureiher nur zu einem geringen Prozentsatz für die Fischverluste verantwortlich sind.

Die Fischverluste werden nur den Vögeln angelastet

Die bayrischen Teichwirte sahen das noch 1977 bei einer Umfrage anders. Sie rechneten mit einem Schaden von durchschnittlich 1,50 DM pro Reiher und Tag, wobei sie aber alle umgekommenen Fische dem Reiher zur Last legten und auch die natürlichen Verluste mit einrechneten. An einer ersten Umfrage beteiligten sich, obwohl sie von der Landesanstalt für Fischerei in Starnberg getragen wurde, allerdings von 4500 nur 38 Teichwirte. Sie lieferten die Fragebögen zudem oft unvollständig ausgefüllt ab.

Die anfängliche Hoffnung, mit dieser Umfrage etwas über die Schäden in der Teichwirtschaft zu erfahren, scheiterte also kläglich an der fehlenden Bereitschaft der Betroffenen. Offensichtlich lassen sich die Teichwirte in puncto Wirtschaftlichkeit nicht gern in die Karten schauen. Dabei ist die Situation vor allem in Bayern auch trotz starker Konkurrenz durch Ostimporte mit Dumpingpreisen nach wie vor günstig; immerhin kam es von 1962 bis 1972 zu einer Steigerung der deutschen Karpfenproduktion um 146 Prozent und der Forellenproduktion um 128 Prozent.

Bei genauer Prüfung der Situation vor Ort an einigen der betroffenen Teichwirtschaften, die die Fragebögen zurückgesandt hatten, konnte oft leicht für Abhilfe gesorgt werden, etwa durch einfache Zäune, die den Vögeln den Zugang zum Ufer der Teiche versperrten. Die Schäden durch Graureiher, so stellte Dr. Utschick bald fest, richten sich im allgemeinen nach der Erreichbarkeit und der Größenverteilung der Fische. Graureiher bevorzugen Fische zwischen fünf und 15 Zentimetern. Doch nur in bestimmten Situationen, etwa bei mangelnder Wasserversorgung nach einem Dammbruch oder beim Abfischen, kann es zu größeren Verlusten kommen (Reiher reagieren sehr rasch auf derartige Veränderungen im erreichbaren Angebot), was aber durch gezielte Abwehrmaßnahmen leicht verhindert werden kann. Die Tiere zu schießen ist dabei nicht nötig. Gefährlich sind eher die oft zu hohen Fischbesatzdichten in den Teichen.

Der Graureiher wird neuerdings als Fischereischädling verfolgt FOTO: DIE WELT

Um die Zahl der Graureiher pro Teichwirtschaft zu ermitteln, wurden verschiedene Gebiete in Südbayern, Franken und der Oberpfalz untersucht. Nur in der Zeit von Juli bis November, zur Zugzeit der Vögel, traten Reiher dort in nennenswerter Anzahl auf. Zudem handelte es sich dabei meist um Graureiher aus Nordosteuropa und nicht um solche aus Bayern. Durchschnittlich fanden sich höchstens sechs Graureiher pro Tag an den Teichen ein, abhängig vom saisonalen Zugmuster..

Sollte an Bayerns Fischteichen nur noch ein Reiher erscheinen, müßte die Zahl der Tiere auf ein Jahresmaximum von rund 2000 Exemplaren verringert werden. Dies, so betont Dr. Utschick, „wäre nur bei einer Vernichtung von rund 75 Prozent des gesamten mitteleuropäischen Reiherbestandes möglich". Selbst wenn man zwei Reiher pro Teich und Tag als tragbar ansehen würde, müßten immerhin noch 50 Prozent des mitteleuropäischen Bestandes vernichtet werden.

Neben dem Problem der Durchführbarkeit stellt sich angesichts solcher wissenschaftlicher Befunde vor allem die Frage, ob derart radikale Maßnahmen gerechtfertigt sind. Denn die Untersuchungen mit Elektrobefischung, Fischmarkierung und Graureiherbeobachtung ergaben, daß die Anzahl der Fische in den Forellenteichen im wesentlichen von der ökologischen Qualität der Gewässer abhängt, nicht aber vom Einfluß der Graureiher. Entscheidend sind beispielsweise die Zahl der Verstecke für die Fische und das Nahrungsangebot in den Aufzuchtgräben. „Je größer aber die Fische werden, um so spärlicher werden geeignete Territorien, und die überzähligen Fische müssen abwandern oder zugrunde gehen. Graureiher sind allenfalls in der Lage, einen Teil der Überkapazitäten zu entfernen, und haben mittelfristig keinen Einfluß auf die Fischdichte in den Gräben."

Als ein Maß für die Jagdintensität der Reiher an den Bächen wurde der Anteil der durch Schnabelhiebe verletzten Fische verwendet. Die Markierungsexperimente belegen: Nur etwa drei bis 13 Prozent der Fische zeigen solche Verletzungen. Fazit des Forschers: „Der Graureiher kann in natürlichen Fließgewässern in der Regel keine wirtschaftlichen Schäden anrichten, er weist aber über Fischverletzungen auf geringe Bachqualität und ökologische Fehlleistungen bei der Bewirtschaftung von Fließgewässern in der freien Landschaft hin." Er empfiehlt, vor allem die ökologischen Zustände an den Gewässern zu verbessern, etwa durch Uferbepflanzungen oder Steinschüttungen. Fischarme und leere Bäche sind nicht das Ergebnis eines zu hohen Graureiherbestandes, sondern schlechter Biotopzustände.

In Schleswig-Holstein kämpft derzeit eine andere fischfressende Vogelart ums Überleben. Es geht um den Kormoran – seit einiger Zeit Paradebeispiel für den Zielkonflikt zwischen Fischern und fischfressenden Tieren. Von „Hitchcock im Fischwasser" und „terroristischen Vögeln", die „friedliche Fische" jagen, ist da seitens der Fischerei die Rede. „Vor solchen verbalen Kampfansagen kapitulierte das schleswig-holsteinische Landwirtschaftsministerium und warf kurzerhand lobenswerte Grundsätze des Artenschutzes über Bord", stellt Thomas Neumann, Naturschützer des World Wildlife Fund (WWF), resigniert fest. Per Verordnung vom Juni 1985 dürfen im nördlichsten Bundesland bis zu acht Kormorane jährlich pro Fischzuchtanlage erlegt werden, „pro Tag jedoch nicht mehr als zwei"! Den 35 anerkannten Fischzuchtbetrieben mit einer Vielzahl von Teichen in Schleswig-Holstein stehen ganze 16 brütende Kormoranpaare gegenüber. Für sie bedeutet die Abschußfreigabe das Todesurteil.

Schon im letzten Jahrhundert wurde der Kormoran in Mitteleuropa fast ausgerottet. Die Bestände erholten sich erst wieder, als die Tiere unter Naturschutz gestellt wurden. Noch 1982 wurde der Kormoran in der Roten Liste Schleswig-Holsteins als „ausgestorben" geführt. Seitdem baut sich in der seen- und fischreichen Landschaft zwischen den bestehenden Kolonien in Dänemark und der „DDR" wieder eine kleine Population auf. 1984 wurde die Kolonie zwar von Unbekannten zerstört, aber im vergangenen Jahr brüteten erstmals seit 1890 wieder zehn von 16 Kormoranpaaren erfolgreich. 1985 siedelten in den Grenzgewässern der Elbauen immerhin 65 Paare als „Aussiedler" aus der „DDR".

In Anbetracht der Kormoranzahlen und deren behutsamer Bestandslenkung in den Nachbarländern (in der „DDR" leben derzeit etwa 1300 Paare) muß die Abschußgenehmigung in Schleswig-Holstein wie Hysterie erscheinen. Thomas Neumann und auch der Kieler Zoologe Prof. Berndt Heydemann weisen auf die aus dem Naturschutzetat zum Teil wahllos gestreuten Entschädigungen hin, deren Höhe zudem noch von der Fischereiabteilung im Kieler Ministerium errechnet werden.

Die Ansprüche auf Ersatz der „Schäden" nehmen zu

Während der fischereiwirtschaftliche Schaden bisher noch überhaupt nicht bewiesen wurde und vermutlich ähnlich wie im Fall der Graureiher auch schwerlich zu beweisen sein wird, mehren sich die Schadensersatzansprüche. 1984 waren es Forderungen in Höhe von insgesamt 500 000 DM. Von einem Beispiel, das zweifelhafte Berühmtheit erlangte, berichtet Thomas Neumann: „Ein Fischer pachtete den 28 ha großen See eines Landkreises für ca. 900 DM jährlich. Er machte Totalschaden durch den Kormoran geltend und erhielt schon für 1983 45 200 DM."

Der Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein warnt daher vor einer Umwandlung naturnaher Seen in intensiv genutzte Fischteiche, die, wenn sie flach genug sind, bevorzugt von den Kormoranen aufgesucht werden. Er fordert, eine Fisch-Intensivhaltung in Seen und Weihern nur unter bestimmten Bedingungen zuzulassen und eine Schadensersatzpflicht des Staates für die Verluste durch Kormorane auszuschließen. Thomas Neumann plädiert dafür, nicht nur ein objektives Entschädigungssystem zu erarbeiten, sondern auch die angeblichen Freßschäden und die Rolle der Kormorane für die Gewässer neutral zu untersuchen. „Eine Bestandslenkung ist so lange indiskutabel, bis diese Vogelart in gesicherten Kolonien von insgesamt wenigstens 400 Paaren brütet."

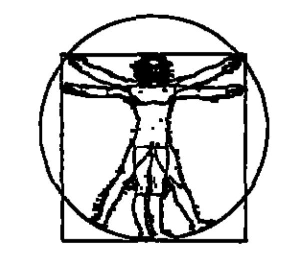
AUS LABORS UND INSTITUTEN

„Alzheimer"-Krankheit

London (DW.) – Britische Wissenschaftler vermuten einen Zusammenhang zwischen der sogenannten Alzheimer-Krankheit, die Gedächtnisverlust, Persönlichkeitsveränderungen und Altersschwachsinn auslöst, und der Konzentration von Aluminium in der Umwelt. Wie die medizinische Fachzeitschrift „Lancet" jetzt berichtete, wurden im Nervensystem und im Gehirn von Alzheimer-Patienten hohe Konzentrationen von Aluminium nachgewiesen. Die Wissenschaftler betonen allerdings, daß Aluminium, das z. B. im Trinkwasser enthalten ist, mit Sicherheit nicht der einzige Faktor sei, der die Krankheit auslöse. Jeder Mensch nehme täglich Spuren des Metalls auf, ohne zu erkranken. Gefährdet seien jedoch Risikogruppen, deren Aluminium-Ausscheidung beeinträchtigt sei.

Weniger Schadstoffe

Münster (lnw) – Die Belastung der Muttermilch mit Schadstoffen



geht nach Untersuchungen des Chemischen Landesuntersuchungsamtes in Münster „kontinuierlich zurück". Sie sei jedoch immer noch größer als die von Kuhmilch, berichtete das Regierungspräsidium jetzt in Münster. Die Milch junger Mütter sei „auffallend geringer belastet" als die älterer. Die Untersuchungen von Muttermilch umfassen unter anderem Pestizide, PCB und Dioxine.

Radioaktivität

Düsseldorf (dpa) – Kernkraftwerke waren bisher keine Gefahr für eine radioaktive Belastung des Rheins. Diesen Schluß zieht das nordrhein-westfälische Landesamt für Wasser und Abfall aus den Ergebnissen seiner regelmäßigen radiologischen Untersuchungen des Rheinwassers. In dem Bericht heißt es, trotz der wachsenden Zahl von Kernkraftwerken habe die Radioaktivität aus der Kernspaltung im Wasser und in den Schwebstoffen des Rheins den niedrigsten Wert seit den 60er Jahren erreicht. Bei den radiologischen Untersuchungen werden den Angaben zufolge die Wasser- und Schwebstoffproben „lückenlos" analysiert. Außerdem werden die Radionuklidgehalte von Fischen mit Halbleiterspektrometern geprüft. Dabei können Anreicherungen im Fleisch der Fische festgestellt werden.

Ölpest in der Ostsee

Kappeln (DW.) – Die Ölpest an der nördlichen deutschen Ostseeküste breitet sich weiter aus. Nachdem schon in der vorigen Woche einige hundert verölte und tote Meeresenten zwischen Kieler Förde und Hohwachter Bucht gefunden wurden, entdecken Naturschützer jetzt auch immer mehr sterbende Tiere von der Eckernförder Bucht bis zur Flensburger Förde. Vor dem Naturschutzgebiet Oehe-Schleimünde und an der Schleimündung sind vor allem Eider-, Eis- und Trauerenten betroffen, teilten Naturschützer mit. Auch verölte Säger, Tafel- und Schellenten treiben hilflos in der eisigen Ostsee.

Vorbeugung des Infarkts

München (dpa) – 50 Prozent aller tödlichen Herzinfarkte ereignen sich vor dem 65. Lebensjahr. Dies erklärte jetzt Prof. Peter Mathes (Bernried) auf einer Fortbildungsveranstaltung über „Prävention und Rehabilitation von Herzkrankheiten". Die Ursachen seien Übergewicht, Rauchen, zu hoher Salzverbrauch und damit ein überhöhter Cholesterinspiegel im Blut. Als „Einstieg in die Vorbeugung" bezeichnete Prof. Klaus Donat (Hamburg) das regelmäßige Blutdruckmessen und die Gewichtskontrolle. Auch Normal- und Untergewichtige könnten einen zu hohen Cholesterinwert haben.

Beteiligung an „Hera"

Hamburg (DW.) – Morgen wird beim Deutschen Elektronen-Synchrotron (Desy) in Hamburg eine Vereinbarung unterzeichnet, die die Beteiligung der Niederlande am Bau des Protonenrings der Beschleunigeranlage „Hera" regelt. Die niederländische Regierung übernimmt Kosten in Höhe von 12 Millionen DM für supraleitende Korrekturmagnete, die von holländischen Firmen hergestellt werden.

„So wie ein Löffel im Honigglas"

Beim Bau von Erdbeben-Schutzsystemen ist eine Berliner Ingenieurfirma weltweit führend

Von DIETER THIERBACH

Erdbeben fordern jedes Jahr zahlreiche Menschenopfer und richten gewaltige Sachschäden an. Bei einem solchen Beben entstehen vertikale und noch größere horizontale Bodenbewegungen. Diese verursachen Beschleunigungen an Gebäuden, aus denen – wegen der Massenträgheit der Gebäudeteile – oft gewaltige Kräfte resultieren. Diese Kräfte, häufig durch starkes Mitschwingen resonanzartig überhöht, schädigen das Gebäude oder bringen es letztlich sogar zum Einsturz.

Die Gefahr, die von Erdbeben für Bauten und Industrieanlagen ausgeht, ist – besonders in Europa – in der Vergangenheit häufig unterschätzt worden. Lediglich im Zusammenhang mit der Planung und Errichtung von Atomkraftwerken findet der Schadensfall „Erdbeben" mehr Beachtung.

Da allerdings die Eigenfrequenzen federnd geschützer Fundamente häufig im Bereich der Erregerfrequenzen von Erdbeben zwischen zwei und zehn Hz (Hertz = Schwingungen pro Sekunde) liegen, sind erhebliche Aufschaukelungen der Amplituden und damit zusätzliche Beanspruchungen des Systems nur dann zu vermeiden, wenn einer federnden Lagerung von Gebäuden eine Dämpfung parallel geschaltet wird. Die in Berlin ansässige Firma Gerb ist weltweit der einzige Hersteller, der nach sechsjähriger, durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie und den Berliner Senat unterstützer Forschungstätigkeit ein hochwertiges Element zur Erdbeben-Isolierung fabrikationsreif entwickelt hat.

Das Prinzip ist schnell erklärt: Gleichgroße horizontale und vertikale Elastizität führt zu einer dreidimensionalen, weichen Federung. Die Bestandteile des Systems sind Stahlfedern und ein sogenannter Visco-Dämpfer. „Den können Sie sich", so Gerb-Geschäftsführer Heinz Delam, „wie einen Löffel im Honigglas vorstellen."

Den Berlinern gelang es, allen ausländischen Konkurrenten gegenüber einen technischen Vorsprung von einigen Jahren zu erzielen. Zu den wichtigsten Kunden zählen zur Zeit die japanischen Kraftwerkshersteller. Heinz Delam: „Hier sind wir konkurrenzlos." Zur Zeit wird in Berlin ein mehrstöckiges Wohngebäude (Pilotprojekt Brunnenstraße/Ramlerstraße) auf Gerb-Federkörpern zum Schutz gegen Erschütterungen über einem U-Bahn-Schacht gebaut. „Wissen Sie", so Heinz Delam, „mein Wunschtraum ist, den schiefen Turm von Pisa zu sichern und geradezu richten. Aber das wird man uns wohl nicht machen lassen . . ."

Heinz Delam ist stolz auf den deutschen Technik-Vorsprung: „Die Amerikaner waren mit ihren Raketen hinter dem Mond, in der Schwingungstechnik sind Sie's auch heute noch." Gerade in erbebengefährdeten Gebieten wird das Berliner Visco-Dämpfungs-System von einem großen Teil der Fachwelt als die perfekte Lösung des Problems angesehen. Ihr Ergebnis mehrmonatiger Erprobungsphasen: Das Kernproblem, Bauwerke gegen die größten bekannten Erdbeben zu sichern, ist technisch lösbar. Zum Beweis des Erbebenschutzes dient ein Gebäudemodell, das, mit seinen 35 Tonnen Eigengewicht, wie ein Wolkenkratzer-Gerippe aussieht.

Vergleichende Versuche auf einem 5×5 Meter großen Schwingtisch im Erdbebeninstitut in Skopje (Jugoslawien) zeigten die wesentlich geringere Beanspruchung des mit dem Berliner Isoliersystems versehenen Modells als bei nur horizontaler elastischer oder gar starrer Aufhängung, wie sie z. B. von Prof. Konrad Staudacher von der ETH in Zürich propagiert wird. Seine Isolation, bei der Puffer aus Naturgummi-Isolatoren verwendet werden, reichen nicht an die kombinierte Feder-Viskose-Dämpfung heran. „Das Verrückte bei unseren Produkten ist, daß wir zwar die Sicherheit der darauf ruhenden Gebäude vorraussagen", stellt Heinz Delam fest, „bisher aber noch nie die Gelegenheit hatten, die Funktionsfähigkeit zu testen. Aber das ist uns auch eigentlich lieber so . . ."

Die Gebäude im Berliner Stadtteil Reinickendorf sind erst im vergangenen Jahr um eine 1200 m² große, drei Millionen Mark teure Forschungshalle erweitert worden. Von den 200 diplomierten Ingenieuren, Maschinenbauern und Elektronikern sind 110 in Berlin und 30 in der Essener Außenstelle tätig. Von der Auslegung über die Produktion bis hin zur Montage und der Endabnahme auf der Baustelle liegt – bei einem Exportanteil von 80 Prozent – alles in einer Hand. Für Heinz Delam ist, was den Informationstransfer angeht, die Zusammenarbeit mit den Hochschulen selbstverständlich. Wissenschaftliche Kontakte werden zur TH Hannover und TU Berlin gepflegt.



Schwingungsisolierung am Beispiel des Turbinenfundaments im Kraftwerk Grohnde FOTO: GERB

Für die meisten Maschinenhersteller war es früher nahezu unvorstellbar, die Maschine abgefedert, d. h. beweglich, aufzustellen. Es war selbstverständlich, die Geräte fest mit dem Fundament zu verbinden. Doch zahlreiche Maschinenhersteller kamen bald nicht mehr umhin, den Weg der passiven Schwingisolierung zu wählen. Denn bei immer höheren Bearbeitungsgenauigkeiten mußten Präzisionsmaschinen gegen die störenden Einwirkungen von Erschütterungen aus dem übrigen Betrieb oder, verursacht zum Beispiel durch den wachsenden Verkehr, geschützt werden.

Aber auch die Erschütterungen in den Maschinenparks wurden immer größer, die Störungen in der Nachbarschaft immer stärker. So erzeugen z. B. Rotationsdruckmaschinen infolge schnellaufender Walzen Vibrationen, die zu Schwingungserscheinungen an Maschine und Fundament führen. Gebläse, Dampf- und Fräsmaschinen, Kompressoren, Dieselaggegate, Raketenprüfstände und selbst Aufzüge können und müssen schwingungsfrei aufgestellt werden.

„Damit erklärt sich auch, daß sich mancher Betrieb selbst gegen den Willen eines Maschinenlieferanten zur Isolierung mit den Dämpfern entschlossen hat, da anderenfalls unter Umständen die Maschinen überhaupt nicht hätten in Betrieb genommen werden können." Exakt dimensionierte Federkörper, so wie sie auch als Teil der Erdbebenschutz-Einrichtungen benutzt werden, sind zur schwingungsisolierten Aufstellung jeder Maschine geeignet, gleichgültig, ob es sich nun um eine Präzisionswaage handelt, die nur wenige Kilogramm wiegt, oder um eine Großmaschine mit einem Gewicht von mehreren tausend Tonnen. Dies gilt allerdings mit einer Einschränkung: Die Frequenz der Störschwingungen darf nicht kleiner als 2,5 Hz sein. Unterhalb dieser Grenze ist eine Schwingungsisolierung kaum möglich.

Ungarn zeigt sich in Beziehungen zur Sowjetunion selbstbewußt

Tschechoslowakei will die Wirtschaft auf die Linie Gorbatschows ausrichten

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Am Vorabend des XXVII. Parteitags der sowjetischen Kommunisten haben die ost- und mitteleuropäischen Bündnispartner der Sowjetunion damit begonnen, sich auf den neuen Moskauer Kurs unter Gorbatschow einzustellen. Am weitesten hat sich die Tschechoslowakei angepaßt. Partei- und Staatschef Gustav Husak vollzog einen Schwenk um 180 Grad, als er auf einer Parteikonferenz in Prag die Forderung erhob, die KP müsse sich von der detaillierten Wirtschaftsplanung distanzieren und mehr Entscheidungsfreiheit auf den unteren ökonomischen Ebenen zulassen.

In offenkundiger Anlehnung an die Diktion Gorbatschows sprach Husak von der Notwendigkeit einer „systematischen Verbesserung der Leistungsfunktionen im wirtschaftlichen Mechanismus". Die Partei, so Husak, solle sich in Zukunft auf entscheidende und grundlegende Probleme der Wirtschaft konzentrieren. Husak folgte damit einer Erklärung des tschechoslowakischen Regierungssprechers Frantisek Kourin, der schon zuvor gesagt hatte, die Tschechoslowakei wolle nicht die Produktion „jedes einzelnen Nagels" zentral planen.

Der CSSR-Parteichef forderte – gleichfalls im Sinne Gorbatschows – daß nun die Fabriken und Betriebe größere Verantwortung bei der Erfüllung der Planaufgaben erhalten sollten. Besondere Aufmerksamkeit erweckte die Formulierung des Parteichefs, daß die Tschechoslowakei bereit sei, von ihren Verbündeten zu lernen. „Wir beobachten mit Aufmerksamkeit jene Maßnahmen, die in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten ergriffen werden und wir probieren, welche für uns die beste Antwort bieten", sagte Husak.

Während aber Prag immer noch unter dem Schock des Jahres 1968 steht und sich daher möglichst genau an das sowjetische Vorbild hält – wobei das Wort „Reform" von den Tschechoslowaken peinlich vermieden wird – setzen die Ungarn weiterhin eigene und selbstbewußte Akzente. Auf dem XXV. Kongreß der ungarischen Gewerkschaften in Budapest hielt Sandor Gaspar, Vorsitzender des Zentralrats und Mitglied des Politbüros, eine Rede, aus der sich entnehmen läßt, daß man in Budapest die eigene Gewerkschaftsorganisation nicht mehr als bloßen „Transmissionsriemen" des Willens der Partei (wie Stalin es formulierte) betrachtet.

Gaspar sagte, die ungarischen Gewerkschaften wollten nicht nur ihre Beziehungen zu Schwesterorganisationen in den kommunistisch regierten Ländern und auch nicht nur zu kommunistischen Gewerkschaften der westlichen Welt, sondern auch zu „sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften" ausbauen.

Gaspar sprach von einer bevorstehenden „radikalen Umgestaltung" der ungarischen Wirtschaft, die modernisiert werden müsse. Dies sei ein nationales Anliegen von grundlegender Bedeutung, das nur durch das Zusammenwirken der ganzen Gesellschaft verwirklicht werden könne. Aktivität, Einsatzfreudigkeit und Fleiß müßten gefördert werden. Der Werktätige könne aber nicht auf die Dauer gezwungen werden, auf die Früchte seiner Arbeit zu verzichten.

Der Gewerkschaftschef kritisierte, daß es bisher im Rahmen der ungarischen Wirtschaftsreform nicht gelungen sei, den Realwert der Renten und Löhne zu erhalten. Dadurch sei eine „schwierige Lage" entstanden. Dann sprach Gaspar Worte aus, die auf kommunistischen Kongressen sonst nie zu hören sind: Die politischen Funktionäre müßten „Offenheit und Toleranz" gegenüber verantwortungsbewußt formulierter Kritik an den Tag legen. Gaspar wörtlich: „Die Geschichte hat gelehrt, daß niemand unfehlbar sein kann".

Moskau trifft Vorbereitungen für Parteitag

AFP, Moskau

In Moskau tritt heute das Zentralkomitee der KPdSU zu einer Plenarsitzung zusammen, um die Vorbereitungen für den XXVII. Parteitag abzuschließen, der am 25. Februar beginnen soll.

Das ZK-PLenum dürfte im wesentlichen Gorbatschows Rechenschaftsbericht sowie die wirtschaftliche Programmrede des neuen Ministerpräsidenten Nikolai Ryschkow formell billigen. Zudem erwartet man, daß der 71jährige Viktor Grischin, der erst vor kurzem sein Amt als Moskauer Parteichef niederlegen mußte, seinen Sitz im Politbüro verlieren wird. Auch zwei weitere Mitglieder der alten Garde, die wenig einflußreichen Parteichefs der Ukraine und Kasachstans, werden wohl ihre Sitze im obersten Parteigremium aufgeben müssen. Nicht einmal die Stellung des im letzten Sommer zum Staatschef „beförderten" 76jährigen Ex-Außenministers Andrei Gromyko gilt als gesichert.

Auch innerhalb der Regierung hat der Kremlchef seine Macht gefestigt. 35 der 96 Schlüsselposten wurden mit neuen Leuten besetzt, darunter vor allem Ministerpräsident Ryschkow, der im September Nikolai Tichonow ablöste. In den 15 Sowjetrepubliken und 157 Regionen wurde mehr als die Hälfte der Führungskader abgelöst. Im Zentralkomitee kann Gorbatschow nach der Neuwahl der Mitglieder zum Abschluß des neuntägigen Parteitags mit einer sicheren Mehrheit rechnen.

Im Gegensatz zu seiner Personalpolitik hat der Generalsekretär in anderen Schlüsselbereichen wenig Erneuerungswille gezeigt. Die Neufassung des Parteiprogramms tritt zwar für größere wirtschaftliche „Flexibilität" ein und verzichtet auf das Ziel eines wirtschaftlichen „Überholens" der USA in absehbarer Zeit. Reformideen, von denen ein rascheres Tempo der ökonomischen und sozialen Entwicklung in der UdSSR zu erwarten wären, sind nach Meinung der westlichen Beobachter nicht zu finden. Die revidierte Fassung des einst von Nikita Chruschtschow geprägten Programms aus dem Jahr 1961 wird dem kommenden Parteitag zur Ratifizierung vorgelegt.

Manipulationen bei Danziger Urteil?

dpa, Warschau

Vor dem obersten Gericht in Warschau haben die Verteidiger der Mitbegründer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Michnik, Frasyniuk und Lis, die Aufhebung des Urteils der ersten Instanz verlangt. Die Angeklagten waren wegen „Führung einer illegalen Organisation" zu Gefängnisstrafen bis zu dreieinhalb Jahren verurteilt worden.

Zur Begründung ihres Antrags führten die Verteidiger an, das Bezirksgericht Danzig habe Vorschriften der Strafprozeßordnung mißachtet: Die Angeklagten seien nicht zu Wort gekommen und „erschlichene angebliche Beweisstücke" verwandt worden.

Untersuchung über NH-Spendenpraxis

dpa, Düsseldorf

Eine lückenlose Aufklärung über Spendenzahlungen der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat (NH) an die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung und an Parteien haben die im Nordrhein-Westfälischen Landtag vertretenen Oppositionsfraktionen CDU und FDP gefordert. Beide kündigten einen gemeinsamen Antrag auf parlamentarische Untersuchung der NH-Spendenpraxis in den 70er Jahren an.

Dazu soll der Auftrag des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Geschäfte der landeseigenen Wohnungsbauförderungsanstalt überprüfen soll, erweitert werden.

Beamtenbund will kooperieren

dpa, Bonn

Der Deutsche Beamtenbund (DBB) und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) wollen künftig in Grundsatzfragen des öffentlichen Dienstes enger zusammenarbeiten.

Wie beide Organisationen bei einem Spitzengespräch unter Leitung ihrer Vorsitzenden, Alfred Krause (DBB) und Hermann Brandt (DAG), in Königswinter vereinbarten, sollen übereinstimmende Positionen gemeinsam vertreten werden. Gemeinsame Initiativen sollen in einer Kommission abgestimmt werden. Die Tarifpolitik soll aber weiter von beiden Organisationen eigenständig verfolgt werden.

Die SPD-Linke entdeckt das Thema Sozialpolitik

PETER PHILLIPS, Bonn

SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau war der prominenteste Genosse, der den in Oer-Erkenschwick tagenden linken Sozialdemokraten des „Frankfurter Kreises" die Reverenz erwies. Doch als er am Sonntag zum freundlichen Meinungsaustausch kam, war das Wichtigste bereits gelaufen: Bis in die späte Nacht hinein hatte die seit Kanzler Schmidts Abtritt zur Parteimehrheit angewachsene SPD-Linke in Arbeitskreisen über die politischen Schwerpunkte debattiert und wie diese im August in Nürnberg auf dem Bundesparteitag Eingang ins Wahlprogramm des Kandidaten Rau finden sollen. Beschlüsse wurden – zumindest förmlich – in Oer-Erkenschwick nicht gefaßt, aber die Diskussionsergebnisse der langen Nacht werden in den kommenden Wochen vor allem in mehrheitlich linken Bezirken wie Hessen-Süd oder Ostwestfalen in die förmlichen Parteitagsanträge gegossen werden.

Zwei Bereiche waren es, die in den Reihen des „Frankfurter Kreises" am Wochenende vor allem die Schwerpunkte bildeten: Aus einer Arbeitsgruppe mit dem Bremer Sozialsenator Henning Scherf und dem stellvertretenden Bonner Fraktionsvorsitzenden Horst Ehmke kamen begeisterte Teilnehmer heraus und kündigten an, daß es „in der SPD in den nächsten Monaten Bewegung in der Sozialpolitik geben" werde. Eine der letzten Domänen der Parteirechten soll offenbar jetzt die ebenfalls von linken Wortführern besetzt und belebt werden.

„Auf hohem Niveau"

Im anderen Schwerpunktfeld haben die Linken spätestens seit dem Essener „Raketen"-Parteitag bereits die Stimmführerschaft übernommen: nämlich den der Sicherheitspolitik. Karsten Voigt, ausgewiesener Atlantiker und Parteilinker, hatte bereits im Vorfeld von Oer-Erkenschwick mit Genossen des „Frankfurter Kreises" einen Aufsatz diskutiert, der dann auch bei dem Wochenendtreffen im Zentrum einer sicherheitspolitischen Debatte stand, die nach Angaben eines Teilnehmers „auf hohem Niveau, aber überhaupt nicht giftig" verlief. Sein Gegenpartner, der Kölner Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges, der mit einigen niedrigen Funktionären bereits vor Monaten ein sicherheitspolitisches Papier präsentiert hatte, das die deutsche Teilung als Nonplusultra darstellt und den Weg in den Neutralismus empfiehlt.

Voigt selbst – in weitgehender Übereinstimmung mit ihm auch die Altlinken Peter von Oertzen und Erhard Eppler – argumentierte strikt auf der offiziellen Parteilinie entlang, mit einigen originellen Eingaben. Zum eher konventionellen Gedankengut gehörten seine Forderungen nach stärkerer „Selbstbehauptung Europas" und einer „zweiten Phase der Entspannungspolitik". Hinzu addierten sich seine Überlegungen, die gültige NATO-Strategie der „Vorwärtsverteidigung" zur Unterstreichung des defensiven Charakters westlicher Verteidigungspolitik durch eine „Vorneverteidigung" zu ersetzen.

Voigt ohne Mehrheit

Auch der Hinweis, daß „Sicherheitspartnerschaft" mit dem Osten nicht gleichbedeutend sei mit „politischer und militärischer Symmetrie", sondern lediglich das „gemeinsame Interesse am Überleben" voraussetze, gehört zum Standardrepertoire etablierter sozialdemokratischer Sicherheitspolitiker. „Erneuerung und Neubestimmung einer sozialdemokratischen Sicherheits- und Abrüstungspolitik" hatte Voigt seine Gedanken überschrieben.

Eine Mehrheit für die Voigt- oder für die Gilges-Überlegungen war in Oer-Erkenschwick nicht auszumachen. „In der Linken gibt es zur Sicherheitspolitik sehr unterschiedliche Einstellungen", resümierte ein Teilnehmer gegenüber der WELT. Vor allem aber gebe es großen Klärungsbedarf, was etwa „konkret unter dem Wegverhandeln der Waffen" in Europa zu verstehen sei, das sich Rau auf die Fahne geschrieben habe. Und auch das Thema deutsche Teilung sei in diesem Zusammenhang durchaus unterschiedlich beurteilt worden. Gilges stand keinesfalls auf verlorenem Posten. Aber die Form des Treffens sorgte auch zugleich dafür, daß es eben nicht zu einer sicherheitspolitischen Beschlußfassung kam.

Arafat setzt jetzt stärker auf Irak

DW. Beirut

Die PLO Yassir Arafats hat nach ihrer Vertreibung aus Libanon und mißlungenen Versuchen, in Ägypten, Jordanien und Jemen Fuß zu fassen, das Schwergewicht ihrer politischen und militärischen Aktionen nach Irak verlegt. Das Auftreten von PLO-Kämpfern auf irakischer Seite im Golfkrieg gegen Iran ist ein weiterer Beweis für die immer engere Zusammenarbeit zwischen Arafat und dem bedrängten Regime von Präsident Saddam Hussein in Bagdad. Nach zuverlässigen Berichten vermehrt sich die Präsenz der PLO in Irak von Tag zu Tag.

Die zunehmende Kooperation zwischen Irak und dem Arafat-Flügel der PLO wird unter anderem auch deutlich durch die häufigen Reisen Arafats und anderer hoher PLO-Funktionäre nach Bagdad. So fanden in den vergangenen Monaten alle Sitzungen des Exekutivkomitees, dem obersten Gremium der PLO, in Irak statt. Das nächste Treffen soll in diesen Tagen in Bagdad stattfinden.

Gegenwärtig werden mehr als 1000 PLO-Kämpfer in Irak ausgebildet. Ein Teil von ihnen ist in der Karame-Brigade zusammengefaßt, ein anderer Teil bildet die El-Aksa-Gruppe, die von Abu Hayem kommandiert wird. Die meisten PLO-Kämpfer werden in den Mousayeb-Kasernen südlich von Bagdad stationiert. Die PLO-Einheiten in Irak werden vollständig von Bagdad finanziert und bewaffnet. Darüber hinaus werden ihnen Trainingseinrichtungen in den Raschid-Kasernen in der Nähe von Bagdad zur Verfügung gestellt.

Zu Trainingszwecken und um die irakische Armee in ihrem Krieg gegen die iranischen Streitkräfte zu unterstützen, werden jeweils etwa 100 PLO-Leute an die irakisch-iranische Front verlegt. Darüber hinaus unterstützt der irakische Auslandsnachrichtendienst die Aktivitäten der PLO, unter anderem dadurch, daß PLO-Aktivisten Pässe zur Verfügung gestellt werden, mit denen sie ungehindert nach Westeuropa einreisen können. Ein solches Reisedokument wurde bei Abu Abbas sichergestellt, nachdem amerikanische Kampfflugzeuge die ägyptische Maschine, in der sich Abu Abbas befand, zur Landung in Sizilien gezwungen hatten.

„Proportionen beachten"

SPD im Flickausschuß: Union erhielt dreimal soviel

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Ein „eigenes Votum" zum Flick-Untersuchungsausschuß hat gestern die SPD-Bundestagsfraktion in Bonn vorgelegt. In diesem wird daraufhingewiesen, daß von den 26 Millionen Mark Spenden des Hauses Flick an politische Parteien und ihnen nahestehende Institutionen zwischen 1969 und 1980 nur rund 4,5 Millionen Mark in SPD-Kassen geflossen seien, dagegen 15 Millionen an CDU/CSU und 6,5 Millionen an die FDP.

Nach Ansicht des Obmanns der SPD im Untersuchungsausschuß, des Bundestagsabgeordneten Peter Struck, wird der von der Ausschußmehrheit zum Ende der Untersuchung vorgelegte Bericht mit seiner Bewertung „den ermittelten Tatsachen nicht gerecht". Die tatsächliche Einflußnahme des Flick-Konzerns auf Politiker und politische Entscheidungen werde hier „vernachlässigt und verniedlicht", meinte Struck. Die Annahme der 4,5 Millionen Mark ohne Aufnahme in die Rechenschaftsberichte der Partei wird in dem Minderheitsvotum als Verstoß gegen das Parteiengesetz dargestellt. Gleichzeitig heißt es aber, der größere Teil dieser Gelder sei an die Friedrich-Ebert-Stiftung geflossen und diese Spenden hätten nach Überzeugung der SPD-Ausschußmitglieder „keinen Einfluß auf die Haltung sozialdemokraticher Minister und Politiker gehabt". Ohnehin seien diese Spenden „wohl eher unwillig gewährt worden", nachdem die SPD in die Regierungsverantwortung gekommen sei und damit erst „wichtig wurde".

Zu den in Richtung SPD von Flick abgezweigten Geldern heißt es, der (verstorbene) Schatzmeister der Partei, Alfred Nau, habe „wenigstens einen Bruchteil der materiellen Ausstattung" erhalten wollen, die den „konservativen Parteien von der Wirtschaft gegeben wurde". Die Spenden-Annahmepraxis der heutigen Koalitionsparteien dagegen wird strenger beurteilt. Naus Verhalten war „verständlich", allerdings „in der Art der Behandlung zu verurteilen". Die Entgegennahme von Bargeld in sechsstelligen Summen durch die Vorsitzenden von CDU und CSU aber „verstößt gegen die Grundsätze politischer Kultur" und „Parteivorsitzende müssen darauf bedacht sein, daß nicht einmal der Anschein einer Kumpanei zwischer Geber und Empfänger entstehen kann".

Die hauptsächlichen Vorwürfe gegen die Mehrheitsbewertung der im Ausschuß ermittelten Fakten richten sich auch gegen eine, wie es heißt, „Verharmlosung der Beziehungen zwischen Ministerialbürokratie und Flick-Konzern." Für künftige Untersuchungsausschüsse schlägt die SPD vor, daß über die Vorlage von Unterlagen und das erforderliche Erscheinen von Auskunftspersonen künftig das Bundesverfassungsgericht „notfalls in Eilverfahren" entscheiden soll und nicht politische Mehrheiten.

Weizsäcker traf „Vater" Malaysias

dpa, Georgetown

Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist gestern mit dem „Vater" Malaysias, Tunku Abdul Rahman, zusammengetroffen. Die Begegnung mit dem 86jährigen Staatsgründer und ersten Ministerpräsidenten auf der Insel Penang vor der Westküste Malaysias war der Abschluß des politischen Meinungsaustausches zwischen dem Bundespräsidenten und führenden Männern Birmas, Bangladeschs und Malaysias während seiner zweiwöchigen Asien-Reise.

Rahman hatte 1957 den damaligen Teilstaat Malaya in die Unabhängigkeit geführt. Er war nach der Gründung der Föderation von Malaysia bis 1970 Premierminister, bevor er nach blutigen Rassenunruhen zurücktrat. Rahman empfing von Weizsäcker in seinem Privathaus in Georgetown. Teilnehmer schilderten das Gespräch hinterher als aufgeschlossen und freundlich. Weizsäcker und der ihn begleitende Enwicklungshilfeminister Jürgen Warnke wollen heute auf Penang noch mit Vertretern deutscher Firmen in Malaysia sprechen, bevor sie am Mittwoch nach Bonn zurückkehren.

Der Bundespräsident war gestern vormittag in Kuala Lumpur von Sultan Iskandar, dem derzeit regierenden König der Wahlmonarchie Malaysia, verabschiedet worden. Sein Besuch stand unter dem Aspekt der Industrieansiedlung und wirtschaftlicher Kooperation beider Länder.

Expertenstreit um die Überdüngung

dpa, Bonn

Auf die weiter zunehmende Nitratbelastung des Grundwassers, die im wesentlichen durch die landwirtschaftliche Düngung verursacht wird, haben Wissenschaftler und Umweltexperten vor dem Innenausschuß des Bundestages hingewiesen. In einer öffentlichen Anhörung zum neuen Regierungsentwurf über die Verschärfung des Wasserhaushaltsgesetzes kritisierte der Bonner Wissenschaftler Professor Jürgen Salzwedel die jetzige Vorlage. Sie könne der flächendeckend beobachtbaren Überdüngung mit Gülle und Handelsdünger, der steigenden Nitratbelastung im Grundwasser und der Gefährdung der Böden nicht begegnen.

In der Frage verschärfter Vorschriften für die Landwirtschaft lastete er dem Bundesernährungsministerium an, die ursprünglich vom Bundesinnenministerium beabsichtigten Regelungen entschärft zu haben. Als ein Streitpunkt erwies sich in den schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen, ob Landwirten eine Entschädigung gezahlt werden muß, wenn etwa ihre Ländereien zum Schutzgebiet unabhängig von einer bestehenden oder geplanten Trinkwassergewinnung erklärt werden.

Der Deutsche Bauernverband verwies darauf, daß die geplanten Nutzungsbeschränkungen für den betroffenen Bauern erhebliche Einkommensminderungen zur Folge hätten. Diese Beschränkungen könnten weder mit dem Verursacherprinzip oder der Sozialpflichtigkeit des Eigentums verknüpft werden. Die Gewährung eines Finanzausgleichs sei deshalb unabdingbar. Hierzu meinte Salzwedel, „für die Nichtbegehung schwerer Umweltdelikte könne keine Subvention erfunden werden". Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) lehnte generell Ausgleichsansprüche der Landwirtschaft ab, wenn die intensive Landbewirtschaftung zugunsten des Grundwasserschutzes eingeschränkt werde.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wandte sich gegen Finanzhilfen bei Beschränkungen zur Vermeidung von Nitratbelastungen und sprach sich dafür aus, die Einführung einer besonderen Abgabe für die industrielle Entnahme von Grundwasser zu prüfen. Es gehe um verstärkte Anreize zur Wassereinsparung, zur Förderung rationeller Wasserverwendung und zur Entwicklung entsprechender Techniken. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) lehnte eine solche Abgabe wegen ihrer „Zufälligkeit" und der Erhöhung der Steuerlastquote ab. Er unterstrich, daß die Industrie mit Wasser sparsam umgehe. Ähnlich wie die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände bezweifelte der BDI die sachliche Notwendigkeit, das Wasserhaushalts- und das Abwasserabgabengesetz überhaupt jetzt zu ändern. Das bestehende gesetzliche Instrumentarium sei zum Teil von den Ländern noch nicht umgesetzt oder genügend erprobt worden.

In der fünften Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz heißt es nach der Kabinettsvorlage, daß neben den verschärften Vorschriften für die Landwirtschaft der aktuelle Stand der Technik einzusetzt werden soll, um damit die Verunreinigung der Gewässer erheblich zu reduzieren. Bisher gilt lediglich die Vorschrift, daß nach den „allgemein anerkannten Regeln der Technik" verfahren werden soll. Die Novelle soll bis zur Sommerpause im Bundestag verabschiedet werden.

Kaum zu realisieren

dos. – Günther Herion, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, hat derzeit in Hannover ein günstiges Umfeld, wenn er mit seinen Forderungen an die Bundesregierung hausieren geht. Den Ausstellern und Besuchern der Bau-Fachmesse Constructa spricht er aus dem Herzen.

Dem früheren Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff, über Jahre hinweg Gesprächspartner von Herion und anderen Verbandsoberen der Bauwirtschaft, blieb es jetzt vorbehalten, in direkter Gegenrede die Machbarkeit dieser Wünsche abzugrenzen. Sein Fazit: Nur wenige der Forderungen haben Aussicht auf Erfolg. In besonderem Maße gilt dies für all jene Punkte, die ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes zum Ziele haben. Mit einer zeitlichen Verlängerung der für 1986 und 1987 eingeräumten Mittel für die Städtesanierung darf ebensowenig gerechnet werden wie mit Hilfestellungen für den Abbau von nicht mehr benötigten Kapazitäten (nach dem Muster der Landwirtschaft?).

Auch die Forderung nach einem Abbau bürokratischer Hemmnisse wird kaum zu realisieren sein. Was der Staat einmal in den Fingern hat, läßt er nicht mehr los. Die Erfahrungen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens belegen diese These. Die Bauwirtschaft selbst, die seit langer Zeit Verhandlungen über eine Änderung des VOB-Regelwerks führt, hat das eigene Beispiel lebhaft vor Augen. Unklar bleibt vor diesem Hintergrund Herions Wunsch nach einer stärkeren Stellung der Bauminister in Bund und Ländern.

Umbuchung

J. Sch. (Paris) – Ausländische Autos dringen immer stärker auf den französischen Markt. Im Januar erreichte ihr Anteil an den Neuzulassungen nicht weniger als 37,9 Prozent. Das war ein neuer Rekord für den ersten Monat des Jahres. Aber bei näherer Betrachtung ist dieser Zuwachs so spektakulär nicht. Denn er beruht im wesentlichen darauf, daß die Japaner Umbuchungen vorgenommen haben. Sie dürfen nämlich auf Grund eines ihnen von Paris vor vielen Jahren auferlegten Selbstbeschränkungsabkommens höchstens drei Prozent der Gesamtzulassungen bestreiten. Dieses Kontingent haben sie 1985 deutlich überschritten. So meldeten sie den Überschuß erst im Januar an. Vielleicht meinen sie, daß ihr Marktanteil in Frankreich im Laufe dieses Jahres auf unter drei Prozent Marktanteil fällt. Wahrscheinlicher ist, daß sie hoffen, nach den Wahlen würde die neue Regierung die Kontingentierung fallen lassen. Dann allerdings wäre für die europäische Automobilindustrie das Privileg zu Ende, in Frankreich einen Markt ohne unbeschränkte japanische Konkurrenz zu besitzen.

UMWELTSCHUTZ / Minister Zimmermann: Einen Investitionsboom ausgelöst

Ein sehr großer Wachstums-Markt für Technik und Arbeitsplätze

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Auch international entwickelte sich der Umweltschutz zu einem der wichtigsten Wachstumsmärkte gerade auch für die mittelständische deutsche Industrie. In dieser optimistischen Prognose stimmten Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Rau (SPD) bei der Eröffnung der Envitec-Fachmesse in Düsseldorf überein. Sie gilt mit 609 Ausstellern, davon ein Fünftel aus dem Ausland, als weltgrößte Umweltschutzmesse.

Der Bundesinnenminister, mit seiner zunächst überzogen dirigistisch konzipierten und nun erst in der Parlamentsberatung entschärften 4. Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz (er erwähnte sie in seiner Düsseldorfer Rede mit keinem Wort) noch auf Konfrontationskurs zur Marktwirtschaft, nutzte den Messeauftakt für ein klares Bekenntnis zu vorrangig marktwirtschaftlichen Lösungen auch beim Umweltschutz.

Das Leistungsvermögen der Marktwirtschaft, betonte Zimmermann, sei auch für den Umweltschutz unbestreitbar. Mit „konsequenter marktwirtschaftlicher Umweltpolitik" habe die Bundesregierung da bereits einen regelrechten Investitionsboom ausgelöst. So habe es seit Regierungsübernahme 1982 bis 1984 bereits mehr sonderabschreibungsfähige Umweltinvestitionen in der Wirtschaft gegeben als in den sieben vorangegangenen Geltungsjahren dieser Sonderabschreibung.

Nach einer vom Innenministerium in Auftrag gegebenen (Schätz-) Untersuchung des Statistischen Bundesamtes produzierten die deutschen Unternehmen bereits 1983 mit 190 000 Arbeitnehmern Umweltschutzgüter für circa 21,5 Milliarden DM. „Begünstigt durch die vorrangige Nachfrage nach individuellen Spezialanlagen können sich hier vor allem die Stärken innovativer anpassungsfähiger mittelständischer Unternehmer voll entfalten."

Zusätzlich Positives erwartet der Minister da aus den aktuellen umweltpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung. Nach ersten groben Schätzungen seien allein aus der *Novelle der TA Luft, der Großfeuerungsanlagen-Verordnung* und der Einführung schadstoffarmer Autos rund 50 Milliarden DM Umweltschutzinvestitionen zu erwarten.

Zur Novelle der *TA Luft* hob Zimmermann besonders die „marktwirtschaftliche Kompensationslösung" hervor. An die Kosten des Umweltschutzes erinnerte der Ministerpräsident des hier zumal bei Kohlekraftwerken besonders geplagten Landes Nordrhein-Westfalen wenigstens im allgemeinen. Der Zukunftsmarkt Umweltschutz, der den einen Arbeit und Gewinn bringe, lasse auf andere eine Kostenlawine zukommen. Mit einem „festen ordnungspolitischen Rahmen" müsse der Staat hier Wettbewerbsverzerrungen verhindern.

Einig mit Zimmermann war sich Rau auch darin, daß der Schlüssel für eine dauerhafte Lösung der Umweltprobleme in der forcierten Entwicklung von „sauberen" Technologien liegt. Mehr als flankierende Hilfe (Sonderabschreibungen und Sonderkredite), betonte Zimmermann, könne und dürfe der Staat da jedoch nicht leisten. „Es geht darum, umweltfreundliche Marktentwicklungen flexibel zu stärken und nicht Investitionen staatlich zu lenken. Technischer Fortschritt kann nicht befohlen werden."

Eine eindringliche Mahnung, das „vielfach weitgehend emotionalisierte" Thema Umweltschutz wieder auf nüchterne Ratio und sachliche Informationen zurückzuführen, erhob Envitec-Präsident Otmar Stollbrink zum Messeauftakt. „Nullemission ist technisch möglich, ist aber letztlich weder bezahlbar noch zur Sicherung unserer Lebensqualität notwendig. Wir müssen unseren Kindern keine sterile Umwelt hinterlassen, sondern eine intakte Natur." Als internationale Aufgabe ersten Ranges sieht er die weitere Erforschung der dazu notwendigen Grenzwerte unterschiedlicher Schadstoffemissionen. Die seien heute noch nicht eindeutig bekannt. Aus dieser Unkenntnis ergäben sich Überreaktionen und Fehlverhalten auf vielen Gebieten des Umweltschutzes.

BUNDESPOST

Sparkassen- und Bankservice werden kundenfreundlicher

ARNULF GOSCH, Bonn

Die Deutsche Bundespost wird ihr Leistungsangebot den veränderten Kundenwünschen und den weiterentwickelten Sparformen der Geldinstitute anpassen und auch die Beförderung von Postwurfsendungen und Massendrucksachen kundenfreundlicher gestalten. Das sehen die Neufassung der Postsparkassenordnung und die Änderung der Postordnung vor, denen der Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost gestern zugestimmt hat. So werden die den Kunden schon in Betriebsversuchen angebotenen Sparformen „Sparen mit wachsendem Zins" und „Ratensparen mit Prämie" in die neue Postsparkassenordnung aufgenommen, die bereits am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten soll. Bei der Anlage „Sparen mit wachsendem Zins" werden die Vorteile des längerfristigen Sparens – höhere Zinsen – mit den Vorteilen des Sparens mit gesetzlicher Kündigungsfrist – schnellere Verfügbarkeit – kombiniert.

Beim „Ratensparen mit Prämie" zahlt der Sparer künftig sechs Jahre lang monatlich gleichbleibende Raten ein. Nach Ablauf des siebten Jahres kann er über die angesparten Beträge, die gesetzlichen Zinsen und die Prämie in Höhe von 14 Prozent verfügen.

Nach der geänderten Postordnung wird das Höchstgewicht der Wurfsendungen von 50 auf 100 Gramm angehoben. Sendungen an Abholer von Briefsendungen – in bestimmten Fällen auch sonstige Wurfsendungen – dürfen sogar bis 500 Gramm wiegen. Außerdem werden die Höchstmaße für diese Sendungsart erhöht, weil in wachsendem Umfang normgerechte Hausbriefkästen Verwendung finden, in die Sendungen mit den neuen Abmessungen leichter eingelegt werden können.

Bei der für Großkunden interessanten Form des Versandes von feinverteilten Massendrucksachen über 500 Gramm mit „Anschriftenträgern" werden diese und die dazugehörenden Sendungen getrennt eingeliefert und befördert. Erst der Zusteller vereinigt Anschrift und Sendung und stellt sie zusammen dem Empfänger zu. Als weitere kundenfreundliche Neuregelung gilt die generelle Zulassung von Unterschriften bei Drucksachen.

Der Postverwaltungsrat ist dann darüber informiert worden, daß voraussichtlich noch in diesem Monat der Verbund der Videotext-Systeme der Bundesrepublik und Frankreichs im Rahmen eines technischen Probebetriebes eingeführt wird. Dieser Probebetrieb dient der Vorbereitung eines Dienstleistungsangebotes der Bundespost, den Btx-Teilnehmern länderübergreifende Videotext-Verbindungen zur Verfügung zu stellen. Für die Nutzung der technischen Einrichtungen wird zunächst eine Gebühr von einer Mark für eine Verbindungsdauer von maximal zehn Minuten erhoben.

Vertrauen in die Wahlen

Von JOACHIM SCHAUFUß, Paris

In internationalen Wirtschaftskreisen sieht man den französischen Parlamentswahlen vom 16. März zuversichtlich entgegen. Als Indiz dafür kann die anhaltend starke Auslandsnachfrage an der Pariser Börse angesehen werden, die wesentlich zu ihrer überdurchschnittlichen Haüsse während der letzten sechs Monate beigetragen hat. Das mag sich aus der Erwartung eines Wahlsiegs der bürgerlichen Oppositionsparteien erklären, die eine Liberalisierung der Wirtschaft auf breiter Front versprechen.

Im sozialen Bereich gehen sie besonders weit. Hier sollen die von den Sozialisten verstärkten gewerkschaftlichen Rechte in den Unternehmen gemildert, der gesetzlich garantierte Mindestlohn flexibler gestaltet und nicht zuletzt der behördliche Genehmigungszwang für Entlassungen beseitigt werden, was nach Angaben der Regierung mindestens 200 000 Arbeitslose mehr bedeuten würde. Obwohl diese Ziffer zu hoch gegriffen erscheint, da die Unternehmen gleichzeitig durch die Verminderung der Sozialabgaben zu Neueinstellungen veranlaßt werden sollen, fragt es sich sehr, ob die Entlassungsfreiheit durchgesetzt werden kann.

Demgegenüber treten die Sozialisten als Verteidiger aller wohlerworbenen sozialen Rechte auf, obwohl sie von ihrer ursprünglichen, bis zur 35-Stunden-Woche gegangenen Versprechen erhebliche Abstriche gemacht hatten. Dagegen schwenken sie inzwischen in ihrer Preispolitik auf die Liberalisierungslinie der Rechten ein, ohne sich allerdings auf einen genauen Termin für die volle Wiederherstellung von Preisfreiheit festzulegen, während sie die bürgerlichen Parteien sofort nach den Wahlen herbeiführen will, was allerdings den Lebenshaltungskostenindex um ein bis zwei Punkte belasten könnte.

Verbale Übereinstimmung zwischen den Sozialisten und den bürgerlichen Parteien besteht aber hinsichtlich der Aufhebung der jedenfalls für den Unternehmensbereich immer noch sehr strikten Devisenkontrolle bis spätestens Ende dieses Jahres. Dies wäre außenwirtschaftlich höchst bedeutsam. Wie weit das Liberalisierungsvorhaben verwirklicht werden kann, bleibt allerdings erst noch abzuwarten. Das hängt vom Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung ab.

Die Rechte scheint dabei besser placiert zu sein, vor allem wenn sie, wie man an der Börse erwartet, gleich nach den Wahlen eine Generalamnestie für alle im Ausland illegal unterhaltenen französischen Vermögen – sie werden auf mehr als 100 Milliarden Franc geschätzt, erläßt. Allerdings hat auch die Linke durch die faktische Aufhebung der Devisenkontingente für Auslandsreisen bei den Franzosen und durch die Liberalisierung des Pariser Finanzplatzes im Ausland viel Vertrauen gewonnen.

Andererseits sind die wirtschaftspolitischen Ambitionen der Rechten mit ihren bedeutenden Steuersenkungsplänen vielleicht etwas expansionistisch, während sich die Sozialisten nach wie vor auf ihre vor drei Jahren eingeleitete Stabilisierungspolitik eingeschworen zeigen. Immerhin steckt der französische Außenhandel noch in den roten Zahlen, weil zu viel importiert und zu wenig exportiert wird.

Aber es wäre nicht das erste Mal, daß die Sozialisten eine wirtschaftspolitische Kehrtwendung vollziehen. Nachdem ihre ursprüngliche Volksbeglückungspolitik gescheitert war, hatten sie das Steuer radikal auf Austerity herumgeworfen. Wenn sie künftig etwas mehr Luft an der Außenwirtschaftsfront bekämen, könnten sie sich durchaus wieder auf ihre Ideologien besinnen und darüber die Inflationsbekämpfung vernachlässigen. Allerdings bleibt festzustellen, daß sie dank ihrer mutigen Desindexierung der Löhne von den Preisen die Inflation auf ein unerwartet niedriges Niveau gedrückt haben.

Weniger geläutert erscheinen die Sozialisten bei den Verstaatlichungen. Hier wollen sie sich mit der „Durchlüftung des öffentlichen Sektors" begnügen, was bisher aber noch nicht näher definiert worden ist, während die Rechte eine Reprivatisierung auf breiter Front verspricht – allerdings mit einer starken Begrenzung der Auslandsbeteiligungen. So liberal wie sie scheint ist in Frankreich die Rechte nicht. Dafür hat sie eine zu lange dirigistische Tradition hinter sich.

AUF EIN WORT

» Wer Schwarzarbeit in Auftrag gibt oder selbst durchführt, trägt zur Vernichtung eines Arbeitsplatzes bei. Wenn es gelingt, dies stärker ins Bewußtsein zu rükken, ist ein bedeutsamer Schritt zu mehr Arbeitsplätzen getan. «

Dr. Klaus-Jürgen Lehwald, Vizepräsident der Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM), Bonn.
FOTO: DIE WELT

Handel: Btx ist unattraktiv

dpa/VWD, Köln

Die Einführung des Bildschirmtextes hat den Versandhandel kaum belebt. Die Umsätze, die Warenhäuser und Versandhandel in der Bundesrepublik per Bildschirmtext (Btx) erzielt haben, sind „verschwindend niedrig". Dies berichtete die Bundesabeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG) in Köln unter Hinweis auf eine Ende 1985 vorgenommene Umfrage der Rationalisierungs-Gemeinschaft des Handels. Bisher könne kaum die Rede davon sein, daß Btx für den Verbraucher die Attraktivität des Versandhandels im Vergleich zu anderen Betriebsformen erhöhe.

DEUTSCHE LEASING AG

WestLB dementiert Gerüchte über DAL als Spekulation

cd. Frankfurt

Die DL Deutsche Leasing AG, Frankfurt, der Branchenführer im mobilen Leasing, wird am 1. April das Neugeschäft der FL Finanz-Leasing GmbH, Wiesbaden, übernehmen, die ebenfalls im Mobilien-Leasing tätig ist. Der derzeitige Vertragsbestand wird weiterhin von der FL verwaltet. Gleichzeitig wird die NordLB, maßgeblicher Gesellschafter der FL, dem Gesellschafterkreis der Deutschen Leasing beitreten.

Ins Reich der Spekulation wurden dagegen vom Sprecher der WestLB Branchenberichte verwiesen, wonach die DL auch die ins Schleudern geratene DAL Deutsche Anlagen-Leasing übernehmen wolle, die das Immobilien-Leasing betreibt. Das schließt aber nicht aus, daß die Deutsche Leasing AG eines Tages das gesunde Neugeschäft der DAL übernimmt, während der Altbestand mit seinen Risiken in Abwicklungsgesellschaften verbleibt.

Mit dem Übergang des Neugeschäfts der FL auf die DL verbindet sich nach einer Erklärung der beiden Gesellschaften die Absicht, die Leasing-Aktivitäten der Sparkassenorganisation verstärkt bei der Deutschen Leasing AG auf die Markterfordernisse auszurichten. Hinter beiden Leasinggesellschaften stehen mehrheitlich Landesbanken.

Von der Deutschen Leasing wird zwar betont, daß die Abtrennung des Vertragsbestandes der FL in Wiesbaden vorwiegend organisatorische Gründe habe. In Branchenkreisen ist es aber kein Geheimnis, das auf diese Weise mögliche Risiken aus dem Altbestand ausgegliedert werden sollen, von denen in Branchenkreisen schon öfter die Rede war.

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Handel kehrt zurück auf die Sonnenseite der Konjunktur

Mk. Bonn

Den Einzelhandel sieht das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) wieder auf der Sonnenseite der Konjunktur. Die langjährige Flaute sei überwunden, heißt es in einer jetzt vorgelegten Untersuchung. Darin rechnet das Institut für 1986 mit einem preisbereinigten Anstieg des Umsatzes um 3,5 Prozent.

Eine wichtige Rolle spiele dabei die erste Stufe der Steuerreform, die *diesmal im Gegensatz zu 1975* und 1981 auf ein freundliches Konsumklima trifft. Denn eine Reihe von verbrauchshemmenden Einflüssen, wie die Katalysator-Diskussion oder die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, verlieren nach Ansicht des Instituts an Bedeutung. Überdies bestehe in einigen konjunktursensiblen Sparten bei den Verbrauchern ein gewisser Nachholbedarf. Dies gelte für Autos, Bekleidung und Freizeitartikel. Begünstigt werde der Einzelhandel aber durch die sinkenden Energiepreise, wodurch die privaten Haushalte merklich entlastet würden.

Im langfristigen Vergleich zeigt sich nach der Analyse des Instituts eine recht enge Verknüpfung zwischen der Konjunktur im Einzelhandel und der in der Gesamtwirtschaft. Dabei seien die Ausschläge beim Einzelhandelsumsatz heftiger ausgefallen als beim privaten Verbrauch und *beim* Sozialprodukt. Bis Mitte der 70er Jahre seien vom Einzelhandel spürbare Wachstumsimpulse ausgegangen. Er geriet in der Folgezeit jedoch immer mehr auf die Schattenseite der Konjunktur. Dies habe daran gelegen, daß die Ersparnis immer mehr zu einem eigenständigen Aggregat der Einkommensverwendung wurde. Überdies sei der Anteil der Mieten, Dienstleistungen und Energieaufwendungen gestiegen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Investitionen werden langsamer steigen

Brüssel (dpa/VWD) – Der Anstieg der Industrieinvestitionen in der Europäischen Gemeinschaft wird sich 1986 auf zehn Prozent (real sieben) abschwächen. Das geht aus dem von der EG-Kommission vorgelegten vierteljährlichen Wirtschaftsbericht hervor. Dabei erreicht die Bundesrepublik etwas den Mittelwert von real sieben Prozent. 1985 betrug die Wachstumsrate in der EG noch 15 Prozent. Im Vergleich zum konjunkturellen Tief von 1983 würden die Investitionen in diesem Jahr um 43 Prozent höher liegen.

Preise stabil

Bonn (dpa/VWD) – Beim Preisanstieg sei bereits im Februar oder März „eine Null vor dem Komma" möglich, heißt es im jüngsten Konjunkturbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Der Rückgang des Preisanstiegs auf zuletzt 1,3 Prozent habe zusätzlich günstige Perspektiven für die weitere Konjunkturentwicklung eröffnet, schreibt der Verband weiter. Obwohl Auftragseingänge und Produktion beim verarbeitenden Gewerbe im Dezember leicht zurückgegangen sind, rechnet der Sparkassenverband mit einer Fortsetzung des Aufschwungs.

Gewinnanstieg gebremst

Frankfurt (VWD) – Langsamer als in den Vorjahren werden die Gewinne Deutscher Aktiengesellschaften nach Erwartungen der BHF-Bank, Frankfurt, 1986 wachsen. Es wird ein Anstieg von 14,1 Prozent genannt. In den beiden Vorjahren waren die nach der Börsenkapitalisierung gewichteten durchschnittlichen Gewinne um 18,9 beziehungsweise 20,4 Prozent gestiegen.

BGH-Urteil zu Darlehen

Karlsruhe (rtr) – Banken dürfen auch nach dem geänderten Gesetz über allgemeine Geschäftsbedingungen Bereitstellungszinsen und eine pauschale Entschädigung verlangen, wenn ein zugesagtes Darlehen nicht in Anspruch genommen wird. Mit dieser am Montag veröffentlichten Entscheidung verpflichtete der Bundesgerichtshof ein Ehepaar zur Zahlung von knapp 40 000 DM. (AZ: III ZR 184/84)

Weniger Rohöl eingeführt

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die deutsche Mineralöleinfuhr hat sich 1985 deutlich vom Rohöl zu den Mineralölprodukten verlagert, berichtete das Statistische Bundesamt. Die Rohöleinfuhr blieb mit 64,2 Mill. Tonnen im Wert von 39,9 Mrd. DM 1985 der Menge nach um 4,1 und dem Wert nach um 4,2 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Die Einfuhr von Mineralölerzeugnissen lag mit 44,5 Mill. Tonnen im Wert von 30,2 Mrd. DM um elf beziehungsweise zwölf Prozent über dem Stand von 1984.

Herrenmode im Aufwind

Köln (Py.) – Mit guten bis sehr guten Ergebnissen ist die Internationale Herren-Mode-Woche sowie die parallel veranstaltete Jeans-Messe in Köln zu Ende gegangen. Der Messeleitung zufolge ist die Ordertätigkeit von der Mehrzahl der Aussteller sehr positiv beurteilt worden. Das Preisgefüge bleibt stabil. Es informierten sich 32 000 Fachbesucher aus 64 Staaten, sechs Prozent mehr als im Vorjahr. Mit 8700 stieg die Zahl ausländischer Einkäufern um elf Prozent.

China: Kernenergiemesse

Peking (dpa/VWD) – An der ersten Kerntechnologiemesse Chinas, der „nuclear and power china '86", werden rund 150 Firmen aus elf Ländern, darunter 30 Unternehmen aus der Bundesrepublik teilnehmen. Die Deutsche Kerntechnische Gesellschaft werde während der Messe eine *Rahmenvereinabarung* über Informations- und Expertenaustausch mit China unterzeichnen.

T+B-Aktien jetzt variabel

Düsseldorf (Py.) – Die Aktien des Bankhauses Trinkhaus & Burkhardt, die im Oktober letzten Jahres in den amtlichen Kassamarkt einführt worden waren, sind aufgrund der regen Umsatztätigkeit der letzten Monate in den variablen Verkehr in Düsseldorf und Frankfurt einbezogen worden.

BERLIN

Senat will Subventionen jetzt konsequent abbauen

ews. Berlin

Für eine konsequente Begradigung des progressiven Steuertarifs sprach sich der Berliner Finanzsenator Günter Rexrodt vor Vertretern der Berliner Wirtschaft aus. Schon im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik müsse der Spitzensteuersatz auf unter 50 Prozent gesenkt werden. Mit Subventionskürzungen solle die angekündigte Steuerreform finanziert werden, empfahl Rexrodt. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit könne die Lösung nur Beschäftigungsförderung und Stabilitätspolitik lauten, denn es habe sich als richtig erwiesen, daß die Bonner Koalition seit 1982 auf bloße Ankurbelungsprogramme verzichtet habe.

Zur Disziplin in der Finanzpolitik gebe es noch keine Alternative, betonte der Senator weiter. Das gelte auch für Berlin. Zwar betrage bis 1989 die Zuwachsrate der Haushaltseinnahmen 3,1 Prozent, aber mittelfristig werde eine Einnahmelücke von knapp einer halben Milliarde DM klaffen. Durch die Steuerreform werde der Berliner Haushalt bis 1989 Steuerausfälle von 1,3 Milliarden DM zu verkraften haben.

Deshalb lege Berlins Finanzpolitik das Schwergewicht auf die „systematische Umschichtung von Ausgaben zugunsten wachstumsfördernder, innovationsanregender, beschäftigungswirksamer Verwendung". Bei der Beschränkung der Ausgaben will Rexrodt bei den Subventionen ansetzen, erwartet aber dabei keine kurzfristigen Erfolge. Im Fadenkreuz der Kritik stünden Wirtschaftsförderung, Forschungsförderung, der Kulturbereich, aber auch Leistungen in der Jugend- und Familienpolitik.

VERMÖGENSBILDUNG / Positives Echo auf den Beschluß der Regierungskoalition

Investive Lohnpolitik wird möglich

HEINZ STÜWE, Bonn

„Bereits in der Tarifrunde 1987 kann eine neue Ära der investiven Lohnpolitik beginnen." Derart überschwenglich kommentierte Michael Lezius, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP), den Beschluß der Regierungskoalition, zu Beginn nächsten Jahres die zweite Stufe des Vermögensbeteiligungsgesetzes in Kraft treten zu lassen. „Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben jetzt die Chance, in Tarifverträgen betriebliche und außerbetriebliche Kapitalbeteiligungsmodelle zu vereinbaren," betonte Lezius in Bonn.

In der Beibehaltung der Einkommensgrenzen für den Anspruch auf Arbeitnehmer-Sparzulage sieht er zwar einen Schönheitsfehler, besonders erfreulich dagegen sei die Erhöhung des Steuerfreibetrages des Paragraphen 19a Einkommensteuergesetz von 300 auf 500 DM. In den vorgesehenen neuen außerbetrieblichen Anlageformen – den Unternehmensbeteiligungsgesellschaften sowie den Beteiligungssondervermögen, einer besondere Form von Investmentfonds – sieht Lezius „den eigentlichen Durchbruch". Sie böten ordnungspolitisch einwandfreie Lösungen. Die Beteiligungssondervermögen dürfen bis zu 30 Prozent ihres Vermögens in stillen Beteiligungen an mittelständischen Unternehmen anlegen können, der Rest soll in börsennotierte Werte investiert werden.

Die Unternehmensbeteiligungsgesellschaften in der Rechtsform der AG sollen nur nichtbörsennotierte Beteiligungen übernehmen. Eine Vorreiter-Rolle bei der Gründung solcher Gesellschaften verspricht sich Lezius keineswegs nur von Banken und Versicherungen, sondern auch von Handwerkskammern. Lezius räumt offen ein, daß das Echo auf die Pläne der Regierung auf Gewerkschaftsseite, aber auch bei den Arbeitgebern nicht seinen Vorstellungen entspricht. Zumindest bei den Arbeitgebern erhofft er sich duch personellen Wechsel auch einen Einstellungswandel. Schließlich gehöre die tarifvertragliche Mitarbeiterbeteiligung zum Programm des designierten Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Klaus Murmann.

Für die zwei Jahre alte erste Stufe des Vermögensbildungsgesetzes zieht Lezius eine positive Bilanz. Insgesamt seien 17 Tarifverträge (zum Beispiel Banken und Energiewirtschaft) für 400 000 Arbeitnehmer geschlossen worden. 170 Unternehmen hätten eine betriebliche Mitarbeiterbeteiligung neu eingeführt. Insgesamt gibt es rund 1200 Unternehmen, die solche Modelle praktizieren; 450 von ihnen gehören der AGP an.

URTEILE

Kündigungsschutz

Das Kündigungs- und das Kündigungsschutzrecht darf durch eine einzelvertragliche Vereinbarung zwischen Unternehmer und Beschäftigten nicht umgangen werden. Nach Ansicht des Bundesarbeitsgerichts (2 AZR 294/83 vom 13. 12. 1984) liegt eine Umgehung dieser die Arbeitnehmer schützenden Betimmungen vor, wenn sich ein Arbeitnehmer mit seinem Chef darauf einigt, daß das Arbeitsverhältnis zum Urlaubsende aufgelöst wird und der Arbeitnehmer nur dann einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung zu den bisherigen Arbeitsbedingungen hat, wenn er die Wiedereinstellung bis zu einem genau bestimmten Termin nach Urlaubsende beantragt. Im konkreten Fall entschied das Bundesarbeitsgericht, daß ein türkischer Gastarbeiter, der erst nach dem Stichtag aus dem Urlaub zurückkam, Anspruch auf Weiterbeschäftigung hatte.

Nachgeholte Arbeit

Eine Regelung, nach der die an Wochenfeiertagen ausgefallene Arbeit am nächstfolgenden arbeitsfreien Werktag nachgeholt werden muß, ist zulässig. Nach der Entscheidung 3 AZR 347/83 vom 25. 6. 1985 des Bundesarbeitsgerichts darf jedoch ein Unternehmer von einem Arbeitnehmer nicht verlangen, daß er diese Nacharbeit unentgeltlich leistet.

Rentenanspruch

Bei Ehescheidungen werden Rentenanwartschaften des Ehemannes auf die Ehefrau übertragen. Stirbt die geschiedene Ehefrau, kann der frühere Ehemann beim zuständigen Versicherungsträger beantragen, daß diese Anwartschaften auf ihn zurückübertragen werden, er somit Altersruhegeld in der vollen Höhe erhält. Nach der Entscheidung 1 RA 1/85 vom 13. 11. 1985 des Bundessozialgerichts geht diese Rechnung aber nicht ganz auf: Die Zuschüsse zur Krankenversicherung der Rentner sind wertmindernd zu berücksichtigen.

GEHÄLTER / Kienbaum-Experte Heinz Evers sieht die erfolgsabhängige Manager-Vergütung auf dem Vormarsch

Bei der Festlegung der Tantieme setzen viele Firmen immer noch auf antiquierte Methoden

HEINZ STÜWE, **Gummersbach**

Bei der Vergütung von Managern deutet sich in der deutschen Wirtschaft eine Trendwende an: Nachdem die variablen, erfolgsabhängigen Gehaltsbestandteile über lange Zeit vernachlässigt worden sind, ist nun eine Rückbesinnung festzustellen. In zahlreichen Unternehmen gibt es Arbeitsgruppen, die die Möglichkeiten einer stärker erfolgsorientierten Bezahlung von Führungskräften ausloten sollen. „Allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, daß leitende Angestellte nicht nur Kosten verursachen, sondern vor allem Gewinnproduzenten sind", hat Heinz Evers, Geschäftsführer der Kienbaum Personalberatung in Gummersbach, beobachtet.

In vielen Firmen geht es dabei nicht um die Frage, ob überhaupt Tantiemen gezahlt werden, die auf Geschäftsführerebene ohnehin gang und gäbe sind, sondern um das „Wie". Hier liegt nach Ansicht des Personalfachmanns Evers einiges im argen. Die klassische Tantieme existiert in zwei Formen: Bei der einen liegt ihre Höhe ganz im Ermessen der Aufsichtsorgane. „Der Aufsichtsrat legt sie im November für das laufende Jahr fest, um im April dann festzustellen, daß das Ergebnis ganz anders ausgefallen ist als gedacht", spottet Evers, der einer solchen Tantieme jegliche Anreizwirkung abspricht.

An den Gewinn gekoppelt

Bei der häufiger praktizierten Form der variablen Vergütung wird die Prämie vorher in Prozent des Gewinns vor Steuern festgesetzt. Auch da setzt Evers einige Fragezeichen: Was ist mit Unternehmen, für die in einem bestimmten Zeitraum eine andere Größe – etwa der Marktanteil – wichtiger ist als der Ertrag? Und der Haupteinwand: Die Kopplung an den Gewinn bietet solchen Führungskräften keinen Anreiz, die auf die Erträge nur einen geringen Einfluß haben, zum Beispiel dem Personalleiter.

Dieses Dilemma läßt sich nach Evers' Ansicht vermeiden, wenn die variablen Gehaltskomponenten an strategische Ziele oder Zielbündel geknüpft werden, beispielsweise „den Export verstärken" oder „in Japan Fuß fassen". Dabei sollten einzelne Projekte oder Teilprojekte als Zwischenziele festgelegt werden. Auch für das Beispiel des Personalleiters schlägt Evers Projekte vor, die für eine erfolgsorientierte Vergütung herangezogen werden können: etwa den Aufbau eines betrieblichen Vorschlagwesens, das Konzept für eine Personalentwicklung, das Ziel, den Krankenstand und/oder die Fluktuation im Betrieb zu senken.

Jahreseinkommen der Führungskräfte
Durchschnitt in 1000 DM

	Grundgehalt	+	Tantiemen
Unternehmensleiter	175	+	60
Hauptabteilungsleiter	105	+	20
Abteilungsleiter	90	+	10

Quelle: HB, Kienbaum

QUELLE: IMU

Entsprechende Ziele sollten auch für die nachgeordneten Führungsebenen vereinbart werden. Vorausgehen sollte in jedem Fall, was nach Evers' Meinung für alle Vorgesetzten eigentlich selbstverständlich sein müßte: intensive Gespräche am Jahresanfang mit dem einzelnen Mitarbeiter, wobei dieser selbst Vorschläge für Ziele unterbreiten kann. Das Ergebnis sollte ein Maßnahmen- und Zeitplan sein. „Es muß genau festgelegt werden, wofür es Geld gibt. Der Vorgesetzte muß sagen, bei welchem Ergebnis er mit dem Mitarbeiter zufrieden ist." Das erleichtere die Beurteilung am Jahresende. „Dabei sollte der Mitarbeiter zunächst die Möglichkeit haben, sich selbst einzustufen und sich selbst Noten zu geben."

Daß so nur ein Teil der Arbeit der Führungskraft abgedeckt wird, läßt Evers als Einwand nicht gelten: „Eine ganzheitliche Prüfung ist nicht das Ziel. Aber für das Unternehmen kann es sehr wichtig sein, wenn etwa der Leiter der Rechtsabteilung verspricht, ein lange aufgeschobenes Vorhaben in Angriff zu nehmen, einen Nachwuchsmann aufzubauen. Nicht immer läßt sich zudem die Hauptaufgabe so leicht quantifizieren wie bei einem Vertriebsmitarbeiter", betont der Kienbaum-Experte.

In der Bundesrepublik gibt es nach Angaben von Evers im Gegensatz zu den USA erst zwei oder drei Firmen, die Tantiemen in dieser Weise mit strategischen Zielen verknüpfen. Das Umdenken erfordere Zeit. „Noch immer werden Vergütungsfragen in Deutschland tabuisiert, noch immer wird die Entlohnung vornehmlich unter den Aspekten der Lohn- und Gehaltsbuchhaltung gesehen", bemängelt er.

Unter den Firmen, die eine erfolgsabhängige Vergütung neu einführen, kennt er sowohl solche, „die dringend einen Motivationsschub brauchen" als auch solche, „denen es gut geht". In jedem Fall empfiehlt Evers, ein variables Vergütungssystem nur allmählich aufzubauen. Der erfolgsabhängige Teil sollte zunächst nicht über 15 bis 20 Prozent des Einkommens hinausgehen. „Er muß aber fühlbar sein." Die eleganteste Möglichkeit ist, die Grundgehälter eine Zeit lang kaum zu erhöhen und die Einkommenserhöhung in den variablen Teil zu stecken.

Die Kienbaum-Gehaltsstudien haben ergeben, daß bei Geschäftsführern derzeit die Tantiemen rund 25 Prozent des Einkommens ausmachen. Geschäftsführende Gesellschafter liegen mit 35 Prozent deutlich höher als ihre angestellten Kollegen. Bei leitenden Angestellten in der zweiten und dritten Führungsebene macht der erfolgsabhängige Teil ihres Gehalts zwischen zehn und 20 Prozent aus. Tendenziell, da ist sich Evers sicher, werde der variable Teil in den nächsten Jahren ansteigen.

Keine echte Alternative

Die Beteiligung der Mitarbeiter am Gewinn stellt für Evers keine wirkliche Alternative zur erfolgsorientierten Vergütung dar; nicht nur, weil sie ein Kapitalrisiko mit sich bringt, sondern vor allem weil die steuerlichen Möglichkeiten im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten sehr beschränkt sind. Evers räumt zwar ein, daß es „fünf oder sechs Varianten gibt, die praktikabel sind", insgesamt aber stagniere die Mitarbeiterbeteiligung.

Bei Unternehmen, die solche Modelle praktizierten, schwanke das Stimmungsbarometer zwischen „ganz toll" und „das bringt uns nur Ärger". Allzu hohen Erwartungen folge oft die Ernüchterung. Bei langjährigen Mitarbeitern hält Evers zusätzliche Motivation durch die Aussicht auf Beteiligungsrechte für eher unwahrscheinlich. Daß es auf diesem Weg gelingen könne, gute Leute auf Dauer an das Unternehmen zu binden, ist nach Auffassung des Personalberaters eine Illusion. „Allenfalls läßt sich vielleicht die Fluktuation etwas senken."

KRANKENGYMNASTEN-AUSBILDUNG

Bonner Neuregelungspläne gefährden private Träger

Von WERNER LACHMANN

In Kürze will das Bundeskabinett die Neufassung des Masseur- und Krankengymnastengesetzes verabschieden. Ziel des Gesetzentwurfs ist eine Verbesserung der Ausbildung. Diese soll dadurch erreicht werden, daß das bisher einjährige Praktikum (nach zweijähriger Schulausbildung) abgeschafft und statt dessen eine dreijährige Schulausbildung vorgeschrieben werden soll. Das federführende Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit steht unter Zeitdruck, da das Parlament für die Neufassung eine Frist bis zum 31. 12. 1986 gesetzt hat.

Wie ist diese sogenannte Qualitätsverbesserung der Ausbildung ordnungspolitisch zu bewerten? Zwei Drittel der bestehenden Ausbildungsplätze werden zur Zeit von privaten Krankengymnastikschulen zur Verfügung gestellt. Diese sind durch die Pläne in ihrer Existenz bedroht, weil die sogenannte integrierte Ausbildung nur noch an großen Krankenhäusern möglich ist. Art. 7 Abs. 4 des Grundgesetzes gewährleistet aber den Betrieb von Privatschulen als Ersatzschulen. Die Integration des Praktikums (bei Wegfall der Praktikantenvergütung) unter schulischer Leitung löst aber nicht nur verfassungsrechtliche Bedenken aus, sondern widerspricht auch den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.

Neuer Kostenschub

Private Ausbildungsträger waren bisher im großen und ganzen in der Lage, die Ausbildung kostendeckend zu finanzieren. Ziel der Verfechter der integrierten Ausbildung ist die Abwälzung der Ausbildungskosten auf die Krankenkassen. Warum soll aber die Versichertengemeinschaft Ausbildungskosten übernehmen? Statt das Ziel der Kostendämpfung anzusteuern, bringt die Neufassung des Gesetzes die Kostenlawine im Gesundheitsbereich erneut ins Rollen.

Auch die Unterstellung, daß die Qualifikation der Ausbildung an privaten Schulen schlechter sei als an staatlich subventionierten Anstalten, ist nicht stichhaltig. Die freien Träger stehen in einer Konkurrenzsituation. Wegen des starken Wettbewerbs müssen sie sich ständig an neue Entwicklungen anpassen und spielen daher in der Curricula-Gestaltung und bei neuen Methoden oft eine führende Rolle. Auch die zahlenden Schüler als Nachfrager stellen den privaten Anbieter unter Leistungszwang. Für ihr gutes Geld erwarten sie eine hohe Qualität der Ausbildung. Bei den öffentlichen und subventionierten Anbietern dagegen besteht kein Zwang zur Wirtschaftlichkeit und zu Innovationen.

Überprüfung erforderlich

Nicht zuletzt lassen sich auch aus beschäftigungspolitischen Gründen Zweifel am Sinn der Gesetzesnovelle anmelden. Da zwei Drittel der Ausbildungsplätze von privaten Trägern zur Verfügung gestellt werden und die öffentlichen aus Kostengründen ihre Kapazitäten nicht erheblich ausweiten können, wird das Angebot an Ausbildungsplätzen wesentlich eingeschränkt.

Aus den genannten Gründen wäre dem Gesetzgeber dringend zu raten, das auf den 31. 12. 1986 terminierte Übergangsgesetz zu verlängern und eine ordnungspolitische Analyse der geplanten Änderung vorzunehmen, in der auch die Verfassungskonformität zu überprüfen wäre. Denn auch im Gesundheitswesen sollte die Regierung eine Politik betreiben, die den Gesetzmäßigkeiten der sozialen Marktwirtschaft Rechnung trägt.

Professor Werner Lachmann lehrt Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz.

Ein Freizeitkonto für mehr Urlaub

Stü. **Bonn**

Eine positive Bilanz für die Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche zieht die Hewlett-Packard GmbH, Böblingen. Bei der deutschen Tochter des US-Elektronik-Konzerns, die mit 4500 Mitarbeitern 1985 einen Umsatz von 2,6 Mrd. DM erzielte, wurde nach Inkrafttreten des Tarifabschlusses in der Metallindustrie am 1. April 1985 zwar die Betriebszeit von 40 Stunden in der Woche beibehalten, gleichzeitig aber für alle Mitarbeiter die 38,5-Stunden-Woche eingeführt.

Dies funktioniert so: Die 1,5 Stunden Mehrarbeit pro Woche werden einem Freizeitkonto gutgeschrieben, das der Mitarbeiter nach Wunsch in Anspruch nehmen kann. Dabei hat der einzelne sehr weitgehende Wahlmöglichkeiten, die Peter Liebhäuser, Personalreferent bei Hewlett-Packard, jetzt in der Zeitschrift „Personalführung" (Heft 2/1986) erläuterte: Auf einem Kurzzeitkonto können bis zu drei Tage angesammelt werden, die dann als freie Stunden oder Tage genommen werden können. Gutgeschrieben werden diesem Konto neben den 1,5 Stunden pro Woche auch Zeit-Boni sowie auf Wunsch Überstunden. Über drei Tage hinausgehende Zeitguthaben fließen auf ein Langzeitkonto. Dieses kann zur Verlängerung des Urlaubs bis hin zu einem gleitenden oder vorgezogenen Ruhestand eingesetzt werden.

Nach Angaben Leithäusers werden die Freizeitguthaben zu zehn Prozent für freie Stunden, zu 60 Prozent für freie Tage und zu 20 Prozent für freie Wochen genutzt. Nur zehn Prozent der Mitarbeiter nahmen ihr Guthaben nicht innerhalb eines Jahres in Anspruch.

HEIMARBEIT / Auch für Hochqualifizierte denkbar

Keine schnelle Renaissance

ANDREAS GERBER, **Bonn**

Die Informations- und Kommunikationstechnik eröffnet neue Möglichkeiten der Heimarbeit. Über Computer, Computer-Terminals oder Teletex-Geräte, die über entsprechende Datenleitungen mit den zentralen Geräten des Arbeitgebers verbunden sind, lassen sich Arbeiten auch von zu Hause erledigen.

Denkbar sind aber auch Nachbarschaftsbüros, in denen gemeinsam in einem Bezirk wohnende Personen für ihre jeweiligen Arbeitgeber tätig sind und so den Weg von und zum Unternehmen sparen, und Satellitenbüros, die eine Firma einrichtet, um Mitarbeitern das Arbeiten in der Nähe ihrer Wohnung zu ermöglichen. Diese Arbeitsformen werden unter dem Begriff Telearbeit zusammengefaßt.

Angebote sind rar

Heute sind derartige Arbeitsangebote von Unternehmen noch sehr rar. Auch eine Umwandlung traditioneller Arbeitsverhältnisse in Telearbeit sei noch kaum erkennbar, heißt es in einer Studie, die in der jüngsten Ausgabe der „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" veröffentlicht ist. Der Autor, Werner Dostal vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, hebt darin hervor, daß in den wenigen bekannten Fällen die Teleheimarbeit vor allem auf den Wunsch von Arbeitnehmern zurückgehe, die aus verschiedenen Gründen ihre Wohnung nur noch schlecht für eine Erwerbstätigkeit verlassen können. Diese Arbeitsform erscheint deshalb vor allem für zwei Personengruppen sinnvoll: für Mütter mit kleinen Kindern, die eine Tätigkeit nur dann übernehmen können, wenn sie für ihre Kinder eine andere Betreuung finden, sowie für Behinderte. Bei der letzten Zählung der Heimarbeiter wurden 1981 nur 140 00 Personen – ein halbes Prozent aller Erwerbstätigen – registriert, von denen über 90 Prozent im verarbeitenden Gewerbe tätig waren.

Die ausschließliche Telearbeit werde auch bis zum Ende des Jahrhunderts sicher eine Ausnahme bleiben, heißt es in der Studie. Denn vor einer breiten Realisierung müßten noch viele Arbeitsbedingungen geklärt werden. „Dagegen werden Mischformen traditioneller Büroarbeit mit zusätzlicher Telearbeit sicher an Bedeutung gewinnen," schreibt Dostal.

Ausgelagert werden könnten vor allem Tätigkeiten, die vollständig an einem Computerterminal geleistet werden, also Schreibarbeiten, Sachbearbeitertätigkeiten und Programmieren, aber auch Teile von Management-Tätigkeiten.

Besseres Image möglich

Die Heimarbeit von Schreibkräften und einfachen Sachbearbeitern werde für die Arbeitgeber nur dann interessant, wenn dadurch Kosten gespart werden könnten. Höherqualifizierte, wie Führungskräfte und Programmierer, seien dagegen bei entsprechendem Fachkräftemangel durchaus in der Lage, attraktive Rahmenbedingungen zu erzwingen. Sollte sich die Telearbeit auf diesem Weg durchsetzen, würde sich ihr Image erheblich verbessern.

HOCHSCHULE FÜR WIRTSCHAFT UND POLITIK / Sozialökonomie als neues Fach

Betriebspraxis ist ein Teil des Studiums

GISELA REINERS, **Hamburg**

Er hatte Buchdrucker gelernt und wurde Bundesbildungsminister: Björn Engholm, Absolvent der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg, der einzigen deutschen Hochschule für Studenten des zweiten Bildungsweges. Der Elektromonteur Heinz Ruhnau ist heute Vorstandsvorsitzender der Deutschen Lufthansa und die gelernte Kaufmannsgehilfin Irmgard Blättel sitzt im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes – auch sie ehemalige HWP-Studentin.

Seit dem Wintersemester hat die HWP nun einen neuen Studiengang anzubieten, der schon im Modellversuch seit 1981 getestet worden war. In neun Semestern kann der Diplom-Sozialökonom gemacht werden, ein Grad, der durch drei weitere Semester im Anschluß an den Diplom-Betriebs- oder -Volkswirt oder auch -Sozialwirt erworben werden kann. In den drei letzten Semestern wird ein Projekt-Studium betrieben, daß den Studenten die Anwendung des Gelernten in praxisbezogener Arbeit in Zusammenarbeit mit Firmen ermöglicht.

Zumeist sind die Themen regional bezogen; sie drehen sich beispielsweise um die Bedeutung von Rohstofflieferungen für einige Wirtschaftszweige im Hamburger Hafen oder die Auswirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die ortsansässige Metallindustrie. Theorie und Praxis werden in den letzten Studiensemestern – die ersten sechs sind vergleichsweise schulmäßig aufgebaut – miteinander verschränkt.

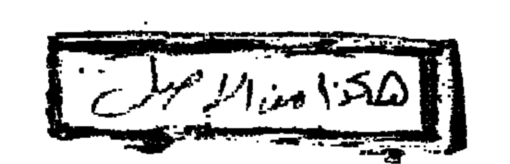
Die Berufschancen der Absolventen werden von HWP-Präsident Norbert Aust als gut bezeichnet. Es sei nicht selten, daß Praktiker wieder in ihre alte Firma zurückkehren. Ein Bankkaufmann ging zum Beispiel wieder zu der Bank, bei der er gelernt hatte, und übernahm dort das Ausbildungswesen. Ein Reedereikaufmann stieg in seiner Branche wieder ein, doch auf höherem Niveau. Es gibt aber auch die Möglichkeit, der Karriere eine neue Richtung zu geben, wie es der Kfz-Mechaniker tat, der nach dem Abschluß an der HWP zur Universität wechselte und Gewerbelehrer wurde, oder der gewerbliche Arbeitnehmer, der nach dem Studium erst als Journalist arbeitete und dann als Leiter eines Entwicklungsprojekts in die Dritte Welt ging.

Da die meisten der HWP-Studenten aus einem Beruf kommen, ist ihr Durchschnittsalter bei Studienbeginn mit etwa 27 Jahren relativ hoch. 80 Prozent finanzieren das Studium, das wegen der harten Arbeitsanforderungen kaum einen Nebenjob zuläßt, mit BAföG, oder sie erhalten ein Stipendium, sehr oft von gewerkschaftsnahen Stiftungen.

Von etwa 270 Erstsemestern erreichen 200 die Prüfung nach dem sechsten Semester, die den Übergang zur Universität ermöglicht. Rund 100 Studenten absolvierten die drei Anschluß-Semester; etwa 15 bis zehn Prozent schließen mit einer Promotion an der Uni ab.

Voraussetzung für die Aufnahme an der HWP sind Berufsausbildung und -erfahrung; bei Frauen, die einen Anteil von knapp 40 Prozent an den Studenten haben, wird auch Hausarbeit als Berufstätigkeit anerkannt, wenn sie, wie die anderen auch, die Prüfung bestehen, mit der die Studierfähigkeit getestet werden soll.

80 Prozent der Studienanfänger sind Praktiker, der Rest kommt von Fachoberschulen. Rund 2500 Studenten hat die HWP zur Zeit. „An der Nachfrage gemessen, könnten wir doppelt soviel aufnehmen", meint HWP-Präsident Aust.



ZINNKRISE / Nur noch geringe Finanzierungslücke

Baldige Lösung in Sicht

dpa/VWD, London

Bei den Verhandlungen des Internationalen Zinnrates (IZR) mit seinen Gläubigern in London war in den vergangenen Tagen ein klarer Durchbruch zu verzeichnen, der auf eine baldige Beilegung der seit Oktober letzten Jahres andauernden Zinnkrise hoffen läßt. Über die Finanzierung einer neuen Gesellschaft, die die Verpflichtungen des Zinnrates in Höhe von mehreren hundert Millionen Pfund übernehmen und über einen Dreijahreszeitraum abwickeln soll, sind sich die Verhandlungsteilnehmer sehr viel näher gekommen.

Insgesamt werden 270 Millionen Pfund (904 Mill. DM) benötigt. Großbritannien will 50 Millionen Pfund in Form von Zuschüssen und Kreditgarantien bereitstellen, während die 22 IZR-Mitgliedsländer sowie die Banken und Metallhändler jeweils 100 Millionen Pfund aufbringen sollen. Damit besteht nur noch eine Finanzierungslücke von 20 Millionen Pfund. Das Geld hofft man sich bei interessierten Firmen wie der deutschen Metallgesellschaft oder großen Rohstoff-Brokern zu besorgen.

Schwierigkeiten gibt es noch mit den früher bestehenden Exportquoten. Die Gläubiger verlangen eine Beibehaltung von Lieferbegrenzungen, während der IZR erwartet, daß durch den zu erwartenden Preisrückgang von mehr als 8000 auf möglicherweise 6000 Pfund je Tonne ein großer Teil der Zinnbergwerke unrentabel wird und geschlossen werden muß. Hierdurch könnten sich Angebot und Nachfrage einpendeln und Exportquoten unnötig werden.

Die Zinnländer in Südostasien sowie Japan verlangen auch mehr Flexibilität bei der Veräußerung von 85 000 Tonnen Zinnreserven der Rohstofforganisation. Die neue Gesellschaft Newco soll nach dem Plan zur Lösung der Zinnkrise unabhängig von der Preisentwicklung in jedem Quartal acht Prozent oder jährlich rund ein Drittel der Gesamtmenge abstoßen. Die Produzenten verlangen jedoch, daß bei niedrigen Zinnpreisen Zurückhaltung beim Verkauf der Reserven geübt und bei höheren Preisen mehr Zinn abgeben wird.

Die Londoner Metallbörse LME will Mitte März den Zinnhandel wieder aufnehmen, und der Zinnrat hofft bis dahin auf eine endgültige Lösung der Krise. Der Zinnhandel war am 24. Oktober 1985 eingestellt worden, als dem Zinnrat das Geld für Marktinterventionen zur Stützung des künstlich hochgehaltenen Zinnpreises ausgegangen war. Aufgrund der Unsicherheit über die Überlebenschancen einiger Brokerfirmen infolge der Zinnkrise ist der gesamte Metallhandel an der LME auf unter 50 Prozent des Normalniveaus gesunken.

WELTTEXTILABKOMMEN / EG-Vorgespräche: Bundesrepublik als Außenseiter

Liberalisierung schwer durchzusetzen

WILHELM HADLER, Brüssel

Einen schweren Stand hat die Bundesregierung bei den EG-internen Vorgesprächen über das neue Welttextilabkommen. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten tritt nämlich mit Rücksicht auf die Beschäftigungsprobleme im eigenen Land nur für eine bescheidene Liberalisierung der Textil- und Bekleidungsimporte ein.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann will sich heute in Luxemburg persönlich zum Anwalt einer stärkeren Auflockerung der Einfuhrregeln machen. Die Ansichten der EG gehen jedoch noch so weit auseinander, daß mit der Verabschiedung eines Verhandlungsmandats für die Kommission frühestens im März zu rechnen ist.

Dann allerdings wird es auch höchste Zeit, denn der Textil-Ausschuß des Gatt tritt am 3. April zu entscheidenden Verhandlungen zusammen. Das gegenwärtige Rahmenabkommen (das dritte seit 1974) läuft Ende Juli aus. Spätestens bis zum Jahresende müssen auch die bilateralen Vereinbarungen der Gemeinschaft mit zahlreichen Exportländern neu ausgehandelt werden.

Bonn drängt nicht nur mit Rücksicht auf die Länder der Dritten Welt auf eine stärkere Öffnung des EG-Marktes. Es legt auch Wert darauf, daß die Erneuerung des Textilabkommens zugleich als ein Signal für die späteren Handelsverhandlungen im Rahmen des Gatt angesehen werden könne. Unterstützung hat die Bundesregierung jedoch – wenn es um konkrete Vorschläge ging – bisher nur von den Niederlanden, Dänemark und teilweise von Großbritannien erhalten.

Frankreich, Italien, Irland, Belgien, Luxemburg und die beiden neuen EG-Partner wünschen zumindest für die nächsten vier Jahre keine wesentlichen Änderungen im Außenschutz. Spanien und Portugal machen dabei geltend, daß sie selbst in der Gemeinschaft (wegen der Übergangszeit des Beitrittsvertrages) schlechter gestellt wären als Drittländer.

Umstritten sind in der EG nicht nur die Detailfragen, sondern auch grundsätzliche Probleme des geplanten neuen Dachabkommens. Dazu gehört die Entscheidung, ob die dominierenden Exportländer künftig anders behandelt werden sollen, die Gemeinschaft bei Handelszugeständnissen auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beharren soll, ob das neue Abkommen das letzte sein oder ob diese Frage offen bleiben soll, und ob das Abkommen auf vier oder auf fünf Jahre abgeschlossen werden soll.

Im Zusammenhang damit steht auch die Überlegung, ob alle bestehenden bilateralen Abkommen erneuert werden müssen oder nur mit den bedeutenderen Ländern. Unklar ist ferner, ob die bilateralen Abmachungen parallel mit den Multifaserabkommen ausgehandelt werden sollten oder erst nach der Paraphierung.

Während Bangemanns Bemühungen von der deutschen Textilindustrie eher zurückhaltend verfolgt werden, kann er beim Handel auf lebhaften Zuspruch zählen. Der Dachverband des großen Außenhandels der EG kritisierte die von der Industrie geforderten Globalplafonds für alle Importe und deren strenge Aufteilung auf die europäischen Länder.

JAPAN / Exportüberschüsse dehnen sich weiter aus

Yenkurs kräftig gestiegen

dpa/VWD, Tokio

Der japanische Yen hat seit September vergangenen Jahres gegenüber dem US-Dollar ein gutes Drittel an Wert gewonnen. Gestern wurde am Devisenmarkt in Tokio wieder einmal eine „psychologische Barriere" durchbrochen: Der Dollar war vorübergehend weniger als 180 Yen wert. Die Debatte über die wirklichen Ursachen dieser Entwicklung und über ihre Folgen beherrscht japanische und ausländische Bankiers und Geschäftsleute in Tokio.

Spekulationen sind offenbar ein treibendes Argument. Yen werden gekauft, um sie später mit kräftigen Gewinnen wieder zu verkaufen. Dabei hätten die Nachrichten aus den USA eigentlich für einen wieder stärkeren Dollar sorgen müssen: der Rückgang der Arbeitslosenrate, die Bemühungen um eine Reduzierung des Budgetdefizits und die Bemühungen, den Diskontsatz stabil zu halten.

Die Japaner haben mit der Kurssteigerung des Yen seit dem Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der fünf wichtigsten westlichen Industriestaaten im September in New York die Hauptlast der damaligen Vereinbarungen tragen müssen: Der Wert ihrer Währung nahm gegenüber dem Dollar um 33 Prozent zu; der der D-Mark um rund 20 Prozent.

In den letzten Monaten zeigte sich allerdings, daß die Exportüberschüsse trotz des rasch steigenden Yen-Kurses unaufhaltsam weiter wuchsen, und es ist unter Experten außerordentlich umstritten, ob wirklich mit einer großen Wende in der Handels- und Leistungsbilanz Japans gerechnet werden kann.

Das liegt einerseits daran, daß die Japaner jetzt Erdöl und andere Rohstoffe, von denen sie abhängig sind, wesentlich billiger kaufen können. Sogar bei rückläufigen Exportziffern trägt das dazu bei, daß sich die Überschüsse eher noch vergrößern. Amerikanische und europäische Käufer entscheiden sich inzwischen vor allem wegen des guten Verhältnisses von Preis und Qualität für japanische Produkte. Das heißt: Trotz teuerer Exporte können die Japaner im Wettbewerb mithalten.

NORWEGEN / Ölpreisverfall zwingt zu wirtschaftspolitischen Kursänderungen

OECD empfiehlt sparsame Haushaltspolitik

J. Sch. Paris

Norwegen kann sich die auf sein Nordsee-Öl gestützte, stark expansive Wirtschaftspolitik nicht mehr ohne weiteres leisten, meint das OECD-Sekretariat mit Blick auf die sinkenden Ölpreise. Diese neue Situation erfordere eine „rigorosere Strategie". Empfohlen wird Oslo insbesondere, die öffentlichen Ausgaben, deren Anteil am Bruttosozialprodukt immer größer wird, einzuschränken, den Anstieg der Löhne und Preise zu bremsen, das Steuersystem zu verbessern und das industrielle Potential des Landes zu stärken.

Nachdem der Öl- und Erdgasexport das Wirtschaftswachstum Norwegens beflügelt hatte, stützt es sich in letzter Zeit immer mehr auf die Binnennachfrage. Deren realer Zuwachs stieg von 4,2 Prozent 1984 auf 5,5 Prozent 1985. Der private Verbrauch hatte einen Zuwachs von sieben nach 1,5 Prozent. Demzufolge stiegen die Importe um 8,8 (7,2) Prozent, während sich der Exportanstieg auf 4,5 (5,1) Prozent abschwächte.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Norwegens hat „in besorgniserregender Weise" nachgelassen, heißt es in dem OECD-Bericht. Obwohl viele Unternehmen vor allem aufgrund von Steuererleichterungen ihre Rentabilität verbessern konnten, sind ihre Kosten durchweg stärker als die der ausländischen Konkurrenz gestiegen. Das liege vor allem an übermäßigen Lohnerhöhungen; eine Folge des unflexiblen Arbeitsmarktes. Außerdem habe Norwegen in seinen Strukturreformen nicht genügend Fortschritte erzielt.

Wie schon 1985, so drohen Norwegen auch in diesem Jahr weitere Verluste an Marktanteilen im Ausland. Selbst unter der Hypothese konstanter Ölpreise wird nach Schätzung der OECD der Überschuß der Handelsbilanz auf 1,81 (4,02) und der der Leistungsbilanz auf 0,07 (2,48) Mrd. Dollar schrumpfen. Wahrscheinlich gerät diese Bilanz aber sogar ins Defizit.

Die für 1986 erwartete Expansionsrate des Bruttosozialprodukts von 2,8 (3,8) Prozent hält die OECD zwar immer noch für befriedigend und die Arbeitslosenquote von nur zwei (2,5) Prozent wäre wieder ein Bestwert.

Hingegen dürfte sich die Inflationsrate Norwegens entgegen dem zurückgehenden internationalen Trend auf sechs (5,8) Prozent erhöhen und den erwarteten OECD-Durchschnitt von 4,5 Prozent übertreffen.

FERMENTA / Firmenchef führte zu Unrecht Doktor-Titel

Börsenkurs stark gefallen

meh, Stockholm

Der langjährige Börsenkomet Fermenta hat in der Stockholmer Finanzszene viel von seinem einstigen Glanz eingebüßt, nachdem Firmenchef Refaat El-Sayed (40) zugeben mußte, daß er den Titel „Doktor" in Emissionsprospekten zu Unrecht führt. Seine Entschuldigung, daß ihn eine „dumme Jugendlüge" aus seiner Startphase eingeholt habe, als er mit falschen akademischen Würden besser ins Pharma-Beratergeschäft kommen wollte, hätte die schwedische Öffentlichkeit noch akzeptiert. Aber El-Sayed behauptete auch 30 internationale Patente zu besitzen. Und die lösen sich jetzt ebenfalls in Luft auf. Außerdem: Fermenta soll jahrelang massiv gegen Umweltschutzauflagen verstoßen haben.

El-Sayed figuriert bislang als Paradebeispiel dafür, daß auch ein eingewanderter Ägypter im Überversorgungsstaat Schweden erfolgreich sein kann. In fünf Jahren hatte er Fermentas Umsatz – hauptsächlich Basis-Pinicillin – von 87 Millionen auf 1,4 Milliarden Schwedenkronen katapultiert. Krönender Abschluß dieser Selfmade-Story ist die Partnerschaft mit Volvo: Skandinaviens größtes Unternehmen gab Anfang dieses Jahres seine Pharma-Interessen (Sonesson und 40 Prozent an Pharmacia) an El-Sayed ab und will sich mit 20 Prozent an Fermenta beteiligen. Dies würde Fermenta „legitimisieren". Seitdem hält Volvo eine Option auf El Sayeds restliche 75 Prozent Fermenta-Anteile. An der Stockholmer Börse sackte der Fermenta-Kurs kräftig ab. Auch die Volvo-Notierung geriet unter Druck.

ITALIEN / In Zukunft legt die Regierung mehr Gewicht auf Kohle und Kernkraft

Ölpreisverfall lenkt nicht ab vom Kurs

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Italien ist entschlossen, auch bei weiter sinkendem Erdölpreis seine Energiepolitik verstärkt zur Diversifizierung fortzusetzen. Nach einer Erklärung des Industrieministeriums besteht die feste Absicht, die vorgesehenen Kohle- und Kernkraftwerke mit jeweils 6000 Megawatt plangemäß zu bauen und fertigzustellen. Die italienischen Energieexperten gehen dabei davon aus, daß der Erdölpreis nicht lange auf Talfahrt bleiben und mittelfristig wieder nach oben klettern wird.

Der im Dezember vergangenen Jahres verabschiedete neue staatliche Energieplan, der den vorangegangenen des Jahres 1981 zum Teil erheblich revidiert hat, sieht vor, daß der Anteil der Atomkraft am gesamten italienischen Energieverbrauch von jetzt ein Prozent bis 1990 auf 2,5 und bis 1995 auf 4,7 Prozent zunimmt. Gleichzeitig soll der Anteil der Kohle von heute 10,3 auf 13,5 beziehungsweise 20,3 Prozent zunehmen.

Keinen Veränderungen unterliegen wird dagegen der Erdgasanteil, der heute bei ungefähr einem Fünftel liegt, während der Anteil des Erdöls von jetzt 59,3 bis 1990 auf 53,7 und fünf Jahre später auf 44,1 Prozent zurückzugehen bestimmt ist.

Stark verändern werden sich in der Zeitspanne 1985 bis 1995 die Positionen der einzelnen Energiequellen, die zur Stromerzeugung herangezogen werden. Während die Kohle ihren Anteil von 14 auf 38,5 Prozent und die Kernkraft von 3,2 auf 12,3 Prozent erhöhen wird, wird der des Erdgases von jetzt 11,8 auf 6,1 Prozent und der des Erdöls von 38,7 auf 16,2 Prozent zurückgehen. Ebenfalls abnehmen werden die Quoten der Einfuhr von Elektrizität (von 9,7 auf 7,7 Prozent) sowie der Anteil der Wasser- und der Geo-Energie.

Im Jahre 1985 belief sich die italienische Energierechnung in der Außenhandelsbilanz auf 39 000 Milliarden Lire. Diesen Betrag hofft man im laufenden Jahr dank des schwächeren US-Dollar und des sinkenden Ölpreises um etwa ein Drittel abbauen zu können.

Der neue Energieplan hat die langfristigen Konsumerwartungen erheblich nach unten korrigiert. Während für 1985 noch mit einem Verbrauch von 165 Millionen Erdöl-Äquivalent gerechnet wurde, belief sich der tatsächliche Konsum im vergangenen Jahr nur auf 145 Millionen Erdöl-Äquivalent. Entsprechend herabgesetzt wurde jetzt auch die Konsumerwartung für 1990: zwischen 152 und 164 Millionen Erdöl-Äquivalent statt den vor fünf Jahren prognostizierten 185 Millionen.

In der Dreijahresspanne 1985 bis 1987 wird die italienische Energiewirtschaft dem neuen Plan zufolge insgesamt 51 000 Milliarden Lire für Investitionen zum Ausbau der Energiequellen ausgeben. Davon entfallen 23 900 Milliarden Lire auf die Erdöl- und Erdgassuche und 8100 bzw. 5500 Milliarden Lire auf die Atom- und Kohlezentralen. Weitere 7800 Milliarden Lire entfallen auf Anlagen zum Transport und zur Verteilung von Energie.

FRANKREICH / Behörden meldeten offiziell knapp vier Millionen Ausländer

Einwanderungswelle ebbt wieder ab

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Höhepunkt der Einwandererwelle ist überschritten, heißt es im französischen Arbeitsministerium. Grund dafür sei die Wirtschaftskrise. Sie trifft vor allem die Sektoren, in denen ausländische Arbeitskräfte besonders stark vertreten sind. Das hält insbesondere die Nicht-Europäer vor illegalen Einwanderungen ab. Schon 1974, unmittelbar nach dem ersten Öl-Schock, hatte die Regierung den Zuzug von Gastarbeitern (alle arbeitende Ausländer) gesperrt und in den letzten Jahren die entsprechenden Kontrollen verschärft.

Wieviel Ausländer gegenwärtig in Frankreich leben, mag niemand genau zu sagen. Die letzte Volkszählung von 1982 erfaßte 3,68 Millionen Nicht-Franzosen, die über eine Aufenthaltsgenehmigung verfügten. Gegenüber der vorangegangenen Erhebung von 1975 hat ihre Zahl um 6,9 Prozent zugenommen, während die Gesamtbevölkerung nur um 3,2 Prozent auf 54,27 Millionen gestiegen ist. Der Bevölkerungsanteil der Ausländer lag aber mit 6,8 Prozent nicht wesentlich höher als 50 Jahre zuvor (6,6 Prozent) und auch niedriger als in der Bundesrepublik (7,6 Prozent). An der aktiven Bevölkerung waren die Gastarbeiter 1982 mit 156 Millionen oder 6,6 Prozent beteiligt.

Dazu kommen allerdings die Illegalen, deren Zahl von der OECD zuletzt 1979 auf rund 300 000 geschätzt worden war. Andererseits hat die Regierung 1982 rund 140 000 Gastarbeiter ohne Papiere aber mit festem Arbeitsplatz legalisiert. Das Arbeitsministerium weist außerdem darauf hin, daß jährlich 75 000 Ausländer Frankreich wieder verlassen. Im übrigen würden zwischen 40 000 und 50 000 Ausländer im Jahr die französische Staatsbürgerschaft erwerben. (Diese Gruppe von Franzosen hatte 1,43 Millionen 1982 erreicht.)

Das Ministerium räumt ein, daß die illegalen Einwanderungen in einem Land mit jährlich mehr als 200 Millionen touristischen Grenzübertritten nicht ganz verhindert werden könnten. Immerhin würden im Jahr etwa 40 000 Ausländer wegen des Verdachts illegaler Einwanderung an den Grenzen zurückgewiesen und etwa 12 000 illegal Eingewanderte ausgewiesen. Die Opposition veranschlagt die Zahl der Ausländer auf zur Zeit mindestens 4,5 Millionen und die der Gastarbeiter auf über zwei Millionen. Das Arbeitsministerium hält diese Schätzung für übertrieben.

Nach den offiziellen Ziffern entfielen 1982 von der Ausländerbevölkerung 1,75 Millionen auf Europäer und 1,95 Millionen auf Nicht-Europäer, davon 1,58 Millionen auf Afrikaner. Den größten Teil aller Ausländer stellten die Algerier (21,6 Prozent), gefolgt von den Portugiesen (20,8 Prozent), den Marokkanern (11,7 Prozent), den Italienern (9,1 Prozent) und Spaniern (8,7 Prozent). Unter den Gastarbeitern nehmen die Portugiesen (25 Prozent) bei sonst gleicher Reihenfolge den ersten Platz ein.

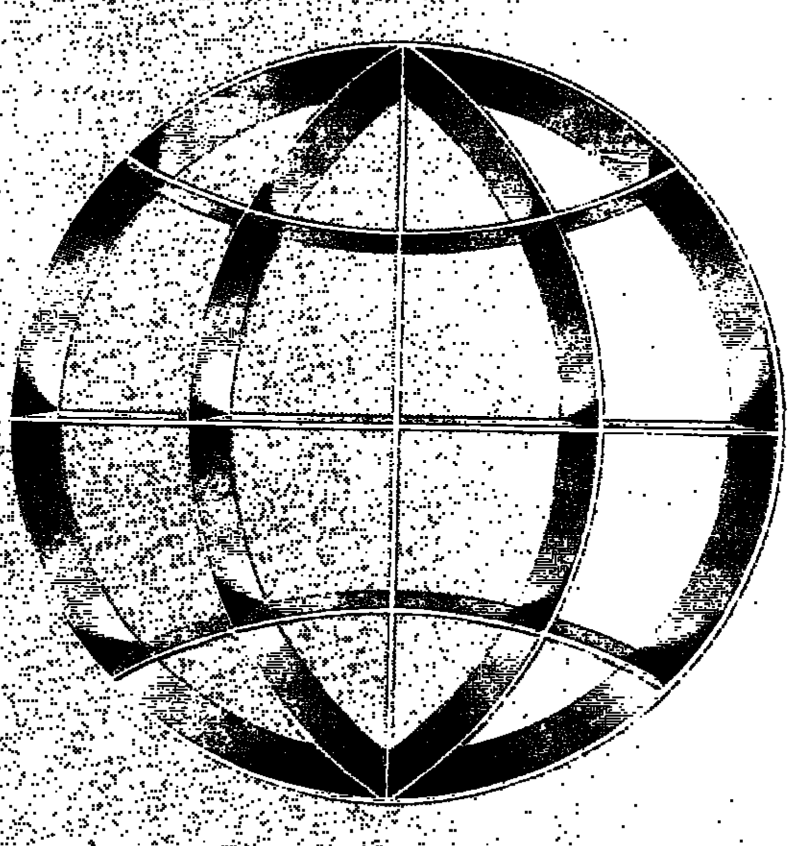
Von den legal eingewanderten Ausländern leben 70 Prozent seit mehr als zehn Jahren in Frankreich. Außer materiellen Gründen waren für die Einwanderung die Landessprache und das verhältnismäßig günstige Klima maßgebend. Mehr als die Hälfte der Ausländer haben sich in der Umgebung von Paris angesiedelt.

Die meisten nichteuropäischen Gastarbeiter üben Hilfsarbeiten aus. An erster Stelle steht der Hygienedienst (z. B. Müllabfuhr), gefolgt von der Bauwirtschaft, der Automobilindustrie (angelernte Arbeiter) und dem Bergbau. Die Krise dieser Wirtschaftszweige hat dazu geführt, daß die Arbeitslosenquote aller Gastarbeiter mit 14 Prozent um die Hälfte über der der gesamten aktiven Bevölkerung liegt. Gastarbeiter, die länger als sechs Monate arbeitslos sind und die in ihrem Heimatland einen Arbeitsplatz nachweisen können, bekommen seit 1984 bei der Rückführung etwa 90 000 Franc vergütet.

Arbeitsrechtlich werden in Frankreich Ausländer den Franzosen gleichgestellt mit der Ausnahme, daß sie keine Schiedsfunktion ausüben dürfen. Aus den Familienzulagen ziehen die meisten kinderreichen Ausländer großen Nutzen, jedoch nehmen sie die Sozialleistungen unterdurchschnittlich in Anspruch.

Die Gewerkschaften haben grundsätzlich nichts gegen die Gastarbeiter, deren Stimmen sie zu schätzen wissen; die Unternehmer sehen in ihnen vor allem billigere Arbeitskräfte. Im übrigen interessieren sich arbeitslose Franzosen bestenfalls für jeden vierten Gastarbeiterjob, wie Untersuchungen ergeben haben.

In loser Folge beschreibt die WELT Ausländerprobleme in anderen EG-Ländern.



BREUNINGER / Würzburger Modehaus übernommen

Auf Expansion geschaltet

nl. Stuttgart

Das traditionsreiche und renommierte Stuttgarter Kaufhaus-Unternehmen E. Breuninger GmbH & Co., bisher mit seinen drei Häusern in Stuttgart, Ludwigsburg und Sindelfingen ausschließlich in der Region mittlerer Neckar präsent, schaltet auf Expansion. Zum 1. April dieses Jahres übernimmt Breuninger das Würzburger Modehaus Seisser GmbH & Co. einschließlich seiner 16 Filialen.

Mit dieser Übernahme der seit über 200 Jahren in Familienbesitz befindlichen Firma, die für zunächst 20 Jahre auf Mietbasis erfolgen soll, macht Breuninger also zum ersten Mal einen Schritt über die Grenzen der baden-württembergischen Kernregion hinaus. Das Engagement in Würzburg soll nach Angaben von Breuninger-Chef Willem G. van Agtmael der Auftakt zu einer Verbreiterung der Aktivitäten sein, wobei man in der ganzen Bundesrepublik Ausschau nach neuen Standorten halte. Bei dieser Expansionsphase setzt van Agtmael vor allem auf Übernahmem, da für Neubauten in guten Lagen zumeist keine Grundstücke mehr zu haben seien. Angepeilt werden vor allem nur allerbeste Innenstadtlagen in Groß- und Mittelstädten.

Das Modehaus Seisser, das über eine Verkaufsfläche von 3700 qm verfügt, und zu dem 16 „Kleinpreis"-Filialen im Großraum Würzburg gehören, beschäftigt insgesamt etwa 270 Mitarbeiter und kommt auf ein Umsatzvolumen von etwa 30 Mill. DM. Nachfolgeprobleme waren es in erster Linie, die zur Abgabe des Unternehmens an Breuninger führten. Die Stuttgarter wollen in den Umbau des Würzburger Hauses drei bis vier Mill. DM investieren. Das Verkaufspersonal wird übernommen und auf die Philosophie Breuningers eingeschworen.

Das vor nunmehr 105 Jahren gegründete Stuttgarter Kaufhaus-Unternehmen, das in seinen bisher drei Häusern über eine Verkaufsfläche von 73 000 qm verfügt und 3900 Mitarbeiter beschäftigt, hat seinen Umsatz in 1985 um 0,8 Prozent auf 530,6 Mill. DM vergrößert. Die Ertragslage wird mit „zufriedenstellend" bezeichnet. Zur Zeit läuft ein großes Investitionsprogramm, das für einen Vierjahreszeitraum auf 100 Mill. DM ausgelegt und hauptsächlich für bauliche Erweiterungen im Stuttgarter Stammhaus gedacht ist.

Mit diesen Investitionen will van Agtmael auf ein verstärktes „internes Wachstum" am Sitz des Unternehmens abzielen. Wichtiger Teil der Bemühungen ist, vor allem die Kundengruppe der 25- bis 45jährigen anzusprechen, bei denen sich Breuninger unterrepräsentiert fühlt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Nachl. d. Horst August Festler, Stadtbergen; **Berlin-Charlottenburg:** WF-Baubetreuungs-Ges. mbH; Fliesen Eichler GmbH; **Celle:** Dachdeckerei Otto Nörtemann GmbH, Hambühren II; **Coburg:** LICO – Sportschuhfabriken Link & Co. GmbH, Lichtenfels-Schney; **Duisburg:** IMO Finanzierungsvermittlung u. Baubetreuung GmbH, Mülheim; **Fürth:** Nachl. d. Franz Sachers, Erlangen; **Gelsenkirchen:** Doris Keizer, Apothekerin, Bottrop; **Hamburg:** Harald Friedrich Lau, Quartiermeister u. Kaufm., Alleininh. d. D. Hinsch & Consorten; **Hannover:** DDW Hi-Fi Elektrogeräte Handels GmbH, St. Leon-Rot; **Karlsruhe:** Informdat-Datenbank Vermitthungs GmbH für EDV-Produkte; **Köln:** Caprice-Exquisit Damenmoden GmbH; **Ludwigsburg:** KG u. Fa. Schörle & Gölz, Polstermöbelfabrik gmbH & Co., Remseck-Aldingen; **Mayen:** J. P. Zerres u. Söhne OHG, Andernach; Union-Teppich-Fabrik Walter Poser GmbH u. Co. KG; Union-Teppich-Fabrik Walter Poser Verwaltungs-GmbH; **Olpe:** Fepro-Fleisch- u. Wursthandel GmbH; **Rendsburg:** Nachl. d. Bernd Heinrich Röper; **Soltau:** Peter Bosselmann, Schneverdingen; **Stuttgart:** Gewibau Consult GmbH, Leonberg; Gewibau Contract GmbH, Leonberg; **Trier:** Klaus Breitenbruch, Fell; KLG Kulinara Lebensmittel GmbH; **Waldshut-Tiengen:** Bäumle GmbH & Co., Hoch- u. Tiefbau, Schopfheim; **Wesel:** Heinrich Görgen, Stahl- u. Rohstoffhandel GmbH, Dinslaken; **Wiesbaden:** Dr. Achim Boom, Zahnarzt, Kastel; **Witzenhausen:** Millhoff Tor und Zaun GmbH; **Wolfenbüttel:** Nachl. d. Johann Werner Schlagenhaufer.

Anschlußkonkurs eröffnet: Duisburg: E. Helmchen, Mülheim.

Vergleich eröffnet: Braunschweig: Karl-Heinz Köchy, Bäckermeister, Dibbesdorf; **Krefeld:** GPB Hausbau-, Planungs- und Erschließungsges. mbH.

Vergleich beantragt: Bonn: KFS Kapitalanlagen u. Finanzierungs-Service Vermitthungsges. mbH; **Düsseldorf:** Heinz-Jürgen Coenen; Pongs & Zahn AG; **Reutlingen:** Gebr. Holder GmbH & Co., Metzingen; Holder Verwaltungs-Ges. mbH, Metzingen; Holder GmbH & Co., Maschinenfabrik, Remshalden-Grunbach; **Siegburg:** Bärbel Andiel geb. Jaensch, Hennef; Klaus Andiel, Hennef.

HELL / Nachfrageimpulse werden von der Druckfachmesse „Drupa" erwartet

Starkes Wachstum auf allen Märkten

JAN BRECH, Kiel

In den ersten Monaten des Geschäftsjahres 1985/86 (30.9.) registriert die Rudolf Hell GmbH, Kiel, einen eher verhaltenen Geschäftsverlauf. Das Unternehmen, das zu 100 Prozent der Siemens AG, Berlin/München, gehört, steigerte bis Ende Januar den Umsatz zwar um fünf Prozent auf 169 Mill. DM, doch lagen die Auftragseingänge 15 Prozent unter denen des Vorjahres. Besonders schleppend ist die Nachfrage im Inland. Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Ernst-Erich Marbencke, räumt ein, daß dies bislang den Erwartungen nicht entspricht, bleibt jedoch zuversichtlich. Einmal bewege sich Hell beim Auftragseingang auf sehr hohem Niveau, zum anderen stehe die Zurückhaltung offenbar mit in Zusammenhang mit der im Mai in Düsseldorf stattfindenden „Drupa". Von der größten Druckfachmesse der Welt dürften neue Nachfrageimpulse ausgehen.

Hell, das zu den international führenden Herstellern von Anlagen und Systemen der Reproduktions-, Satz- und Kommunikationstechnik gehört, wird nach den Worten von Marbencke auf der Drupa mit neuen Techniken aufwarten und die „überragende Position" im grafischen Gewerbe behaupten. Das Unternehmen halte bei Einzelgeräten Marktanteile von 70 bis 75 Prozent in der Bundesrepublik, 50 Prozent in den USA, 40 bis 45 Prozent in England, 55 bis 60 Prozent in Frankreich und Italien sowie 30 Prozent in Japan. Bei ganzen Systemen lägen die Anteile jeweils ein paar Prozentpunkte niedriger.

Die Entwicklung neuer Technologien in der Bild- und Schriftenverarbeitung hat bei Hell im Berichtsjahr 1984/85 einen weiteren Wachstumsschub ausgelöst. Der Umsatz erhöhte sich um 22 Prozent auf 872 Mill. DM, der Auftragseingang stieg um 15 Prozent und nähert sich mit 939 Mill. DM der Milliarden-Marke. Aus dem Ausland stammen davon 83 Prozent. Nennenswert ist zum ersten Mal China als Kunde vertreten. Mit der Volksrepublik setzte Hell 20 Mill. DM um.

Mit der Geschäftsausweitung nicht ganz Schritt gehalten hat die Ertragsentwicklung. Marbencke nennt drei Gründe: allgemeine Kostensteigerungen, Preisdruck auf allen internationalen Märkten und außerordentlich hohe Zuführung zu den Pensionsrückstellungen. Der Jahresüberschuß bei Hell verbesserte sich lediglich um 6,5 Prozent auf 18,1 Mill. DM, die Rendite ging von 3,2 auf 2,7 Prozent zurück. An Siemens werden 9,1 Mill. DM ausgeschüttet, der Rest geht in die Rücklagen.

Marbencke glaubt, daß das Innovationspotential der grafischen Industrie noch lange nicht ausgeschöpft sind. Auf weiteres Wachstum hat sich das Unternehmen vorbereitet. 1984/85 sind die Investitionen um 20 Prozent auf 107 Mill. DM erhöht worden, davon 70 Mill. DM für Forschung und Entwicklung. In diesem Jahr sollen in die Anlagen 50 Mill. DM investiert werden.

Von dem Innovationsschub des Unternehmens profitiert auch der Kieler Arbeitsmarkt. Die Belegschaft ist im Berichtsjahr um 329 (plus 13 Prozent) auf 2896 Mitarbeiter aufgestockt worden. Die Tendenz, so Marbencke, bleibe steigend. Ein anderer Standort als Kiel stehe auch für das „High-Tech-Unternehmen" Hell nicht zur Debatte.

Hohe Überschüsse für die Versicherten

Py. Düsseldorf

Mit Beitragseinnahmen von 457 (441) Mill. DM und Versicherungsleistungen von über 320 (306) Mill. DM hat die Nova Krankenversicherung VVaG, Hamburg, das Geschäftsjahr 1985 abgeschlossen. Das gute Ergebnis wird nach Angaben des Vorstands die Versicherten mit 110 Mill. DM an Überschüssen profitieren lassen. Schon 1985 seien 24,4 Mill. DM Beitragsrückerstattung an weit über 30 000 leistungsfrei gebliebene Versicherte ausgezahlt worden.

1985 ist fast jeder dritte vollversicherte Nova-Kunde leistungsfrei geblieben. Im Durchschnitt wurden 700 DM pro Person an Rückerstattung ausgezahlt. Im laufenden Jahr erhalten leistungsfreie Versicherte etwa 25 Mill. DM. Hohe Erträge aus den rund 1,15 (1,05) Mrd. DM Kapitalanlagen ermöglichen, 85 Mill. DM zur Milderung von Beitragserhöhungen zu verwenden. Die beiden Tochtergesellschaften Nova Unfallversicherung AG und Nova Lebensversicherung AG hatten 1985 ein Beitragsaufkommen von 81 (80) bzw. 33 (28) Mill. DM.

Commerzbank geht an Börse Tokio

cd. Frankfurt

Die Commerzbank will ihre Aktien an der Börse von Tokio einführen lassen. Die Börseneinführung wird federführend von Yamaichi Securities betreut. Der Gang nach Tokio zwecks Verbreiterung des internationalen Aktionärskreises steht nach offizieller Version der Commerzbank auch im Zusammenhang mit der geplanten Gründung einer Wertpapiergesellschaft in der japanischen Hauptstadt, für die in Kürze die Lizenz beantragt werden soll.

Es ist aber ganz offensichtlich, daß diese Transaktion vor allem der Unterbringung der jungen Aktien aus der wegen des überhöhten Emissionskurses mißglückten Kapitalerhöhung dienen soll. Die jungen Aktien waren zum Kurs von 300 Mark emittiert worden. Gestern wurden die Altaktien mit acht Mark Dividendenvorteil gegenüber den jungen Aktien mit 285 Mark zum Schluß und mit 280 Mark zum Einheitskurs notiert. Das Konsortium dürfte auf einem beträchtlichen Teil der Emission hängengeblieben sein.

Künftig ohne die Feinchemikalien

dpa/VWD, Berlin

Der Chemie- und Pharmakonzern Schering, Berlin/Bergkamen, will sich von seinem erst 1982 gebildeten Unternehmensbereich Feinchemikalien trennen. Der Vorstand strebt nach eigenen Angaben einen Verkauf an, ist aber auch für Kooperationen offen. Die Trennungsabsichten sind die Folge einer Neubewertung aller Geschäftsbereiche des Konzerns. Dabei habe der Ausbau neuer Forschungsgebiete Priorität.

Der Unternehmensbereich Feinchemikalien besteht aus der Münchner Diamalt AG mit ihrer Pariser Tochter SFC und der Nepera Chemical Company, Harriman/New York. Der konsolidierte Umsatz belief sich 1985 auf 304 Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter beträgt etwa 880. Die Neuorientierung komme nicht einem Rückzug aus der Biotechnologie gleich, betont Schering in diesem Zusammenhang. Die Mikrobiologie werde in Bergkamen stark ausgebaut, die Forschung durch das in Berlin entstehende Gentechnologische Institut vorangetrieben.

ISPO / Sportartikel-Hersteller sind zuversichtlich

Preiserhöhungen angepeilt

sz. München

Mit gedämpftem Optimismus sieht die Sportartikelbranche dem Jahr 1986 entgegen. Nachdem bereits im vergangenen Jahr wieder einmal durchweg leichte Zuwachsraten verbucht werden konnten, hofft man, daß sich dieser Trend nun sogar etwas verstärkt fortsetzen wird. Der weitere wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik bei allgemein zunehmender Konsumneigung und das internationale Konjunkturklima lassen nach Ansicht von Branchenvertretern vor der 24. Internationalen Sportartikelmesse in München (20. bis 23. Februar) Zuversicht angebracht erscheinen.

Als „befriedigend" bis „gut" wird vom Bundesverband der Deutschen Sportartikel-Industrie die derzeitige Stimmung charakterisiert. Die künftige Geschäftsentwicklung wird dabei allgemein „günstig" bewertet, zumal man hofft, Preiserhöhungen zwischen drei und vier Prozent über alle Sortimente hinweg durchsetzen zu können. Genaue Zahlen für das Gesamtjahr 1985 liegen zwar noch nicht vor, Umfragen lassen jedoch nach Angaben des Verbandes erkennen, daß die Herstellerumsätze um nominal vier Prozent gestiegen sind. Der Gesamtproduktionswert der Sportartikelindustrie dürfte etwa 5,2 (5,0) Mrd. DM erreicht haben. Exportiert wurden davon Waren im Wert von 1,1 (1,02) Mrd. DM bei Importen von 2,7 (2,56) Mrd. DM.

Zufriedenheit herrscht alles in allem bei allen Herstellern. Im Bereich Bekleidung habe sich der Trend zu qualitativ hochwertiger Ware fortgesetzt; die Lagerbestände seien gut abgeflossen. Von teilweise sogar „ausgezeichneten" Ergebnissen berichten die Anbieter von Alpin- und Langlaufski. Gleiches gelte für Skischuh- und Bindungshersteller.

Langsam aus der Talsohle herausgekommen ist 1985 auch der Sportfachhandel mit einem Umsatzplus von nominal fünf Prozent auf schätzungsweise 4,7 Mrd. DM. Immer mehr ist dabei festzustellen, wie betont wird, daß der Umsatz von Ganzjahresartikeln getragen wird. Sommer und Winter als saisonale Umsatzträger hätten nicht mehr die Bedeutung wie früher. Bei teilweise gesättigten Märkten hätten vor allem modische Impulse und technische Innovationen maßgeblich zur Geschäftsbelebung beigetragen. Abgeflacht habe sich so auch die Dynamik des Skilanglauf-Geschäfts, während im Alpin-Bereich wieder eine Nachfragesteigerung festzustellen gewesen sei.

Auf der Ispo, der größten Messe ihrer Art weltweit, werden 1358 Unternehmen aus 34 Ländern ihre Waren präsentieren.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Verlust bei Trafo-Union

Stuttgart (nl.) – Die in Mehrheitsbesitz von Siemens befindliche Transformatoren Union AG (TU), Stuttgart, blieb auch im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) in roten Zahlen. Es entstand ein Verlust von 70,4 (Vorjahr: 140,4) Mill. DM, der nach dem Organschaftsvertrag übernommen wurde. Der Umsatz hat im Berichtsjahr leicht auf 430 (427) Mill. DM zugenommen. Die im vergangenen Jahr begonnene Konzentration der Fertigung auf die Werke Kirchheim/Teck und Nürnberg und die Schließung des Stuttgarter Werks soll in diesem Frühjahr abgeschlossen sein.

Dividende gehalten

Düsseldorf (Py.) – Die beiden Victoria Versicherungsgesellschaften, Feuer und Leben, rechnen für 1985 mit Ergebnissen, die neben „angemessener Verstärkung der Eigenmittel" auch die vorgesehene Dividende von jeweils 18 Prozent gestatten. Wie aus einem Zwischenbericht hervorgeht, wurde das Beitragsaufkommen der inländischen Gruppe (Feuer, Leben, Rück und D. A. S.) auf 3,9 (3,83) Mrd. DM gesteigert. Victoria Leben verbuchte 1985 ein eingelöstes Neugeschäft von rund 4,4 Mrd. DM (plus 25,3 nach minus 17,8 Prozent). Kapitalversicherungen hatten mit 2,5 Mrd. DM ein um 19,4 Prozent höheres Neugeschäft. Der Versicherungsbestand erreichte 38,2 (36,2) Mrd. DM. Die Kapitalanlagen wuchsen auf 12,4 (11,3) Mrd. Victoria Feuer erzielte 1985 eine Gesamtprämieneinnahme von 1,27 (1,19) Mrd. DM. Fast alle Versicherungszweige wuchsen.

Okal zuversichtlich

Hannover (HB) – Bei Okal, dem Marktführer auf dem deutschen Fertighausmarkt, hat die Baukrise der vergangenen Jahre Spuren hinterlassen. Der geschäftsführende Gesellschafter, Otto Kreibaum, bezifferte den Umsatzrückgang 1985 auf 30 Prozent. Das entspreche Umsatzerlösen von nur noch 282 Mill. DM. Okal hatte im vergangenen Jahr 1444 Häuser verkauft und 1232 erstellt. Dennoch beurteilt Kreibaum die weiteren Aussichten mit Zuversicht. Die Rahmenbedingungen seien so gut wie lange nicht mehr. Hohe Geldwertstabilität, teilweise sinkende Grundstückspreise und ein Abbau der Verunsicherung potentieller Bauherren hätten in den vergangenen Monaten zu einer verstärkten Nachfrage geführt.

Homag kommt voran

Stuttgart (nl.) – Die im Maschinen- und Anlagenbau tätige Homag-Firmengruppe, Schopfloch, forciert ihre Auslandsaktivitäten und gründet in diesem Jahr zwei weitere Vertriebstöchter, nämlich in Italien und Österreich. Der Bruttoumsatz der Gruppe hat im vergangenen Jahr 200 Mill. DM erreicht, die Zahl der Beschäftigten beläuft sich auf über 1100 Mitarbeiter.

Erfolg mit neuer Strategie

Wetzlar (dpa/VWD) – Die Ernst Leitz Wetzlar GmbH, Wetzlar, hat 1985 ihr „bisher bestes Geschäftsergebnis" erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr kletterte der Umsatz des Optik-Spezialisten um 15 Prozent auf 402 Mill. DM. Urs Scherrer, Vorsitzender der Geschäftsführung, wertete die Erfolge als „erste Früchte" der mittel- und langfristigen Produkt- und Marktstrategien. Das Unternehmen, das mit einem Exportanteil von 65 Prozent den größten Teil seiner Geschäfte im Ausland abwickelt, hat sich während der vergangenen Jahre von der Optik-Feinmechanik zur Opto-Elektronik hin entwickelt. 1985 wurden 400 Mitarbeiter neu eingestellt, so daß die Firma weltweit 5200 und im Inland 3400 Menschen beschäftigt.

NAMEN

Roland Brinkmann (43) wurde Marketing- und Vertriebschef Europa des US-Unternehmens Florasynth, New York.

Prof. Dr. **Karl Brunner**, bedeutender der „monetaristischen" Geldtheoretiker der Gegenwart, wurde am 16. Februar 70 Jahre.

Dr. **Holger Karsten** (34) übernahm die Geschäftsbereichsleitung Beratung für die Automobilindustrie der Deutschen Niederlassung von Arthur D. Little International, Inc., Wiesbaden. **Reinhold Thiele** (32), wird für das Beratungsgebiet Logistik verantwortlich sein.

Walter Fruhwirt (43), wurde zum Bereichsleiter Organisation-Logistik Industrie der IBB Internationale Betriebs Beratungsgesellschaft mbH, München / Karlsruhe / Köln / Wien ernannt.

SPARKASSEN / Besonders im gewerblichen Bereich wuchs das Kreditneugeschäft

Leichter Druck auf die Zinsspanne

Py. Düsseldorf

Die Sparkassen haben sich 1985 mit einem leichten Druck auf die Zinsspanne abfinden müssen. Das lag weniger an der Expansion des Kreditneugeschäfts, das zumal im gewerblichen Bereich erstaunlich wuchs, sondern an den dafür benötigten Einlagen. Hier mußten aufgrund forcierter höher verzinslicher Sondersparformen weit mehr als im Vorjahr an die Sparer gezahlt werden. Im Gegenzug ermäßige sich der Kreditzinspegel. Nach wie vor bleibt die Sparkassenlandschaft bunt. Das gilt auch für deren unterschiedliche Ertragssituation. Im Durchschnitt konnte die Höhe der ausgewiesenen Jahresüberschüsse jedoch gehalten werden.

Position gefestigt

Mit einem Wachstum der Bilanzsumme um 7,5 Prozent auf rund 6,4 Mrd. DM hat die Sparkasse Essen ihre Stellung als viertgrößte Sparkasse in Nordrhein-Westfalen gefestigt. Wachstumsträger war – wie im Jahr zuvor – erneut das Einlagengeschäft. Die Kundeneinlagen stiegen um 7,7 Prozent auf 5,63 Mrd. DM. Die Gesamtausleihungen nahmen um 4,4 Prozent auf 3,96 Mrd. DM zu. Besonders das gewerbliche Kreditgeschäft ist daran überproportional beteiligt.

Auf der Aktivseite hat das Kundengeschäft seit 1980 einen Anteil auf jetzt 62 Prozent der Bilanzsumme errungen, während es auf der Passivseite mit 88 Prozent stabil geblieben ist. Nach Angaben des Vorstands haben die Sondersparformen und die sparkasseneigenen Wertpapiere (Sparkassenbriefe und -obligationen) zugenommen, wenngleich das Sparbuch die Basis der Geldvermögensbildung bleibt. Die Sparkasse wird in Kürze mit Inhaberschuldverschreibungen auf den Markt kommen.

Bei anhaltendem Druck auf die Zinsspanne auf 3,47 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme wurde die betriebliche Kostenstruktur trotz aktiven Kredit- und Einlagenmarketings verbessert. Das relative Betriebsergebnis liegt bei 1,70 Prozent der Bilanzsumme. Das Eigenkapital macht 4,35 Prozent der Bilanzsumme aus.

Mit Ergebnis zufrieden

Die Stadtsparkasse Mönchengladbach hat Ende 1985 erstmals 3 Mrd. DM in der Bilanzsumme überschritten. Damit liegt nach Angaben des Vorstands der Marktanteil des Instituts im Raum bei 50 Prozent. Die Spareinlagen erhöhten um 83 Mill. DM auf rund 2 Mrd. DM. Diesem Zuwachs steht ein mit 100 Mill. DM unverändertes Gesamtsparaufkommen gegenüber.

Rund 1,6 (1,52) Mrd. DM hatte die Sparkasse Ende 1985 an Krediten ausgeliehen. Ausgezahlt wurden 357 (310) Mill. DM, eine Folge größerer gewerblicher Investitionsvorhaben. Bei leicht rückläufiger Zinsspanne hat sich das Betriebsergebnis um etwa fünf (sieben) Prozent verringert. Der Jahresüberschuß wird als „durchaus zufriedenstellend" bezeichnet.

Hauseigenes Papier Favorit

Ein wesentlich stärker gewachsenes Einlagengeschäft als in den vorangegangenen Jahren hat die Stadtsparkasse Aachen 1985 verzeichnet. Dabei war das sogenannte Sparkassen-Zuwachs-Zertifikat, ein hauseigenes Papier mit dreijähriger Laufzeit und steigendem Zins, besonderer Anlagefavorit. Das Bestandsvolumen erreichte hier 112 (69) Mill. DM. Die Gesamteinlagen wuchsen um fünf Prozent auf 2,9 Mrd. DM. Das Kreditgeschäft litt durch die geringen Neuzusagen im Wohnungsbau (136 nach 208 Mill. DM).

Die Darlehnszusagen dagegen erreichten insgesamt 530 Mill. DM. Nach Angaben des Vorstands haben sich die eigenen Förderprogramme für die Wirtschaft bewährt. Bei einer um 5,9 (4,8) Prozent auf 3,5 Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme ist der Vorstand mit der Entwicklung der Ertragslage zufrieden.

Kundeneinlagen gestiegen

Im Gegensatz zu früheren Jahren ist die Kreissparkasse Aachen 1985 langsamer gewachsen. Die gesamten Kundeneinlagen erhöhten sich um 3,9 Prozent auf 2,8 Mrd. DM, die Ausleihungen um 5,2 Prozent auf 2,4 Mrd. DM. Die Bilanzsumme hat sich auf 3,5 Mrd. DM entwickelt (plus 5,1 nach 6,7 Prozent). Die Spareinlagen haben stärker als die Gesamteinlagen zugenommen. Damit stieg der Anteil des Kontensparens am Sparvolumen von 69 auf 72 Prozent, während der Anteil hauseigener Wertpapiere auf 28 (31) Prozent zurückfiel. Das Kreditgeschäft entwickelte sich in Richtung langfristiger Ausleihungen. Die Ertragslage war trotz um 18 Prozent gesunkener Betriebsgewinnspanne „zufriedenstellend". Die Eigenkapitalquote beträgt reichlich 4,2 Prozent der Bilanzsumme.

Druck auf die Spitzenaktien

Aber Chemiewerte immer noch gut behauptet

DW. – Die von der bei Siemens, Deutsche Bank und Daimler ausgehende Aktienschwäche hielt auch am Wochenbeginn unvermindert an. Weder die freundliche Tendenz am Rentenmarkt, noch die feste Haltung der New Yorker Börse vermochten einen Stimmungswandel herbeizuführen. Auf der Abgeberseite standen einige Ausländer, in der Hauptsache jedoch nervös gewordene inländische Anleger. Bemerkenswert ist in dieser Situation die Kursstabilität der Papiere der Großchemie, die teilweise noch kleinere Kursgewinne buchten.

Einen desolaten Eindruck hinterließ am Montag der Markt der Bankaktien. Ihre Schwäche wird in der Hauptsache mit der sich in einigen Ölförderländern zuspitzenden Finanzkrise begründet. Bei der Deutschen Bank kommen Nachrichten über neue hohe Wertberichtigungen bei der Eurasbank hinzu, an der die Deutsche Bank maßgeblich beteiligt ist. Die Commerzbank setzte den Abstieg auch nach Abschluß der Bezugsrechtnotierungen fort. Bei der Dresdner Bank ist die Differenz zwischen dem aktuellen Börsenkurs und dem Ausgabepreis für die jungen Aktien inzwischen auf unter 50 DM zusammengeschmolzen. Im Bereich der Spezialwerte hielt der Druck auf die Springer-Aktien an und führte zu einem Tagesverlust von mehr als 25 DM. Auch die bisher bevorzugten Konsumtitel litten unter Gewinnmitnahmen.

Frankfurt: Köbau VA zogen weiter um 16 DM an. Rosenthal gewannen 4 DM. Aesculap, Hochtief und Holzmann verloren jeweils 20 DM. Metallgesellschaft gaben um 25 DM nach. Binding verminderten um 10,50 DM.

Düsseldorf: Banning verloren 10 DM, Bilfinger 2 DM und Dyckerhoff STA 2 DM. Heinrich gabne um 5 DM und Kochs Adler um 7,50 DM nach. Glas Schalke stockten um 9 DM auf. Nino verloren 3 DM.

Hamburg: Reichelt wurden 4 DM fester bezahlt. Beiersdorf gingen mit 572 DM (plus 2 DM) und Phoenix Gummi bis 174 DM (plus 2,10 DM) aus dem Markt. HEW gaben nach SChwankungen um 1 DM nach. Bremer Vulkan verminderten um 4,50 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf zogen um 35 DM und Berthold um 8 DM an. Engelhardt verbesserten sich um 2,80 DM und DUB-Schultheiss um 2 DM. Springer schwächten sich um 42,50 DM und Rheinmetall St. um 20 DM ab.

München: Aigner erhöhten um 3,50 DM. Audi AG um 1 DM und Gehe AG um 7,50 DM. Südchemie verbesserten sich um 11,50 DM. Agrob St. verloren 7 DM und Dywidag um 2,50 DM. Patrizier verminderten um 2 DM und Flachglas um 13 DM.

Stuttgart: Boss stiegen um 20 DM. DLW machten 4 DM gut. Württembergische Feuerversicherung setzten ihren Aufwärtstrend um 16 DM fort. Porsche stiegen um 55 DM. Daimler waren um 50 DM und Mercedes um 61 DM ermäßigt.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 267,55 (274,26)
WELT-Umsatzindex: 6695 (5088)
Advance-decline-Zahl: 61 (72)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausland

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 163,20 (162,17); Elektrowerte: 332,51 (338,55); Autowerte: 718,19 (744,98); Maschinenbau: 170,92 (178,00); Versorgungsaktien: 164,18 (166,36); Banken: 370,06 (383,27); Warenhäuser: 136,20 (140,12); Bauwirtschaft: 397,66 (405,76); Konsumgüterindustrie: 150,22 (152,83); Versicherung: 1349,79 (1401,90); Stahlpapiere: 166,23 (169,93)

Kursgewinner (Frankfurt):

Seilwolff	50,00	+4,00	+8,6%
Westafr. Vict.	65,00	+3,00	+5,0%
Enka	447,00	+21,00	+4,9%
Dt. Hypobk. Hann.	325,00	+15,00	+4,8%
Berl. AG Ind.	311,00	+11,00	+3,6%
Allweiler St.	325,00	+10,00	+3,1%
Wasag	735,00	+20,00	+2,7%
Adt	56,50	+1,40	+2,5%
Br. Moninger	139,00	+3,00	+2,2%
Berthold	227,90	+4,90	+2,1%

Kursverlierer (Frankfurt):

Gerling NA Vz.	520,00	-60,00	-10,3%
Gerling NA Gr.	6100,00	-700,0	-10,2%
Koepp	180,00	-20,00	-10,0%
Hoffmann Stärke	230,00	-25,00	-9,8%
Metallges.	320,00	-25,00	-7,2%
Aach. Münch. Vers.	1300,00	-90,00	-6,4%
Aach. Rück.	3000,00	-200,0	-6,2%
Aach. Münch. Bet.	2300,00	-145,0	-5,9%
Dt. Babcock St.	202,00	-12,00	-5,6%
Münch. Rück. Inh.	3300,00	-198,0	-5,6%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 815,00 G, Kötitzer 1900,00 B, VAB 2900,00 T
Düsseldorf: BASF 264,00, Bayer 281,50, BHF 475,00 G, Contigas 328,00, Contigummi 195,00, Nixdorf 536,00, Rütgers 408,00, Salamander 280,00, Schering 525,00, VEW 150,00
Frankfurt: Ach 52,00 G, Allweiler St. 300,00 G, Allweiler Vz. 205,00 bG, BASF 268,50, Bayer 281,50, BHF 465,00 T, Contigas 328,00 T, Contigummi 189,00, Dresdner Bk. 375,00 G, IWK 300,00, KSB 188,00 T, KSB Vz. 175,00 T, Linde 600,00, Magdeburger Feuer 760,00 B, Magdeburger Feuer NA 1350,00 T, Mainkraft 530,00 T, Metallges. 310,00, Moto Meter 235,00, Nixdorf 535,00, Pfaff 220,00 G, Rütgers 410,00 bG, Salamander 288,00, Schering 505,00, VEW 156,00, Ymos Vz. 177,00
Hamburg: Doag 360,00 T, Schering 515,00
München: BASF 269,00, Bayer 281,50, BHF –, Br. Wolk. 220,00 G, Contigas 328,00, Contigummi –, Dresdner Bk. –, IWK 314,50 bB, Isar-Amper –, Linde 585,00 bG, Metallges. 335,00 B, Nixdorf 536,00, Rütgers 415,00 G, Salamander 292,00, Schering 525,00, Stumpf 116,00 B, VAB 2950,00 G, VEW 152,00 bG
Bezugsrechte: Rh: BHF 9,00, Wella 54,00

Devisenmärkte

Wie so oft, wenn die Woche mit einem Feiertag in den USA beginnt, hielt man sich am 17. Februar am Devisenmarkt stark zurück. Der USA-Dollar blieb knapp behauptet zwischen 2,342 und 2,349. Zur Notiz wurde 2,3456 erreicht. Favorisiert wurde erneut der Schweizer Franken mit einem Anstieg von 4,8 Promille auf 121,12 und der Japanische Yen mit einem Anstieg um 4,3 Promille auf 1,297. Wenig Interesse bestand für das Englische Pfund. Die nächste Opec-Konferenz im März könnte sich auch in den nächsten Tagen als Dauerbelastung erweisen. Im Freiverkehr rutschte der Australische Dollar um 1,6 Prozent ab. US-Dollar in: Amsterdam 2,65; Brüssel 48,0025; Paris 7,1955; Mailand 1594,75; Wien 16,483; Zürich 1,9366; Ir. Pfund/DM 3,026; Pfund/Dollar 1,4179; Pfund/DM 3,326.

Devisen und Sorten

17.2.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,3416	2,3496	2,3264	2,29	2,39
London[2]	3,319	3,333	3,259	3,24	3,41
Dublin[2]	3,019	3,033	2,95	2,94	3,09
Montreal[1]	1,677	1,685	1,6489	1,63	1,75
Amsterd.	88,42	88,64	88,245	87,75	89,50
Zürich	121,02	121,22	121,11	119,50	122,25
Brüssel	4,878	4,898	4,809	4,72	4,92
Paris	32,505	32,665	31,795	31,75	33,50
Kopenh.	27,075	27,195	26,915	26,25	28,00
Oslo	31,99	32,11	31,385	31,00	32,75
Stockh.**	31,54	31,70	31,08	30,75	32,50
Mailand[3]**	1,4655	1,4755	1,4195	1,42	1,52
Wien	14,214	14,254	14,15	14,12	14,34
Madrid**	1,585	1,595	1,554	1,52	1,64
Lissabon**	1,528	1,548	1,435	1,10	1,90
Tokio	1,2955	1,2985	–	1,25	1,31
Helsinki	44,48	44,68	43,975	43,25	45,25
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,08	0,18
Athen* **	1,603	1,657	–	0,90	1,70
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,6305	1,6495	–	1,58	1,68
Johannbg.*	1,109	1,143	–	0,91	1,23
Hongkong *	29,91	30,19	–	27,50	33,50

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Renditen weiter rückläufig

Auch wenn der Geschäftsumfang noch zu wünschen übrig ließ, gab es auf dem Rentenmarkt überwiegend zufriedene Gesichter. Im Bereich der öffentlichen Anleihen zogen die Kurse bis zu 0,25 Prozentpunkte an. Das Ausland liegt neuerdings wieder stärker auf der Käuferseite, nicht zuletzt die Folge von Renditesenkungen in den USA, die der Bundesbank Handlungsspielraum geben könnten, zumal die Inflationsrate in diesem Jahr unter ein Prozent zu sinken verspricht. Bei den Pfandbriefen haben sich die Renditen ebenfalls weiter zurückgebildet.

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Etwas fester schloßen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Ausgeprägter waren die Gewinne bei Kupfer. Während Kaffee um das Limit niedriger notierte, konnte Kakao in allen Sichten zulegen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	14.2.	13.2.
März	330,75	335,50
Mai	282,50	287,25
Juli	257,50	261,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	271,35	272,30
Am. Durum	268,29	264,24

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	107,40	107,50
Mai	111,50	111,50
Juli	113,70	114,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	96,40	99,50
Mai	97,40	108,50
Juli	94,70	100,50

HAFER Chicago (c/bush)		
März	125,00	126,00
Mai	124,50	125,75
Juli	121,00	123,00

MAIS Chicago (c/bush)		
März	238,00	237,50
Mai	237,75	237,25
Juli	235,00	235,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	101,50	101,50
Mai	102,50	103,20
Juli	104,60	104,90

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	14.2.	13.2.
März	212,00	217,50
Mai	225,84	231,84
Juli	229,55	235,55

KAKAO New York ($/t)	14.2.	13.2.
März	2066	2052
Mai	2112	2086
Juli	2150	2126
Umsatz	2598	5975

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 März	5,65	5,92
Mai	5,86	6,11
Juli	6,12	6,42
Sept.	6,35	6,50
Okt.	6,48	6,57
Umsatz	–	14168

Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	5,59	5,57

KAFFEE London (£/t) Robusta	14.2.	13.2.
März	2255-2265	2385-2390
Mai	2315-2320	2435-2440
Juli	2380-2385	2480-2484
Umsatz	7936	6459

KAKAO London (£/t)		
März	1639-1640	1639-1640
Mai	1643-1644	1643-1644
Juli	1671-1672	1671-1672
Umsatz	3492	2970

ZUCKER London (£/t) Nr.6	14.2.	13.2.
März	150,00-151,00	154,00-154,40
Mai	156,60-156,80	160,20-160,40
Aug.	162,00-163,00	166,60-167,00
Umsatz	1050	796

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg	17.2.	14.2.
schw.		
Saraw.spez.	890,00	890,00
weiß.Saraw.	1365,00	1350,00
weiß.Ment.	1375,00	1360,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	14.2.	13.2.
März	89,10	87,75
Mai	89,80	88,50
Juli	90,75	89,00
Sept.	90,45	88,00
Nov.	91,50	90,10
Umsatz .1000	600	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	14.2.	13.2.
	23,00	23,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,00	20,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
März	18,56	18,89
Mai	18,95	19,27
Juli	19,30	19,60
Aug.	19,40	19,75
Sept.	19,35	19,60
Okt.	19,40	19,75
Dez.	19,75	20,20

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	16,75	17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,75	16,00
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,50

TALG New York (c/lb)		
top white	13,50	13,50
fancy	13,00	13,00
bleichf.	12,75	12,75
yellow max. 10% fr.F	11,75	11,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Feb.	45,85	45,20
April	39,20	39,10
Juni	43,75	43,45

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	56,75	56,40
März	57,40	56,90
Mai	58,70	58,40

HÄUTE Chicago (c/lb)	14.2.	13.2.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,00	59,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
März	526,75	527,80
Mai	533,75	534,08
Juli	541,00	542,50
Aug.	537,50	539,50
Sept.	516,00	520,00
Nov.	510,00	514,75
Jan.	520,50	525,25

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
März	154,60	153,20
Mai	155,20	154,80
Juli	155,60	154,70
Aug.	154,50	154,30
Sept.	150,00	150,00
Okt.	145,50	145,00
Dez.	146,20	146,10

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	14.2.	13.2.
März	302,00	307,20
Mai	309,50	314,20
Juli	316,50	320,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	14.2.	13.2.
	14,50	15,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	17.2.	14.2.
cif	580,00	588,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	480,00	485,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	285,00	290,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	103,00	103,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	330,00	320,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	238,00	241,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

Zinn-Preis Penang

Londoner Metallbörse

Energie-Terminkontrakte

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Bauholz

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

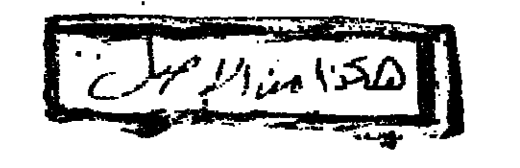
Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Nullkupon-Anleihen (DM)

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nicht um jeden Preis

„Die Hand jederzeit offen, der Fuß zum Tritt bereit": WELT vom 3. Februar

Schon lange konnte man in bundesdeutschen Zeitungen keine so vortreffliche Analyse der deutsch-polnischen Beziehungen mehr lesen, wie sie Carl Gustaf Ströhm geliefert hat. Man kann nur hoffen, daß durch diesen Beitrag politisch Verantwortliche und Interessierte in unserem Land mehr dafür sensibilisiert werden, daß es deutsch-polnische Beziehungen um jeden Preis nicht geben kann.

Vor wenigen Tagen hat der neue polnische Außenminister Orzechowski im polnischen Sejm eine sehr harte außenpolitische Grundsatzrede gehalten, in der als „conditio sine qua non" deutsch-polnischer Beziehungen die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Westgrenze Polens durch die Bundesrepublik Deutschland genannt wird.

Wird es also die vom IV. Deutsch-Polnischen Forum im November 1985 in Krakau beschlossenen Empfehlungen im politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und humanitären Bereich nur geben können, wenn die Bundesrepublik Deutschland bereit ist, die Rechtspositionen ganz Deutschlands und aller Deutschen aufzugeben, was verfassungswidrig wäre? Hier denkt man besonders an die Empfehlungen des Forums, die deutsch-polnischen Schulbuch-Konferenzen nach 1987 fortzusetzen, deutsch-polnische Städtepartnerschaften auszudehnen und mehr polnische bzw. deutsche Tage und Wochen in der Bundesrepublik Deutschland sowie in der Volksrepublik Polen zu veranstalten. Auch das von Bundeskanzler Kohl bereits des öfteren angeregte deutsch-polnische Jugendwerk fällt einem hierbei ein.

Nach dem erklärten Willen Warschaus können derartige Projekte nur dann verwirklicht werden, wenn darin die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Westgrenze Polens zum Ausdruck kommt.

Außenminister Orzechowski äußerte in der Sejm-Rede, daß man in Polen alles „mit Befriedigung und Sympathie" betrachtet, „was davon zeugt, daß der Realismus und der Verzicht auf verschiedenartige deutsche Rechtsstandpunkte sich den Weg in der Bundesrepublik Deutschland bahnen und das Verhalten der politischen und gesellschaftlichen Kräfte bestimmen".

Wenn man weiß, daß einzelne deutsch-polnische Projekte in die Kompetenz nicht nur des Bundes, sondern auch der Länder und kommunaler Körperschaften fallen, wird es in Zukunft sicher dort, wo politische Kräfte Verantwortung tragen, die zur Preisgabe der Rechte ganz Deutschlands und aller Deutschen bereit sind, deutsch-polnische Beziehungen um jeden Preis geben.

Es ist wichtig, daß die WELT den Bürgern in unserem Land bewußt macht, wohin dieser Weg letztendlich führt.

Hartmut Koschyk,
Bundesvorsitzender der Schlesischen Jugend, Bonn

Verteilungs-Streit

„Die Unersättlichen": WELT vom 7. Februar

Sehr geehrter Herr Facius,

die Ansicht der Rundfunkanstalten, sie könnten beliebig im Programmbereich expandieren und auch über die Ländergrenzen hinweg autonom neue Gemeinschaftsprogramme beschließen, ist in dieser undifferenzierten Form nicht haltbar.

Die Rundfunkanstalten haben zwar gemäß dem Prinzip der Staatsfreiheit die Programmhoheit, aber nicht die Sende- und nicht die Gebietshoheit. Die technische Sendehoheit liegt bei der Bundespost, die Gebiets- und Gebührenhoheit bei den Ländern. Dies ergibt sich eindeutig aus den Fernsehurteilen des Bundesverfassungsgerichts.

Man mag darüber streiten, ob durch die Gebührenhoheit der Länder die Programmhoheit unzulässig eingeschränkt wird; der Streit ist bisher nicht ausgetragen worden. Solange gilt jedenfalls für eine Programmausweitung innerhalb eines Landes die Kompetenz kraft Sachzusammenhanges, also die Zuständigkeit des Landtages, der ja die für eine solche Expansion erforderlichen Geldmittel, also eine Gebührenerhöhung, beschließen müßte. Will jedoch eine Landesrundfunkanstalt über die Landesgrenzen hinaus Sendeeinrichtungen anderer Bundesländer in Anspruch nehmen, so bedarf sie dazu der Einwilligung des Trägers der Gebietshoheit, also des anderen Landes. Für den Rundfunksektor haben die Bundesländer diese notwendige Ermächtigung ihren Landesrundfunkanstalten mit dem sog. Koordinierungsabkommen vom 17.4.1959 generell erteilt. Auf Grund dieses Länderabkommens schlossen dann die Rundfunkanstalten ein Verwaltungsabkommen, den sog. Fernsehvertrag vom 2. 7. 1964, der ausdrücklich auf das Koordinierungsabkommen Bezug nimmt und bis heute die Zusammenarbeit und die Anteile am 1. Fernsehprogramm regelt.

Es ist bisher unbestritten, daß der Fernsehvertrag ersatzlos entfallen würde, wenn die gesetzliche Grundlage – das Länderabkommen vom 17. 4. 1959 – zum Beispiel durch Kündigung wegfiele. Ohne erneute Zustimmung ihrer Länder könnten die Landesrundfunkanstalten kein neues gemeinsames Fernseh-Programm gestalten.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Walther,
Zuschauervereinigung AFF, Köln

Maßhalten!

„Die Unersättlichen": WELT vom 7. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

man muß die Kühnheit bewundern, wenn schon wieder bei ARD und WDR nach einer Gebührenerhöhung gerufen wird. Mit dem Verschludern der Gebührengelder muß vor allen Dingen Schluß gemacht werden. Um nur ein Beispiel zu nennen: Müssen bzw. mußten bei der Sendung „Auf los geht's los" immer so aufwendige Auslandsreisen bis an das Ende der Welt ausgespielt werden? Ist es nicht Schwachsinn, wenn bei der 59. Ausstrahlung der Kandidat 6600 Mark gewinnt und der Telefonpartner, der absolut nichts zum Gewinn des Kandidaten beiträgt, da er ihm durch Ahnungslosigkeit nicht helfen kann, noch einmal den gleichen Betrag gewinnt?

Maßhalten ist heute in Deutschland zu einer kaum noch erreichbaren Tugend geworden, aber man muß doch wohl erwarten können, daß mit den den Anstalten übergebenen Geldern der Hörer und Seher vernünftig umgegangen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Martin,
Bad Harzburg 1

Wort des Tages

„Wer nicht zuweilen zuviel empfindet, der empfindet immer zuwenig."

Jean Paul, deutscher Autor (1763–1825)

Rote Bildung

„Im Streit um den Paragraphen 116 ergreift jetzt auch die GEW Partei": WELT vom 11. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

war der Bürger bisher noch in dem Glauben, der Unterricht an unseren Schulen sei Sache der Kultusminister und Lehrer, so will man ihn jetzt wohl eines Besseren belehren.

Folgen die Lehrer dem Aufruf der GEW, in deren Sinn den Paragraphen 116 des AFG an den Schulen zu lehren, dann ist das der wohl nicht mehr erste, sondern eher letzte Schritt auf dem Weg in den Gewerkschaftstaat.

Hier sind ordnungspolitische Maßnahmen notwendig. Auch als Hilfestellung für alle jene Lehrer, denen neutrale Unterrichtsgestaltung noch immer eine Herzens- und Charakterangelegenheit ist. Dieses sollten die verantwortlichen Politiker, wenn auch spät, so hoffentlich nicht zu spät, erkennen.

Mit freundlichem Gruß
Heinrich Strack,
Holtland

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

sicherlich unbestritten ist, daß die politische Bildung zur Aufgabe unserer Schulen gehört. Woran hat sich diese politische Bildung zu orientieren? Ich will drei wichtige Punkte nennen: die Einsicht, daß keiner, auch der letztlich Entscheidende nicht, im Besitz der absoluten Wahrheit ist; die Respektierung bestimmter ethischer Maßstäbe im politischen Prozeß; die Bereitschaft, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. Politische Bildung in der Schule muß diese Kategorien mit Leben füllen. Kritik üben kann nur verantwortungsvoll, wer sich über den Gegenstand der Kritik in ausreichender Form informiert hat, und zwar nicht einseitig informiert hat. Die unterschiedlichen Standpunkte müssen ausgewogen geprüft werden. Gerade der Lehrer steht hier in der Pflicht, eine objektive Information für die Schüler zu ermöglichen. Diesem Anspruch handelt die GEW, wie Ihr Artikel eindrucksvoll belegt, fahrlässig entgegen. Politische Meinungsbildung darf nicht zur Meinungsmache verkommen. Dies gilt unabhängig vom jeweiligen politischen Standpunkt.

Mit freundlichen Grüßen
Hermann Kroll-Schlüter, MdB, CDU

Unsinn

„Man muß über den geschichtlichen Themenkanon neu nachdenken": WELT vom 10. Februar

Sehr geehrte Herren,

„Deutscher Faschismus" oder „Italienischer Nationalsozialismus" – Sinn oder Unsinn, das ist hier die Frage. Nicht so für Herrn Grolle. Er gibt sich wissenschaftlich und kann dabei sein ideologisches Süppchen kochen.

Ein Blick in die kommunistische Presse genügt, um zu wissen, daß das Wort „faschistisch" zur Indoktrination gehört, gebraucht für alles, was als feindlich angesehen wird. Die Fähigkeit der Kommunisten, dialektisch die Wahrheit auf den Kopf zu stellen, ist dabei oft verblüffend. Da gibt es einen „Demokratischen Sektor" in Ost-Berlin – aber ohne Demokratie –, ein „Museum der faschistischen Wehrmacht" – die es nie gegeben hat – und so fort.

Die Mitglieder der sich „antifaschistisch" nennenden Grüppchen und Vereine sind rosenrote Kommunisten. Herr Grolle befindet sich also in bester Gesellschaft.

Wir wollen eine Schule in Hamburg, die Deutsch als erstes, unabwählbares Hauptfach führt, wo man nicht vom „Stress" „frustiert" sich „informiert", sondern eine saubere deutsche Sprache spricht. (Wenn Herr Grolle daran zweifelt, sollte er sich von Helmut Schmidt beraten lassen). Und wir wollen an unseren Schulen einen Geschichtsunterricht, der die Vermittlung der Tatsachen mit der Liebe zu unserer Heimat, zu unserem Lande verbindet.

Dabei hat man wohl bei dem Kosmopoliten Grolle, der dem Soldaten feind ist und Kasernen schließen möchte, der sich des kommunistischen Jargons bedient, den Bock zum Gärtner gemacht.

Mit freundlichen Grüßen
Wolf Dietrich Thiel,
Barsbüttel/Stormarn

Personalien

ABSCHIED

Tadeusz Olechowski, bisher polnischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, kehrt nach Warschau zurück. Olechowski ist seit 1983 hier tätig. In Warschau wird er wieder den Posten des stellvertretenden Außenministers übernehmen, ein Amt, das er bereits vor seiner Ernennung zum Botschafter in Bonn innehatte. In den Bereich des stellvertretenden Außenministers Olechowski fallen in Zukunft vor allem europäische Fragen. Am 28. Februar reist der Diplomat in seine Heimat. Ein Nachfolger wurde von seiner Regierung bisher nicht benannt.

EHRUNGEN

Der frühere Apostolische Visitator der Ermländer, Prälat **Paul Hoppe**, 85 Jahre alt, wurde von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Den Orden überreichte in Freiburg Weihbischof **Wolfgang Kirchgässner**. In der Bundesrepublik leben rund 100 000 Ermländer. Prälat Hoppe half ihnen mit Rat und Tat, hier nach der Vertreibung eine neue Heimat zu finden. Bis zum 75. Lebensjahr war Paul Hoppe Apostolischer Administrator der Ermländer, davor, in den Jahren 1957 bis 1972, Kapitularvikar für die Ermländer. Dieses Amt erlosch mit der Neuordnung der ostdeutschen Diözesen und der Ernennung eines Bischofs von Ermland.

*

Hauptmann **Dieter Berg**, einer der erfahrensten Piloten des Hubschrauber-Transportgeschwaders 64 der Bundeswehr, wurde auf dem Fliegerhorst Ahlhorn, Oldenburg, ausgezeichnet. Er erhielt das Verdienstkreuz am Bande. Der 52jährige Hauptmann absolvierte bisher 5500 Flugstunden unfallfrei.

ERNENNUNGEN

Dagmar Hiltscher, seit 1972 als Fotografin an der Ruhr-Universität Bochum tätig, wurde in Bochum zur ersten Frauenbeauftragten an einer Hochschule in der Bundesrepublik gewählt. Aufgabe der Frauenbeauftragten wird es sein, dem Senat in den nächsten zwei Jahren regelmäßig Berichte über die Situation der Frauen an der Uni vorzulegen. Es geht unter anderem um Verbesserungsvorschläge bei der Studiensituation von Frauen und auch um Einstellungsfragen. Dagmar Hiltscher, 35, arbeitet am Lehrstuhl für Experimentalphysik bei Professor **Dr. Haro von Buttlar**.

*

Professor **Dr. Bernhard Maidl**, Inhaber des Lehrstuhles für Bauverfahrenstechnik und Baubetrieb an der Ruhr-Universität Bochum, wurde von der Tongji-Universität in Shanghai zum beratenden Professor berufen. Die Chinesen würdigten die großen Verdienste des Bochumer Tunnelbauspezialisten, der sich der Förderung der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Universitäten Bochum und Shanghai in den letzten Jahren besonders erfolgreich angenommen hatte. Professor Maidl ist seit vielen Jahren international als Tunnelbauspezialist und als hervorragender Fachmann auf dem Gebiet der Geomechanik anerkannt.

*

Dana Nimmo Hartland-Swann hat seine Tätigkeit als neuer Generalkonsul Großbritanniens in Frankfurt aufgenommen. Sein Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg.

GEBURTSTAG

Friedrich Wittig, Mitbegründer des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, feierte gestern seinen 80. Geburtstag. Der Hamburger Verleger war von 1962 bis 1965 Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels. Wittig ist gebürtiger Berliner. Er gehörte schon in jungen Jahren zur Bekennenden Kirche und brachte während dieser Zeit als Verlagsleiter des evangelischen Wichernverlages unter anderem das Werk „Antwort auf den Mythos" des Theologen Walter Künneth heraus. Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete er in Hamburg den christlichen „Friedrich Wittig Verlag". Zum Kernprogramm des Verlages gehört seit 1946 das jährlich erscheinende Losungsbuch der Herrnhuter Brüdergemeine. 1949 stiftete Wittig mit einer zunächst kleineren Gruppe von Verlegern den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. 1950 wurde der Preis zum ersten Mal an den Lektor und Schriftsteller Max Tau vergeben. Der Preis wurde später vom Börsenverein getragen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanno Giesken, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich [illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich [illegible]

N. Matern dokumentiert den Untergang Ostpreußens

Bomben auf Königsberg

Der Untergang Ostpreußens im Zweiten Weltkrieg, jener östlichsten Provinz des Deutschen Reiches, die fast so groß war wie die Schweiz, gehört zu den größten Tragödien der Geschichte. Das Leiden und Sterben der Menschen im eingeschlossenen Kampfgebiet, auf der Flucht über zugefrorene Haffs, über die Nehrungen und aus den Häfen mit ihren Schiffskatastrophen ist in seinem Grauen heute kaum noch vorstellbar.

Auch die in 700 Jahren entstandene Architektur der Städte mit ihren Kulturdenkmälern, Museen, Bibliotheken und Gemäldegalerien sank in Schutt und Asche oder wurde geplündert. Nur wer Ostpreußen noch im Frieden erlebte, kann über Land und Leute, Kunstschätze und Schlösser, kurz, über den ganzen kulturellen Reichtum des Landes berichten und



ihn mit gerettetem Archivmaterial oder mit Fotos belegen. Doch die Angehörigen der Erlebnisgeneration werden immer weniger.

Es ist daher dankenswert, daß der Droste-Verlag in der Reihe „Fotografierte Zeitgeschichte" nunmehr auch Ostpreußen und seinen sieben größten Städten einen besonderen Band widmet. Man spürt auf jeder Seite, mit welcher Heimatliebe der Autor Norbert Matern über seine Geburtsstadt Braunsberg berichtet, über Königsberg, Allenstein, Gumbinnen, Insterburg, Memel und Tilsit.

Der Autor verbindet geschichtliche Rückbesinnung auf sieben Jahrhunderte deutscher Kultur, seit Konrad von Masowien Anfang des 13. Jahrhunderts den Deutschen Ritterorden in das Land zwischen Weichsel und Memel rief, mit Schilderungen von Zeitzeugen. Es sind dabei nicht die großen Ereignisse, die in den Mittelpunkt rücken, sondern vielmehr die sehr persönlichen Erfahrungen der einfachen Leute, der Mütter und Kinder, die in den Bombennächten und bei der Flucht plötzlich auf sich selbst gestellt waren.

Dazu kommt eine erstaunliche Fülle guterhaltenen Fotomaterials. Der Autor dokumentiert, wie die ostpreußischen Städte in Friedenszeiten blühten und wie sie im Krieg zerstört wurden. Das wird in erschütternder Weise deutlich. Immer wieder sieht man Orte und bestimmte Gebäude in ihrer früheren Schönheit und dann als Ruinen des Krieges. Das gilt besonders für Königsberg.

Matern widerspricht auch der weit verbreiteten Ansicht, daß die Ostpreußen bis zu Flucht und Vertreibung nur wenig vom Krieg gespürt hätten, weil sie von Bombenangriffen verschont blieben. Mancher erfährt hier zum ersten Mal, daß britische Geschwader von Lancaster-Bombern bereits im August 1944 die Hauptstadt Königsberg schwer zerstörten, bevor im April 1945 die Rote Armee der Krönungsstadt Preußens den Todesstoß gab. Parallelen zur sinnlosen Zerstörung Dresdens im Februar 1945 durch die gleichen Bombertypen drängen sich auf. Aber auch Allenstein, Braunsberg, Gumbinnen, Insterburg und Tilsit hatten schon in den ersten Kriegsjahren schwere Luftangriffe durch die Sowjets zu ertragen.

Den Höhepunkt der Katastrophe bildete jedoch die überstürzte und mangelhaft organisierte Räumung dieser Städte vor der herannahenden Sowjetarmee und ihren Grausamkeiten gegenüber der Zivilbevölkerung. Die geschilderten Einzelschicksale sind exemplarisch für Millionen anderer. Der Autor hat dies alles als Junge erlebt, der Rezensent als Infanterieoffizier einschließlich der Kämpfe um Braunsberg und Heiligenbeil bis Pillau. Ich habe diese fotografierte Zeitgeschichte daher mit innerer Bewegung gelesen.

Es ehrt den Autor, daß er niemanden anklagt, aber dazu beitragen will, einen besonderen Zeitabschnitt Ostpreußens vor dem Vergessenwerden zu bewahren. Dieser Bildband sollte in allen Schulbibliotheken greifbar sein. Es wäre manchem Pädagogen zu empfehlen, zumindest das Gedicht von Agnes Miegel „Abschied von Königsberg" zu lesen und sich in das darunter befindliche Bild vom zerstörten Königsberg zu vertiefen, damit kommenden Generationen gleiches Leid erspart bleibe.

ERICH MENDE

Norbert Matern: „Ostpreußen – als die Bomben fielen", Droste-Verlag, Düsseldorf, 120 S., 140 Abb., 49,80 Mark.



Aus der Schatzkammer präkolumbianischer Kultur: Eine Gruppe sitzender Figuren aus Ton (Kolumbien, Quimbaya-Quindio, 500–1600 n. Chr.) FOTO: NICOLAS MONKEWITZ

Zürich: Die Stiftung Altamerikanische Kulturen hat ihre Arbeit aufgenommen

Es war ein Floß aus purem Gold

Altamerika hat ein neues Wertfach in Zürich. In der Hadlaubstraße sind seit kurzem präkolumbianische Schätze von seltener Schönheit beheimatet. „Grüß Gott, es ist jemand unten, Sie können sich gleich umsehen", so begrüßt uns Herr Burri. Das klingt nicht nach Tresorwächter. Er, der Kurator der Stiftung Altamerikanische Kulturen, wendet sich wieder seinem Laborraum zu.

Am Anfang, so die neue Museumskonzeption, steht der Alleingang durch die neue Alte Welt. Eine Wendeltreppe führt hinunter zum Hauptraum. Unvermittelt findet man sich hier, jetzt selbst zum Mittelpunkt geworden, aus zahlreichen Vitrinen bestaunt, belächelt, ja, bedroht. Kobolde gucken mit aufgerissenen Augen herüber, fingergroße Gnome haben sich im Halbkreis versammelt. Tierblicke fixieren mit Edelsteinaugen jeden, der kommt. In diesem Moment spielt Zeit keine Rolle. Man hat wohl deshalb darauf verzichtet, den Reigen durch Schildchen, Etiketten und Wegweiser zu stören. Vor den Antworten sollen sich die Fragen bilden, individuell und ohne Hast. Dann genügt ein Wink, und man hat den Fachmann an seiner Seite.

Ein Terrakottagrüppchen, das sich gemütlich niedergelassen hat, stammt aus dem Hochland von Ecuador. Die Gelassenheit auf den herben Gesichtszügen erklärt sich durch die Kokakugel, die jeder im Mundwinkel verbirgt. Seit Jahrtausenden in Höhenlagen zum Überleben gebraucht, gerät Koka heute mehr und mehr unter staatliche Kontrolle. Kulturbedrohend für diejenigen, die mit der Pflanze umgehen können – und müssen. Den Bezug zum heutigen Leben herzustellen ist Hauptanliegen der Stiftung. Seminare und Labors sind Teile einer großzügigen Infrastruktur. Dem Besucher soll kein endgültiges Bild vorgesetzt werden, man will ihn vielmehr zum permanenten Suchen anleiten. Die Stiftung versteht sich darum als Dienstleistungsunternehmen, das Erwachsene ebenso gerne berät wie Schulklassen.

Von den Narinios hinunter ins Tiefland sind es hier nur Armlängen. Man sieht es den wohlfrisierten Figürchen von Valdivia nicht an, welchen Wirbel sie in der Fachwelt ausgelöst haben. Sie nehmen es gelassen hin, daß sie mehr als 5000 Jahre vor Kolumbus schon an Ort und Stelle gewesen sind.

Nebenan gibt man sich gesetzter. Schriftzeichen hatten sie nicht nötig, um ihre Macht zu zeigen, denn jeder Zoll der armgroßen Priester ist gespickt mit Standessymbolen. Und am Kopfputz sind die mittelmeerischen Spondylusmuscheln zu entdecken, die ihres Rotstiches wegen geschätzt waren. Einflüsse und Ausstrahlungen ferner Kontinente sollte man trotzdem nicht überbewerten. Frappierender ist die große Ähnlichkeit der Kunst- und Schmuckstücke aus Gold, die diese frühen Völker schufen. Eisen hätte vielleicht die gleiche Stellung einnehmen können, wäre es genauso leicht zu verarbeiten. In Amerika aber ist es das Gold. Und die Schatzkammer ist randvoll.

Eine Altarseite weckt Goldrauschvisionen von El Dorado. Das Floß aus purem Gold hat hier angelegt. Der Fürst, gesalbt mit goldstaubgesättigtem Palmöl, wartet, hinaus auf die Lagune von Guatavita gerudert zu werden. Dort wird er ein Bad nehmen und, als Statue eintauchend, zurückverwandelt werden zum Kaziken. Das beflügelte vor Jahrhunderten die Phantasie der Konquistadoren – und ihre Gier. Geblieben ist davon ein Abglanz. Aber er kann immer noch blenden. WERNER STRÄSSLER

Die Stiftung Altamerikanische Kulturen, Hadlaubstr. 106, Zürich, ist jeweils donnerstags von 14 bis 20 Uhr oder nach Vereinbarung (Tel.: 00411 / 36 17 700) geöffnet.

Hannover: „Produktkonsum oder Baukultur?"

Lob der Handwerkskunst

Architektur morgen: Produktkonsum oder Baukultur?" Das war das Motto des Forums des Bundes Deutscher Architekten (BDA) auf der Constructa 86, der internationalen Bau-Fachmesse in Hannover. Wie brennend die Frage ist, machte ein Rundgang durch die Ausstellungshallen klar. Dinge, die der Forderung nach einer Baukultur gerecht würden, gab es kaum. Es überwogen der schöne Schein, das Unechte, die Kopie von schon vielfach Kopiertem, Architektur ohne Architekt aus zweiter und dritter Hand.

„Gibt es denn keinen Anstand, keine Ehrlichkeit mehr? Hat das Handwerk den Boden unter den Füßen verloren? Soll es wirklich so sein, daß die Dinge um uns herum nicht mehr sprechen, sondern nur noch brüllen? Bilden sich die Hersteller solcher Machwerke wirklich ein, die Summe ihrer Produkte ergebe ein Haus?" Die Betroffenheit von Dieter Wieland steckte an. Der Grundton des Forums konnte deshalb nicht allzu optimistisch sein.

Dennoch scheint sich eine neue Periode des Bauens zu eröffnen. Man sprach wieder von Baukultur. Die Suche nach neuen Wegen zur Baukunst hat offenbar begonnen. Mit ihr geht das Bemühen einher, die tiefe Kluft zwischen Architektur und Bürger zu schließen. Baukunst, im kleinen wie im großen, sei es als Schule, Wohnhaus oder Rathaus, ist lebensnotwendig. Welche Eigenschaften sie haben müsse, ob sie mit der Entwicklung zur Verbrauchsgesellschaft in Einklang zu bringen sei oder ob sie sich gegen sie stemmen müsse, danach zu fragen, war höchste Zeit.

Die Antworten waren insgesamt eindeutig: Baukunst als reines Industrieprodukt ist nicht mehr denkbar. Dennoch kann sich Baukunst nicht aus dem Alltag herauslösen. Sie muß die Technik ihrer Zeit benutzen, aber nicht wahllos, sondern wertend, also in gewissen Grenzen. Die Aufgabe der Industrie ist es, für alle Gewerbe Halbzeuge zu liefern. Diese formbaren, weiterzuverarbeitenden Halbfabrikate erhalten ihr endgültiges Aussehen dann erst durch das gestaltende Handwerk.

Das Handwerk selbst sieht seine Zukunft an eine lebendige Baukultur gebunden, erläuterte Franz Fuchs, der Präsident der Handwerkskammer für Unterfranken. Ohne sie verliert es seine Lebensgrundlage. Das Fertigprodukt aus der Fabrik zerstört mit der Baukultur auch das Handwerk. Der Wettbewerb zwischen Fabrik und Werkstatt ist allerdings ein ungleicher. Hohe Lohnnebenkosten machen das Handwerk teuer. Deshalb schlug Fuchs eine gerechtere Verteilung der Sozialabgaben vor, die auch die Maschinenstunde in der Fabrik belasten sollte. Außerdem verschärften flüchtige Angaben seitens der Architekten den Wettbewerb mit der Fabrik, weil sie den Handwerker in die Rolle des Vertreibers und Monteurs von Fertigprodukten zwängen.

Bauen sei immer ein überaus harter Eingriff in den Naturhaushalt, betonte der Bonner Architekt und Politiker Walter Sauermilch. Ökologisches Bauen gibt es also nicht. Nur als hohles Schlagwort. Der Eingriff muß aber in engen Grenzen gehalten werden. Angesichts der Vernichtung um uns herum hat sich dafür ein geschärftes Bewußtsein gebildet. Für die Beurteilung von Baukosten sollten deshalb nicht nur vordergründig wirtschaftliche Gesichtspunkte gelten. Ein Baustoff wird gewonnen, transportiert, verbaut und eventuell eines Tages wieder vernichtet. Der ganze Kreislauf müsse zum Gegenstand der Kostenermittlung werden. Vom Bauen der Zukunft sei deshalb zu fordern: geringer Stoffaufwand, geringer Energieeinsatz und die Wiederverwendbarkeit des Materials.

Identität ist nur im Bleibenden zu verankern. Diese Erkenntnis, so der Präsident des BDA, Wilhelm Kücker, verlangt Materialien mit der Fähigkeit zu altern, Materialien, die mit der Zeit nicht schäbig, sondern schöner würden. Das sind die natürlichen Baustoffe. Nur im Bleibenden kommt Baukultur zustande. Das flüchtige Ergebnis ist das Abbild ebenso flüchtiger Gedanken. Es ist mit der Vorspiegelung des Massenbedarfs und seinen Wegwerflandschaften verschwistert. Die Rationalisierung des Bauens hat in der Rationalisierung der Planung ihre Entsprechung. Die meisten Architekten verdienten deshalb ihren Namen gar nicht mehr. Baukultur kann nur blühen, wenn es ein lebendiges Berufsethos aller Bauleute gibt.

Ohne eine grundsätzliche, ohne eine ethische Haltung ist Baukultur also nicht denkbar. Diese Einsicht durchzog alle Vorträge. Daß sie auch zu zeigen versuchten, wie eine solche Haltung aussehen und zeitgemäß gelebt werden kann, das ließ mit Optimismus von diesem Forum des BDA scheiden. HINRICH STORCH

Auf der Suche nach Identität: Das Fernseh-Spiel

Zucker im Benzintank

Was eigentlich ist das Fernsehspiel, das heute in vieler Fernsehmenschen Munde ist? Man weiß eigentlich nur, was das Wort „Spiel" meint, nämlich das, was es im Begriff Lustspiel oder Trauerspiel ist: eine dramatische Kunstform. Ist also Fernsehspiel eine dramatische Kunstform des Fernsehens? Aber schon diese Frage gabelt sich bei näherem Zusehen auf. Ist es eine dramatische Kunstform *im* Fernsehen oder *für* das Fernsehen? Also: Was hat das Fernsehspiel mit dem Fernsehen gemein außer der Distribution?

Man muß da etwas zurückgehen. Zunächst einmal die schlichte Erinnerung daran, daß zuerst das Fernsehen erfunden und in die Welt gesetzt wurde und dann erst sich seine Inhalte einfanden. Der neue Verteilungsapparat suchte seine Fracht, er suchte sie im Theater, auch im Kino, aber er mußte eine schwer handhabbare Technik benutzen, er mußte in der ersten Zeit mit lichtschwachen und kaum beweglichen Aufnahmegeräten in kleinen Räumen dicht zusammengedrängte Darstellergruppen in einem Zuge aufnehmen und ihr Bild weiterleiten.

Dieser Zwang trennte das Fernsehen (als dramatisches Medium) vom Theater und vom Kino gleichermaßen. Die Dramaturgie und Regie verloren die Weite, der Darsteller sprach nicht mehr in die offene Arena des Theaters, sondern zielte mit Augen, Mund und Ohren punktuell auf Linse und Mikro, sein Schritt war gehemmt, und allen miteinander saß der böse Geist des kleinen Bildschirms im Nacken. Manche dachten auch mal nach über die Zuschauer, für die das arrangiert wurde, die saßen nämlich nicht mehr in einer gemeindeähnlichen Versammlung vor dem Spiel, sondern zu zweit oder dritt zwei Meter vor der grauen zweidimensionalen TV-Bühne. Das Massenmedium bröselte sich auf in unzählige kleine Familienbesuche.

Die Technik war erfunden, doch es fehlten die Inhalte

Daran war zu denken, alles war neu und unerprobt. Indes, die Technik, die dem eigentlichen Sinn des Unternehmens auch hier weit voraus war, beseitigte etliche der Einengungen. Die Kameras wurden leichter, beweglicher und lichtstärker, die neue E-Kamera kam auf und war bald ebenfalls munter dabei, sich über und unter und neben und hinter das Objekt zu begeben. Und das Fernsehspiel geriet in eine Art von Annäherung durch kleine Schritte neben den Spielfilm und die Bühne.

Die Bühne blieb bei ihrer Reproduktion mittels immer wieder neu gespielten Originalaufführungen, eigentlich wiederholte sie lauter Premieren. Anders der Film. Auch er spielte wie das Fernsehen „in die Linse" hinein, auch er war reproduzierbar, auch er konnte – und hatte es zur Kunst erhoben – geschnitten und nach dramaturgischen Plänen zusammengefügt werden, er war ein Kind der Montage. Die Blutsverwandtschaft zwischen Fernsehspiel und Spielfilm war leicht erkennbar.

Schneller Konsum statt ästhetischer Werte

Man suchte eine bildschirmgenuine Dramaturgie, es war die Rede von einer eigenständigen „TV-Poesie". Doch dann kam das Kinosterben, Spielfilmmacher und Fernsehproduzenten rückten zusammen, besahen ihr Handwerkszeug und versuchten gemeinsame Produktionen. Die Kooperation begann.

Freilich verwischte sich alles, was als fernsehgenuin gegolten hatte; auch der Spielfilm nahm – notgedrungen – Rücksicht auf die geringere Auflösung des Fernsehbildes und die kleinen Ausmaße des Schirms, die Regisseure begannen, an einer Eigenständigkeit des Fernsehspiels zu zweifeln. Die theoretische Unterscheidung war zwar definierbar, aber im Effekt nicht wahrzunehmen.

Dann kamen die Jahre der allgemeinen Absage an die Differenziertheit in Kunst und Leben, die Jahre, die nur goutierten, „was Sache war". Der Bedarf der Fernsehanstalten an nachdenkensfreien Produktionen wuchs mit dem wachsenden Konkurrenzdruck. Der Trend zur schnellen Konsumierbarkeit löste die ästhetischen Werte auf. Das Fernsehspiel geriet in den Winkel der großmütigen Toleranz, und da jeder Spielfilm, auch der trivialste, genug bewegte Bilder zeigte, griffen die Fernsehmenschen in den Anstalten danach: Für Millionen und Abermillionen kauften sie die schäbigen Produkte aus Übersee auf, die sicherlich gut genug waren, anspruchsarme Mitmenschen an die Werbespots der Seifenherren zu locken. An der Stelle des Fernsehspiels alter Art machen sie sich aus wie Zucker im Benzintank: Nichts gegen Zucker im Prinzip, aber der Motor läuft nicht.

Wenn der Wagen Fernsehen trotzdem läuft, so täusche man sich nicht: Bergab braucht man keinen Motor.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Dekadente Gefühlswelt

Einen Namen hat sie sich hauptsächlich als Freundin von Jean-Paul Belmondo gemacht: Laura Antonelli. Als femme fatale, die ihre Liebhaber ins Unglück stürzt, versuchte sie sich, wieder einmal, als Schauspielerin in dem italienischen Film **Ein göttliches Geschöpf** (ZDF), der in deutscher Erstaufführung zu sehen war.

Regisseur Giuseppe Griffi zeigt eine morbide Dreiecksgeschichte, in der sich Manuela (Laura Antonelli), ihr Liebhaber Graf Daniele di Bagnasco (Terence Stamp) und Ex-Liebhaber Michele Barra (Marcello Mastroianni) gegenseitig zerstören. Dabei verschwimmt die dekadente Gefühlswelt – eingebettet in stilvollem Dekor – in blassen Dialogen. Zu ästhetisiert ist die Szenerie, in der jedes Kleid, jeder Anzug peinlich genau mit der Dekoration harmonierte; zu schlecht sind die Schauspieler, selbst der sonst so exzellente Marcello Mastroianni, um den Verfall der Werte, das Ende jeglichen Moralgefühls und schließlich auch die Unfähigkeit, zu sich selbst zu finden, adäquat vorführen zu können. Da hatte Griffi zu viel in einen 100minütigen Film hineingepackt.

Überfordert ist vor allem Terence Stamp mit der Darstellung eines gebrochenen, von seiner Geliebten verlassenen Menschen: Kokain und Morphium deuten wachsende Verzweiflung an. Aufgezwungen erscheint da auch die Symbolträchtigkeit der zerstörten Gefühlswelt: Im Gleichschritt mit der dramatischen Zuspitzung der Situation dringt der Faschismus vor. Und während aus seinem Salon ein Jubellied auf den Faschismus angestimmt wird, jagt sich Bagnasco eine Kugel in den Kopf. Ein flaches Ende, passend zu einem faden Film.

HANNE-LORE HEILMANN

Planstellen für das Mittelmaß

Eine Dreiviertelstunde lang wurde die Situation der Hochbegabten in unserem Lande beleuchtet. **Die mit den hellen Köpfen** (ARD) haben ein Anrecht auf die gleiche Förderung wie die Schwachen am anderen Ende der Intelligenzskala. So lautete das Fazit, dem nichts hinzuzufügen ist. Doch die Verhältnisse bei uns, die sind nicht so. Denn im Laufe der Sendung wurde es den Zuschauern klar, daß die Verwirklichung dieses Teils vom Recht auf freie Entfaltung bei uns nur ganz selten möglich ist.

Massen-Schulen und -Universitäten im Verein mit wuchernder Bürokratie und lang nachwirkender Ideologisierung haben auf Jahre hinaus bei uns die Eliteförderung fast unmöglich gemacht. Erst in Ansätzen beginnt sich wieder Leben zu regen.

Was für ein Paradies tat sich für einen Studenten auf, der in überfüllten Vorlesungen und Seminaren keinen Kontakt zum Professor mehr bekommt, als er Kommilitonen in USA sah, die nach der Vorlesung *privatissime* mit ihrem Lehrer weiter diskutieren können. Vor allem aber enthielt der Beitrag viel Anschauungsmaterial für Politiker und sogenannte Bildungsexperten, die uns diesen Schlamassel in erster Linie dadurch eingebrockt haben, daß sie eine Bildungsstruktur geschaffen haben, wo nur noch die Masse und das Mittelmaß Trumpf sind und wo die einzigen, denen man überzeugt Förderung angedeihen läßt, die Schwachen sind. Viele Gute wandern ab, wenn wir Glück haben in die heimische Industrie, meistens jedoch in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Das Mittelmaß sitzt hingegen warm auf lebenslangen Planstellen und zieht weiteres Mittelmaß heran. Wie lange wir uns das wohl noch leisten können?

PETER PHILIPPS

STUDIO

Die Weltrechte an der vom Norddeutschen Rundfunk (NDR) produzierten vierteiligen Serie **Royalty**, die das Leben im britischen Königshaus im Laufe des Jahres 1985 schildert, hat die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS erworben. Einen entsprechenden Vertrag unterzeichneten der stellvertretende Intendant des NDR, Jobst Plog, und der Programmdirektor Fernsehen, Rolf Seelmann-Eggebert. CBS erhält die Rechte zum Vertrieb in allen Ländern der Welt mit Ausnahme des deutschsprachigen Raums. Für den NDR bedeutet dieser Verkauf den bislang größten Erfolg auf dem internationalen Markt. dpa

*

Das Landesfunkhaus Schleswig-Holstein des NDR schreibt wieder einen **Filmpreis für Amateure** aus. Das Thema des Wettbewerbes für 1986 lautet: „Schleswig-Holstein: Frauen in der Gesellschaft". Die Film- oder Videoproduktionen sollen nicht länger als fünf Minuten sein. Die prämierten Produktionen werden im „Schleswig-Holstein-Magazin" gesendet. Informationen erteilt der NDR, Landesfunkhaus Schleswig-Holstein, Postfach, 2300 Kiel 1. DW

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Liebling – Kreuzberg
1. Teil: Der neue Mann
11.10 Arme Welt – Reiche Welt
11.55 denkmal
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Lebenswege
„Kinderladen – Elternladen Der Rote Teddy und seine Folgen" nennt sich Didi Benoits Auftaktfolge zu dieser neuen fünfteiligen Dokumentationsreihe des NDR-Frauen- und Familienprogramms. Dabei werden Menschen unterschiedlichen Alters vorgestellt, die über ihre Erfahrungen im Zusammenleben mit ihren Partnern und Verwandten berichten.
16.55 Spaß am Dienstag
Unterhaltungsmagazin
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Wer bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Monitor
Hafen der Illusionen – das Milliarden-Dollar-Projekt / Atombomben unterwegs – Gefahren der Nukleartransporte / Polnische Kinder als Zwangsarbeiter – von der Geschichte vergessen
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
Brüderliche Front
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Mit Hansjürgen Rosenbauer
Mit „Carmen" feierten Carlos Saura und Antonio Gades einen Welterfolg. Der neueste Film des Duos soll bei den Festspielen in Cannes seine Premiere haben. Wolf Hanke beobachtete die Dreharbeiten zu „El amor brujo", „Der Liebeszauber", nach Manuel de Falla. Weitere Beiträge: Die Lust der New Yorker an „gespieltem Verbrechen" und ein Theater im Nahen Osten.
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer mit Michael Sauer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Rate mal mit Rosenthal
Fröhliches Quiz für Leute wie du und ich
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Früh die ersten – abends die letzten ...
Über Arbeiterinnen vom Land berichtet Ursula Scheicher
Kamera: Klaus Keimer
Um vier Uhr früh stehen sie schon auf dem Dorfplatz, bereit zur Arbeit zu fahren. Das heißt: 200 Kilometer übers Land, vierzehn Stunden weg von daheim.
20.15 Edgar Wallace: Das Verrätertor
Deutsch-engl. Spielfilm (1964)
Mit Albert Lieven, Margot Trooger, Gary Raymond u. a.
Regie: Freddie Francis
Auf die Kronjuwelen im Londoner Tower hat es der Gangster Trayne schon lange abgesehen. Sie gelten zwar als diebstahlsicher, aber das macht für ihn die Aufgabe nur noch reizvoller.
21.35 Ratschlag für Kinogänger
„Ginger und Fred" von Federico Fellini
Vorgestellt von Michael Lentz
21.45 heute-journal
22.05 Der Versuch zu leben
Dokumentarfilm von Johann Feindt über die Unfallstation des Krankenhauses am Urban in Berlin-Kreuzberg
Aus der Redaktion „Kleines Fernsehspiel"
Kamera: Karl Siebig
23.35 heute

SAT 1

15.00 Perrine
15.30 Lassie
Neue Pächter
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh-Ranch
Trampas muß herhalten
18.00 Taxi
Bobby's Karriere
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Glücksrad
19.45 Love Boat
Anschl. APF Wetterblick
Danach: Ihr Wochenhoroskop
20.45 Hunter
Das Lysenko Syndrom
21.30 APF blick
22.15 F. A. Z. extra
22.45 S. T. E. P. IN
23.35 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Auf dem Weg nach Hollywood
Amerikanischer Spielfilm (1980)
Regie: Robert Mandel
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Der alte Richter
2. Die Bürgermeisterwahl
Fernsehserie von Fritz Eckhardt
20.30 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.22 Karlchen
19.20 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der Sträfling und die Witwe
Französischer Spielfilm (1971)
Mit Alain Delon u. a.
Regie: Pierre Granier-Deferre
22.02 RTL-Spiel
22.07 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

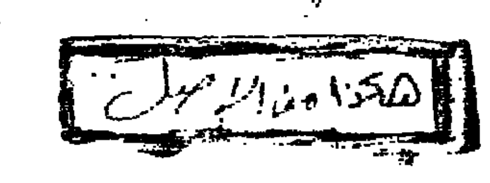
WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Nicaragua. Gespräche mit „Contras"
20.45 Rückblende
Vor 25 Jahren gerettet: Kölns Dionysos-Mosaik
21.00 Formel Eins
21.45 Speck oder Sozialisierung
Nachkriegsgesellschaft im Ruhrgebiet
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Going Bananas
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Formel Eins
19.15 Unsere Nachbarn – Die Baltas (5)
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Ein Wirtschaftsmagazin
21.00 Stadtgeschichten
Zeit der Illusionen
22.15 Dialog
Fritz J. Raddatz im Gespräch mit Günter Grass
23.15 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Frauen-Fragen
19.05 Formel Eins
20.00 Stumme Zeugen
Film von Daniel Christoff
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur – aktuell in Hessen
22.30 Die Menschenrechte des Auges
23.15 Tischtennis-Europaliga: Bundesrepublik – CSSR

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Traummusik
Deutscher Spielfilm (1940)
Regie: Geza von Bolvary
22.35 Englischkurs (7)
23.05 Wortwechsel
Volkstribun und Kämpfer an zwei Fronten
Gero von Böhm interviewt Gatsa Buthelezi
23.50 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Wie kommas denn?
20.00 Spiegelbilder
20.15 Klänge, die zum Himmel steigen
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Der goldene Schlüssel
Französischer Spielfilm (1967)
23.15 B III Sport aktuell
Tischtennis-Europaliga: Bundesrepublik – CSSR
0.00 Rundschau



Hört mehr Bücher!

A. W. – In Amerika wurden sie bereits zum Knüller: die „Hörbücher". Berühmte Texte, die Bibel etwa oder Tolstois „Krieg und Frieden", aber auch Neuerscheinungen, über die „man" spricht, sind als Sprechkassetten erhältlich und werden besonders gern von Autofahrern eingelegt, wenn sie mit maximal 55 Meilen durch die Weiten des Kontinents zuckeln. Doch auch Hausfrauen, die beim Anhören umhergehen, kochen oder putzen möchten, zählen zu den bevorzugten Abnehmern.

Bei uns ist der Autobahnbetrieb vielleicht etwas zu hektisch, um ausgerechnet zum Bibelanhören zu animieren. Auch gibt es die wachsamen Kulturkritiker, die den Konsum anspruchsvoller Literatur via Gehörgang und im Nebenbei als Oberflächlichkeit verdammen. Aber die deutschen Verlage sollten sich dadurch nicht abschrecken lassen, der Idee des „Hörbuchs" einmal näherzutreten.

Wer ein Buch unbedingt mit dem Auge und voller Konzentration selber lesen will, der könnte das ja auch nach Einführung des „Hörbuchs" tun. Es handelt sich also um die Gewinnung zusätzlicher Käuferschichten für anspruchsvolle Literatur, und da sollte die Entscheidung nicht schwer fallen. Lieber ein Buch etwas weniger gründlich anhören, als es überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen!

Schriftstellern und Verlegern winkt, wenn die Sache erst einmal einigermaßen etabliert ist und geschickt vermarktet wird, ein zusätzliches Geschäft, viele gute Vorleser können in Arbeit und Brot gesetzt werden, und den Rundfunkstationen erwächst begrüßenswerte Konkurrenz. Und das Beste: Hausfrauen- bzw. Hausmännerarbeit, heute noch allzu oft als „geisttötend" bemäkelt, sähe sich unversehens aufgewertet. Vielleicht würden sich sogar die Autobahnsitten unter dem Eindruck guter Literatur verbessern.

Die ganze Welt ein Merzbau: Kurt-Schwitters-Retrospektive in Hannover

Dem Pharao ein Automobil

Ein Jahr vor seinem Tod 1948 im britischen Exil hat Kurt Schwitters eine Collage geschaffen, die sich auf „Die heilige Nacht von Antonio Allegri, gen. Correggio" bezieht. Zwischen Ansichtskarten, Papierfetzen und Briefschaften sieht man den Kopf der Mutter Maria und einen Teil des Jesuskindes: Haltepunkt in einem Chaos, eine Botschaft zwischen lauter Mitteilungen, ein Bildrest inmitten von verbalen Fetzen. Und unter dem Bildrest die Anschrift des Künstlers, überlagert, fast unzustellbar gemacht. Am Ende seines Lebens war der witzige, wohlgemute, optimistische Kurt Schwitters längst der Tröstung bedürftig geworden.

Aber diese späte Collage, jetzt unter insgesamt 310 Arbeiten in der großen Kurt-Schwitters-Retrospektive (die zuvor in New York und London war) im Sprengel Museum Hannover zu sehen, zeigt auch eine wesentliche Konstante in seinem Werk: Die Bewältigung des Chaos hat Schwitters immer am ehesten der Kunst zugetraut. Das war schon so nach dem Ersten Weltkrieg, als Schwitters mit seinen Collagen und Assemblagen aus den inflationären Überresten einer verfallenden Welt streng komponierte Kunstwelten zusammenfügte. Das geschah, wie gesagt, noch voller Optimismus. Schwitters glaubte an die Vereinbarkeit der extremen Gegensätze und gab dem Banalen wie dem Sublimen einen gleichrangigen Stellenwert in der gleichsam musikalischen Komposition seines Werkes.

Schwitters hat gemalt und gedichtet, gefügt und gebaut, komponiert und Aktionen erfunden. Er hat versucht, eine ästhetische Gesamtwelt zu schaffen, die er unter dem charakteristischen Namen „Merz" zusammenfaßte, dem Relikt des Banknamens „Commerz" aus einer seiner Collagen. Es war weniger die formale Erfindung, die Schwitters mit der abstrakten Kunst und dem Dadaismus gemein hatte. Was Schwitters heraushebt aus dieser einerseits ideologisch-gläubigen, andererseits anarchisch verneinenden Geisteswelt der 20er Jahre, das war dieser Wille zum Konstruktiven jenseits bekannter Bauprinzipien. Schwitters hat sich immer wieder erbittert gegen die politisierenden Tendenzen des Dadaismus gewandt. Er ist aber auch nie in eine bloß auflösende, heiter verspottende Kulturfeindlichkeit verfallen.

Es ist kein Zufall, daß Schwitters sich in seinen Arbeiten gern auf traditionelle Kunstwerke und Kunstinhalte bezogen hat. 1919 etwa schuf er eine Collage, die ein vielfältiges Szenarium simultaner Erscheinungen bietet: den Kopf eines jungen Mädchens nach dem Kriege, ein Automobil vor der Jahrhundertwende, alte Ikonen und Madonnendarstellungen. Unterschrieben ist das mit dem Programmhinweis: „Die Handlung spielt in Theben und Memphis zur Zeit der Herrschaft der Pharaonen." Natürlich steckt da eine ironische Attitüde drin. Aber Schwitters denunziert ja nicht. Er läßt die unterschiedlichen Zeit- und Qualitätsebenen gleichberechtigt nebeneinander stehen. Er fügt sie zu einem „Gesamtbild", wozu natürlich auch die Aufhebung der zeitlichen Unterschiede gehört. Die Welt ist ein Kunst-Theater, die Handlung spielt in Theben wie in Hannover. Pharaonen sind allerorten.

Schwitters hat diese Grundgedanken wohl am schönsten und sinnfälligsten in seinem „Merzbau" realisiert, den leider der Krieg zerstörte und von dem in Hannover eine Rekonstruktion zu sehen ist. Dieser Bau ist eine Art Raumplastik, die einst von seinem Atelier aus die ganze Wohnung des Künstlers in Hannover einschließlich Kinderzimmer und Balkon überwucherte. Aus Holz und Gips schuf Schwitters Stalaktiten, Grotten, zauberhafte Ecken und Vorsprünge. Unter dem Gips verschwanden allerlei Gegenstände, künftigen Archäologen anvertraut. In den Grotten baute er ironische Szenarien auf wie einst die Oma auf dem Vertiko. Das Konstruktive und das Phantastische, das Rationale und das Irrationale flossen hier zusammen zu einem bewegt-bewegenden Lebensraum, getreu dem Schwittersschen Merz-Programm: „Beziehungen schaffen, am liebsten zwischen allen Dingen der Welt."

Die Ambivalenz von Konstruktion und lebendiger Offenheit bestimmte auch die Phase in Schwitters' Schaffen, in der er sich stärker dem Konstruktivismus näherte, also etwa der Zeit zwischen 1925 und 1940. Das Diktat des rechten Winkels mochte und konnte er nicht anerkennen. Immer wieder brechen Gegen-Formen ein. Die zusammengefügten Materialien – Holz, Maschinenteile, Abfälle – entfalten auch in der konstruktiven Anordnung ein Eigenleben, das die Rationalität durchbricht. Die blassen Farben fangen die Siegesstimmung des geplanten Bauens ab, mildern sie zu einer Art technischer Melancholie.

Gleichwohl ist diese Phase nicht die stärkste im Schaffen von Schwitters gewesen. Seine Arbeiten aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und den Jahren kurz vor seinem Tode haben ja gerade das Banale, Alltägliche in ein spannungsreiches Verhältnis zum Sublimen, Komplizierten gesetzt. Das gelingt ihm in den konstruktiven Werken keineswegs so einleuchtend. Notwendigerweise fällt hier das ironisch-liebevolle Spiel mit Inhalten und Bedeutungen weg. Das Material bleibt banal und wird auch nicht kompensiert von einem eindeutigen Triumph der Ratio.

Schwitters ist ein Spieler gewesen, nicht von der Art der Hasardeure, sondern von jener Spezies, die den Verfall mit sehen. „Wir spielen, bis uns der Tod abholt", schrieb er in einem seiner Briefe (unter diesem Titel erschien jetzt im Ullstein Verlag eine Briefauswahl aus fünf Jahrzehnten, 351 S., 9,80 Mark). Und das ist genau die Perspektive, unter der man auch sein Werk sehen muß: Die Balance zwischen Tragik und Glück herzustellen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Bis 20. April; Katalog: 40 Mark, im Buchhandel: 46,80 Mark; weitere Neuerscheinung: „Anna Blume und andere", Hrsg. von Joachim Schreck, DuMont Buchverlag Köln, 532 S., 39 Mark.



Überwucherte bald die ganze Wohnung in Hannover: Kurt Schwitters' erster „Merzbau", wie er 1933 aussah.



Schuf gleichsam musikalische Kompositionen aus den Resten der alltäglichen Bilderwelt: Kurt Schwitters (1933) FOTOS: KATALOG

Der Start des 16. Internationalen Forums des jungen Films auf der Berlinale

Hintergründe und Dornenvögel

Dies ist die Berlinale der Aufpasser, Wächer und Kontrolleure. Man erwehrt sich des Andrangs mit nicht ganz lockeren Methoden. Auch das Orakel vom „Delphi", dem Kino des Forums, ist ständig überfragt. Soll man die zahllosen Ausweis- und Kartenbesitzer nun noch hineinlassen in den überfüllten Saal oder sie zurückschicken in die klirrende Kälte Berlins? Das Orakel vom „Delphi" bleibt filmfreundlich auch in brenzligen Situationen. Es setzt die Leute auf den Teppich. Das war schon immer der beste Platz, um abzuheben – zum Beispiel in das Reich der Sinne und der japanischen Mythen in Shuji Terayamas letzten Film „Lebe wohl, Arche".

Zwar weiß man nach zweieinhalb Stunden Bilderpracht immer noch nicht, warum der Film eigentlich so heißt – auch die hinter vorgehaltener Hand weitergegebene Information, er sei, illegalerweise, nach Motiven des Romans „100 Jahre Einsamkeit" von Garcia Marquez gedreht worden, hilft dem Verständnis nicht weiter –, aber die Faszination, so wenig sie sich erklären läßt, hält an und wach bis zum Schluß.

Vordergründig handelt es sich um die Geschichte eines Mannes, dem das bittere Los widerfährt, mit einer Frau, seiner Cousine, verheiratet zu sein, die einen ehernen Keuschheitsgürtel trägt, den noch nicht einmal der Dorfschmied zu öffnen vermag. Der Vater hatte ihn der Braut umgelegt, da er befürchtete, daß aus der Verbindung von Cousin und Cousine Kinder mit Hundeköpfen hervorgehen würden.

Aber hier interessieren mehr die Hintergründe, und hintergründig ist alles an Terayamas verwirrendem Sinnspiel: der alte Mann z. B., der alle Wanduhren des Dorfes stiehlt, um sie am Strand zu begraben. Die tägliche Post für die Toten. Die Wahnsinnsidee des nie zum Ziel kommenden Ehemannes, alle Gegenstände zu beschriften, weil er fürchtet, das Gedächtnis zu verlieren.

Nun, aus dem Gedächtnis verlieren wird man dieses Meisterwerk des 1983 verstorbenen Japaners ebensowenig wie das – freilich weitaus schlichter gestrickte – ergreifende Melodram „Camila" von Maria Luisa Bemberg, mit dem das Forum eine Reihe von 11 neuen argentinischen Filmen eröffnete.

„Camila" bietet satte Unterhaltung, „Dornenvögel" auf argentinisch. Ein Priester liebt eine Großgrundbesitzerstochter im tiefsten 19. Jahrhundert und brennt mit ihr durch. Beide werden erschossen, aber noch im Sarg flüstert er ihr ins tote Ohr: „Bist Du da, Camila?" Das Publikum, das diesen Film unter normalen Kinoverhältnissen vermutlich mit Hohn und Spott bedacht hätte, saß auf dem intellektuell abgesicherten Forum-Sessel vor der romantischen Love-Story wie das Kaninchen vor der Schlange und genoß die Wonnen großen Kintopps.

Ungewöhnlich auch die positive Publikumsreaktion auf Louis Malles Dokumentarfilm „God's Country" (Gottes eigenes Land). Der französische Starregisseur macht keinen Hehl aus seiner Sympathie für die schweigende, ständig rasenmähende Mehrheit des amerikanischen Provinznestes Glencoe in Minnesota. Malle schildert liebevoll Freuden und Sorgen ganz normaler konservativer Kleinstädter. Das hätte man vor wenigen Jahren auch Malle nicht durchgehen lassen.

Kein Fünkchen Sympathie hingegen, das wäre ja auch noch schöner, empfinden die beiden amerikanischen Filmemacherinnen Lucie Winer und Paula de Koenigsberg in ihrem Dokumentarfilm „Rate it X" (Nur für Erwachsene) für die bösen Macho-Männer, die die Frauen in der Werbung als Lustobjekt mißbrauchen. Diesen Filmemacherinnen ist noch gar nicht aufgefallen, daß es längst nicht mehr die Frauen, sondern die Männer sind, die in der Werbung alles herzeigen müssen.

Zwischenfazit: Beim Auftakt des 16. Internationalen Forums des jungen Films auf der Berlinale herrschte an Pro- und Kontra-Gelegenheiten kein Mangel. Was will man mehr? Über das Hauptereignis von Ulrich Gregors diesjährigem Programm, dem neuneinhalbstündigen Dokumentarfilm „Shoah" von Claude Lanzmann über Judenverfolgung und Judenvernichtung, wird die WELT gesondert berichten.

BERND PLAGEMANN

Ein Stück wird „fortgeschrieben": London spielt „Women Beware Women"

Super-Emanzen sterben nicht früh

Bert Brecht macht in England immer mehr Schule, d. h. sein unbekümmerter Umgang mit historischem „Material", mit alten Stücken, die er hemmungslos umschrieb oder ausschlachtete. Ganz und gar à la Brecht hat soeben Howard Barker, das *enfant terrible* des neuen englischen Theaters, das englische Renaissancedrama „Women Beware Women" von Thomas Middleton ausgeschlachtet. Seine am Royal Court Theatre unter der Regie von William Gaskill uraufgeführte „Bearbeitung" ist nicht einmal mehr der *Versuch*, eine Schneise durch den Schutt der Jahrhunderte freizulegen und der geschichtlichen Gestalt Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Barker stellt, unter Beibehaltung der jakobitischen Sprache und halbwegs originalgetreu, die ersten vier Akte Middleton auf die Bühne – und läßt dann nach der Pause die *dramatis personae* einfach im Stil des zwanzigsten Jahrhunderts weiteragieren, zu einem anderen Ende und in eigener Sprache. Voller List wird der Historismus also zunächst auf die Spitze getrieben, um dann total abzubrechen und buchstäblich von der Bühne zu verschwinden.

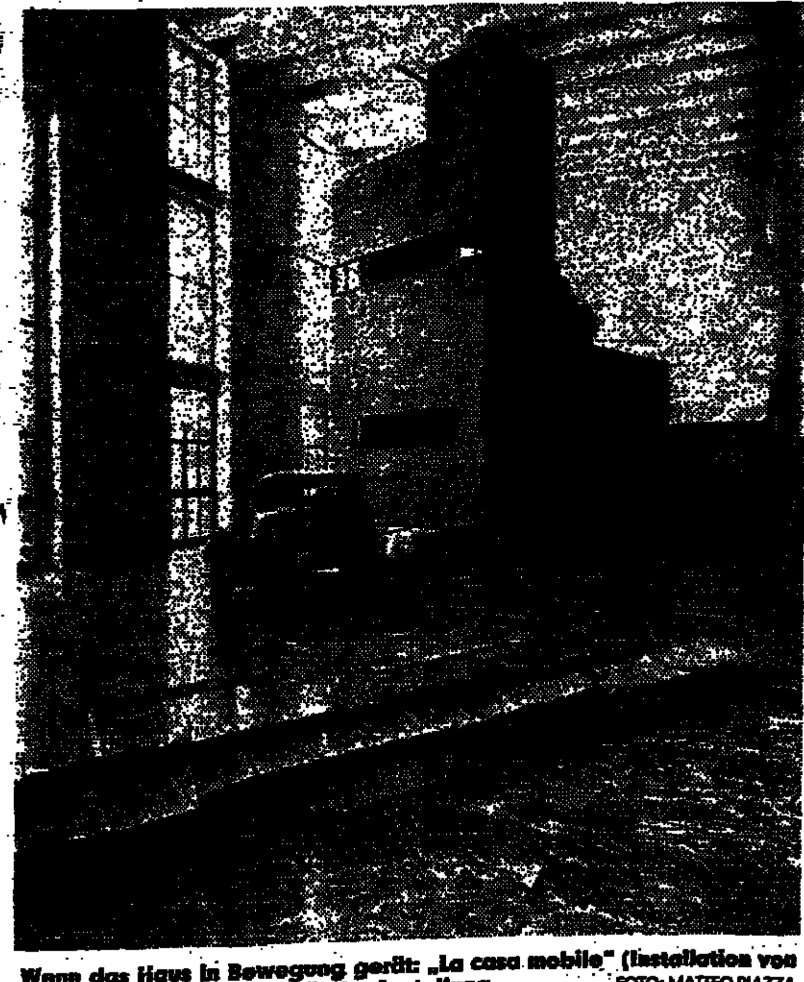
Es soll sich offenbar ein Gespräch von Dramatikern über die Jahrhunderte hinweg ergeben. Doch dieses Gespräch bleibt höchst einseitig. Schmerzlich hart im Raume stoßen sich Renaissance und Neuzeit. Und da hilft es auch nicht, wenn wir als Erklärung wieder einmal von „Bewußtseinsveränderung des Publikums zum Handeln in einer veränderbaren Welt" hören. Daß der 39jährige Barker ein „Anliegen" hat, ist noch keine Rechtfertigung für die gewaltsamen Gleichheitszeichen zwischen Äpfeln und Birnen.

Regisseur Gaskill entfaltet zunächst Middletons moralisierendes Melodrama mit präziser Dosierung der feinen Zwischentöne. Und das mit wundervollen Schauspielern. Joanne Whalley ist eine ebenso appetitliche wie lernbegierige Bianca, die sich aus Venedig von dem wenig bemittelten Leantio nach Florenz und zur Ehe entführen läßt, die – mit ein wenig Nachhilfe der aristokratischen Kupplerin Livia (Maggie Steed) – dem herzoglichen Schürzenjäger (Nigel Davenport) nur zu gerne zu Willen ist und seine Favoritin wird, zumal er der Schlüssel zu sozialem Aufstieg ist. Die nicht mehr ganz junge Kupplerin verführt dann ihrerseits den Ehemann. Geld, Macht und Sex sind die Motive der Menschen. Wir erleben die Demontage der Unschuld, die korrumpierende Wirkung von Habgier, Geltungsstreben und Lust. Das wirkt auch heute noch.

Wenn aber bei Middleton im Schlußakt Livia und andere mit tödlichem Abgang für die Lösung des dramatischen Knotens sorgen, dann geht es bei Barker erst richtig los. Fünf Tage lang läßt der die Livia (nach der Pause) den potenten Leantio lieben. Sie ist eine Art Lady Chatterley, die den sozialen Unterschied wie ein Aphrodisiakum empfindet. Sie tritt ans Fenster und sagt: „Ob die Autobusse immer noch rot sind?" Das ist der erste der anachronistischen Fausthiebe, die von nun an auf den Zuschauer niederprasseln, serviert in einer „modernen" Sprache aus wahrhaft dreckig-drastischen Niederungen der Intimsphäre.

Barker in einer Vorrede: „Middleton sagt, Lust führt zum Grab. Ich sage: das Verlangen ändert die Wahrnehmung." Und: „Wenn die Moral nichts als eine Konvention ist, dann ist das Ergebnis schlechte Kunst." Das penetrant an D. H. Lawrence erinnernde Pathos der Selbsterkenntnis durch den Exzeß der Sinnlichkeit wirkt aber auch schon wieder wie eine Konvention. Gehen die Protagonisten des 1621 geschriebenen Stücks am Ende mit Mordwaffen aufeinander los, so dreschen sie bei Barker mit einer mörderisch exaltierten, an Sturm-und-Drang-Exzesse erinnernden Sprache aufeinander ein.

Gab es bei Middleton Motivation und psychologische Konsistenz der Charaktere, so funktioniert Barker sie zu Demonstrations- und Agitationsfiguren um. Im Bemühen, Florenz als „Super-Finanzhochburg" mit dem England von heute gleichzusetzen, schießt er dabei noch einen Giftpfeil auf die königliche Hochzeit von Charles und Diana ab. Der Herzog dankt ab und überläßt die Regierung der Super-Emanze Livia. Ob sie annimmt, bleibt aber offen, damit wir auch was zum Nachdenken haben.



Wenn das Haus in Bewegung gerät: „La casa mobile" (Installation von John Hejduk), aus der Mailänder Ausstellung FOTO: MATTEO PIAZZA

„Das Haus des Menschen": Mailand zeigt Projekte und Prototypen des Wohnens aus vier Jahrhunderten

Nicht jedes Zeitalter kannte auch ein Schlafzimmer

Ein Prunkbett aus Versailles und ein Gobelin, der nach Entwürfen des Hofmalers Le Brun das Lever Ludwigs XIV. beschreibt, gehören zu den Hunderten von Gemälden, Stichen, Möbeln, Objekten, die für die erste Ausstellung der XVII. Triennale im Mailänder Palazzo dell'Arte aus zwei Erdteilen zusammengetragen wurden. Aber das ist erst ein Anfang. Von Mai bis Juni folgen „Der Arbeitsplatz", im Herbst „Neun Projekte für neun italienische Städte" und im Frühjahr 87 die internationale Schau „Die Metropole des Jahres 2000".

„Il Progetto Domestico – Das Haus des Menschen – Prototypen und Archetypen" wurde von dem Architekten Mario Bellini, dem Direktor der prononciert modernen Zeitschrift „domus", und George Teyssot, Ordinarius für Geschichte der Architektur in Venedig, arrangiert. Es ist ein Spaziergang durch die Wohnbräuche von vier Jahrhunderten. Dabei begegnet man erstaunlichen Parallelen. So haben zum Beispiel das Versailles des Sonnenkönigs und die Lofts der „Yuppies" in verlassenen Fabrik- und Lagerhallen New Yorks gemeinsam, daß beide kein Schlafzimmer kennen.

In der ersten der sieben Abteilungen der Ausstellung, „Etikette und Zeremonie" gewidmet, wird das Leben des Monarchen als pure Repräsentation vorgestellt. Abteilung zwei, „Intimität und Privatleben", führt mit Gemälden (von Fragonard, Pietro Longhi, Boucher u. a.), mit Möbeln und Miniaturen den veränderten Wohnstil des aristokratischen 18. Jahrhunderts vor. Er wird nicht mehr durch Säle beherrscht, in denen man prunkvoll öffentlich lebt, sondern durch Treppen und Korridore, die zu Boudoirs und Alkoven führen.

„Die Natur und das Fenster zum Garten" beschreibt die Ära Rousseaus. Hier zeigen Bilder von Turner, Schinkel und anderen, wie die Architektur ins Grüne projiziert wird und wie das Grün ins Haus zieht.

Mit der „häuslichen Revolution" zu Beginn des 19. Jahrhunderts tritt das bürgerliche Wohnen in den Vordergrund, das jedem Raum eine spezielle Funktion zuweist. Jetzt gibt es Kinder-, Herren- und Damenzimmer. Alt und Jung werden getrennt, und jede häusliche Tätigkeit hat einen Extraort. Gemälde viktorianischer Häuser und gemütlicher Biedermeier-Interieurs aus Berlin belegen das ebenso wie Fotos von Wohnungen in Paris und New York. Am schönsten zeigt es ein Holzbord mit zwei Dutzend fein abgestimmten Messingglocken. Damit riefen Lord und Lady Montague aus Bett und Bad, Kinderzimmer und Küche, Saal, Salon und „Prayerroom" das Heer ihrer Dienerschaft – die das absolute Gehör gehabt haben muß, um herauszuhören, welche Glocke sie wohin rief.

Die Sektion „Gesundheit und Hygiene" berichtet nicht nur von den ersten Badezimmern („mit erotischer Komponente"), sie belegt auch, wie Cholera-Epidemien und die Verbreitung der Tuberkulose um die Jahrhundertwende dazu führten, daß bürgerliche Wohngewohnheiten von den Arbeitern akzeptiert wurden. Die Rothschilds in Frankreich und philanthropische Industrieherren in Deutschland und England bauten damals die ersten Arbeitersiedlungen mit sanitären Anlagen. Die Künstler und Intellektuellen stellten dieser Rationalisierung des Hauses mit „Boheme und Primitivismus" einen demonstrativ „un"- und „antibürgerlichen" Lebensstil entgegen.

Die letzte Abteilung, „Häuslichkeit und Bewegung", spricht vom modernen Nomadentum, dem ein Hotelzimmer, ein Wohnwagen, eine Kreditkarte das Haus ersetzen kann. Der Raum gewinnt kaum noch eine persönliche Note. Und der Mangel an einem verbindlichen Zeitstil wird durch Junk und Kitsch überspielt, während die Kunst mit der Pop-art der 60er Jahre eine Antwort zu geben glaubt.

Jede Sektion im Palazzo dell'Arte wird von 24 Projekten, von Architekten und Designer aus aller Welt realisiert, mehr oder minder profund, gelegentlich auch ironisch kommentiert. Das reicht von Mario Merz' Iglu aus Holz- und Glastrümmern über Ettore Sottsass' Schlafzimmer voll hypermoderner Gadgets bis zu Denis Santachiaras „Ambiente mit Roboter". Das sind jedoch keine Alpträume des Wohnens in Zukunft, sondern Bühnenbilder für das große Spektakulum vom „Haus des Menschen".

Auf die Frage, die hier in der Luft liegt, „Wie geht es weiter?", antwortet Teyssot: „Wir Architekten sind nicht mehr sicher, ob wir eine Veränderung des Wohnstils, und das heißt eine Revolution der Lebensgewohnheiten, vorschlagen wollen. Die Menschen von heute verändern ihren Lebensstil sehr schnell. Die Revolution gehört nur noch zu den 'Großen Erzählungen' à la Marx und Freud, und auch wir wissen nicht, worauf wir bauen sollen." (Bis 23. 3., Kat. 50 000 Lire)

MONIKA von ZITZEWITZ

JOURNAL

Wilms: „Renaissance der Allgemeinbildung"

dpa, Dortmund

Als Folge der neuen Informationstechniken ist nach Ansicht von Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) eine „Renaissance der Allgemeinbildung" vonnöten. „Wir haben die Verpflichtung, der Jugend das Gespür und das Wissen für Gesamtzusammenhänge und die Kontinuität von Entwicklungen zu vermitteln", sagte die Ministerin bei der Eröffnung der „Neunten Internationalen Schulausstellung '86" in Dortmund. Der Computer dürfe weder aus dem Alltag der Kinder noch aus der Schule verbannt werden. Doch sei die Fähigkeit zum Auswählen und Werten nötig. Deshalb müsse den Kindern ein „normatives Wertgefüge" mit auf den Weg gegeben werden.

Gründung eines Instituts für Kulturwissenschaften

dpa, Düsseldorf

Über das künftige Aufgabenfeld eines für Nordrhein-Westfalen geplanten „Kulturwissenschaftlichen Instituts" haben Experten aus dem Kunstbereich, den Geistes- und Naturwissenschaften beraten. An der Forschungsstelle, deren Standort noch nicht festgelegt ist, soll als zentrale Frage der Einfluß des technisch-industriellen Wandels auf den kulturellen und gesellschaftlichen Bereich untersucht werden. Wie das NRW-Wissenschaftsministerium mitteilte, könnte das Institut noch in diesem Jahr gegründet werden.

Festival „Tanz '86" begann in Wien

dpa, Wien

In Wien begann das Festival „Tanz '86", das 88 Veranstaltungen anbietet. Das große Treffen von berühmten Ballettkompanien und jungen experimentierenden Truppen findet seit 1982 alle zwei Jahre statt. Es wird vom Ballettdirektor der Wiener Staatsoper, Gerhard Brunner, organisiert. Bis zum 17. April werden in Wien u. a. das Tanztheater Bremen, die Ballette der Komischen Oper Ost-Berlin, der Pariser Oper, der Budapester Staatsoper, des Bolschoi-Theaters Moskau und das Ballett des 20. Jahrhunderts aus Brüssel gastieren.

Fresken freigelegt in „DDR"-Dorfkirche

epd, Zeilfeld

32 mittelalterliche Fresken sind in der thüringischen Dorfkirche in Zeilfeld in der „DDR", Bezirk Suhl, im Zuge einer jetzt abgeschlossenen Restaurierung entdeckt worden. Die vermutlich in der Zeit um 1480 bis 1520 entstandenen und zum größten Teil noch gut erhaltenen Wandbilder, deren Schöpfer vermutlich Mönche eines benachbarten Klosters waren, zeigen neben den Symbolfiguren der vier Evangelisten im Gewölbe der Kirche und einer noch nicht restlos geklärten Heiligenlegende Darstellungen aus der Leidensgeschichte.

Dreißig Jahre Sommerakademie

Reg. Köln

Die Internationale Sommerakademie des Tanzes feiert vom 13. bis zum 27. Juli im Müngersdorfer Stadion zu Köln ihr 30jähriges Bestehen. Für Fächer wie Klassischer Tanz, Modern Dance, Folklore, Jazz, Choreographie, Step, Historischer Tanz und Kindertanz konnten Solisten und Dozenten wie Peter Appel, Birgit Keil, Walter Raines, Nina Corti, Miguel Godreau, Hans van Manen und Sándor Timár gewonnen werden. Am 19. und 20. Juli wird ergänzend ein Choreographischer Wettbewerb veranstaltet.

Besucherrekord auf Schloß Neuschwanstein

AP, München

Mit 1 140 188 Besuchern hatte das Schloß Neuschwanstein bei Füssen im Allgäu 1985 einen neuen Rekord zu verzeichnen. Insgesamt besichtigten im vergangenen Jahr mehr als fünf Millionen Personen die staatlichen Schlösser und Burgen Bayerns. Das sind 50 000 mehr als 1984. Nach Neuschwanstein kamen auf den zweiten und dritten Platz des Interesses die Schlösser Linderhof mit 772 149 und Herrenchiemsee mit 625 275 Besuchern.

Brian Aherne †

AFP, Vevey

Der britische Schauspieler Brian Aherne, einer der prägenden Gestalten des britischen und amerikanischen Films, ist, wie erst jetzt bekanntwurde, in seinem Wohnort Vevey am Genfer See gestorben. Der 1902 in der Grafschaft Worcestershire geborene Aherne erhielt seine erste Rolle mit 22 Jahren und trat bis 1956 in rund 40 Filmen auf, darunter in Streifen von Rouben Mamoulian und Henry Hathaway. In Vevey, wohin er sich vor mehreren Jahren zurückgezogen hatte, interessierte sich Aherne zuletzt noch sehr lebhaft für das Komödien-Festival, das in der Stadt seit drei Jahren veranstaltet wird.

Wichtige Wrackteile vom U-Boot aus fotografiert

Nasa enthebt Generaldirektor Culbertson seines Amtes

DW. Washington

Der Generaldirektor der amerikanischen Raumfahrtbehörde Nasa, Philip Culbertson, ist mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben worden. Nasa-Sprecher Charles Redmond betonte ausdrücklich, die Maßnahme stehe im Zusammenhang mit der Explosion der Raumfähre „Challenger" am 28. Januar, bei der alle sieben Besatzungsmitglieder ums Leben gekommen waren.

Der Nasa-Sprecher kündigte an, Culbertson, der bisher für das Tagesprogramm der Raumfahrtbehörde zuständig war, solle andere Aufgaben innerhalb des Hauses erhalten. Welcher Art diese Aufgaben sind, sagte er nicht. Redmond wollte allerdings nicht von einer „Entlassung" des Generaldirektors sprechen. Der Aufgabenbereich Culbertsons habe sich „lediglich erheblich geändert".

Culbertsons Berufung zum Generaldirektor war im Dezember vom Weißen Haus bestätigt worden, nachdem William Graham zum amtierenden Verwaltungschef der Nasa ernannt worden war. Am Sonntag hieß es, Graham solle jetzt auch die Aufgaben Culbertsons übernehmen. James Beggs, der die Raumfahrtbehörde seit 1981 geleitet hatte, hatte sich im Dezember wegen Betrugsvorwürfen, die allerdings nicht mit seiner Tätigkeit bei der Nasa in Zusammenhang stehen, beurlauben lassen.

Der jetzt seines Amtes enthobene 48jährige Culbertson gehört der Nasa seit 30 Jahren an. Er war früher für das Raumstationen-Programm zuständig. Nach Meinung Redmonds sollte die Ablösung des Generaldirektors keine Auswirkungen auf die amtliche Untersuchung der „Challenger"-Katastrophe haben. Die von Präsident Reagan eingesetzte Untersuchungskommission hatte am Wochenende beschlossen, an der Untersuchungsarbeit jene Nasa-Mitarbeiter nicht mehr zu beteiligen, die an der Entscheidung über den Start der Raumfähre mitgewirkt haben. Am Wochenende verlautete aus Kreisen der Untersuchungskommission, es sei möglicherweise ein Fehler gewesen, „Challenger" überhaupt starten zu lassen (WELT v. 17. 2.).

Unterdessen sind wichtige Wrackteile auf dem Boden des Atlantik entdeckt worden. Die Besatzung eines Mini-U-Bootes, so die Nasa, habe Trümmer gefunden und fotografiert, die wahrscheinlich von der Feststoffrakete stammen. Sie war vermutlich für die Explosion verantwortlich. Die Raketenreste wurden rund 100 Kilometer nordöstlich der Abschußrampe von Cape Canaveral in 300 Meter Tiefe geortet.

Die im Scheinwerferlicht des U-Bootes gemachten Aufnahmen werden jetzt mit Fotos verglichen, die von der 45,4 Meter langen Rakete unmittelbar vor dem Unglücksstart entstanden. Falls die georteten Teile geborgen werden können, erwartet man schlüssige Hinweise auf die Ursache der bisher größten Katastrophe der Raumfahrtgeschichte.

Odyssee in der Karibik

Mutmaßliche Heineken-Entführer überall unerwünscht

HELMUT HETZEL, Den Haag

Eine wütend demonstrierende Menge bereitete den beiden mutmaßlichen Drahtziehern bei der Entführung des holländischen Bier-Millionärs „Freddy" Heineken, Cor van Hout und Willem Holleeder, einen grimmigen Empfang auf der Karibikinsel St. Maarten. Selbst der Pariser Bürgermeister Jacques Chirac mußte seinen geplanten Besuch auf der Insel absagen. Tenor der gegen die französische Regierung gerichteten Proteste unter den Bewohnern: Wir sind hier doch nicht der Abladeplatz für europäische Kriminelle.

Die Gewalt eskalierte dermaßen, daß die örtliche Polizei von St. Maarten, das zur Hälfte unter französischer und zur Hälfte unter holländischer Verwaltung steht, die Sicherheit der beiden Verdächtigen nicht mehr gewährleisten konnte. Ein Militärhubschrauber griff ein und flog die beiden eiligst nach Guadeloupe, wo sich unmittelbar nach ihrer Ankunft bereits Widerstand gegen die ungebetenen Gäste regte.

Hintergrund der kuriosen Odyssee: Paris wird die mutmaßlichen Kidnapper nicht mehr los. Sie mußten kürzlich aus französischer Untersuchungshaft, wo sie seit ihrer Festnahme Ende 1984 in Paris einsaßen, entlassen werden, da Den Haag das Auslieferungsersuchen zurückzog. Man hatte in Holland anscheinend übersehen, daß zwischen beiden Ländern das aus dem Jahre 1895 stammende Auslieferungsabkommen noch immer gültig war. Das Delikt „Entführung" kommt darin nicht vor. Eine Strafverfolgung wäre deshalb nach der Übergabe der beiden in den Niederlanden nicht möglich.

Das zu erwartende Strafmaß nach einer Verurteilung ist so gering, daß die beiden im günstigsten Fall sofort auf freien Fuß gesetzt werden müßten – Den Haag winkte ab, und Paris sitzt in der Klemme. Bisher hat sich noch kein Land bereit erklärt, die beiden Männer aufzunehmen.

Grubenunglück im Saarland – Sieben Bergleute ums Leben gekommen

Der Tod kam in 1100 Meter Tiefe

ULRICH REITZ, Saarbrücken

Mit Trauer und Ratlosigkeit reagierten die Betroffenen auf das schwerste Grubenunglück an der Saar seit mehr als zwei Jahrzehnten. Sieben Bergleute im Alter von 28 bis 52 Jahren kamen am Sonntag abend bei einer Schlagwetterexplosion im Bergwerk Camphausen der Saarbergwerke in 1100 Meter Tiefe ums Leben, ein Bergmann konnte verletzt geborgen werden.

Die Experten rätseln noch über die Unglücksursache. Im parlamentarischen Ausschuß für Grubensicherheit verdichteten sich gestern die Hinweise, daß sich Grubengas (Methan) im „Alten Mann" – dem Bereich, in dem die Kohle schon abgebaut ist – entzündet hat.

Um 19.15 Uhr kam es zu einer ersten Druckwelle, eine zweite und dritte folgten. Bergmann Hans Groß, der dem Ausschuß angehört, vermutet, daß es auf der achten Sohle zwei Explosionen gegeben habe. 28 Personen waren zu dieser Zeit in dem gesamten Bereich mit Abdichtungs- und Kontrollarbeiten beschäftigt, neun arbeiteten in unmittelbarer Nähe der Unglücksstelle.

Um 19.20 Uhr gab der Steiger die Explosionsmeldung an die Grubenwarte weiter. Innerhalb kürzester Zeit, so Groß, machten sich dann 70 Rettungsleute an die Bekämpfung des Brandes. Eine gute Stunde später wurden zwei Tote in der höher gelegenen Kopfstrecke gefunden. Sie wiesen keine äußeren Verletzungen auf. Kurz danach wurden vier weitere Bergleute in der tieferen Bandstrecke tot geborgen. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich schwierig. Sie dauerten bis in die Morgenstunden. Die Grubenwarte konnten den Brand zwar schnell löschen, hatten aber mit großer Hitze und Gasen zu kämpfen.

Rechtliche Konsequenzen wird das Unglück in dem 110 Jahre alten Bergwerk voraussichtlich nicht haben. Camphausen ist modern eingerichtet, die Sicherheitsvorkehrungen sind entsprechend gut. Die Gasentwicklung wird ständig gemessen und an die Grubenwarte weitergegeben.

Das letzte große Unglück im Saarland ereignete sich im Februar 1962. Bei einer Schlagwetterexplosion im Bergwerk Luisenthal in Völklingen starben 299 Menschen.



Die Fördertürme der saarländischen Grube Camphausen stehen nach dem Unglück still FOTO: DPA

Grubengas – der unberechenbare Faktor

DIETER THIERBACH, Bonn

Besonders gefürchtet sind bei Bergleuten die schlagenden Wetter (Schlagwetter), die in Steinkohle-Bergwerken auf eine Abgabe der Kohlenstoff-Wasserstoff-Verbindung Methan (CH_4), aus Kohlenflözen und dessen Nebengestein zurückzuführen sind.

Die Verbindung, auch Grubengas genannt, entsteht bei der Vermoderung organischer Stoffe unter Luftabschluß. Das Gas bleibt in den Kohleflözen eingeschlossen und erreicht dort einen Druck von zum Teil mehr als 40 Atmosphären. Während der Förderung kann es zu plötzlichen Gasausbrüchen kommen.

Explosionsfähig ist das Luft-Gasgemisch bei einem Gehalt von über 5,3 und bis zu 14 Volumen-Prozent Methan; zur Zündung reicht eine offene Flamme oder ein Zündfunke aus. Das „brisanteste" Explosionsgemisch besteht aus 9,2 Prozent Methan und 90,8 Prozent Luft. Bei einer Entzündungstemperatur von über 650° C verbrennt das Methan explosionsartig bei etwa 2500° C zu Kohlendioxid und Wasserdampf, wobei der Sauerstoff der Luft gebunden wird. Für Bergleute besteht deshalb nicht nur Verbrennungs-, sondern auch Erstickungsgefahr. Schlagwetterexplosionen verursachen häufig durch Aufwirbelung und Zündung von Kohlenstaub nachfolgende Kohlenstaubexplosionen.

Da jeder Abbau von Steinkohle Methan freisetzt, ist es Aufgabe der „Wetterführung", das Gasgemisch unterhalb der gefährlichen Konzentration zu halten. Dies geschieht durch die Versorgung der Gruben mit frischer Luft und die Verdünnung und Fortführung schädlicher Gase durch natürlich oder künstlich erzeugten Luftzug. In Gruben mit zwei unterschiedlich hoch gelegenen Ausgängen reicht oft die durch Temperaturunterschiede entstehende natürliche Luftbewegung (Wetterstrom) aus. Ansonsten ist ein Ventilator an einem der Ausgänge erforderlich.

Innerhalb der Grube wird die Verteilung der Wetter durch Wetterschleusen geregelt. Die Belüftung von Strecken ohne durchgehende Bewetterung (zum Beispiel Streckenvortriebe) geschieht durch eine Sonderbewetterung mit Lüftern oder Lutten (Rohrleitungen zur Frischluftzufuhr). Doch auch trotz gründlicher Ventilation und dem Gebrauch von Sicherheitslampen kommt es immer wieder zu überraschenden Gasausbrüchen, die nicht durch bergmännische Vorkehrungen vermieden werden können.

Man unterscheidet – neben den „schlagenden Wettern" – vier weitere Grubenwetterarten. „Frische Wetter" haben in etwa die gleiche Zusammensetzung wie die atmosphärische Luft; „matte Wetter" erschweren die Atmung. Dies geschieht durch die Anreicherung von unatembaren Gasen wie Kohlendioxid, Stickstoff, Methan und Wasserstoff, die bei der Zersetzung der Kohle, bei Sprengarbeiten oder Grubenbränden freigesetzt werden.

„Staubhaltige" Wetter entstehen bei Bohr-, Spreng- und Ladearbeiten. „Böse" oder „giftige Wetter" enthalten Kohlenmonoxid, Schwefelwasserstoff und Stickoxide, wie sie bei Glimmbränden oder in Explosionsschwaden vorkommen.

Stammt der Ölteppich von der Boeing?

AP, Taipeh

Bei der Suche nach dem am Sonntag in Taiwan verschollenen Flugzeug mit 13 Menschen an Bord wurde gestern ein 3200 Quadratmeter großer Ölteppich 16 Kilometer vor der Küste der Insel Penghu entdeckt. Er stammt offenbar von der vermißten Boeing 737. Von einem Wrack oder den sechs taiwanesischen Passagieren und sieben Besatzungsmitgliedern gibt es jedoch noch keine Spur. Die Maschine der China Airlines befand sich auf dem Flug von der Hauptstadt Taipeh nach Penghu. Den Angaben der Luftverkehrsverwaltung zufolge berührte das Flugzeug kurz die Landebahn des Flugplatzes von Penghu, hob dann aber offenbar wegen eines Defektes am Fahrgestell wieder ab und kündigte dem Kontrollturm einen zweiten Landeversuch an. Vier Minuten später riß der Funkkontakt mit der Boeing ab.

Stromausfall auf Halligen

dpa, Rendsburg

Mehr als 160 Menschen auf den Nordsee-Halligen Langeneß und Oland im schleswig-holsteinischen Nordfriesland sind seit dem vergangenen Sonntag vom Stromnetz auf dem Festland abgeschnitten. Ein über 30 Jahre altes Seekabel zwischen Dagebüll und den kleinen Inseln ist vermutlich durch Untergrundveränderungen im Wattenmeer freigespült und von Eisschollen beschädigt worden.

Händler muß versichern

DW. Karlsruhe

Ein Autohändler, der den Verkauf eines Gebrauchtwagens für einen Neuwagenkunden vermittelt, muß nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes das Fahrzeug für Probefahrten versichern. Unterläßt er dies, haftet er im Falle einer Beschädigung durch einen vom probefahrenden Kaufinteressenten verschuldeten Unfall gegenüber dem Besitzer so, als ob er für den in seine Obhut genommenen Wagen eine Vollkasko-Versicherung abgeschlossen hätte. (Az.: VIII ZR 8/85)

Tolstoi-Porträt erbeutet

dpa, Grasse

Kunstwerke im Wert von umgerechnet 8,3 Millionen Mark haben Diebe am Samstag bei einem Einbruch in Südfrankreich erbeutet. In einer Wohnung in Marina-Baie-des-Anges bei Villeneuve-Loubet stahlen sie unter anderem Gemälde von Renoir, Pissaro und ein Bleistiftporträt, das der Sohn Tolstois von seinem Vater angefertigt hatte.

Zweites Kongreßzentrum

dpa, Bonn

Mit 464 Veranstaltungen aller Art war die Kapazität der Bonner Beethovenhalle als Kongreßzentrum der Bundeshauptstadt im vergangenen Jahr erschöpft. In unmittelbarer Nähe zum Regierungsviertel in Bad Godesberg-Nord will daher ein privater Investor ein Hotel samt Kongreßzentrum errichten, das 2000 Besuchern Platz bieten soll.

Surf über den Atlantik

AFP, Pointe-à-Pitre

Zum erstenmal ist es zwei Windsurfern gelungen, den Atlantischen Ozean in Ost-West-Richtung zu überqueren. Nach 24 Tagen und zwölf Stunden kamen die beiden Franzosen Stephane Peyron (24) und Alain Pichavant (25), die am 2. Januar in Dakar zu ihrer Tour aufgebrochen waren, am Sonntagabend auf der Antillen-Insel Guadeloupe an. Während der letzten Etappe mit ihrem 9,5 Meter längen und 1,18 Meter breiten Tandembrett hatte volkommene Windstille geherrscht.

WETTER: Zeitweise Schneefall

Lage: Der Süden des Bundesgebietes gerät in den Bereich eines vom westlichen Mittelmeer zur Adria ziehenden Tiefdrucksystems.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden und Süden Bewölkungsverdichtung und gelegentlich Schneefall. Tagestemperaturen im Norden um minus 3, nachts bei minus 6 Grad. Mäßiger Nordostwind. Höchste Temperaturen im Süden bei minus 2, nachts um minus 5 Grad. Mäßiger Wind aus östlichen Richtungen. Im übrigen Bundesgebiet weitgehend niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen bei minus 2, Tiefstwerte nachts minus 4 bis minus 7 Grad. Frischer Wind aus Nordost bis Ost.

Weitere Aussichten: Noch keine durchgreifende Wetteränderung.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.29 Uhr*, Untergang: 17.44 Uhr; **Mondaufgang:** 11.38 Uhr, Untergang: 4.48 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 18. Feb., 7 Uhr

Hochdruckzentrum
Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:											
Berlin	-5	be	Lübeck	-2	bw	Faro	14	bw	Ostende	1	be
Bielefeld	-3	be	Mannheim	0	be	Florenz	2	Sr	Palermo	17	bw
Braunlage	-7	be	München	-4	bd	Genf	1	S	Paris	1	Sr
Bremen	-2	wl	Münster	-1	be	Helsinki	-3	bw	Peking	9	bw
Dortmund	-3	be	Norderney	-1	be	Hongkong	16	R	Prag	-6	S
Dresden	-5	S	Nürnberg	0	be	Innsbruck	1	bw	Rhodos	14	bd
Düsseldorf	0	be	Oberstdorf	-5	bw	Istanbul	13	be	Rom	11	bw
Erfurt	-7	S	Passau	0	wl	Kairo	20	be	Salzburg	1	bw
Essen	-1	be	Saarbrücken	-2	bd	Klagenfurt	-1	bw	Singapur	31	bw
Feldberg/S.	-3	bw	Stuttgart	0	bw	Konstanza	4	bd	Split	8	bd
Flensburg	-2	bw	Trier	0	bw	Kopenhagen	-6	S	Stockholm	-7	bw
Frankfurt/M.	-1	be	Zugspitze	-8	bw	Korfu	14	be	Straßburg	0	bd
Freiburg	-3	bd	**Ausland:**			Las Palmas	20	bw	Tel Aviv	15	bw
Garmisch	-5	bw	Algier	17	bw	Leningrad	-7	bw	Tokio	–	–
Greifswald	-2	bd	Amsterdam	0	be	Lissabon	12	Rs	Tunis	21	be
Hamburg	-3	bd	Athen	16	be	Locarno	0	S	Valencia	15	bw
Hannover	-5	wl	Barcelona	14	be	London	1	bd	Varna	7	bd
Kahler Asten	-7	bw	Belgrad	2	bw	Los Angeles	16	bw	Venedig	0	S
Kassel	-4	be	Bordeaux	13	bw	Luxemburg	-1	bw	Warschau	-5	S
Kempten	-4	bd	Bozen	1	bd	Madrid	7	Sp	Wien	-4	bw
Kiel	-1	bd	Brüssel	1	be	Mailand	1	S	Zürich	-1	bd
Koblenz	0	be	Budapest	0	Sr	Malaga	16	bw			
Köln-Bonn	2	be	Bukarest	1	R	Mallorca	15	be			
Konstanz	1	bw	Casablanca	12	R	Moskau	-8	bw			
Leipzig	-7	bw	Dublin	3	bd	Neapel	12	bw			
List/Sylt	-3	be	Dubrovnik	9	bd	New York	-2	S			
			Edinburgh	3	bd	Nizza	7	R			
						Oslo	-6	bw			

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter, IW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall, o = Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos

Mit dem Teddy im Arm

Tragödie in Oberbayern: siebenköpfige Familie ausgelöscht

HORST DALCHOW, München

Bei vier Familientragödien sind am Wochenende 15 Menschen, darunter fünf Kinder, gewaltsam ums Leben gekommen.

Nach den bisherigen Ermittlungen hat ein 49jähriger Mann in seinem Haus in Lampertheim (Bergstraße) seine gleichaltrige Ehefrau, seine 22jährige Tochter und seine Schwiegereltern aus Eifersucht erschossen. In Wolfsburg tötete ein 51jähriger Mann mit einem Jagdgewehr seine angeblich kranke und geistig verwirrte 47jährige Ehefrau und sich selbst. In Stuttgart erschoß ein 46 Jahre alter Polizeibeamter seine 49jährige Ehefrau und beging dann Selbstmord. Im oberbayerischen Geisenfeld (Landkreis Pfaffenhofen/Ilm) schließlich entdeckten Beamte am Sonntag abend die Leichen von fünf Kindern und ihren Eltern.

Für das Drama in Geisenfeld ist ein Motiv noch nicht erkennbar. Die Polizei war am Sonntag abend von einem Bruder der 32jährigen Ehefrau, der einige Tage nichts von ihr gehört hatte, um Hilfe gebeten worden. Die Beamten brachen die Wohnung auf und entdeckten die sieben Leichen. Sie stellten fest, daß der 36jährige Familienvater seine Frau und seine fünf Kinder schon vor einigen Tagen erwürgt hatte, bevor er sich die Pulsadern aufschnitt und über den Küchentisch gebeugt verblutete.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich nur die aus Palermo stammende Ehefrau gegen ihren gewaltsamen Tod zur Wehr gesetzt hatte. Das Elternschlafzimmer wies deutliche Spuren eines verzweifelten Kampfes auf. Die Kinder Andreas (12), Tamara (10), Sascha (7) und die sechsjährigen Zwillinge Patricia und Patrick lagen, zum Teil mit gefalteten Händen und Teddybären im Arm, in ihren Betten. Sie waren vermutlich zunächst betäubt worden.

Klarheit über die Todesursache wird erst die gerichtsmedizinische Untersuchung bringen. Die Polizei versucht durch die Vernehmung von Nachbarn, Familienangehörigen und Arbeitskollegen des 36jährigen Schlossers ein Motiv für seine Tat zu ermitteln. Er war häufig auf Montage auswärts unterwegs. Die Familie habe unauffällig gelebt, erklärte der Sprecher der Polizeidirektion Ingolstadt.

LEUTE HEUTE

Kleine Wagen

Königliche Atmosphäre soll sich nächste Woche in den Produktionshallen des Volkswagen-Stammwerks ausbreiten. **König Juan Carlos I.** und seine Frau **Sofia** planen während ihres Deutschlandbesuchs eine Stippvisite in Wolfsburg – wenn das Wetter mitspielt. Ein Kleinwagen besagten Unternehmens ist für die Anreise nicht im Gespräch: Ab Hannover will das spanische Monarchenpaar einen Hubschrauber chartern.



Viele Muskeln

Daß er eines Tages in eine der renommiertesten Familien der USA einheiraten würde, war ihm sicher nicht an der Wiege in Graz gesungen. Jetzt, in seinem 39. Lebensjahr, führt der fünffache Mister Universum, **Arnold Schwarzenegger**, die Nichte von John F. Kennedy, **Maria Shriver** (29), am muskelbepackten Arm zum Traualtar. „Arnie" und Maria lernten sich vor acht Jahren bei einem Tennisturnier kennen. In Voraussicht auf eine lange gemeinsame Zukunft hat der Sohn eines österreichischen Polizisten seiner Braut jetzt schon mal eine Sieben-Millionen-Dollar-Villa in Los Angeles geschenkt.

Klamme Finger

Länger als ein Vierteljahr harrte **Fernando Garrido** auf dem 6959 Meter hohen Anden-Gipfel Aconcagua an der chilenisch-argentinischen Grenze aus. Sein Ziel war – was sonst –, einen Rekord zu brechen, die „Hochgebirgs-Ausdauer-Weltbestleistung". Nach dem 61. Tag in Eis und Kälte – die Temperaturen sanken bis 25 Grad minus und die Vorgabe des Franzosen Jaeger war bereits um 24 Stunden überboten – entschloß Garrido sich gestern zum Abstieg auf argentinischer Seite. Angeblich, weil er langsam klamme Finger bekam.

Unterschätzte der Kapitän den Ernst der Lage?

Ermittlungen zum Untergang der „Michail Lermontow" / Alle Passagiere gerettet / Ein Besatzungsmitglied vermißt

JÜRGEN CORLEIS, Wellington

„Es ist wie ein Wunder", sagte einer der geretteten Passagiere des sowjetischen Kreuzfahrtschiffes „Michail Lermontow" (20 352 BRT). Alle 409 Passagiere haben den Untergang des Schiffes überlebt, darunter auch eine in Australien lebende Deutsche und ein deutscher Tourist, dessen Name gestern nicht bekanntgegeben wurde. Eine Charter-Maschine brachte die geretteten Passagiere gestern abend (Ortszeit) nach Sydney.

Von den 329 Besatzungsmitgliedern, überwiegend Russen, wird noch einer vermißt. Es handelt sich um einen Ingenieur, der dem Wassereinbruch im Maschinenraum zum Opfer fiel. Die Suche nach ihm wurde gestern mittag eingestellt. Taucher stehen bereit, um das Wrack der 1972 gebauten „Michail Lermontow", das in nur 33 Meter Wassertiefe liegt, zu inspizieren.



Der neuseeländische Verkehrsminister Richard Prebble ordnete 24 Stunden nach dem Untergang des Liners, Ermittlungen an. Sie sollen klären, wie es zu der Havarie kommen konnte, die um ein Haar zu einer der großen Katastrophen der Passagierschiffahrt geworden wäre. Weder die Wetterbedingungen noch die bekannten Gefahren der Route erklären, warum die „Michail Lermontow" auf ein Riff des Cape Jackson auflief. Es gibt hervorragende Seekarten vom Marlborough Sund, dem Schauplatz des Unglücks, und das Schiff hatte einen neuseeländischen Lotsen an Bord. Außerdem ereignete sich das Unglück am hellichten Tag, kurz nach 18 Uhr neuseeländischer Sommerzeit.

Die Voruntersuchung soll vor allem die Frage klären, ob Kapitän Wladimir Worodber den Ernst der Lage unterschätzt hat. Der Kapitän eines Tankers erklärte gestern, die „Michail Lermontow" habe SOS gefunkt, dann aber den Hilferuf wieder zurückgenommen. Dies bestätigte auch der Kapitän eines Fährschiffes. Noch Stunden, nachdem das Schiff leckgeschlagen war, tanzten die Passagiere ahnungslos oder tranken Cocktails in der Bar. „Uns wurde gesagt, wir sollten uns nicht beunruhigen und möglichst vergnügen", berichtete die 18jährige Labortechnikerin Simone Young aus Melbourne. Erst als das Schiff starke Schlagseite hatte, gab der Kapitän Befehl, in die Rettungsboote zu steigen.

„Ich dachte, das wäre das Ende", erinnert sich Arthur Gurie aus Sydney. „Es war pechschwarz und stürmisch, und ich rutschte nur so über Deck. Panik gab es nicht, aber ich hatte Angst, als ich die Strickleiter herunter mußte."

20 Mann des Schiffspersonals waren Australier, unter ihnen auch der Entertainer Harry Dargy. „Ich sollte um 9.30 Uhr im Kabarett auftreten. Es hieß zunächst, die Aufführung würde um eine halbe Stunde verschoben. Es ist niemals ein Alarm ausgelöst worden. Wir sollten nur unsere Schwimmwesten aus den Kabinen holen und dort oben gehen." Harry Dargy verließ den Liner auf dem letzten Rettungsboot, in das auch der Kapitän zustieg. Zehn Minuten später sank das Schiff.

Auf die Reederei dürften Schadenersatzklagen in Millionenhöhe zukommen. Aber davon sprechen die Geretteten jetzt noch nicht. Zehn Tage nach dem Beginn ihrer Reise kehren die 409 Passagiere des russischen Liners an ihren Ausgangspunkt Sydney zurück, mit nicht viel mehr als dem, was sie auf dem Leibe tragen. Aber sie sind glücklich, überlebt zu haben.

ZU GUTER LETZT

„Frauen in der Geschichte – wo sind sie geblieben?" Eine fast schon existentielle Frage aus dem Veranstaltungskalender der Ludwig-Maximilians-Universität München.